REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 442 · 28.9.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Auch große Würfe gehen mal daneben. Antonio Negri und Michael Hardt zu Globalisierung, Arbeit und Befreiung - Dirk Hauer
2. Den rechten Vormarsch einengen! Interview mit Martin Semmler vom Antifaschistischen INFO-Blatt
3. Mit Macht voran. Experten definieren Mittel und Ziele deutscher Außenpolitik - Js.
4. Die deutsche Interventionsarmee. Ein rot-grünes Projekt für das neue Jahrtausend - 1. Teil - Vo.
5. Wutwelle gegen Ökosteuer - gw.
6. Aufruhr der Mittelständler. Frankreich: Straßenblockaden gegen Benzinpreis-Erhöhungen - Bernhard Schmid
7. "Jede Ausbauvariante ist eine erhebliche Mehrbelastung." Interview über die Proteste gegen den Flughafen-Ausbau
8. Flughafen-Protest fast wie in alten Zeiten - Thomas Klein
9. Wenn Schlampen zum Verhängnis wird. Beugehaft gegen Werner R. ist nicht rechtmäßig - mb.
10. Im Zweifel für den Kronzeugen. Berliner RZ-Verfahren: BGH lehnt Entlassung aus der U-Haft ab - mb., Berlin
11. Riskante Reisen. Interview mit Cornelius Yumfanyi über die Residenzpflicht und seinen Prozess
12. Verzweifelte Suche nach einem Kirchenasyl. Die kurdische Familie Akyüz benötigt dringend Schutz - Thomas Klein
13. "Das Abendland vor dem Untergang." Spanien: Rassismus von oben und unten - Tom Kucharz
14. Türkei: Isolationsgefängnisse nach EU-Vorbild - Libertad!
15. Mediales Raunen. Die Rolle des bürgerlichen Journalismus im Geiselpoker von Jolo - Rainer Werning
16. Tschechien: Privatisierungen, deutsches Kapital und Lob vom IWF - Gaston Kirsche, gruppe demontage
17. Kriegslüsterne Revanche. Jolo: Die philippinische Armee nimmt die Zivilbevölkerung als Geisel - Rainer Werning
18. Eine Matratze ist mehr wert als ein Mensch. Kriegskapitalismus in kolumbianischen Gefängnissen - Sven Mayer, Libertad!
19. Moderne Karrieren. Vom Staatsterrorist zum Privatisierungsgewinner - der Fall Cavallo - Jutta Klas/Stefanie Kron
20. Vladimiro ist überall. Perus Präsident Fujimori stolpert über seinen Geheimdienstchef - Rolf Schröder
21. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit
22. Eine weniger. IG Medien steigt aus dem "Bündnis für Arbeit" aus - dk
23. Solidarisch gegen Rentenklau. Positionspapier der AG Sozialpolitik der Betriebs- und Gwerkschaftslinken - AG Sozialpolitik
24. Globalisierungsmonopoly. Eine feministische Zwischenbilanz - Sabine Reiners/Regina Stötzel
25. Kreative Produktionsfaktoren. Zum Menschenbild der "postfordistischen" Fabrik - Mag Wompel
26. Liebeslied für Bastarde. Cultural Studies von Stuart Hall - Jens Kastner
27. Die Bewegung findet (noch) im Saale statt. Finanzmärktenetzwerk entwickelt erste Strukturen - Werner Rätz
28. Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Jan Schüttes Film über Brechts letzten Sommer - Angela Martin
29. Der Krieg, die Sprache und das Ende einer Kindheit. Ein neues Buch des kroatischen Erzählers M. Jergovic - Angela Martin
30. Bei aller Seife keine Schmiere: "Dancer in the Dark" im Kino - Tim Gallwitz
31. Musik, Politik und Kommunikation. Asian Dub Foundation: Musik in seiner korrekten Form - Tommy Schroedter
32. Castor - Jetzt geht's los - DSe
33. Atommeiler für den Frieden. Waffenplutonium als ziviler Brennstoff - DSe
34. Gemachte Männer. Interview mit dem australischen Männlichkeits-Forscher Robert W. Connell - Männergruppe m&m
35. Jürgen, John und Jong. Robert W. Connells gemachter Mann - Albrecht Müller

36. Wer hat die Macht? Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien - Anke Schwarzer
37. Sag Nein zu König Sex. Michel Foucault und der Sado-Masochismus - Michael Gümbel
38. Die Schere im eigenen Kopf. Linke Gesinnung und mein SM Coming out - Petra, Hamburg
39. Verpasst Deutschland den Anschluss? Ebermann und Trampert auf CD - DSe
40. AUFGEBLÄTTERT
41. Quelldatei 15.htm
42. Quelldatei 29.htm
43. LESERBRIEFE
44. Für Dieter und Gerechtigkeit
45. KALENDER
46. Zivilgesellschaftlich gegen rechts?
47. Querstellen gegen den Castor
48. Reformfreudige Truppe
49. Haltet die Rentendiebe!
50. Fujimoris Abschied

1. Auch große Würfe gehen mal daneben. Antonio Negri und Michael Hardt zu Globalisierung, Arbeit und Befreiung

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:38

Antonio Negri, ehemalige Kultfigur nicht nur des italienischen Linksradikalismus und ex-operaistischer Querdenker, hat wieder zugeschlagen. Zusammen mit Michael Hardt hat er eine fulminante Stellungnahme zur Globalisierungsdiskussion vorgelegt: "Empire". Autoren wie Etienne Balibar und Saskia Sassen überschlagen sich mit Lobeshymnen, andere sehen gar das "Kommunistische Manifest des 21. Jahrhunderts". Ein Urteil, das nach Lektüre dieses 480 Seiten starken Werks jedoch mehr als verwegen ist.

Obwohl bisher nur in der englischen Originalausgabe erhältlich, wird "Empire" auch hier heftig diskutiert; das ist kein Wunder, denn Negri und Hardt haben sich viel vorgenommen. Nicht weniger als eine Fundamentalanalyse der Gegenwart. Wohl wissend um die analytische Problematik eines Begriffes wie "Postmoderne" verwenden ihn Negri und Hardt dennoch, um unsere Zeit als Epochenbruch zu beschreiben, als Übergang des Kapitalismus von seiner imperialistischen zu seiner "imperialen" Stufe. Dabei führen sie einen Parforce-Ritt durch die europäische Geistes- und Philosophiegeschichte vor, dass einem der Atem stockt: Vom antiken Rom über den Humanismus der Renaissance zu Marx und weiter zum französischen (Post-)Strukturalismus. Aristoteles, Spinoza, Marx, Nietzsche, Lenin, Foucault, Deleuze und Guattari - kein wichtiger Theoretiker, der unverarbeitet bliebe.

Imperium statt Imperialismus

Doch Negri und Hardt betreiben ihre Analyse der kapitalistischen Entwicklung nicht nur als politische Philosophie- und Ideengeschichte. Sie erheben auch den Anspruch, die materiellen Triebkräfte dieser Entwicklung zu entschlüsseln. Und schließlich suchen sie nach den Totengräbern der Postmoderne, nach den Kräften, die das "Empire" zu Fall bringen und die weltweite Befreiung auf die Tagesordnung setzen können. Man sieht, Negri und Hardt begnügen sich nicht mit Peanuts, ihnen geht's ums Ganze.

"Empire" ist in vielem eine Provokation. Eine Provokation im positiven Sinne, dass sie nämlich dazu anregt, bestimmte vertraute Begriffe und Denkweisen zumindest zu überprüfen oder neu zu diskutieren. Das beginnt mit dem Titel. Der Imperialismus ist tot, was lebt, ist das "Imperium", das "Empire".

Bei aller Expansion waren politische und ökonomische Macht im Imperialismus an nationalstaatliche Souveränität gebunden, vom klassischen Zeitalter des Imperialismus bis zur US-Dominanz nach dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt, im Zeitalter der Postmoderne - so Negri und Hardt - hat politische und ökonomische Macht keinen nationalstaatlichen Ort mehr, sie ist räumlich entgrenzt. Die Kontrollgewalt des "Empire" beruht auf einer weltweit durchgesetzten Herrschaftslogik ohne örtliches Machtzentrum, die sich statt dessen in einem hochgradig dezentralisierten Apparat nationaler und supra-nationaler Organe und Körperschaften manifestiert.

Mit ihrer These vom Ende imperialistischer Herrschaft befinden sich Negri und Hardt somit mitten in der Auseinandersetzung um das gegenwärtige und zukünftige Gesicht der politischen Macht in einer globalisierten, sowohl zentralisierten als auch dezentralisierten Welt.

Ungewöhnlich für einen alten Operaisten wie Negri ist der starke Bezug auf Foucault und vor allem Gilles Deleuze. Macht, so Negri und Hardt, wird produziert. Sie tritt den Beherrschten nicht nur als etwas Externes entgegen, manifestiert in Institutionen wie Verwaltung, Polizei, Armee oder Knast. Heute, im Übergang von der Disziplinargesellschaft (Foucault) zur Kontrollgesellschaft (Deleuze) wird die Macht und die Unterwerfung direkt in die Körper, Seelen und Affekte der Menschen geschrieben und dort produziert.

Politische Macht und Machtausübung im "Empire" ist "Biomacht" und Biopolitik. Die Wortschöpfung "Biopolitik" ist sicherlich ähnlich schillernd wie "Empire". Die damit aber diskutierte Problematik einer weltweiten Verinnerlichung von Herrschafts- und Machtlogiken, der Durchgriff von Herrschaft und Unterwerfung auf die Subjektivität der Menschen, ist von erheblicher politischer Relevanz.

Die materielle Grundlage von "Biopolitik" und imperialer Herrschaft sind die neuen Formen von Produktion und Arbeit. Diese, so ihre bereits früher entwickelte These, seien heutzutage zunehmend "immateriell". Gemeint ist damit zweierlei: Zum einen eine völlige Durchdringung des klassischen industriellen Produktionsprozesses mit den neuen Formen der Informatik, der Computerisierung, der kommunikativen Netzwerke und der Wissensproduktion. Zum zweiten bedeutet "immaterielle Arbeit" auch, dass mit der Kommunikationstechnologie, den kommunikativen Fähigkeiten, mit dem Wissen um Kommunikationsabläufe und -strukturen nicht nur Waren und Dienstleistungen produziert werden, sondern auch soziale Beziehungen, die Denkweisen, Gefühle und Affekte der Menschen selbst.

Die immaterielle Arbeit wird für Negri und Hardt die gesellschaftlich dominierende Form der Arbeit, und die ArbeiterInnenklasse bekommt ein neues Gesicht. Der Massenarbeiter der fordistischen Fabrik wird als hegemoniale Figur abgelöst durch den "gesellschaftlichen Arbeiter" mit schier unbegrenzten kommunikativen Fähigkeiten, hoch mobil und flexibel und mit enormer sozialer Kompetenz.

Doch hier rächt es sich, dass Negri und Hardt in ihrem Buch großzügig auf jegliche Empirie verzichten. Mit ihren Helden der immateriellen Arbeit orientieren sie sich an einem zutiefst ideologischen Bild der schönen heilen IT-Welt. Das Mindeste, was über die Arbeitsverhältnisse in der sog. "New Economy" gesagt werden kann, ist, dass sie hochgradig heterogen sind. Oft genug sind sie extrem taylorisierte und standardisierte Massenarbeit. Auch in den viel gepriesenen neuen Internet-Firmen ist Kommunikation häufig eine bloß formale Qualität, die noch gar nichts über ihren politischen oder sozialen Inhalt aussagt. Und wer kennt nicht die Geschichten von den genialen, aber nichtsdestotrotz eigenbrötlerischen, kommunikationsunfähigen Software-EntwicklerInnen.

Dort, wo kommunikative Kompetenz in der Tat gefragt ist, sind das die Meister-, Vorarbeiter- und Abteilungsleiterposten der postfordistischen Fabrik und der Büros. Hier allerdings sind kommunikative Fähigkeiten inhaltlich gleich bedeutend mit Herrschaftstechnik, Herrschaftswissen und Kontrolle. Soziale Kompetenz dient hier der Unterwerfung. Der Begriff des "gesellschaftlichen Arbeiters" suggeriert eine ähnliche Homogenität wie der Massenarbeiter der 60er Jahre, eine Homogenität, die heute in Bezug auf Arbeitsverhältnisse, Kompetenzen und Arbeitsorganisation überhaupt nicht existiert.

Negri und Hardt haben aber nicht nur einen gewissen Tunnelblick auf die realen Arbeitsverhältnisse. Sie haben darüber hinaus einen mehr als bedenklichen Arbeitsbegriff. Die immaterielle Arbeit ist bei ihnen grenzenlos, Produktion und Reproduktion sind genauso wenig zu unterscheiden wie Arbeitszeit und Freizeit. Alles ist produktive Arbeit. Während heute linke Betriebsräte und GewerkschaftsaktivistInnen nach Widerstandsformen gegen den grenzenlosen Zugriff des Kapitals auf die Arbeitszeit suchen und "der Arbeit wieder ein Maß" geben wollen, bejubeln Negri und Hardt die Maßlosigkeit der Arbeit.

Immaterielle Arbeit - maßlose Produktivität

Wo der klassische Operaismus die Zentralität der Arbeit noch verknüpft hatte mit dem politischen Programm eines Kampfes gegen die Arbeit, dort wenden Negri und Hardt die Arbeitszentriertheit in ein grenzenloses Lob der Produktivität. In der "immateriellen Arbeit" ist jede menschliche Regung Arbeit und "Bioproduktion". Diese Argumentationsweise wird entweder zu einem definitorischen Trick oder aber zu einer indirekten Kampfansage an alles vielleicht doch noch verbliebene "Unproduktive". Die Forderung nach einem gesellschaftlichen Lohn oder einem garantierten Einkommen ist so bei Negri und Hardt tatsächlich eine Lohnforderung, eine Gegenleistung für Arbeit. Die Idee eines unbedingten, an keinerlei Gegenleistungen gebundenen Existenzrechts und eines entsprechenden Existenzgeldes ist den beiden völlig fremd.

Ähnlich wie sie die operaistische These von der Zentralität der Arbeit aufgreifen und zu einem grenzenlosen und expansiven Produktivismus radikalisieren, so gehen Negri und Hardt auch mit den Klassenauseinandersetzungen um. Sie wenden sich scharf gegen jede Geschichtsmechanik: Nichts geschieht, wenn die handelnden Subjekte, sprich die ArbeiterInnenklasse, es nicht geschehen lassen. Alle Entwicklungen und Reaktionen des Kapitals sind Reflexe auf die Bedürfnisse und die Kämpfe des Proletariats.

Problematische Beschwörungsformeln

Problematisch an einer solchen Sichtweise ist nicht die Betonung der Klassenauseinandersetzungen an sich. Inzwischen dürfte es nahezu ein linker Gemeinplatz sein, dass die Kämpfe Ende der 60er und Anfang der 70er

Jahre eine wesentliche Rolle bei der Krise des sog. Fordismus gespielt haben. Doch im Verlauf der Argumentation wird die dominierende Rolle der Klassenauseinandersetzungen bei Negri und Hardt zunehmend zu einer Beschwörungsformel, die die differenzierte Analyse ersetzt.

Die biopolitischen Kontrolltechniken und die globale Herrschaft des "Empire" werden zu hilflosen Reaktionen auf die überragenden sozialen und kommunikativen Kompetenzen des weltweiten Proletariats. Die Macht des "Empire" wird zur leeren Hülle, die nur noch abgestreift werden muss, und der Kommunismus steht da in seiner ganzen weltweiten Herrlichkeit. Wow!

Sehr richtig betonen Negri und Hardt immer wieder, dass es im globalisierten Kapitalismus kein "außerhalb" mehr gibt. Widerstand kann sich also nur noch aus dem - inzwischen weltweiten - "Inneren der Bestie" entwickeln. Allerdings, und auch darauf weisen Negri und Hardt ja hin, beruht die politische Macht des "Empire" nicht nur auf der blanken Repression, sondern auf einem bis in die Körper und die Psyche der Menschen reichenden Zugriff in Form freiwilliger Selbstunterwerfung. Wie vor diesem Hintergrund und in welchen Kämpfen Befreiungsbedürfnisse - und damit ein Klassensubjekt - überhaupt entwickelt werden, sagen die beiden der/m LeserIn leider nicht. Trotz der Totalität von imperialer Macht sind Negri und Hardt weit davon entfernt, die Globalisierungsprozesse als solche zu kritisieren. Eine unter Linken weit verbreitete Anti-Globalisierungshaltung, oft verbunden mit nationalstaatlich orientierten Re-Regulierungsforderungen, ist ihre Sache nicht. Im Gegenteil, in dem Maße wie die Globalisierung nationalstaatliche Orientierungen, räumliche Grenzen, ethnische Spaltungen etc. einreißt, bereitet sie die Bühne für die menschliche Emanzipation im Weltmaßstab.

So sinnvoll die Betonung einer globalen und kosmopolitischen Emanzipationsidee gegen Tendenzen einer linken Re-Nationalisierung oder Re-Lokalisierung sind: Negri und Hardt gehen gelinde gesagt die Gäule durch, in der Art, wie sie ein grenzenloses und vereinheitlichtes Befreiungssubjekt herbeifantasieren. Die Tendenz einer weltweiten Angleichung proletarischer Lebenssituationen zu betonen, wie das etwa Karl Heinz Roth getan hat, ist das eine. Dabei aber real existierende - und weltweit zunehmende - nationalistische und rassistische Spaltungslinien einfach wegzuschreiben, wie das Negri und Hardt tun, führt zur Mystik.

So bleibt nach der Lektüre von Empire ein sehr gespaltener Eindruck. Das Buch bietet mit Sicherheit jede Menge Stoff für notwendige Auseinandersetzungen. Von der Form politischer Herrschaft in der globalisierten Welt über die verschiedenen Aspekte der Mikrophysik der Macht, von der Analyse postfordistischer Produktion bis zur Neuzusammensetzung des Proletariats bietet dieses Buch bei aller Kritik wertvolle Diskussionsanregungen. Als politisches Programm jedoch ist es mehr als problematisch: Sein radikaler Produktivismus und die Perspektive einer grenzenlosen Herrschaft der produktiven Arbeit hat gerade in einer Zeit, in der die Neue Mitte den aktivierenden Staat, lebenslanges Arbeiten und Produktivität bis in die letzten Lebenäußerungen propagiert, mehr von Unterwerfung und Kapitulation als von Befreiung. Im schlimmsten Fall mutiert "Empire" zu einer neuen Herrschaftsideologie.

Dirk Hauer

Antonio Negri/Michael Hardt: Empire. Harvard Univesity Press 2000. 480 Seiten, 35$. Der Buchversand Missing Link in Bremen bietet das Buch zum Sonderpreis von 73 DM (inkl. Porto):

Missing Link, Westerstr. 114-116, 28199 Bremen, Tel.: 0421/50 43 48, www.missing-link.de

2. Den rechten Vormarsch einengen! Interview mit Martin Semmler vom Antifaschistischen INFO-Blatt

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:20

Die Diskussion über die zunehmende rechte Gewalt blieb den gesamten Sommer über das innenpolitische Thema Nummer 1. Auch in den bürgerlichen Medien wurde - z.T. unter Rückgriff auf die Ergebnisse antifaschistischer Recherche - umfassend über Neonazis berichtet. Auffallend ist, dass die Antifa-Bewegung zwar als Informationslieferant auftritt, nicht jedoch mit eigenen politischen Positionen präsent ist. Offensichtlich wurde die Bewegung von der Dynamik der öffentlichen Diskussion völlig überrollt. Zwischen der Abgrenzung von politischer Heuchelei und staatlicher "Law-and-Order-Politik" einerseits und dem Ausnutzen der allgemeinen Sensibilisierung für die Verankerung eigener Inhalte und Forderungen andererseits gelingt es der Antifa kaum, sich klar zu positionieren. Über die Probleme der Antifa-Szene im Umgang mit der aktuellen Debatte über rechte Gewalt sprach Tom B. vom Essener Lokalradio Neue Essener Welle mit Martin Semmler vom Antifaschistischen Info-Blatt aus Berlin. Das Blatt erscheint seit mittlerweile zehn Jahren als einzige bundesweite Zeitschrift der Antifa-Bewegung.

Angesichts der neuerlichen Welle neofaschistischer Gewalt setzen Politik und Behörden auf Repression. Ein Verbotsantrag gegen die NPD wird von der Bundesregierung und den Innenministern der Länder geprüft. Polizei und BGS fordern neue Verbote gegen rechte Gewalt. Und selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert die Entlassung rechtsradikaler Mitarbeiter in den Betrieben.

Wie beurteilt ihr die repressiven staatlichen Reaktionen auf die Welle neofaschistischer Gewalt? Wird der Antifaschismus zur bequemen Legitimationsgrundlage für eine staatliche "Law and Order"-Politik? Steht die Antifa auf einmal in einer Front mit so fragwürdigen Bündnispartnern wie Beckstein, Schönbohm oder Schily?

Ich denke nicht, dass wir das Problem haben, dass wir quasi als Bündnispartner von Beckstein oder Schönbohm dastehen. Die Diskussion, wie sie von solchen Leuten um die Verschärfung von repressiven Maßnahmen geführt wird, finde ich schon ziemlich fatal. Ich denke, es ist ein typischer Reflex bundesdeutscher Politik, dass gesellschaftliche Probleme zuerst mit Repression, mit Aburteilen und Einsperren gelöst werden sollen. Das ist auch in diesem Fall so. Die Gefahr besteht aber momentan darin, dass das jetzt an einem Thema geschieht, wo sich auch viele eher fortschrittliche Leute moralisch damit anfreunden können und vielleicht sogar Linke diese Repression einfordern. Bei diesem Thema würde ja vermutlich auch ein Großteil der Bevölkerung sagen, ja wir sind gegen Nazis. Am Rassismus der Mitte ändert das aber natürlich nichts. Und genau da wird es dann für die Antifa schwierig. Ich denke schon, dass es ein Fehler wäre, sich ausschließlich auf die Nazis zu beschränken. Vielmehr geht es darum, den Zusammenhang zwischen institutionellem und alltäglichem Rassismus und rechtsextremer Gewalt in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken. Andererseits hat sich die Antifa vor allem abgegrenzt gegen bürgerliche BündnispartnerInnen, ohne die Vorteile zu nutzen, die solche Bündnisse bieten können. Somit ist die aktuelle Debatte zwar oftmals ziemlich problematisch in ihrer Aussage, sie eröffnet uns aber jede Menge neuer Möglichkeiten.

In den letzten Monaten wurden bei Razzien in der rechtsextremen Szene umfangreiche Waffenarsenale sichergestellt. In einschlägigen Nazi-Postillen wird offen über den Aufbau nationalrevolutionärer Zellen diskutiert. Immer häufiger ist bei rechten Aktionen auch Sprengstoff im Spiel. Die sog. Anti-Antifa bedroht politische Gegner mit individuellem Terror. Hat der Nazi-Terror in Deutschland in den letzten Monaten eine neue Qualität erreicht? Formiert sich in der Bundesrepublik nach dem schwedischen oder britischen Vorbild ein organisierter rechter Untergrund?

Einen organisierten rechten Untergrund, den gibt es hier schon verdammt lange. Der ist nicht in den letzten Monaten entstanden, wie auch?! Klar ist aber, das sich die entsprechenden Strukturen verändern. Im Moment ist vor allem das Potenzial an Nazis, die terroristisch agieren wollen und auch könnten, relativ groß, vermutlich größer als in den vergangenen Jahren. Man muss einfach feststellen, das die Nazi-Szene bereits seit vielen Jahren über zahlreiche Waffen, über die Fähigkeiten und die entsprechenden Leute für terroristische Aktionen verfügt. In den letzten Jahren kam verstärkt noch das Moment hinzu, dass die Szene aus der Subkultur Nachwuchs bekommt, der sich dort schon extrem radikalisiert hat und problemlos in solche Untergrundstrukturen reinwachsen kann. Trotzdem haben die deutschen Nazis hier noch nicht so

zugeschlagen, wie ihre Gesinnungsgenossen in England oder Schweden. Auszuschließen ist so etwas aber nicht, im Gegenteil. In Bezug auf die aktuelle Debatte muss man jedoch sagen, die viel beschworene braune RAF gibt es nicht und wird es wohl so auch nicht geben. Ich würde deshalb auch nicht von einer neuen Gefahr reden, sondern von einer alten Gefahr, die jetzt endlich mal ansatzweise zur Kenntnis genommen wird.

Die zahlreichen Angriffe, Aufmärsche und sonstigen Aktivitäten der Neonazis sind auch in den Medien zu dem Sommerloch-Thema Nr.1 geworden. Bürgerliche Medien wie taz oder Stern outen Neonazis in einer Form, wie sie sonst nur in Antifa-Publikationen zu finden ist. Wie verhält sich die Antifa-Bewegung zur öffentlichen Debatte über die Gefahren des Neofaschismus? Ergeben sich durch die aktuelle Sensibilisierung der Öffentlichkeit neue Chancen, antifaschistische Inhalte und Positionen in der Gesellschaft zu verankern? Oder dient das mediale Sommertheater lediglich der Imagepflege für den Wirtschaftsstandort Deutschland? Muss sich die Antifa also primär gegen ihre staatstragende Instrumentalisierung zur Wehr setzen?

Problematisch finde ich vor allem, dass sich die Antifa-Bewegung, oder dass, was davon noch übrig ist, im Moment gar nicht positioniert, sondern größtenteils so weitermacht, als hätte es diese Debatte nicht gegeben. Das hängt wohl damit zusammen, dass es eine durchaus nachvollziehbare Abgrenzung dagegen gibt und die aktuelle Diskussion als heuchlerisch und verlogen empfunden wird. Aber es wird darauf nicht reagiert, beispielsweise wenn die Debatte in punkto Repression schon allgemeingefährliche Ausmaße annimmt. Es wird öffentlich einfach keine Kontraposition bezogen und das ist falsch. Diese Debatte hat uns einige Räume aufgemacht, in die Antifa reingehen muss, will sie endlich Ausstrahlungskraft gewinnen und öffentlich präsent sein. Das heißt nicht nur, dass Antifas ihr Wissen über die Naziszene anbringen können, sondern wo diese Informationen gebraucht werden, können auch Inhalte daran geknüpft werden. Und da es momentan viel weniger Berührungsängste uns gegenüber gibt, können wir auch sagen, was wir denken, wir brauchen und sollten uns nicht verbiegen. Wenn wir in den vergangenen Jahren Demonstrationen organisiert haben, dann wollten wir ja oftmals auch vor allem die Öffentlichkeit erreichen. Und jetzt könnten wir das mit viel weniger Aufwand viel besser tun, wir müssen eben etwas anders auftreten. Das bedeutet: Diese Abgrenzung von bürgerlichen Medien, von Parteien oder Gewerkschaften ist an diesem Punkt fatal. So wie ich die Debatte bisher empfunden habe, gibt auch an einigen Punkten erstaunliche Wortmeldungen in der Presse, die klar in unsere Richtung gehen und sich positiv auf die Antifa beziehen und sogar ähnliche Inhalte transportieren. Da merkt man schon, dass unsere Arbeit der letzten Jahre doch hier und da gefruchtet hat. Da hat bei einigen Leuten offensichtlich ein Sinneswandel stattgefunden, und ich denke, an diesem Punkt können wir auch wieder ansetzen. Da kann man wieder nach neuen BündnispartnerInnen suchen und so auch neue Räume aufmachen.

Rächt sich angesichts der aktuellen Formierung der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit zur "Deutschland einig Antifa" nicht die gängige Beschränkung antifaschistischer Strategien auf den Minimalkonsens "Gegen Nazis"? Ist nicht auch die eigene politische Schwäche Ursache für die aktuellen Positions- und Abgrenzungsprobleme der Antifa-Bewegung?

Die Schwäche der Antifa ist sicherlich für aktuelle Positionierungsprobleme eine Ursache. Es ist jedoch keine Schwäche der Antifa speziell, sondern eine Schwäche der Linken im allgemeinen. Die Antifa steht da im Vergleich zum Rest der Szene ja noch richtig gut da.

Ich denke, es ist aber weniger ein Problem mangelnder Abgrenzung. Inhaltlich ist die Abgrenzung ja total deutlich. Problematischer ist meist, dass die Antifa immer gleich alles auf einmal will. Da wird Antifaschismus immer zwanghaft gekoppelt an den Traum der revolutionären Veränderung, der zwar richtig, aber momentan ja wohl unendlich weit weg ist. Und diesem Traum komme ich damit auch nicht im mindesten näher. Diese Koppelung hat an vielen Punkten aber leider zur totalen oder teilweisen Isolation geführt. Da wäre es besser gewesen, einfach einen taktischen Umgang damit zu pflegen und dann, wenn es sinnvoll erscheint, einfach den ganzen Szene-Ritus mal abzustreifen. Von daher würde ich sagen, dass wir nicht ein Problem mit mangelnder Abgrenzung haben, sondern damit, dass wir einen zu eingeengten Blick und zu rigorosen Umgang damit haben. Dieser Umgang sah dann immer zwangsläufig so aus, dass man z.B. mit den Grünen kein Bündnis machen konnte, weil die ja mitverantwortlich für den Kosovo-Krieg sind. Das ist einerseits richtig, macht es aber halt unmöglich, an anderen Punkten mit ihnen zusammenzuarbeiten. Besser wäre es gewesen, sie in puncto Krieg entsprechend scharf zu kritisieren, trotzdem aber an anderen Punkten ruhig taktische - aber nicht funktionalisierende - Bündnisse einzugehen. Unserer Glaubwürdigkeit hätte das sicher nicht geschadet.

Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Antifa-Bewegung? Wie kann die Antifa über das reine Reagieren auf Nazi-Aufmärsche und -Versammlungen hinauskommen? Wie kann der Kampf um die kulturelle Hegemonie in diesem Land wieder offensiver geführt werden? Gibt es dazu Strategiediskussionen in der Antifa?

Strategiediskussionen gibt es im Moment schon eine ganze Menge. Vor allem um die Frage, ob Antifaschismus per se revolutionär ist oder nicht. Ich denke, dass da immer klarer wird, dass es ein Fehler ist, sich weiterhin in der eigenen Szene-Isolation gefangen zu halten. Andererseits auch, dass wir neue Wege und Methoden brauchen, um den rechten Vormarsch zumindest einzuengen. Bildungs- und Kulturarbeit sind sicher zwei zentrale Punkte. Es ist schon ein Gewinn, wenn viele Kids wenigstens erst mal nicht rechts sind. Da kann ich nicht unbedingt erwarten, dass die Leute ein linksradikales Bewusstsein entwickeln oder in ihrer Stadt gleich eine Antifa gründen. Zumeist ist es schon ein riesiger Erfolg, wenn sie immun gegen den ganzen Nazischeiß sind. Die linke Minderheit ist allein nicht in der Lage, den rechten Mainstream zu knacken. Da müssen unsere Ziele wohl oder übel oft erst mal weit unten angesiedelt werden. Auf kommunaler Ebene heißt das dann oft, sich auch mit den jeweiligen politischen Entscheidungsträgern zu verständigen, was oft wirklich ein hartes Brot ist, sich aber meist nicht umgehen lässt. Dazu gehört aber auch, das öffentliche Bewusstsein für die Thematik zu sensibilisieren und deutlich zu machen, dass Rassismus und auch Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommen und deshalb nicht mit Polizei und Justiz zu bekämpfen sind. Es wäre aber schon hilfreich, wenn wir das Thema auch in den Medien substanzieller behandeln können, wenn wir uns als Antifa da endlich eine Stimme schaffen, um eben auch öffentlich präsent zu sein. Das kann dann den lokalen Gruppen und Basisinitiativen und den Jugendlichen vor Ort, die nicht rassistisch sind, den Rücken stärken und helfen, den rechten Vormarsch einzuengen. Stoppen werden wir ihn wohl nicht mehr so schnell.

Die Ausgabe vom Mai 2000 kann bestellt werden: Antifaschistisches Info-Blatt, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. Die nächste Ausgabe ist für den Oktober 2000 geplant.

"Man muß einfach feststellen, das die Nazi-Szene bereits seit vielen Jahren über zahlreiche Waffen, über die Fähigkeiten und die entsprechenden Leute für terroristische Aktionen verfügt."

"Da wird Antifaschismus immer zwanghaft gekoppelt an den Traum der revolutionären Veränderung, der zwar richtig, aber momentan ja wohl unendlich weit weg ist."

Bildungs- und Kulturarbeit sind sicher zwei zentrale Punkte

3. Mit Macht voran. Experten definieren Mittel und Ziele deutscher Außenpolitik

Experten definieren Mittel und Ziele der deutschen Außenpolitik

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:01

Zehn Jahre nach der "Wiedervereinigung" schwadronieren nicht nur staatstragende Politiker selbstzufrieden über die "neue deutsche Rolle" in der Welt. Weitgehend versöhnt sind auch jene "Vordenker", die jahrelang die mangelnde Bereitschaft der Deutschen zu außenpolitischer "Machtausübung" kritisiert haben.

Lohnt es überhaupt, sich noch einmal mit der neuen deutschen Außenpolitik zu beschäftigen? Wohin die führt, ist - ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg - allgemein bekannt. Neu ist diese Politik auch nur insofern, als von Schröder, Scharping und Fischer das vollzogen wurde, was unter Kohl, Genscher und Kinkel noch nicht möglich war: die aktive Beteiligung deutschen Militärs an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik, zehn Jahre nach der "Wiedervereinigung", hätte also zunächst die veränderten Rahmenbedingungen zu rekapitulieren: den Kollaps der Sowjetunion, die, wenn auch kein "Friedensstaat", allein durch ihre Existenz militärische Abenteuer auf europäischem Boden verhinderte; den Aufstieg der BRD zur hegemonialen Macht in Europa; die Bereitschaft Europas, den globalen Führungsanspruch der USA in Frage zu stellen.

Definiert man - wie der Gemeinschaftskundelehrer - Politik als die Kunst des Machbaren und erklärt man zudem "Interessenpolitik" für legitim, dann tun Schröder und Fischer nur ihre Pflicht, wenn sie, getreu ihrem Amtseid, Deutschlands "Nutzen mehren". Dass das auf Kosten anderer geschieht und geschehen muss, gehört ebenfalls zu den Rahmenbedingungen. Über deren nüchterner Analyse darf aber nicht vergessen werden, das neben den "objektiven Bedingungen" der "subjektive Faktor" eine entscheidende Rolle spielt. Die Person Fischer ist geradezu ein Glücksfall für die herrschende Politik: der ehemalige Linksradikale, der endlich "zu sich selbst" findet, zum Asketen wird und sich als echter Staatsmann über den Parteien "für Deutschland" aufreibt.

Vordenker schieben Politiker

Die von Fischer selbst immer wieder beschworene Kontinuität der deutschen Außenpolitik resultiert allerdings nicht allein aus der Charakterlosigkeit des rot-grünen Personals; vielmehr ist sie zu einem wesentlichen Teil strukturell begründet. Was Schröder, Fischer und Scharping vor laufenden Kameras verkünden, ist alles andere als das Ergebnis individueller Eingebung - auch wenn hin und wieder, zuletzt in Fischers Berliner Rede im Mai, gaaanz persönliche "Visionen" ins Spiel gebracht werden. (vgl. ak 439, 8.6.2000) An der Formulierung dieser Politik ist vielmehr ein Heer von Experten, Wissenschaftlern und Beratern beteiligt, die für gewöhnlich bescheiden im Hintergrund bleiben, mitunter aber auch die eigene "Vordenker"-Rolle gewürdigt sehen möchten.

In einem Schwerpunktheft der Bundeszentrale für politische Bildung stellen die Herausgeber die bahnbrechende Leistung der deutschen Politikwissenschaft deutlich heraus: Die Ereignisse von 1989/91 hätten die Bundesrepublik "gleichsam über Nacht wieder in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht katapultiert" - allein "diese Veränderungen im außenpolitischen Koordinatensystem der Bundesrepublik Deutschland drangen nur langsam ins Bewusstsein der handelnden Politiker." (Editorial der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 9. Juni 2000) Abhilfe schafften, wir ahnen es schon, die Experten, von denen einige in dem genannten Heft Bilanz ziehen dürfen. Als Strategen im Hintergrund können sie dabei viel offener formulieren als die durch vielerlei Zwänge gebremsten Staatsmänner.

Für den Erlanger Professor Gregor Schöllgen ist die gedankliche Trägheit, die die Herausgeber des Heftes den deutschen Politikern anlasten, Wesensmerkmal der meisten Deutschen - gingen diese doch trotz des epochalen Bruchs von 1989/90 davon aus, dass "sich auch die erweiterte Bundesrepublik künftig als mittlere Macht auf die Mehrung ihres Wohlstands konzentrieren könne". Die weit gehende deutsche Abstinenz während des zweiten Golfkriegs ist dem Professor immer noch peinlich; allerdings kann er wenig später konstatieren, der alte Konsens sei "schnell vergessen" worden, dem zufolge "eine Beteiligung von

Bundeswehrsoldaten, zumal außerhalb des NATO-Gebietes, nicht in Frage kommen könne". Dass die folgenden "humanitären Interventionen" mit deutscher Beteiligung, in Kambodscha und Somalia, "im Ergebnis gescheitert" seien, ist für Schöllgen zu vernachlässigen. Entscheidend war: Es ging militärpolisch stetig voran, das "Ende des Trittbrettfahrens" war erreicht, die von den Verbündeten kritisch beäugte deutsche "Scheckbuchdiplomatie" künftig nur noch eines von mehreren Mitteln internationaler Einflussnahme.

Dass nach schleppendem Beginn (Ausnahme: die deutsche Jugoslawien-Politik ab Herbst 1991) das Zusammenspiel verschiedener politischer Akteure und Institutionen - Regierung, Parlament, Bundesverfassungsgericht, NATO-Verbündete - wie am Schnürchen lief, muss auch der kritische Professor implizit einräumen. Deutschlands neue weltpolitische Aufgaben lässt er einstweilen den US-amerikanischen Regierungsberater Robert Blackwill formulieren: Deutschland müsse "zusammen mit Amerika und den anderen europäischen Großmächten in der ersten Reihe stehen, um die allen gemeinsamen vitalen außenpolitischen Interessen zu fördern und zu verteidigen." Mit Genugtuung konstatiert Schöllgen, dass der US-Politiker "die ‚deutschen nationalen Interessen` unter anderem im Nahen Osten und in Asien auf dem Spiel stehen" sieht. Wenn die Verbündeten so dezidiert mehr deutsches Engagement in der Weltpolitik einklagen, fällt die Schlussfolgerung nicht schwer: Auch in der Außenpolitik ist die Zeit der Bedenkenträger abgelaufen, Entschlossenheit ist gefragt.

Die Mittellage als deutsche Chance

Dass man dabei "behutsam und zugleich zielbewusst" vorgehen müsse, betont Professor Werner Link, seit 1992 Vorsitzender des wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Link verleiht der aktuellen Debatte geschichtsphilosophischen Tiefgang, indem er auf die Begriffe Hegemonie und Gleichgewicht zurückgreift. Zu bemängeln sei die "Vernachlässigung des Denkens in Kategorien der Machtbalance im Bereich der Außenpolitik". Vielmehr seien in Deutschland zwei "ideengeschichtliche Traditionslinien" vorherrschend gewesen: Nach der einen gelte Politik als bloße "Verwaltung", die andere dagegen verfechte eine "krude, ungezähmte Machtpolitik". Beide Traditionslinien würden den "Balancegedanken eliminieren", den Link wieder beleben und zur Richtschnur deutscher Außenpolitik im 21. Jahrhundert machen möchte.

Mangelnde Balance sieht Link zum einen im Verhältnis zwischen den USA, die eine "gemäßigte Hegemonialpolitik" betrieben, und den übrigen Großmächten, die dem eine "kooperative Balancepolitik" entgegen setzen würden. Auch innerhalb Europas sei aktive "Balancepolitik" von Nöten - wegen der ökonomisch und politisch instabilen Zone in Ost- und Südosteuropa. Dass die Bundesrepublik Deutschland vom Frontstaat des Kalten Krieges in eine "europäische Mittellage" zurückgekehrt ist, eröffne neue Möglichkeiten: "Die Mittellage ist nicht mehr wie früher politisch prekär, sondern chancenreich." Die deutsche Politik der Osterweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung der EU bewertet Link rundum positiv. Wünschenswert sei, dass Deutschland und Frankreich "als ‚Kern der Kerne` ein gemeinsames Gravitations- und Aktionszentrum" bilden - die Übereinstimmung der "Wissenschaft" mit der Politik geht bis in die Wortwahl ("Gravitationszentrum"; vgl. ak 439). Das sei kein Rückfall in "krude Machtpolitik", sondern vielmehr "verantwortliche Machtausübung zur internationalen Machtbegrenzung"; jegliche "friedenspolitische Kritik" daran laufe "ins Leere".

Dass außenpolitische "Machtausübung" legitim, ja wünschenswert sei, ist unter den etablierten Politikberatern Konsens. Professor Ernst Otto Czempiel, seit 1970 Mitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), kritisiert - im Unterschied zu Schöllgen und Link - zwar "Fehlentwicklungen" wie die NATO-Osterweiterung und den "Luftkrieg gegen Serbien". Seine Alternative aber lautet: "Intervention ist geboten" - Intervention mit nicht-militärischen Mitteln, "politisch-wirtschaftliche Intervention zu Gunsten der Demokratisierung". Zum Zwecke der Konfliktlösung müsse das "Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten" fallen. Gemeint sind vor allem Russland und die anderen GUS-Staaten, denen gegenüber die Strategie "Soft Power" angewandt werden müsse. Dass dieser Name "ein wenig täuscht", gibt Czempiel offen zu: "Die ‚Sanfte Macht` enthält eine knallharte Strategie. Sie verändert die Herrschaftsstrukturen der Nachbarn", vor allem indem sie "mit der Marktwirtschaft das demokratische Herrschaftssystem stärkt" - "der Sturz der kommunistischen Diktaturen im Warschauer Pakt von 1989/90" war der klassische Fall eines solchen vom Westen unterstützten "Strukturwandels".

Um nicht missverstanden zu werden: Der Kollaps des realsozialistischen Lagers resultiert in erster Linie aus seinen inneren Widersprüchen. Die "knallharte Strategie" mit dem hübschen Namen "Entspannungspolitik" hat den gewünschten "Wandel durch Annäherung" - Wandel des realsozialistischen Ostens durch Annäherung des kapitalistischen Westens - lediglich beschleunigt. Denn was ab 1969 von der sozialliberalen Koalition auf den Weg gebracht wurde, blieb auch unter Kohl Ziel und Mittel (west-)deutscher Außenpolitik.

Czempiel schmückt seine Forderung, politische und wirtschaftliche "Einmischung" offiziell zu legitimieren, immerhin mit dem Versprechen des Gewaltverzichts - und erweist sich damit als Fossil aus längst vergangenen (sozialliberalen) Zeiten. Denn anders als unter den Kanzlern Brandt und Schmidt und ihren FDP-Außenministern Scheel, Genscher und Kinkel wäre ein solcher Verzicht heute gleich bedeutend mit Teil-Verzicht auf außenpolitische "Machtausübung". Wenn Schröder, Scharping und Fischer heute das außenpolitisch Mögliche für die "deutschen Interessen" tun - und wie gesehen, ist heute die Beteiligung an einem Angriffskrieg ebenfalls möglich - wahren sie auch darin Kontinuität. Die politischen Rahmenbedingungen ändern sich, die Skrupellosigkeit der Politiker bleibt - ebenso wie die Naivität sozialliberal orientierter "Friedensforscher".

Jenseits spektakulärer Interventionen betritt der amtierende deutsche Außenminister auch in der Alltagsarbeit Neuland. Die Reform seines Ministeriums, ja des gesamten diplomatischen Dienstes hat er sich zum Ziel gesetzt. Die Medien - hier stellvertretend das halbamtliche Regierungsorgan taz - jubeln: Damit würden endlich die "Apparatschiks" gezwungen, "ihren Nutzen für die Allgemeinheit zu begründen".

Zweierlei hat Fischer mit den aufgeschreckten Diplomaten vor: Er will ihnen zunächst "strategisches Denken" beibringen - vermutlich mit Unterstützung der oben zitierten Experten; zum anderen sollen die Botschaften in aller Welt zu Dienstleistungsunternehmen umgerüstet werden, die Imagepflege für ihr "freundliches, nettes Land" (Schröder) betreiben und vor allem die Interessen der deutschen Wirtschaft offensiv vertreten. BDI-Präsident Henkel ist von Fischers Reform schon vorab begeistert: "Die Zeiten der Champagner schlürfenden Botschafter mit Kulturinteresse sind vorbei". Nach der neuesten Wende innerhalb des Fischer-Ministeriums dürften namentlich die deutschen Rüstungsunternehmen von der diplomatischen Offensive profitieren: Zwei Fischer-Mitarbeiter fordern in einem Papier, künftig "Rüstungsexport als Instrument konditionierter Interessenpolitik" bzw. "politischer Einflussnahme" zu verstehen - je mehr Export, desto mehr Einfluss. (taz, 14.9.)

Intervention mit allen Mitteln

Das ist zwar bloß die "persönliche" Meinung zweier Experten - dass auch hier die Politik vollzieht, was die "Vordenker" formuliert haben, ist aber ziemlich wahrscheinlich: Verhindern können die Grünen Rüstungsexporte ohnehin nicht; was liegt da näher als dem Unvermeidlichen positive Nebenwirkungen anzudichten? So funktioniert Politik - und Politik"wissenschaft".

Js.

4. Die deutsche Interventionsarmee. Ein rot-grünes Projekt für das neue Jahrtausend - 1. Teil

Autor: Vo. · Rubrik: Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:02

Gegenwärtig werden die Weichen für die tief greifendste Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr seit ihrer Gründung gestellt. Die deutschen Streitkräfte werden auf Interventionsfähigkeit getrimmt. Ursprünglich während des Kalten Krieges zwischen Ost und West gedacht als Instrument der militärischen Abschreckung mit dem offiziellen Auftrag der Landesverteidigung im Rahmen der NATO, sollen sie künftig fern der Heimat für "Krisenbewältigung" und "Krisenreaktion" - sprich: militärische Interventionen - eingesetzt werden können. Das ist der Kern der Bundeswehrreform.

Von diesem Tatbestand hat die Debatte in offizieller Politik und Öffentlichkeit eher abgelenkt, ging es dort doch vor allem um die Fragen von Wehrpflicht und Personalstärke. Entscheidend ist aber nicht, ob Deutschland ein paar Zehntausend SoldatInnen mehr oder weniger hat, sondern, wozu diese befähigt und verwendet werden sollen. Aufstockung der Einsatzkräfte - also der interventionstauglichen Truppenteile -, Aufrüstung mit besonders offensivfähigen Waffen sowie Umorganisation der Führungsstrukturen aber weisen eindeutig in Richtung Intervention.

Damit ordnet sich der Umbau der deutschen Streitkräfte in den Wandel der NATO vom Abschreckungs- zum Interventionsbündnis und die ebenfalls auf Intervention ausgerichtete Militarisierung der EU ein. Herrschende deutsche Politik vollzieht allerdings nicht nur NATO- und EU-Entwicklungen nach, sondern ist treibende Kraft dieser Entwicklungen. Sie lässt sich dabei von dem Kalkül leiten, dass, wer in der heutigen Welt(un)ordnung eine führende Rolle spielen will, militärisch interventionsfähig sein muss. Diese Fähigkeit richtet sich nicht nur nach außen, auf Krisenregionen fern des NATO- und EU-Gebiets, sondern auch nach innen: In den internen Auseinandersetzungen in NATO und EU um Einfluss, Macht und Positionen will man auch die militärische Karte spielen können, um eigene Führungsansprüche zu untermauern. Man will als führender "Partner" ernst genommen werden und glaubt, dies nur erreichen zu können, wenn man auch militärisch mehr Gewicht als bisher in die Waagschale werfen kann. Deswegen braucht man den Umbau der Bundeswehr.

Die rot-grüne Regierung folgt mit dieser Politik klassischen machtpolitischen Überlegungen, in denen die militärische Komponente unverzichtbar erscheint. Sie geht so den Weg der Rückkehr zur "Normalität" weiter, den bereits ihre christliberale Vorgängerin beschritten hatte. "Normal" nämlich ist, dass ein Staat von der ökonomischen Stärke und dem politischen Rang der Bundesrepublik entsprechende militärische Mittel bereit hält und sie gegebenenfalls auch einsetzt. Statt Strategien des Ausstiegs aus dieser Machtlogik zu entwickeln und auf dem Wege von Abrüstung, Selbstbeschränkung und Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung umzusetzen, hat sich Rot-Grün militarisierter Machtpolitik verschrieben.

Reformdiskussion als Eilmarsch

Im Mai 2000 wurden von verschiedenen Seiten Konzepte für eine Reform der Bundeswehr vorgelegt, auf deren Grundlage Regierungsentscheidungen getroffen werden sollten. (vgl. ak 439, 8.6.2000) In der Tat beschloss die Bundesregierung bereits Mitte Juni gemäß einer Vorlage des Verteidigungsministers die Eckpunkte einer solchen Reform. Damit war die Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr bereits beendet, noch bevor sie begonnen hatte. Herrschende Politik hatte einmal mehr demonstriert, was sie von ausführlicher demokratischer Diskussion und Einbeziehung der BürgerInnen in diese existenziell betreffende Entscheidungen hält. Düpiert wurden aber auch Fachleute, Wissenschaftler, Militärs und PolitikerInnen aus dem sicherheitspolitischen Establishment, denen gegenüber der Verteidigungsminister selbstherrlich seine bzw. die Vorstellungen seines Hauses im Galopp durchsetzte.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag war festgelegt worden, eine hochkarätig besetzte Kommission mit der Erarbeitung von Perspektiven für die Bundeswehr zu beauftragen; die Regierungspolitik sollte sich an deren Ergebnissen orientieren. Nach mehrmonatiger Arbeit legte diese Kommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr", die nach ihrem Vorsitzenden, dem Altbundespräsidenten Richard v. Weizsäcker so genannte Weizsäcker-Kommission, am 23. Mai 2000 ihren Abschlussbericht vor. Parallel dazu hatte Scharping aber auch den damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, von Kirchbach, beauftragt, eine Studie zum

Thema auszuarbeiten. Und bereits bevor die Ergebnisse dieser beiden Seiten vorlagen, sickerte durch, dass der Verteidigungsminister selber sich schon in zentralen Punkten, zum Teil abweichend von den Vorschlägen der Weizsäcker-Kommission und von Kirchbachs, festgelegt hatte.

Scharpings Position wurde von einem Küchenkabinett im Verteidigungsministerium unter dem Leiter seines Planungsstabs, Harald Kujat, erarbeitet. Von Kirchbach wurde nur einen Tag, nachdem er sein Bundeswehrreform-Papier vorgelegt hatte (ebenfalls am 23.5.), von Scharping gefeuert ("in beiderseitigem Einvernehmen in den Ruhestand versetzt") und von dem Scharping-Spezi Kujat abgelöst; und die Weizsäcker-Kommission musste erleben, dass nach nur wenigen Tagen der "eingehenden Prüfung" ihrer Vorschläge der Verteidigungsminister am 31. Mai sein eigenes Konzept aus dem Hut zauberte (die Kujatschen "Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf"), welches dann auch nur zwei Wochen später vom Bundeskabinett abgesegnet wurde. So viel zur "Diskussionskultur" in den herrschenden Kreisen der Berliner Republik.

Jene Punkte, die zwischen der Weizsäcker-Kommission, von Kirchbach und Scharping umstritten waren und die dann auch die größte Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik auf sich zogen, betrafen den Umfang der Streitkräfte und die Frage der Wehrpflicht. Während von Kirchbach nur kleinere Modifikationen an der Bundeswehrstruktur vornehmen und insbesondere die Zahl der Bundeswehrsoldaten nur geringfügig von heute rund 330.000 auf 290.000 reduzieren wollte, war die Weizsäcker-Kommission für eine Reduzierung auf 240.000 Männer und Frauen. Scharping hielt sich in der Mitte: 255.000 SoldatInnen (plus 22.000 Dienstposten "außerhalb des Präsenzumfangs", macht 277.000, plus 80.-90.000 Zivilbedienstete), und so ist es nun auch beschlossen. Die Zahl der Wehrpflichtigen wollte die Weizsäcker-Kommission auf 30.000 reduzieren, und sie wollte einen "Auswahlwehrdienst" einführen, der weiterhin zehn Monate dauern sollte. Von Kirchbach hielt ebenso wie Scharping an der Wehrpflicht fest, es sollten 85.000 (von Kirchbach) bzw. 77.000 (Scharping) Wehrpflichtige neun Monate dienen. Der Weizsäcker-Vorschlag wurde in der Öffentlichkeit als Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht interpretiert und deswegen von den Anhängern der Wehrpflicht heftig kritisiert. Schließlich legte auch in diesem Punkt Scharping die Marschroute fest: Die Wehrpflicht bleibt, ab 2002 reduziert auf entweder neun Monate am Stück oder sechs Monate plus zusätzlicher obligatorischer Wehrübungen von insgesamt drei Monaten Dauer.

Nun ist es sicher aus bürgerrechtlicher Sicht geboten, die Abschaffung der Wehrpflicht zu fordern. Dieser Zwangsdienst stellt einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in individuelle Freiheit und Rechte, Berufs- und Lebensplanung sowie Entfaltungsmöglichkeiten junger Männer dar; er ist ebenso inakzeptabel wie jeder andere Zwangsdienst. Er ist überdies als Institution, bei der Menschen das Töten anderer Menschen erlernen, besonders verwerflich. Seine Abschaffung würde für jeden einzelnen Betroffenen eine große persönliche Erleichterung bedeuten (und auch seine Verkürzung ist für die Betroffenen selbstverständlich positiv und begrüßenswert).

Einsätze ohne "geographische Eingrenzung"

Die Argumente, die von Wehrdienstbefürwortern angeführt werden, sind entweder nicht stichhaltig (Wehrpflicht als "legitimes Kind der Demokratie", als Garant für die Integration der Streitkräfte in die demokratische Gesellschaft) oder unter demokratischen, sozialen und friedenspolitischen Gesichtspunkten abzulehnen (Wehrpflichtige als Rekrutierungspotenzial für Zeit- und Berufssoldaten, Wehrdienst als "Schule der Nation", Wehrpflicht zur Absicherung des Zwangs-Zivildienstes). Doch es wäre verfehlt, eine isolierte Abschaffung der Wehrpflicht als friedenspolitischen Erfolg und Durchbruch anzusehen. Eine Armee ohne Wehrdienst und ohne Wehrpflichtige kann ebenso wie eine mit Wehrdienst und Wehrpflichtigen sehr wohl eine offensive, interventionsfähige und damit höchst bedrohliche und friedensgefährdende Armee sein. Und zu einer solchen Armee soll die Bundeswehr werden. Darin sind sich Weizsäcker-Kommission, von Kirchbach und Scharping ebenso einig wie die Damen und Herren Politiker der Regierungskoalition und der christlich-liberalen Opposition. Entscheidend ist nämlich nicht, dass die Weizsäcker-Kommission die Zahl der SoldatInnen auf 240.000 reduzieren will, sondern dass sie die Krisenreaktionskräfte - in der neuen Terminologie: Einsatzkräfte - von derzeit 60.000 Mann auf 140.000 Mann und Frau aufstocken will. Von Kirchbach wollte 157.000, Scharping will 150.000. Und so wird es kommen.

Am 14. Juni 2000 stimmte das Bundeskabinett den Plänen Scharpings zur Bundeswehrreform zu. Sie sehen die Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee vor. Begründet wird das mit

einer neuen Sicherheits- bzw. Bedrohungslage für die Bundesrepublik. Zwar sei die Bundesrepublik "von Freunden umzingelt", ein militärischer Angriff auf ihr Territorium sei höchst unwahrscheinlich, "Landesverteidigung" - der grundgesetzliche Auftrag der Bundeswehr - mithin von ziemlich nachrangiger Bedeutung.

"Krisen" aber, die ein militärisches Eingreifen fern der Heimat notwendig machen könnten, gibt es um so mehr; "Kriseneinsätze" werden daher künftig faktisch zur Hauptaufgabe deutschen Militärs werden. Die Weizsäcker-Kommission: "Die Aufgaben der Bundeswehr haben sich völlig verändert. Die Bundeswehr wird vornehmlich außerhalb Deutschlands eingesetzt werden - entweder zur kollektiven Verteidigung eines Bündnispartners oder - was wahrscheinlich ist - zu regional begrenzten Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung (...) Mit der vorrangigen Ausrichtung der Bundeswehr auf Kriseneinsätze wird eine geographische Eingrenzung des künftigen Einsatzraums deutscher Soldaten schwierig. Die Fähigkeit, im kompletten Einsatzspektrum bis hin zu Konflikten mit hoher Intensität handeln zu können, muss künftig über große Entfernungen glaubhaft und dauerhaft sicher gestellt werden. Diese Entwicklung markiert zugleich die Abkehr vom traditionellen Bild der Bundeswehr als Instrument eines rein auf territoriale Verteidigung orientierten Landes". Also: keine "geographische Eingrenzung" des Einsatzraumes mehr, Fähigkeit zur Kriegführung ("Konflikt mit hoher Intensität" = Krieg) über große Entfernungen und lange Zeit.

Strategische "Verlegefähigkeit" hat Priorität

Ähnlich deutlich formuliert Scharping die Interventionsorientierung: "Konfliktverhütung und Krisenbewältigung können unterschiedliche Ausprägungsgrade haben und hinsichtlich Komplexität und Intensität mit Einsätzen zur Kollektiven Verteidigung vergleichbar sein (= Kriege sein - d. Verf.). Sie sind vornehmlich auf Europa und seine Peripherie begrenzt und erfordern nationale Fähigkeiten zur Krisenprävention und Krisenfrüherkennung. Der jeweiligen Lage angepasste militärische Kräfte und Mittel müssen gegebenenfalls innerhalb weniger Tage im Einsatzgebiet bereitstehen und bis zu mehreren Jahren durchhaltefähig sein".

Sowohl die Weizsäcker-Kommission als auch Scharping fordern, die Bundeswehr in den Stand zu setzen, auf zwei Schauplätzen gleichzeitig "Kriseneinsätze" durchzuführen. Aus dieser Anforderung ergibt sich dann die Notwendigkeit der Aufstockung der Einsatzkräfte, der Modernisierung ihrer Bewaffnung und Ausrüstung und der Reorganisation der Führungsstrukturen. Um mit dem letztgenannten zu beginnen: Die "nationalen Führungsstrukturen" sollen auf Interventionsfähigkeit ausgerichtet werden. Nach dem Wunsch der Weizsäcker-Kommission sollen sie "so ausgelegt sein, dass streitkräftegemeinsame Einsätze in nationaler Verantwortung geplant und ausgeführt werden können. Dafür bedarf es einer neuen Organisation, die auf alle benötigten Kräfte zentral zugreifen kann und dazu in der Lage ist, streitkräftegemeinsame Operationen modular zusammengestellter Kontingente über Landes- und Bündnisgrenzen hinweg (! - d. Verf.) zu führen".

Auch Scharping will zurück zu einem solchen Generalstab unseligen Angedenkens: "Die Stellung des Generalinspekteurs der Bundeswehr wird gestärkt. Er erhält zusätzliche Kompetenzen für die Streitkräfteplanung sowie für die Planung und Führung von Einsätzen (...) Einsätze deutscher Streitkräfte im Ausland werden künftig durch ein Einsatzführungskommando geplant und geführt." Dieses Einsatzführungskommando soll so ausgelegt werden, dass es den Generalinspekteur sowohl zur Führung von Operationen im internationalen Verbund als auch von rein nationalen Einsätzen mit ausschließlich deutschen Kräften befähigt.

Die von diesen Führungsstrukturen in den heimatfernen Einsatz gelenkten Kräfte - immerhin 150.000 Mann und Frau - müssen ganz spezielle neue Fähigkeiten haben, um ihre Aufträge erfüllen zu können. Mobilität, Flexibilität, Verlegbarkeit, Durchhaltefähigkeit sind hierfür die Schlüsselbegriffe. Dementsprechend empfiehlt die Weizsäcker-Kommission, bei der Umrüstung der Bundeswehr das Schwergewicht auf so aparte Instrumente wie "strategische Lufttransportkapazität", "leistungsfähige Seetransportkapazitäten, "Präzisionsbewaffnung mit Abstandsfähigkeit" usw. usf. zu legen, kurz: auf jene Instrumente, die für militärische Interventionen besonders dringend gebraucht werden. Scharping bekennt sich zur Verpflichtung, die "Fähigkeiten in den Schlüsselbereichen Verlegefähigkeit und Mobilität, Durchhaltefähigkeit und Logistik, Einsatzwirksamkeit, Überlebensfähigkeit sowie Führung über die bereits in der NATO-Streitkräfteplanung eingegangenen Verpflichtungen hinaus zu verbessern".

Zurück zum Generalstab

"Erste Priorität" hat für das Verteidigungsministerium "die Verbesserung der strategischen Verlegefähigkeit", also ausgebaute "Luft- und Seetransportkapazitäten", damit man die eigenen Truppen auch möglichst schnell in ihre weit entfernten Einsatzräume bringen kann. "Zweite Priorität" haben "leistungsfähige, untereinander kompatible Kommunikations- und Führungsmittel", damit man die Einsätze optimal führen und steuern kann. Ferner finden sich auf der Prioritätenliste "eigene raumgestützte Aufklärungsfähigkeit", "Verbesserung der Abstands- und Präzisionsfähigkeit", Optimierung der "Beweglichkeit im Einsatz" sowie der "mobilen Unterstützung im Einsatz".

Man sieht: Es geht in Richtung Hochtechnologie-Rüstung, die einen selbst unverletzbar machen, jedem möglichen Gegner aber weit überlegen sein soll. So versucht man, die technologische Lücke gegenüber den USA zu verkleinern, wo unter dem Schlagwort "Revolution in Military Affairs" (RMA) ein gigantisches High-Tech-Rüstungsprogramm läuft.

Ein Fest für die Rüstungsindustrie

Diese Anforderungen schlagen sich in konkreten Beschaffungsvorhaben nieder, von denen hier nur einige wenige exemplarisch vorgestellt seien:

- das Jagdflugzeug Eurofighter, von dem die Bundeswehr von 2005 an 180 Stück in Dienst stellen will und das laufend teurer wird (Hauptnutznießer: DaimlerChrysler Aerospace);

- der Airbus A400M als militärisches Transportflugzeug für den "strategischen Lufttransport" (Hauptnutznießer wiederum: DaimlerChrysler Aerospace);

- der neue Kampfhubschrauber "Tiger" - das Heer hat 212 Exemplare für 15,4 Mrd. DM bestellt; er soll "luftmechanisierte Kräfte" befähigen "tief im gegnerischen Gebiet operieren zu können";

- ein deutsch-französischer Militärsatellit, der eine von den USA unabhängige "strategische Raumaufklärung" gewährleisten soll;

- die "Panzerhaubitze 2000" für die deutsche Artillerie, ein mobiles Waffensystem für den Landkrieg, das in der Militärpresse als "das modernste Geschütz der Welt" gefeiert wird;

- neue Korvetten, die wesentlich größer sind als die Raketenschnellboote, die sie ersetzen sollen; der Marineinspekteur hat bereits angekündigt, dass man bei deren Bewaffnung größten Wert auf die "Durchsetzungsfähigkeit vor der feindlichen Küste" legen werde - Verteidigung der eigenen Küsten hat sich erledigt.

Es glaube also niemand, die Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr oder die Verschrottung (oder wohl eher: der Verkauf) veralteter und überzähliger schwerer Panzer habe etwas mit Abrüstung zu tun. Vielmehr steht eine Modernisierung und Umrüstung ins Haus, getreu dem Motto: Kleiner, aber feiner, d.h. interventionsfähiger. Daher glaube auch niemand, dass künftig Geld beim Militär eingespart werden könnte. Im Gegenteil: Die qualitative Aufrüstung wird viel Geld kosten; die Einsparungen beim Personal sollen ebenso wie die Teilprivatisierung von Dienstleistungen (die viel gerühmte "strategische Partnerschaft" von Wirtschaft und Bundeswehr) dazu dienen, Geld für neue Rüstungsvorhaben zu beschaffen. Scharping: "Die frei werdenden Mittel werden vollständig für Investitionen eingesetzt"; Ziel ist eine "stufenweise Erhöhung des Investitionsanteils auf 30 Prozent" (derzeit etwa 20%).

Die Reduzierung der Personalstärke kommt der Rüstungswirtschaft entgegen, weil so mehr Mittel für Investitionen frei werden. "Die Bundeswehr schrumpft - und die Rüstungsindustrie freut sich. Denn sie wird vom Umbau der Armee profitieren", schrieb die Financial Times Deutschland (25.5.2000). Die durchschnittlich ca. 45 Milliarden DM jährlich im Rüstungshaushalt in den nächsten Jahren werden gleichwohl nicht reichen. Und auch wenn zur Zeit noch nicht absehbar ist, wo und wie genau Scharping und seine Militärs angesichts der staatlichen Sparzwänge zusätzliches Geld zusammenkratzen werden, so wäre es doch verfehlt, auf den "Sachzwang Sparzwang" zu hoffen. Schon jetzt ist es dem Verteidigungsministerium gelungen, sich trotz formaler Abstriche am Militärhaushalt durch Umschichtungen etc. mehr Mittel zu sichern, als es der offizielle Verteidigungsetat vorsieht. Nicht zuletzt der Verweis auf "Bündnispflichten" und "Bündnistreue" wird dazu herhalten, zusätzliches Geld für das deutsche Militär locker zu machen.

Vo

(wird fortgesetzt)

Zitate im Text aus:

- Kommission Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr: Bericht der Kommission an die Bundesregierung. Berlin, 23.5.2000

- Der Bundesminister der Verteidigung: Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf. Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert. (Berlin, Mai 2000)

- Das strategische Konzept des Bündnisses (u.a. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr. 24, Bonn, 3. Mai 1999, S. 222-231)

5. Wutwelle gegen Ökosteuer

Autor: gw. · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:44

Hektische Betriebsamkeit herrscht auf Deutschlands Straßen; Autofreie Tage finden vor allem medial statt. Zeitweise bestimmen LKW- und Taxifahrer die Geschwindigkeit in den Städten - wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie in Frankreich oder in England. Da ist hier zu Lande der Nötigungsparagraf vor, und Gesetzesüberschreitungen mag der deutsche Brummifahrer nicht so gerne; also wird ausnahmsweise mal der Fuß vom Gaspedal genommen, um kilometerlange Staus zu produzieren. Zum Ausgleich darf die Hupe als Spielzeug intensiver genutzt werden. Die Parole heißt: Weg mit dieser (Ö.)K.O.Steuer! Vorgegeben hat sie die CDU, die in den letzten Jahren schon reichlich Erfahrungen mit populistischen Kampagnen angehäuft hat. Nun testen die Jungs mit dem Bleifuß Tempo 60 auf Autobahnen und Tempo 30 in Innenstädten. Man möchte ihnen zurufen: Weiter so, es geht doch! Aber Vorsicht: Wer so den Volkszorn entfacht, läuft Gefahr, was auf die Fresse zu kriegen.

Es ist schon verwunderlich, dass ausgerechnet die popeligen sechs Pfennig Ökosteuer diesen Aktivitätsschub ausgelöst haben. Sie werden verantwortlich gemacht für den Anstieg der Spritpreise um 50 Pfennige in den letzten 20 Monaten. Tatsächlich liegen die Dinge so: Die Rohölpreise waren auf einem Tiefpunkt angelangt; die OPEC-Staaten steuerten gegen, drosselten die Produktionsmengen, um den Preis für das flüssige Gold wieder in für sie angemessene Sphären zu bringen. Niedrige Rohölpreise ließen die Mineralölkonzerne horrende Gewinne einfahren. Der Autoindividualist erfreute sich an den niedrigen Spritpreisen und konnte seinem liebsten Hobby in aller Ausgiebigkeit frönen - Ozonloch hin, Klimaveränderungen her.

Für Rot-Grün bot sich also zu Beginn der Amtszeit die Chance, ohne allzu großen Imageschaden bei der Autolobby zu nehmen, eine Steuer einzuführen, die ökologische Betriebsamkeit signalisieren und dem Juniorpartner und seiner WählerInnenschaft ein Zuckerchen hinwerfen sollte. Dass das Ganze eine Farce ist, zeigt sich nicht nur an den vielen von der Ökosteuer ausgenommenen Branchen (Kohle, Atomenergie, Großindustrie etc.) Vor allem fließen die staatlichen Mehreinnahmen nicht in ökologische Umbauprojekte, sondern dienen der vorübergehenden Schließung von Löchern in der Rentenkasse - alles in allem ein übliches rot-grünes "Reform"projekt.

Insofern ist die Verwunderung der Bundesregierung, dass sie nun als Zielscheibe der "Wutwelle" über die hohen Energiepreise dient, schon fast nachvollziehbar. Alle ihre Versuche, die Verantwortung für die gestiegenen Preise auf die OPEC bzw. die "Scheichs" oder die Mineralölkonzerne zu schieben, sind gescheitert. Im Gegensatz zur Ölpreiskrise 1973 steht dieses Mal - von einigen Ausreißern abgesehen - der rassistische Diskurs gegen die Scheichs, die "uns" den Ölhahn zudrehen, nicht im Vordergrund. Zielscheibe ist einzig und allein die Bundesregierung mit ihrer Ökosteuer.

Die Proteste haben erste Ergebnisse gebracht: Die Kilometerpauschale wird um 10 Pfennige erhöht und in eine Entfernungspauschale umgewandelt, für sozial Schwache wird es einen Heizkostenzuschuss geben. Das wird die Brummibranche zwar nicht zufrieden stellen, wohl aber die Pendler freuen und einige Wohngeldbezieher besänftigen.

Eine Kampagne der CDU und der Bleifußfraktion

Das Signal ist deutlich: Eine ökologische Lenkungswirkung sollte und soll die Ökosteuer nicht haben; durch die Erhöhung der Entfernungspauschale auch für Autofahrer werden kaum Umstiegsanreize erzielt. Gespannt darf man sein, welche weiteren Ausgleichsmechanismen folgen werden. Ein verkehrspolitisches "Umsteuern" ist nicht einmal in Ansätzen zu erkennen - im Gegenteil: Mit der Just-in-Time-Produktion und der Verlagerung der Lagerhallen haben die Konzerne eine Armada an Brummis entstehen lassen. Damit wurden nicht nur ökologische Kosten auf die Allgemeinheit verlagert, sondern auch die Speditionen unter einen enormen Preisdruck gestellt. Dass Speditionen, insbesondere Kleinunternehmen, bei steigenden Energiekosten unter größeren Druck geraten, liegt auf der Hand. Nur: Die Preispolitik der OPEC ist schlicht eine nachholende Entwicklung und war voraussehbar.

Vielleicht wird nun wieder ab und an über die Nutzung alternativer Energiequellen nachgedacht und in sie investiert. Es wäre zusätzlich mal wieder an der Zeit, auch über die ökologischen Folgewirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu reden. Und nebenbei auch über die ökologischen Folgen des

individuellen Konsums. Wahrscheinlich werden die Helden der Landstraße in diesen Fragen nicht die vorrangigen Bündnispartner sein.

Ein Gutes hat die "Wutwelle": Sie zeigt, dass diese Bundesregierung durchaus druckanfällig ist. Vielleicht dient das ja als Anreiz für andere - und sinnvolle - oppositionelle Projekte.

gw.

6. Aufruhr der Mittelständler. Frankreich: Sraßenblockaden gegen Benzinpreis-Erhöhungen

Frankreich: Straßenblockaden gegen Benzinpreis-Erhöhungen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:27

Rund 120 blockierte Raffinerien und Treibstoff-Depots im gesamten Land, 80 Prozent der Tankstellen ohne Benzin, Straßenblockaden durch Lastwagen und Traktoren... Frankreich bot in der ersten September-Woche erneut ein Bild, das an die großen Streikbewegungen der LKW-Fahrer und Transportarbeiter in den Jahren 1996 und 1997 erinnerte. Mit dem kleinen Unterschied freilich, dass es dieses Mal die Unternehmer-Organisationen und konservative berufsständische Gruppen waren, die das Land während einer guten Woche im Atem hielten.

Der Zorn, der sich Anfang September Bahn gebrochen hat, reifte bereits seit Monaten heran. Hintergrund ist zunächst der Preisanstieg beim Rohöl, für den Teile der Medien und die französische Ölindustrie die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) verantwortlich machen. Tatsächlich ist der Preis für den Barrel (159 Liter) Rohöl seit März 1999 von anfänglich 10 Dollar bis auf knapp 35 Dollar geklettert. Es ist jedoch falsch, deswegen eine "Erpressung" des reichen Nordens durch die OPEC-Länder zu wittern.

Der Preisansteig hat fünf Hauptgründe. Durch den Wieder-Aufschwung in Südost-Asien, das sich von der Krise 1997/98 erholt hat, und die seit 1990 anhaltend gute Konjunktur in den USA und in Teilen Westeuropas ist die weltweite Nachfrage nach Öl stark angestiegen, was zu einer Verknappung führt und einen Druck auf die Preise ausübt. Zweitens war der Rohölpreis in den vorangegangenen Jahren unnormal niedrig, da er seit 1985 - angesichts der chronischen Schwäche der OPEC und der "Dritten Welt" generell - in den Keller gefallen war. So ist die OPEC politisch in sich zersplittert, sie kontrolliert auch nur 40 Prozent der weltweiten Ölproduktion. Und angesichts des anhaltend sinkenden Rohölpreises waren in den OPEC-Ländern notwendige Investitionen zur Instandhaltung der Förderanlagen unterblieben - sie kommen daher mit der Förderung heute kaum nach. Zugleich wurden in den Industrieländern kaum Anstrengungen unternommen, andere Energiequellen zu fördern, während die Nuklearindustrie - unter dem Druck des niedrigen Ölpreises und einer kritischen Öffentlichkeit - fast überall stagnierte oder zurückging.

Zum Dritten sind es die in den westlichen Industrieländern ansässigen Ölkonzerne, welche die großen Profite machen. Diese Konzerne, wie etwa der neue französische Riese TotalFina-Elf - nach der jüngsten Fusion weltweit die Nummer Vier der Branche - beuten entweder selbst die Förderstellen aus, oder sie kaufen das Rohöl den Erzeuger-Ländern ab - zu Preisen, die in der Regel weder die Konsumenten noch die Regierungen der Industrieländer kennen. Anfang September verkündete TotalFina-Elf für das erste Halbjahr 2000 eine Gewinnexplosion um 165 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Viertens schlägt der Staat auf Öl und Benzin Steuern drauf, die an einer französischen Zapfsäule heute 70 Prozent des Endpreises betragen. So wird eine Sondersteuer - die TIPP - auf Erdölprodukte erhoben, auf die wiederum nochmals eine Mehrwertsteuer (TVA) in Höhe von 19,6 Prozent erhoben wird. Und fünftens verteuert der stetig sinkende Euro-Kurs, durch die ungünstige Wechselparität mit dem Dollar, die Erdöl-Ölimporte aus Sicht der Länder der Euro-Zone. Nicht zuletzt spielen die Ölkonzerne selbst in spekulativer Weise mit diesen Währungsparitäten, um ihre Gewinnspanne noch zu vergrößern.

Der Pariser Wirtschaftsminister Laurent Fabius hatte bereits im Frühjahr 2000 den Riesen der Ölindustrie einen ungewohnt scharfen Rüffel erteilt. Diese sollten bitte schön nicht nur die Erhöhungen des Rohöl-Preises, sondern auch dessen Ausschläge nach unten auf ihre eigenen Wiederverkaufs-Preise anrechnen. Außerdem strengte er eine Untersuchung der Konkurrenz-Aufsichtsbehörde an, um herauszufinden, ob es kartellhafte Absprachen zwischen Konzernen gebe. Doch Anfang Juli, als viele Franzosen sich auf den Weg in den Urlaub machten, erlebten sie an den Tankstellen eine böse Überraschung - der Benzinpreis war auf einen Schwung um 40 Centimes (12 Pfennig) pro Liter gestiegen.

Den Profit machen die Ölkonzerne

Die französische KP begann ihrerseits bereits im Juli eine Kampagne mit Petition und Unterschriften-Sammlung, unter dem Titel "Baisse-moi" ("Senk mich") - unter Anspielung an den Filmtitel "Baise-moi" ("Fick mich"). Auf populistische Weise suchte sie so an den Unmut der Autofahrer anzuknüpfen und die Gewinne der Ölkonzerne anzuprangern, auf die eine Sondersteuer erhoben werden müsse, um eine Senkung der Verbraucherpreise zu finanzieren.

In den ersten Septembertagen waren es jedoch nicht die Parteikommunisten, die gegen die steigenden Benzinpreise auf die Straße gingen, sondern die Unternehmer. Und zwar jener Branchen, die in erster Linie direkt von den Öl- und Benzinpreisen betroffen sind: der LKW-Transportbranche, der (industrialisierten) Landwirtschaft und - eher am Rande - der Taxibranche. Die drei Transportunternehmer-Organisationen TLF, FNTR und Unostra begannen mit dem Blockieren von Autobahnen, Raffinerien und Zufahrten zu Treibstoff-Depots, während die fünf verschiedenen Gewerkschaften der abhängig Beschäftigten in dieser - sozial besonders rückschrittlichen - Branche in völliger Einmütigkeit die Lohnabhängigen dazu aufriefen, auf keinen Fall an diesen Aktionen teilzunehmen: Den Patrons gehe es lediglich um die Verteidigung ihrer Verdienstspanne. Tatsächlich fordern diese auch gleich noch eine Senkung der "Last" der Sozialabgaben, um das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Unternehmen zurückzudrehen - nachdem in den Streiks der LKW-Fahrer 1996 und 1997 eine minimale Beschränkung der extrem langen wöchentlichen Arbeitszeiten und eine Erhöhung der sehr niedrigen Löhne durchgesetzt worden war.

Die LKW-Branche erlebt im Zuge zunehmend größerer Flexibilität der Arbeitsorganisation, schnellerer Reaktivität auf die Marktveränderungen und "Juste-in-time"-Produktion ein rasantes Wachstum - mit 9 Prozent Zuwachs im Jahr 1999, gegenüber einem Prozent Rückgang des Warentransports per Eisenbahn. Zugleich ist es jene Branche, deren Florieren mit am stärksten auf der forcierten Ausbeutung der Arbeitskräfte, aber auch der Selbstausbeutung der kleinen Selbstständigen und Mini-Unternehmer, beruht.

Im Falle der Landwirte wurde der "Tanz" durch die große konservative Lobbyorganisation FNSEA geführt, die vor allem als Sprachrohr einer produktivistischen Agrarindustrie auftritt und dafür regelmäßig dem Staat Subventionen abzupressen versucht. Letztere Industrie hatte, in einer Periode billiger Treibstoff-Preise, ihre Mechanisierung vorangetrieben und wird nunmehr durch die höheren Benzin- und Dieselpreise bestraft. Hingegen warnte die linke Bauernorganisation Confédération paysanne ihre SympathisantInnen vor einer Teilnahme.

Aktiv in die Proteste eingeschaltet hat sich auch die bürgerliche Rechtsopposition; so wurde die Vorsitzende des neogaullistischen RPR, Michèle Alliot-Marie, bei den Straßensperren der LKW-Fahrer gesichtet. Den sozialistischen Abgeordneten Julien Dray (vom "linken" PS-Flügel Gauche Socialiste) und manche Leserbrief-Schreiber in der kommunistischen Presse veranlasste das, die "Bewegung" mit dem reaktionären Ausstand der chilenischen LKW-Fahrer in den frühen 70er Jahren zu vergleichen. Jene sollte - im Vorfeld des Pinochet-Putschs -, mit tatkräftiger Unterstützung der CIA, die sozialistische Allende-Regierung destabilisieren helfen.

Dem Druck der Transport-Unternehmer gab die französiche Regierung, in Gestalt von Premier Lionel Jospin und KP-Transportminister Jean-Claude Gayssot, zur Mitte der ersten Septemberwoche hin begrenzt nach. Um 35 Centimes pro Liter Diesel im Jahr 2000 und um 25 Centimes während des Jahres 2001 wird die Steuer demnach für die Fuhrunternehmen gesenkt. Ferner sollen mögliche künftige Preiserhöhungen durch steuerliche Maßnahmen ausgeglichen werden. Die Kostensenkung kommt allerdings nur den LKWs ab einem Jahresverbrauch von 50.000 Litern zu. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 30.000 Litern jährlich bleibt ein guter Teil des Kleingewerbes vom Genuss der Maßnahme ausgeschlossen. Der Landwirtschaft ihrerseits sagte die Regierung 460 Millionen Francs zusätzlicher Subventionen zu, ein Teil davon in Form von Fördermitteln für die (industrialisierte) Erzeugung von Biotreibstoff als Öl-Ersatzstoff.

Rasantes Wachstum in der LKW-Branche

Nachdem die Regierung ihr Zugeständnis angekündigt hatte, traten die erheblichen Spannungen zu Tage, die innerhalb des Unternehmerlagers herrschen. So rief zunächst die TLF, die vor allem die Großbetriebe der Branche (4.500 von insgesamt 35.000 Betrieben, die aber 250.000 von 370.000 LKWs im Einsatz haben) vertritt, zum Ende der Blockaden auf. Die FNTR und die Unostra hingegen - die vor allem die kleineren Betriebe, oft Subunternehmen von TLF-Speditionen - repräsentieren - suchten den Druck aufrechtzuerhalten.

Am 8. September forderte auch die FNTR zur Beendigung der Blockaden auf, woraufhin sich ein Teil ihrer Basis auf den Barrikaden dem Räumungsbeschluss handfest widersetzte und lautstark den Rücktritt von FNTR-Chef René Petit verlangte. Frankreichs zentraler Arbeitgeber-Verband, der MEDEF, hat im übrigen die Blockaden schon zu einem frühen Zeitpunkt verurteilt, wohl um den abhängig Beschäftigten kein Vorbild im Hinblick auf die Aktionsmethoden zu liefern.

Ein Großteil der öffentlichen Meinung schien mit ihren Sympathien auf der Seite der aufständischen Mittelständler zu stehen. Nach einer Umfrage der Tageszeitung Le Parisien erklärten 88 Prozent den Ausständischen ihre Unterstützung. Dieses Ergebnis täuscht jedoch, da viele der Antwortenden vermutlich vor allem ihre Verstimmung über die hohen Benzin- und Dieselpreise äußern wollten. Nichtsdestotrotz herrschte in bedeutenden Teilen der öffentlichen Meinung unbestreitbar eine diffuse Sympathie mit den blockierenden Unternehmern vor.

Die KP setzt auf Populismus

Während des Konflikts zeichneten zwei Kräfte innerhalb der etablierten Linken und des Regierungslagers sich durch strikt gegensätzliche Positionen aus, die als gleichermaßen borniert gelten müssen. Die Grünen hielten während des gesamten Konflikts an ihrer Grundposition fest, dass - aus umweltpolitischen Motiven - höhere Benzinpreise besser seien als niedrige. Dabei ist es ziemlich unwahrscheinlich, dass eine Erhöhung der Spritpreise die große Mehrzahl der Automobilisten vom Autofahren abhalten würde - ähnlich wie die Erhöhung der Tabaksteuer wenige Raucher vom Zigarettenkonsum abhält. Vielmehr reißen höhere Preise nur ein größeres Loch in die Kaufkraft und bestrafen jene, die (unter den gegebenen Bedingungen) für die tägliche Fahrt zur Arbeit aufs individuelle Gefährt angewiesen sind.

Umgekehrt reagierte die KP zunächst mit dem Reflex, den Automobilisierungs-Grad als soziale Errungenschaft der Arbeiterklasse mehr oder minder unkritisch zu verteidigen, im Sinne ihrer industrialistischen und produktivistischen Tradition. Allerdings floss eine nuanciertere Bewertung der umweltpolitischen Problematik alsbald mit in ihren Diskurs ein, und die Partei sowie ihre Tageszeitung L'Humanité bemühten sich um eine differenziertere Darstellung. Die KP bekennt sich nunmehr zum Ziel einer Reduzierung des Straßenverkehrs und der Verringerung der Schadstoff-Immissionen. Das soll vor allem durch eine Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene erreicht werden. Daran arbeitet KP-Transportminister Gayssot schon länger, auf dem Weg einer Rehabilitierung der kollektiven Transportmittel (insbesondere der Bahngesellschaft SNCF, wo der seit Jahren voranschreitende Stellenabbau gestoppt wurde) und mit dem erklärten Ziel, den Umfang des Schienentransports binnen zehn Jahren zu verdoppeln.

Auf der verzweifelten Suche nach mobilisierungsträchtigen Themen hält die KP aber auch an ihrer populistischen Benzinpreis-Kampagne fest. Aus der übrigen (marxistischen) Linken wird ihr dabei zum Teil vorgehalten, sich auf ein populäres und oberflächliches Symbol auf der Ebene der Preise (eines spezifischen Produkts) zu konzentrieren, anstatt das Problem näher an der Wurzel zu packen. Nämlich an der geringeren Kaufkraft, auf Grund sinkender Beteiligung am gesellschaftlichen Gesamtvermögen, anzusetzen und namentlich die Frage der Löhne und der Verteilung aufzugreifen.

Bernhard Schmid, Paris

7. "Jede Ausbauvariante ist eine erhebliche Mehrbelastung." Interview über die Proteste gegen den Flughafen-Ausbau

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:12

Rolf Engelke und Michael Wilk gehören dem AKU (Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden) an, der im Bündnis der 50 BIs gegen den Flughafenausbau beteiligt ist. Das Interview führte Thomas Klein.

ak: Hat mit der Entscheidung von CDU und FDP, eine Nordwest-Landebahn zu befürworten, eine "neue Phase" im Kampf gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens begonnen?

Engelke: Die eigentliche Entscheidung liegt im Grunde schon geraume Zeit zurück. Es ist eher mit dem Mediationsverfahren die entscheidende Phase eingeleitet worden und der jetzige Beschluss für die Nordwest-Variante scheint mir ohnehin nur ein provisorischer zu sein. Es kann hier durchaus noch Veränderungen geben, völlig neue Entwicklungen sind auch jetzt noch möglich.

Besteht jetzt für die Bürgerinitiativen (BIs) die Gefahr einer Entsolidarisierung, in dem Sinn, dass sich die Position "wir sind davongekommen" bei einigen in der Region breit macht?

Engelke: Derartige Befürchtungen sind nicht völlig unberechtigt. Wir haben beispielsweise beim Strategieseminar der Bürgerinitiativen gerade von Vertretern aus dem Gebiet Neu-Isenburg und Dreieich, die im Wesentlichen von einer Südbahn betroffen wären, gehört, dass zum Teil nach dem Votum für die Nordwest-Variante in der Bevölkerung schon so etwas herumgeistert wie "das Schlimmste ist nun wenigstens nicht eingetroffen" oder "an uns ist der Kelch vorübergegangen". Die BIs versuchen insofern dagegenzuhalten, dass sie darauf hinweisen, dass letztlich alle Orte in der Region unter jeder Variante zu leiden haben werden. Die Mehrbelastung im gesamten Rhein-Main-Gebiet wird ja tatsächlich erheblich sein.

Wilk: In unseren Aufrufen zu der Demo am 16. September haben die BIs zu Recht immer davon gesprochen, dass der Ausbau des Flughafens die ganze Rhein-Main Region bedroht. Auch wenn es bei den Planungen Gemeinden geben soll, die weniger vom Fluglärm tangiert werden, wie z.B. Kronberg, Königstein oder auch Eschborn. Uns ist der Aspekt der Gesamtbetroffenheit wichtig. Wir alle konnten mit Interesse beobachten, wie sich mit Bekanntgabe der Kochschen Nordbahnvariante vor allem einige KommunalpolitikerInnen zurücklehnten in der Meinung, der Kelch sei an ihrer Gemeinde vorbeigegangen. Andere, die vorher zu eindeutigen Flughafenerweiterungsfans zählten, entdeckten zu unserer Verblüffung die Liebe zum Widerstand - und bezeichnen sich sogar als die Speerspitze des Protests. Wir freuen uns natürlich über jeden Menschen, der zu uns stößt - und das meine ich ernst - so auch über Herrn Beutel, den Mainzer Oberbürgermeister, der in der beschriebenen Weise seine kritische Haltung zum Flughafen entdeckte, als sich herausstellte, wie sehr zum Beispiel Mainz von einer Nordwestvariante betroffen wäre.

Aber es scheint typisch zu sein, dass für bestimmte St. Florians-KommunalpolitikerInnen wie den Oberbürgermeister von Wiesbaden, Hildebrand Diehl, oder Petra Roth in Frankfurt Gesundheit, Schlaf und saubere Luft nur dann zählen, wenn sie selbst massiv betroffen sind. Es ist zynisch und grotesk, wenn anderen die Belastungen und gesundheitlichen Schäden zugemutet werden, die man selbst niemals akzeptieren würde.

Die geplante neue Erweiterung, die eine 50%ige Steigerung der Starts und Landungen bringen soll, brächte eben nicht nur für die in der Einflugschneise lebenden Menschen eine neue Extrembelastung an Lärm, Dreck und auch eine gesteigerte Absturzgefahr. Jede Erweiterung, jede Kapazitätszunahme führt immer auch zu einer Steigerung der Gesamtbelastung des Rhein-Main-Gebiets und darüber hinaus.

Es kann unter diesen Aspekten auch nicht sinnvoll sein, unsinnige Steigerungen des Luftverkehrs - wie z.B. innerdeutsche Flüge, die durch die Bahn ersetzbar wären - auf andere Flughäfen, z.B. Hahn, auszulagern.

Wie bewertet Ihr die Aussage des Wiesbadener Oberbürgermeisters Hildebrand Diehl, dass die Option Wiesbaden-Erbenheim, also die zivile Nutzung dieser US-Air-Base, nun vom Tisch sei?

Engelke: Langfristig ist die Option Wiesbaden-Erbenheim keineswegs vom Tisch. Denn wir erleben ja, dass immer neue Zuwachszahlen präsentiert werden und ich denke, dass bei zukünftigen Diskussionen der derzeit vom US-amerikanischen Militär genutzte Flughafen in Erbenheim durchaus wieder ins Spiel kommen könnte.

Wilk: Nur wer naiv ist, glaubt, die jetzigen Planungen wären die letzten Erweiterungsvorhaben der Flughafen AG (FAG).

Das Bündnis der Bürgerinitiativen will sich mit allen Mitteln gegen den geplanten Ausbau wehren. Beim Protest gegen den Bau der Startbahn West gab es damals ein breites Bündnis, dass von lärmegeplagten Bürgern bis zu autonomen Gruppen ein weites Spektrum an Protest und Widerstand umfasste. Was hat sich hier verändert?

Engelke: Heute können wir kaum noch von einer breiten autonomen Struktur im Rhein-Main-Gebiet ausgehen, die wirklich zu einer politischen Intervention in der Lage ist - schon deshalb ist die Situation heute anders. Es gibt z.B. auch keine Alternativbewegung mehr, die es in den siebziger und achtziger Jahren gab.

Andererseits gehen wir davon aus, dass durch die Ausweitung des Flugverkehrs eine schon geographisch erheblich größere Betroffenheit in der Region da ist, als das bei der Startbahn West der Fall war. Deshalb gibt es also durchaus die Möglichkeit, eine Massenbewegung gegen den Flughafenausbau hinzubekommen.

Wilk: Die rege Teilnahme an der Demo in Wiesbaden, über 10.000 Menschen zu Beginn der noch Jahre dauernden Auseinandersetzungen, zeigt, dass unsere Losung "Eine Region wehrt sich" durchaus ihre Berechtigung hat - der Protestzug durch Wiesbaden war ein sehr guter Auftakt und zeigt, dass auch heute noch tausende für Protest- und Widerstandsaktionen zu haben sind.

Welche Möglichkeiten seht ihr, auf juristischer Ebene den Ausbauplänen entgegenzutreten?

Engelke: Die juristische Ebene halte ich nur dann für Erfolg versprechend, wenn sich zugleich eine politische Bewegung in der Region entwickelt. Die juristische Ebene als ein Allheilmittel zu sehen, halte ich für fatal, denn wir müssen uns hier die Geschichte um den Bau der Startbahn West vor Augen halten. Es hat sich damals doch herausgestellt, dass Versuche, auf juristischer Ebene das Vorhaben zu stoppen, letztlich keinen Erfolg hatten. Und dass es hier eine Reihe von Illusionen gab.

Wilk: Das muss und wird parallel laufen: Wir werden alle juristischen Mittel nutzen und wir werden politischen Druck entfalten. Wir werden jeder Regierung, egal ob der jetzigen oder einer eventuellen Rot-Grünen, klarmachen, dass mit uns eine Ausweitung des Lärms und des Drecks nicht zu machen ist. Die Menschen hier werden einen sozialen Widerstand entfalten, der von der Einzelklage bis hin zu breiten Aktionen zivilen Ungehorsams reichen wird.

Es werden in nächster Zeit natürlich noch weitere Kundgebungen und Demonstrationen folgen. Außerdem gibt es wieder die sog. Sonntagsspaziergänge, vielen Menschen aus Zeiten des Baus der Startbahn West ja noch bestens bekannt, und zwar jeden 1. Sonntag im Monat.

"Die rege Teilnahme an der Demo in Wiesbaden zeigt, dass unsere Losung ‚Eine Region wehrt sich` durchaus ihre Berechtigung hat."

"Die Menschen hier werden einen sozialen Widerstand entfalten, der von der Einzelklage bis hin zu breiten Aktionen zivilen Ungehorsams reichen wird."

8. Flughafen-Protest fast wie in alten Zeiten

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:13

Ungewohnte Töne am Wiesbadener Bahnhof: "Get up, stand up, stand up for your rights" von Bob Marley ertönten aus einem roten Doppeldecker-Bus. An anderer Stelle waren aus einem Lautsprecherwagen die bots zu hören, die vor zwanzig Jahren auf keiner Friedensdemonstration fehlen durften - nun aber nur die eher abfällig gemeinte Bemerkung zur Folge hatte: "Da hat wohl jemand seine alte Hippie-Cassette mitgebracht." Der guten Stimmung tat das jedoch keinen Abbruch.

Mit Plakaten wie "Koch in den Lärm-Knast" und "Koch und Bender -Menschenschänder", gemünzt auf den hessischen Ministerpräsidenten und den Lufthansa-Chef, zogen am 16. September mehr Menschen durch Wiesbaden als zuvor von dem Bündnis der Bürgerinitiativen (BIs) erhofft. Dementsprechend begeistert waren die Sprecher der BIs gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens von der großen Beteiligung an dem Protestmarsch. Nach Angaben der Polizei waren über 6.000 Menschen auf den Beinen. Laut Veranstalter gingen am Samstag sogar über 10.000 Menschen in der hessischen Landeshauptstadt gegen die Pläne auf die Straße, den Rhein-Main-Flughafen erneut zu vergrößern.

"Angesichts der Tatsache, dass wir erst am Beginn einer mehrere Jahre dauernden Auseinandersetzung stehen", so Michael Wilk vom Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden, "ist die heutige Zahl an Demonstranten ein großer Erfolg". Im Kampf gegen den Bau der Startbahn West vor zwanzig Jahren habe es anfangs auch nicht gleich Demonstrationen mit 50.000 Menschen gegeben. Erst im Lauf der Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile sei es nach und nach zu den damaligen Massendemonstrationen in Frankfurt am Main, Wiesbaden und im Startbahn-Wald gekommen.

Die rege Teilnahme an dem Protestmarsch durch Wiesbaden zeige deutlich, dass auch diesmal den Ausbauplänen viel Protest und Widerstand entgegenschlagen werde, so Wilk. Eine Einschätzung, die immer wieder zu hören war.

Für Rudolf Müller, bis vor kurzem Betriebsratsvorsitzender der Adam Opel AG in Rüsselsheim, ist den Menschen in der Region klar, dass sie auch diesmal von den Politikern belogen werden:

"Bei der Auseinandersetzung um die Startbahn West versprachen die Verantwortlichen in der Politik, dass mit dem Bau der neuen Startbahn alle Bedürfnisse gedeckt seien. Damals wurde versichert, dass in Zukunft keine weitere Genehmigung für einen weiteren Ausbau erteilt werde. Und heute, die Worte des Ministerpräsidenten zum Bau der Nordbahn waren noch nicht verklungen, da fordert die Flughafen AG schon weitere 50% mehr Fläche als vorher angekündigt. Wir wissen also, dass alle Versprechungen der Verantwortlichen das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen. Denn für diese Herren kommt zuerst das Geschäft, und - wenn überhaupt - dann die Moral".

Nachdem über 100.000 Protestpostkarten der Vizepräsidentin des Hessischen Landtages übergeben worden waren, ging Michael Wilk für das Bündnis auf die Person des unter Druck stehenden Ministerpräsidenten und die Notwendigkeit des Widerstandes nochmals genauer ein: "Als Roland Koch, CDU-Mitglied und zur Zeit noch Ministerpräsident, seine Option der Nordwest-Variante zum Besten gab," habe es von Seiten der Medien viele Anfragen bei den BIs gegeben, ob die Auseinandersetzung nun entschieden sei. "Diese Fragen geben Zeugnis von der Unkenntnis über unser Durchhaltevermögen", so Wilk, "und es sei die Frage erlaubt: Wer ist eigentlich Roland Koch?" Dieser Herr sei nicht nur Ministerpräsident, sondern sitze auch noch im Aufsichtsrat der FAG. "Wen wundert es, wenn Koch eine klare Vorstellung von Gewinnmaximierung hat und die Voraussetzungen dafür in Beton gegossen sehen möchte". Es mache im übrigen wenig Sinn, zu sehr an der Person dieses Ministerpräsidenten zu kleben. Man werde es möglicherweise noch mit anderen Ministerpräsidenten und mit anderen FAG-Vorständlern zu tun haben.

Entscheidend sei ein langer Atem, wenn es darum gehe, die eigenen Interessen "gegen die Interessen von FAG und Luftfahrtunternehmen zu verteidigen". Und da gebe es eine klare Marschroute: Man werde jeder Regierung in Wiesbaden, auch einer zukünftig rot-grünen, klarmachen, dass eine Ausweitung des Lärms und des Drecks auf Protest und Widerstand stoße. "Ihre Arroganz der Macht, die kalte technokratische Ideologie des ‚Höher, Schneller, Weiter` wird sich mit unserem Mut, unserer Kreativität und Fantasie und mit unserem

Bedürfnis nach Menschlichkeit auseinander setzen müssen." Und in diesem Sinne werde man sich nun noch öfter sehen.

Thomas Klein

9. Wenn Schlampen zum Verhängnis wird. Beugehaft gegen Werner R. ist nicht rechtmäßig

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:42

Die letzten Monate hinweg stand Werner R. mit einem Bein im Gefängnis, weil er einen Pass verloren hat, der später bei einem mutmaßlichen RZ-Mitglied in Paris gefunden wurde. Zuerst verhängte die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen ihn als Zeugen ein Ordnungsgeld von 1.000 DM. Dann drohte sie schließlich mit Beugehaft. In einem Eilverfahren hat allerdings das Bundesverfassungsgericht Ende August die Beschlüsse des Landgerichts Frankfurt am Main aufgehoben, mit denen die Beugehaft gegen Werner R. verhängt worden waren.

Werner R., Künstler, Mitglied der IG Medien und der KünstlerInnen-Kooperative K., geriet buchstäblich über Nacht ins Blickfeld des Bundeskriminalamtes (BKA). Ausgangspunkt war die Festnahme der beiden mutmaßlichen RZ-Mitglieder Sonja S. und Christian G. am 16. Januar in Paris. Christian G. wurde dabei mit einem schweizer Pass festgenommen, der auf den Namen von Werner R. ausgestellt war. Am nächsten Tag fand sich Werner R. nach einer Durchsuchung seiner WG und Atelierräume zu einer Vernehmung auf dem Polizeirevier wieder. (vgl. ak 439)

Werner R. besitzt einen deutschen und einen schweizer Pass, da seine Mutter Schweizerin ist. Bei der Hausdurchsuchung konnte der Pass tatsächlich nicht gefunden werden. Werner R. war der Verlust allerdings nicht aufgefallen, weil er den Pass seit Jahren schon nicht mehr benutzt hatte. Wie der Pass abhanden gekommen ist, weiß er nicht. Theoretisch hätte jeder, der in den vergangenen Jahren in den verschiedenen WGs, in denen er lebte, aus- und einging, den Pass an sich nehmen können.

Für den Staatschutz keine glaubhafte Begründung. Mehrfach wurde Werner R. von der Frankfurter Staatsanwaltschaft vorgeladen und nach Kontakten zur "terroristischen Szene" befragt. Werner R. verweigerte schließlich die Aussage, da offensichtlich war, dass er von einem normalen Zeugen zu einem "tatverdächtigen Zeugen" geworden war. Zuvor war ihm bei einer Vernehmung durch BKA-Beamte offen gedroht worden, dass er zwar jetzt noch Zeuge sei, aber dass sich dies schnell ändern könnte. Ein deutlicher Hinweis, dass die Ermittlungsbehörden Werner R. keinen Glauben schenken. Offensichtlich besteht gegen ihn der Verdacht der Strafvereitlung bzw. der "Unterstützung einer terroristischen Organisation" nach §129a.

Nachdem er für sich das Recht der Aussageverweigerung in Anspruch genommen hatte, verhängte die Staatsanwaltschaft ein Ordnungsgeld von 1.000 DM, das Werner R. auch zahlte. Daraufhin drohte sie mit Beugehaft, die bis zu sechs Monate dauern kann. Vor dem Amtsgericht kam die Staatsanwaltschaft mit ihrem Antrag allerdings nicht durch. Der zuständige Ermittlungsrichter lehnte ihn als "unverhältnismäßig" ab. Das Landgericht jedoch hob diesen Beschluss auf und verhängte die Beugehaft. Nun rief die Anwältin von Werner R., Anne Mayer, das Bundesverfassungsgericht an. Dieses hob schließlich - unanfechtbar - den Beschluss des Landgericht auf, da er gegen Art. 2 (Die Freiheit der Person ist unverletzlich) und Art. 104 GG (Die Freiheit einer Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden) verstieß. Damit gestand das Bundesverfassunggericht Werner R. ein Schweigerecht zu.

So erfreulich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auch ist, sie ist kein Grund zur Entwarnung. Das Schweigerecht wurde Werner R. ja nur deshalb zuerkannt, weil das Bundesverfassungsgericht in Kenntnis der Verdächtigungen, die die Staatsschutzbehörden gegen Werner R. vorbringen, ihm den Status als "tatverdächtigen Zeugen" zuerkannte. Wie und ob die Ermittlungen gegen Werner R. von BKA und Staatsanwaltschaft weiter verfolgt werden, muss nun abgewartet werden.

mb.

10. Im Zweifel für den Kronzeugen. Berliner RZ-Verfahren: BGH lehnt Entlassung aus der U-Haft ab

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:32

Anfang August hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Fortdauer der Untersuchungshaft bei Axel H., Harald G. und Sabine E. angeordnet. Auch die Haftbeschwerde von Matthias B. wurde abgewiesen. Dem Hauptbeschuldigten Tarek Mousli gegenüber, der sich der Bundesanwaltschaft (BAW) als Kronzeuge andient, zeigte sich der BGH allerdings generös. Schon im April wurde er aus der U-Haft entlassen.

Axel H., Harald G. und Sabine E. sitzen seit dem 19. Dezember in Düsseldorf, Wuppertal und Frankfurt am Main in Untersuchungshaft. Matthias B. wurde fünf Monate später in Berlin festgenommen und ist seitdem in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Moabit inhaftiert. Die vier Festnahmen, ebenso wie die Haftbefehle gegen den in Kanada lebenden Lothar E. und den in Frankfurt einsitzenden Rudolf Sch. und die zwei Durchsuchungen des Berliner MehringHofs, wären ohne Tarek Mouslis Aussagen nicht möglich gewesen. Will man der BAW Glauben schenken, ist ihr damit der große Schlag gegen die Revolutionären Zellen (RZ) in Berlin gelungen. Dass die RZ bereits 1992 aufgelöst haben, stört die BAW dabei nicht.

Die BAW stützt ihre Vorwürfe gegen die sechs ausschließlich auf die Aussagen des Kronzeugen Tarek Mousli. Die angeblichen sechs RZ'ler sollen laut Kronzeuge u.a. in den 80er Jahren für zwei Knieschuss-Attentate und einen Anschlag auf die "Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber" sowie eine missglückte Sprengung der Berliner Siegessäule Anfang der 90er Jahre verantwortlich sein.

Tarek Mousli war spätestens 1998 ins Visier des Staatsschutzes geraten. Angeblich soll in einem von ihm angemieteten Keller Sprengstoff gelagert worden sein, wie er nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) bei drei Anschlägen der RZ - unter anderem bei dem Anschlag auf die Berliner Siegessäule 1991 - verwendet worden war.

Nach einer siebenmonatigen Telefonüberwachung wird Tarek Mousli im April 1999 nach einer Hausdurchsuchung vorläufig festgenommen. Nach einer Vernehmung wird er wieder entlassen, einen Monat später allerdings erneut festgenommen und in die JVA Berlin-Moabit eingewiesen. Nachdem er den Sprengstoffbesitz zugegeben hat, wird der Haftbefehl gegen ihn im Juli außer Vollzug gesetzt. Noch am selben Tag wird er aus der Haft entlassen. Im November wird Tarek Mousli allerdings ein zweites Mal festgenommen. Nun beginnt er umfangreiche Aussagen gegenüber der BAW zu machen. Die hatte zuvor seine Festnahme als großen Erfolg verkauft. Mit Mousli sei man des "Rädelsführers" der RZ in Berlin habhaft geworden.

Was folgt, sind monatelange Vernehmungen, in denen Tarek Mousli umfangreiche Aussagen macht. So hat er sich nach eigenen Angaben 1985 einer RZ in Berlin angeschlossen. Die Protokolle seiner Vernehmungen durch Beamte des BKA und der BAW füllen zig Ordner. Was den Wahrheitsgehalt seiner Aussagen anbelangt, sind allerdings erhebliche Zweifel angebracht. Das von ihm im MehringHof behauptete Sprengstoffdepot der RZ konnte jedenfalls nicht gefunden werden. Selbst die zweite Durchsuchung des Mehringhofs Ende Mai brachte nichts zu Tage, obwohl damals Tarek Mousli die BKA-Beamten per Video-Standleitung durch das Gebäude dirigierte. Weder Sprengstoff, noch chemische Rückstände wurden gefunden, wie die BAW wenig später einräumen musste.

Alles was bislang über seine Aussagen bekannt ist, zeigt, dass er nicht mehr offenbart als Täterwissen. Er erzählt über Details - beispielsweise ein bei einem Anschlag eingesetztes gestohlenes Auto oder ähnliches -, die durch andere "Beweismittel" bestätigt werden. D.h., um bei diesem Beispiel zu belieben, dass es sich als richtig herausstellt, dass ein solches Auto in der Gegend und zu dem Zeitpunkt als gestohlen bei der Polizei gemeldet wurde, wie es Tarek Mousli angegeben hat. In den Augen des Staatsschutzes sind das dann deutliche Beweise für die Stichhaltigkeit der Aussagen des Kronzeugen, die insgesamt die Glaubwürdigkeit aller seiner Aussagen bestätigen. Dass der Kronzeuge, der ja selbst behauptet, Mitglied in den RZ gewesen zu sein, über solches Wissen verfügt, ist dabei nicht überraschend. Nur sagen solche Details eben nichts, aber auch gar nichts über eine Beteiligung der von ihm Belasteten aus, geschweige denn beweisen sie dies.

Der Kronzeuge hat nichts zu bieten

Aber der Versuch von Tarek Mousli, andere in dieses Verfahren hineinzuziehen, macht Sinn - jedenfalls für ihn. Die BAW selbst bezeichnet ihn ja als "Rädelsführer", als einen der führenden Köpfe der Berliner RZ. Indem er andere der Beteiligung an den RZ-Aktionen beschuldigt, versucht er seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen - die Kronzeugenregelung macht's möglich. Dass ein solches Verhalten belohnt wird, zeigt die Entscheidung, ihn aus der U-Haft zu entlassen.

Der BAW ist selbstverständlich auch daran gelegen, in Berlin den juristischen Schlussstrich unter die Geschichte der RZ zu ziehen. Dass es in der BRD eine militante linke Strömung geben könnte, die sich mehr oder minder erfolgreich dem staatlichem Zugriff entzogen hat, darf aus Sicht der Herrschenden einfach nicht sein. Dass dieser Staat nichts vergisst, soll mit diesem Verfahren demonstriert werden - auch als warnendes Exempel für diejenigen, die politische Opposition in Form und Inhalt anders definieren als es das GG zuläßt.

Silke Studzinsky, die Anwältin von Harald G., bewertete die Haftverschonung für den Kronzeugen im April als positives Indiz auch für eine baldige Entlassung ihres Mandanten: "Das bedeutet doch, dass die Straferwartung selbst bei dem mutmaßlichen Rädelsführer Mousli nicht so hoch angesetzt ist." Sorgfaltspflicht kennt die Klassenjustiz allerdings nur demjenigen gegenüber, der sich ihr andient.

Gleichbehandlung vor dem Gesetz ist zwar ein hehrer rechtsstaatlicher Grundsatz, mehr aber auch nicht: Mit Beschluss vom 4. August lehnte der BGH den Antrag auf Haftverschonung für Axel H., Harald G., Sabine E. und Matthias B. ab.

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck kritisierte im Namen der Verteidigung diese Entscheidungen des BGH: "Die Beschuldigten leben alle in stabilen Wohn- und Arbeitsverhältnissen. Bis auf eine Ausnahme (Verurteilung aus dem Jahre 1987) sind sie alle strafrechtlich unbelastet. Die Vereinigung, um die es geht, die Revolutionären Zellen, wurden vor mehreren Jahren aufgelöst. Deswegen ist die Annahme einer Fluchtgefahr im Falle der vier Beschuldigten nicht zu rechtfertigen."

Besonders dreist argumentiert der BGH, wenn er eine angebliche Fluchtgefahr auch damit zu begründete sucht, dass eine Auslieferung "wegen derartiger ‚politischer` Straftaten im Ausland außerordentlich erschwert und in manchen Ländern nicht zu erwarten ist". Eine deutliche Anspielung auf die Auslieferungsverfahren gegen Lothar E. sowie Sonja S. und Christian G., die ebenfalls wegen angeblichen RZ-Aktionen in Frankreich im Januar festgenommen wurden. Alle drei wurden von den zuständigen Gerichten bis zu einer Entscheidung über die Auslieferungen auf Kaution aus der Haft entlassen.

"Damit wird den in Deutschland befindlichen Beschuldigten praktisch zum Vorwurf gemacht, dass in anderen Staaten bei politisch motivierten Straftaten offensichtlich rechtsstaatlichere Maßstäbe gelten", kommentierte trocken Wolfgang Kaleck, der Verteidiger von Matthias B., diese Ausführungen des BGH.

Angklageerhebung steht kurz bevor

Erstaunlich, wenngleich auch nicht unerwartet, die Bewertung der widersprüchlichen Aussagen des Kronzeugen durch den BGH - die einzige Grundlage, auf der Axel H., Harald G., Sabine E. und Matthias B. in Untersuchungshaft sitzen. Seit spätestens Dezember wird Tarek Mousli von Beamten des BKA und der BAW vernommen, ohne dass die Verteidigung informiert wird oder den Zeugen selbst befragen kann. Dabei werde er "auf Widersprüche innerhalb seiner eigenen Aussagen" aufmerksam gemacht und könne so seine Angaben nachbessern, kritisieren die VerteidigerInnen. Zwar stellt der BGH fest, dass die Aussagen des Kronzeugen Widersprüche aufweisen, deutet dies aber in seiner speziellen Logik als "Bemühen um wahrheitsgemäße Angaben". Dass er sich "bei der Vielzahl der Beteiligten und Geschehnisse im Einzelfall geirrt haben kann, belegt seine Unglaubwürdigkeit nicht", so der BGH.

Auch wenn Axel H., Harald G., Sabine E. und Matthias B. weiterhin in Untersuchungshaft sitzen müssen, so deutet der BGH-Beschluss wenigstens auf einen baldigen Prozessbeginn hin. Und auch die BAW kündigte an, dass noch im Herbst Anklage beim Kammergericht Berlin zumindest gegen einen Teil der Beschuldigten erhoben werden soll. Ein weiteres Indiz für einen baldigen Prozessbeginn ist auch, dass auf Antrag der Verteidigung der Verlegung von Harald G. nach Berlin von der BAW stattgegeben wurde. In drei bis vier Wochen soll Harald G. in die JVA Moabit verlegt werden.

mb., Berlin

11. Riskante Reisen. Interview mit Cornelius Yumfanyi über die Residenzpflicht und seinen Prozess

Interview mit Cornelius Yufanyi über die Residenzpflicht und seinen Prozess

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:16

Interview mit Cornelius Yufanyi

über die Residenzpflicht und seinen Prozess

Cornelius Yufanyi ist Asylbewerber aus Kamerun und aktiv in der Flüchtlingsorganisation The Voice Africa Forum und der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen. Obwohl er Hauptorganisator des Flüchtlingkongresses in Jena im April dieses Jahres war, verweigerte ihm die Ausländerbehörde des Landkreises Eichsfeld die Erlaubnis, an dem Kongress teilzunehmen. Cornelius Yufanyi reiste trotzdem nach Jena.

Nun steht er am 12. Oktober in Worbis bei Göttingen vor Gericht. Er ist angeklagt, gegen die Residenzpflicht verstoßen zu haben und soll eine Strafe von rund 600 Mark zahlen.

Warum stehst Du am 12. Oktober vor Gericht?

Ich habe mehrmals gegen die Residenzpflicht verstoßen. Nachdem ich einige Male keine Genehmigung für eine Reise erhalten habe, frage ich jetzt nicht mehr um Erlaubnis. Ich weigere mich auch, die Bußgelder zu bezahlen.

Während des Kongresses in Jena habe ich der Tageszeitung Thüringer Allgemeine ein Interview über den Kongress und meine Kritik an der deutschen Asylpolitik gegeben. Diesen Artikel kopierte ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde Eichsfeld und schickte ihn zur Polizei, die mich daraufhin zu einer Befragung einlud. Da ich nicht bereit bin, wegen Verlassens des Landkreises eine Strafe zu zahlen, muss ich jetzt vor das Gericht.

Was erwartest Du Dir von dem Prozess und Deiner Weigerung, das Bußgeld zu bezahlen?

Ich habe mich entschieden, keinen Pfennig für meine Bewegungsfreiheit zu zahlen. Mittlerweile habe ich auch einen Anwalt gefunden, der den Fall politisch führen will.

Wir wollen dem Gericht sagen, dass ich tatsächlich in Jena war, dass ich auch an anderen Orten war und dass ich auch weiterhin in anderen Orten mich aufhalten möchte, ohne nach einer Erlaubnis fragen zu müssen. Wir werden sagen, dass es mein Recht ist, mich politisch zu engagieren und dass es mein Recht ist, mich frei bewegen zu können.

Ich suche in Deutschland Schutz, weil ich in Kamerun politisch verfolgt werde. Wir werden argumentieren, dass mich die Asylgesetze hier nicht davon abhalten dürfen, mich in Deutschland politisch zu engagieren.

Zu erwarten habe ich laut meines Anwaltes entweder einen Ausweisungsbescheid oder eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe von etwa 5000 DM.

Vielleicht brauchen wir eine Art Opfer, einen exponierten Flüchtling, um das Problem deutlich zu machen und um die Residenzpflicht zu bekämpfen.

Siehst Du in der Residenzpflicht auch ein Mittel der Behörden, Flüchtlinge, die sich politisch engagieren, einzuschüchtern?

Der Fall des Aktivisten Jose Maria Jones, dem wegen der Verletzung der Residenzpflicht die Ausweisung droht, machte uns deutlich, dass wir sogar von Abschiebung bedroht sein können, und dass die Residenzpflicht insbesondere die politisch Aktiven bedroht, die viel reisen, um mit anderen Flüchtlingen Kontakt aufzunehmen.

Die Behörden suchen - wie in meinem Fall - nach Möglichkeiten, die Leute, die an der Spitze der Kampagne stehen, zu bestrafen, um die anderen Flüchtlinge einzuschüchtern und davon abzuhalten, ebenfalls offensiv mit den Geldstrafen umzugehen.

Wird die Residenzpflicht in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt?

Ja, es gibt Unterschiede, aber das Gesetz ist überall das gleiche. Das Gesetz wird von verschiedenen Personen ausgeführt, die das Gesetz unterschiedlich handhaben. Es gibt Bundesländer oder auch einzelne Ausländerbehörden wie zum Beispiel die im Wartburgkreis, bei der Flüchtlinge 15 DM zahlen müssen, damit sie überhaupt die Erlaubnis bekommen, den Kreis verlassen zu dürfen.

In den westlichen Bundesländern, zum Beispiel im Kreis Hannover oder Hamburg, ist das Gebiet, in dem sich die Asylsuchenden bewegen können, etwas größer. In Thüringen aber gibt es sehr viele, sehr kleine Landkreise. Deshalb ist es im Westen auch schwieriger, für die Residenzpflichtkampagne zu mobilisieren, da die Flüchtlinge dort in der Regel ein größeres Gebiet haben, in dem sie sich bewegen können, und es länger dauert, bis sie dieses Gebiet verlassen. Auch hier sind es vor allem die politisch Aktiven, die die Landkreisregelung brechen, da sie in andere Teile Deutschlands, zum Beispiel zu bundesweiten Treffen, reisen müssen.

Der Kongress in Jena im April dieses Jahres war auch der Startschuss für die Kampagne gegen die Residenzpflicht. Welche Aktionen wurden bislang durchgeführt?

Am 8. Juli hat die Karawane in verschiedenen Städten Bahnhofsaktionen und Fahrraddemonstrationen, bei denen Landkreisgrenzen übertreten wurden, durchgeführt. Jetzt verstärken wir die Mobilisierung, vor allem für die Demonstration in Hannover am 3. Oktober. Am Tag der deutschen Wiedervereinigung, werden wir darauf hinweisen, dass in Deutschland Menschen leben, die nicht einmal ihren Landkreis verlassen dürfen.

Habt Ihr auch Bündnispartner gewonnen und gab es bereits Reaktionen auf die Kampagne, irgendwelche positiven Entwicklungen?

Die Kampagne läuft etwas schleppend. Es gibt immer noch deutsche Gruppen, die zwar sehr engagiert sind, die aber die Residenzpflicht für nicht so wichtig erachten. Es dauert sehr lange, sie davon zu überzeugen.

Pro Asyl und der Flüchtlingsrat in Thüringen unterstützen uns mittlerweile in verschiedener Hinsicht. Der Flüchtlingsrat hatte auch angeboten, meine Geldstrafe zu übernehmen, aber ich wollte das Geld nicht annehmen. Das das Zahlen der Geldstrafe normalisiert das Problem.

Ich kann keine 5000 DM zahlen. Ich könnte zwar zu verschiedenen deutschen Unterstützer-Gruppen gehen und das Geld sammeln, aber es löst nicht das eigentliche Problem. Ein anderer Flüchtling hat vielleicht nicht die Möglichkeit, an Geld zu kommen, so wie ich als exponierte Person. Sie haben nicht einmal die 20 DM, um das Bußgeld zu bezahlen. Diejenigen, die keinen Kontakt zu einem Flüchtlingsrat haben und nicht politisch engagiert sind, werden dann weiterhin unter dieser Regelung leiden.

Viele andere Asylsuchende warten noch ab oder fürchten sich davor, was ihnen wohl passieren wird, wenn sie irgendwo kontrolliert werden und sich dann weigern, ein Strafgeld zu bezahlen. Ein Problem für die Kampagne ist auch, dass sich Asylberechtigte, die bereits ihre Papiere haben, nicht so leicht mobilisieren lassen, da sie von der Residenzpflicht nicht mehr betroffen sind.

Wenn wir für den Prozess viel Unterstützung von außen erfahren, könnte unser Verhalten ein Beispiel sein, dem andere Flüchtlinge folgen würden. Wir haben vor, notfalls durch alle Instanzen zu gehen - auch bis zum Europäischen Gerichtshof. Wir wissen, dass es selbst vor dem Bundesverfassungsgericht sehr wahrscheinlich eine negative Antwort in dieser Frage geben wird, deshalb bereiten wir uns jetzt schon vor, den Fall bis zum Europäischen Gerichtshof zu bringen.

Eng verbunden mit der Residenzpflicht ist das Problem rassistischer Kontrollen vor allen an Bahnhöfen, in Zügen, in denen das "Schöne-Wochenende-Ticket" gilt, und an Autobahn-Raststätten. Will die Kampagne auch gegen diese Kontrollen vorgehen?

Um die rassistischen Kontrollen zu verhindern müssen wir die entsprechenden Gesetze bekämpfen. Es gibt einige rassistische Gesetze in Deutschland und diese müssen wir benennen und öffentlich kritisiern - zum Beispiel die Residenzpflicht. Die Polizeikontrollen sind direkt damit verbunden, sei es im Bahnhof oder bei einer Polizeirazzia in dem Asylheim, in dem ich zum Beispiel gerade einen Freund besuche.

Es ist aber wichtig zu betonen, dass die Kontrollen an sich rassistisch sind. Die Polizei, die sozusagen das Gesetz repräsentiert, macht ihre normale Arbeit und diese Arbeit ist rassistisch.

Das Herauspicken von Ausländern an Bahnhöfen und Raststätten ist ein rassistischer Akt. Wir kritisieren diese Kontrollen, gleichzeitig wollen wir aber die Residenzpflichtkampagne verstärken und betonen, dass wir diese rassistischen Gesetze nicht befolgen. Und wenn jeder Flüchtling diese Gesetze bricht, werden sie nutzlos.

Leicht ist das nicht. Auch wenn uns Deutsche unterstützen wollen, können sie bestraft werden. Wenn du andere unterstützt, die das Gesetz brechen wollen, droht auch dir eine Strafe. Zum Beispiel wurden diejenigen, die im Kosovokrieg zur Desertion aufgerufen haben, deshalb vor Gericht gestellt.

Aber wenn auch die Deutschen aufstehen und die Flüchtlinge darin unterstützen, die rassistischen Gesetze zu brechen und sich auch selbst an der Kampagne beteiligen, kann dies sehr wirksam sein, um die rassistischen Gesetze abzuschaffen. Auch wenn ein Deutscher beobachtet, wie ein Ausländer am Bahnhof von der Polizei kontrolliert wird, sollte er fragen, warum gerade der Ausländer kontrolliert wird und nicht andere Deutsche - das wäre schon einmal eine kleine Hilfe.

In was für einem Licht siehst Du die derzeitige Diskussion über rechte Gewalt in Deutschland?

Was in den Medien darüber gesprochen wird, könnte man als ein Spiel zwischen Katze und Hund beschreiben. Der Hund versucht die Katze zu fangen und die Katze den Hund. Aber wir wissen alle, dass der Hund niemals die Katze fangen wird und umgekehrt. Die Ratte, die sowohl vor dem Hund als auch vor der Katze Angst hat, wird natürlich nie erwähnt. So fühlen sich die Flüchtlinge; sie sehen sich in der Rolle der Ratte.

Die Politiker fällen Entscheidungen und rufen nach Verboten. Niemand aber hat uns, Flüchtlinge und Migranten, nach unserer Meinung gefragt. Das Ziel von The Voice und der Karawane ist es, Rassismus und Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Weil ich als ein Vertreter von The Voice gegen Rassismus kämpfe, werde ich nun angeklagt. Da ist doch etwas faul.

Einmal wurde ich von Nazis in Jena angegriffen; in meiner Not konnte ich aber nicht die Polizei verständigen, da ich mich ohne Erlaubnis in Jena aufhielt. Statt geschützt zu werden wäre ich nur kontrolliert und bestraft worden. Die Gesetze machen uns Flüchtlinge schwach und so sehen uns auch die Deutschen. Diese Gesetze sind der Nährboden für die rechte Gewalt.

Was erwartest Du von deutschen Unterstützergruppen?

Leider ist es sehr schwierig, die deutschen Organisationen, die Flüchtlinge unterstützen, von unserem Anliegen zu überzeugen. Man denke an die Caritas, die Diakonie, an die Kirchen, sie könnten eine starke Kraft sein. Auch die Berichterstattung in den Medien ist wichtig.

Eine andere Sache ist die finanzielle Unterstützung für den Solifonds, um die Rechtsanwälte zu bezahlen. Natürlich brauchen wir auch politische Unterstützung von fortschrittlichen Parteien und Organisationen. Wir erhoffen uns große Unterstützung - finanziell, ideell und materiell, v.a. wenn Flüchtlinge in akuter Gefahr sind. Ich kann natürlich nicht diktieren wie die Hilfe aussehen soll.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten. Zum Beispiel der Prozess in Worbis. Wenn vielleicht 200 Deutsche zum Prozess kommen würden und dem Richter deutlich machen, daß sie gegen die Residenzpflicht sind und mich bis zum Europäischen Gerichtshof begleiten, dann würde vielleicht auch die deutsche Öffentlichkeit davon erfahren. Die Regierung müsste sich dazu verhalten. Wir erwarten von der Regierung wirklich keine großartigen Veränderungen, aber das Engagement der Deutschen wird eine sehr wichtige Rolle spielen für die Abschaffung der Residenzpflicht.

Interview: Anke Schwarzer

Residenzpflicht

Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch bearbeitet werden, unterliegen seit 1982 der Residenzpflicht. Sie dürfen den Landkreis, in dem sie gemeldet sind, nicht ohne Genehmigung verlassen. Erlaubnisse, um den Aufenthaltsbereich verlassen zu können, werden sehr restriktiv erteilt. Oft müssen Asylsuchende für die

Ausstellung der Erlaubnis auch noch Gebühren in Höhe von 15 DM zahlen, hinzu kommen in der Regel Fahrtkosten zur jeweiligen Ausländerbehörde.

Wer seine Residenzpflicht mehrfach verletzt "beeinträchtigt die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik maßgeblich" und verletzt erheblich die Interessen der Bundesrepublik. Mehrfache Verstöße sollen zur Ausweisung führen. Diese Ansicht jedenfalls vertritt das Landratsamt Wartburgkreis (Thüringen). Dabei wird generalpräventiv argumentiert: Andere Flüchtlinge sollen davon abgehalten werden, die Residenzpflicht zu verletzen.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hatte bereits im Frühjahr dieses Jahres an die Innnenminister appelliert, die Residenzpflicht abzuschaffen, da sie nicht mit internationalem Recht vereinbar sei.

12. Verzweifelte Suche nach einem Kirchenasyl. Die kurdische Familie Akyüz benötigt dringend Schutz

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:21

Mit einem Appell an Kirchengemeinden, der kurdischen Familie Akyüz Schutz zu gewähren, wenden sich nun studentische Vertreterinnen und Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) aus Mainz an die Öffentlichkeit. Ein solcher Schutz sei dringend notwendig, weil ein noch laufendes Verfahren gegen die Familie sonst eingestellt werden könnte. Familie Akyüz muss eine offizielle Anschrift vorweisen können. Das aber kann sie nicht mehr, seit sie vor zwei Wochen aus dem Kirchenasyl der ESG geflohen und untergetaucht ist.

Die Vorgeschichte: Nachdem Vater Akyüz - trotz einer vom Psychosozialen Zentrum für Opfer organisierter Gewalt festgestellten Traumatisierung als Folge von Misshandlungen und Folter in der Türkei - im Februar diesen Jahres aus Deutschland abgeschoben wurde, drohte das gleiche Schicksal dem Rest der insgesamt 11-köpfigen Familie. Einem vom Anwalt der Familie gestellten Eilantrag auf Abschiebeschutz wurde nicht entsprochen. (vgl. ak 439) Wenige Stunden nach dieser Entscheidung, umstellten damals um 4.30 Uhr morgens 50 Polizisten die Unterkunft der Familie. Die hatte jedoch ihre Unterkunft zuvor verlassen und wandte sich aus ihrem Versteck heraus an die beiden Wiesbadener Kirchengemeinden, die sie seit über einem Jahr in der Öffentlichkeit unterstützt hatten. Schließlich erklärte sich die Evangelische Studentengemeinde (ESG) bereit, der Familie Kirchenasyl zu gewähren.

Nach dreimonatigem Kirchenasyl in der ESG gab es eine für die kurdische Familie verhängnisvolle Entwicklung. Zunächst kündigte der Verwaltungsrat der katholischen St. Elisabeth-Gemeinde, die sich zusammen mit der ESG und der Kreuzkirchengemeinde in Wiesbaden zu einem ökumenischen Bündnis Kirchenasyl zusammengeschlossen hatte, die Zusage auf, der Familie bis zur endgültigen Klärung des Verfahrens Schutz zu gewähren. Daraufhin gab die evangelische Kreuzkirchengemeinde bekannt, sie sei nur zusammen mit der St. Elisabeth-Gemeinde in der Lage, eine Fortsetzung des Kirchenasyls in Wiesbaden zu bewerkstelligen.

In der ESG lief danach, nach Aussagen von Uta Ries, Geschäftsführerin im Flüchtlingsrat Wiesbaden, "ein äußerst widerwärtiger Deal zwischen Kirchenleitung und rheinland-pfälzischem Innenministerium: Die älteste Tochter Selma ist schwer nierenkrank, ihr Zustand verschlechterte sich während des Kirchenasyls dramatisch. Der Deal, der daraufhin zwischen der obersten Kirchenleitung - vermutlich Kirchenpräsident Steinacker - und dem Innenministerium ausgehandelt wurde: Selmas Leben, d.h. ‚freies Geleit ins Krankenhaus, gegen die Zusage, das Kirchenasyl in Mainz bis spätestens 31. August zu beenden." Nachdem schon die Wiesbadener Gemeinden die notwendige Unterstützung versagten, spitzte sich auch in der ESG die Situation bedrohlich zu. Deshalb entschied sich die Familie zur Flucht aus dem Kirchenasyl und lebt seitdem irgendwo untergetaucht.

Unter der Überschrift "Gesucht werden mutige Christen und Gemeinden" wendet sich jetzt der studentische ESG-Rat an die Öffentlichkeit und bittet darum, der Familie zu helfen: "Seit Anfang August nahm der Druck seitens des Innenministeriums von Rheinland Pfalz zu, das Kircheasyl zu beenden. Außerdem widerriefen zunächst eine und dann beide Gemeinden aus Wiesbaden ihre Bereitschaft, die Familie aufzunehmen, was für uns völlig unverständlich ist", so die studentische Vertretung in der ESG. "In einer ebenso undurchschaubaren Entscheidungsfindung zwischen Pfarrern, Pröbsten und oberster Kirchenleitung der EKHN wurde beschlossen, dass die einzige Lösung der problematischen Situation in einer sogenannten ‚begleiteten Rückführung der Familie in die Türkei liegt. Dies wurde der Familie unterbreitet, obwohl diese stets deutlich gemacht hatte, dass sie unter keinen Umständen in die Türkei zurückkehren will. Der ESG-Rat wurde hierzu weder gefragt noch darüber informiert. Wir haben dies erst erfahren, als die Familie bereits geflohen war und sind empört. Es war ein Schock für uns, als wir feststellen mussten, dass die Familie die Kirche nachts verlassen hatte, was zeigt, wie groß ihre Angst vor der Abschiebung in die Türkei war." Nachdem Familie Akyüz ihr Vertrauen in den Schutz der ESG verloren hat, bittet der studentische ESG-Rat nun darum, dass "andere Christen sich bereit erklären, in der Nachfolge Christi Verfolgte zu schützen."

Ein Appell der vom Unterstützerkreis für Familie Akyüz mitgetragen wird; allerdings sei es dringend notwendig, dass die "Nachfolge Christi" dann anders aussehe, als die der drei Gemeinden aus Mainz und Wiesbaden, die

einst versprochen hatten, Familie Akyüz zu schützen. Inzwischen ruft der Unterstützerkreis außerdem zu einer Mahnwache und Kundgebung auf.

Thomas Klein

Mahnwache und Kundgebung: Samstag, 30. September von 11 bis 16 Uhr auf dem Mauritiusplatz in Wiesbaden.

13. "Das Abendland vor dem Untergang." Spanien: Rassismus von oben und unten

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:30

Die Nachrichten über rassistische Gewalttaten in Spanien reißen nicht ab. Gleichzeitig will die konservative Regierung unter Ministerpräsident José Maria Aznar die Ausländergesetze verschärfen und restriktivere Einwanderungskontrollen schaffen. "Eine Politik der offenen Tür ist unmöglich und unverantwortlich", so der spanische Staatssekretär Einrique Fernandez Miranda.

Die spanische Kirche hält sich momentan zum Thema Migration eher bedeckt. Doch ist es keine Seltenheit, dass von kirchlichen Hilfsorganisationen den Flüchtlingen eingeredet wird, sie sollten am besten das Land wieder verlassen. Diese Grundhaltung der spanischen Kirche ist nicht überraschend. Auf der politischen Bühne deckt sie sich mit der zunehmend rassistischeren Politik der regierenden konservativen Partido Popular (PP).

Der von Seiten der katholischen Kirche traditionell geschürte Hass gegen Muslime im spanischen Staat ist historisch gesehen ein entscheidender Faktor in der Auseinandersetzung mit dem heutigen Rassismus. Das Schimpfwort "moro" beispielsweise, das in der spanischen Umgangssprache als vielschichtiger Ausdruck von Ärgernis und Unmut gebraucht wird, stammt aus der Zeit der Reconquista, als das Feindbild der Muslime ("moros") von der Kirche bis in die kleinsten Ortschaften getragen wurde, um die Menschen gegen die "islamischen Fremdherrschaft" aufzubringen. Während der Franco-Diktatur wurde dieses Feindbild und das Selbstverständnis, Spanien als "Retter der abendländischen Kultur", vehement in den Vordergrund gestellt. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat der spanische Katholizismus eine große Rolle bei der gesellschaftlichen Durchsetzung von Rassismus und Diskriminierung, wenn erneut zur "Verteidigung des christlichen Abendlandes" aufgerufen wird.

Wie sich das in der spanischen Realität niederschlägt, war Ende Februar im andalusischen El Ejido zu sehen, als ein Großteil der Einwohner zusammen mit angereisten Nazigruppen auf ihre Nachbarn muslimischen Glaubens Jagd machten. El Ejido ist kein Einzelfall. Mitte September erschossen Rechtsradikale mitten auf der Straße eines zentralen Stadtteils Barcelonas einen 27-jährigen Mann aus dem Maghreb. Nach Angaben von Freunden des Opfers trafen sie vor einer von Nazi-Skin-Heads frequentierten Bar auf eine Gruppe Jugendlicher mit "kahlrasierten Köpfen". Nur wenige Sekunden später zielte einer von ihnen mit einer Pistole auf den Kopf von Hamid Saada. Saada wurde zwar noch ins Krankenhaus eingeliefert, erlag dort aber seinen tödlichen Verletzungen. Zeugen, die an einer nahe gelegenen Bushaltestelle warteten, sagten aus, dass die Rechtsradikalen kurz vor dem Schuss rassistische Parolen gegrölt hatten. Wie üblich ermittle die Polizei "in alle Richtungen", denn äußerliche Erkennungsmerkmale seien "oft trügerisch", so die zuständigen Behörden.

Feindbild seit Jahrhunderten

Dieser Übergriff reiht sich ein in eine Vielzahl von rassistisch motivierten Gewalttaten der letzten Monate. Ein Marokkaner wurde im Juli von einer Gruppe Jugendlicher in einem Park von Barcelona zusammengeschlagen, bis er das Bewusstsein verlor und an inneren Blutungen starb. Ende August wurde in Girona (Katalonien) eine Moschee der islamischen Gemeinde in Brand gesteckt, drei Tage nachdem in der nahe gelegenen Ortschaft Terrassa auf das Telefongeschäft einer ecuadorianischen Familie ein Molotov-Cocktail geworfen worden war. Schon im Juli vergangenen Jahres mobilisierten in Girona Nazigruppen zusammen mit mehreren hundert Einwohnern über Tage hinweg gegen die Migranten der Stadt, wobei Wohnhäuser, Geschäfte und Moscheen brannten sowie zahlreiche Menschen verletzt wurden. Im Sommer musste im Krankenhaus der spanischen Enklave Melilla an der marokkanischen Küste ein kleines Baby sterben - so der Vorwurf der marokkanischen Gemeinde - weil es wegen seiner Hautfarbe nicht rechtzeitig medizinisch versorgt wurde.

Für Aufsehen sorgte auch der Mord an Antonio Fonseca, der von mehreren Polizeibeamten auf der Kanarischen Inseln Lanzarote zu Tode geprügelt wurde. Zwar starb Fonseca schon in der Nacht zum 20. Mai diesen Jahres auf der Polizeistation in Arrecife, doch erst eine Ende August von Angehörigen anberaumte zweite Autopsie brachte die wahre Todesursache ans Tageslicht, nachdem die Behörden damals nach der ersten Autopsie von einem "Drogentod" sprachen. Die Tageszeitung El Mundo zitiert einen Zeugen, der in besagter Nacht auch in der Polizeiwache inhaftiert war, der bestätigt, dass Fonseca aus Ohren und Nase

blutete, während die Polizeibeamten ihn weiter schlugen. Ein Anwalt von Caritas in Santa Cruz (Tenerife) - der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben möchte - berichtet, dass MigrantInnen bei ihm im Büro fast täglich von Misshandlungen auf den Polizeiwachen berichten. Aus Angst vor Abschiebung wollen sie aber unter gar keinen Umständen gerichtlich dagegen vorgehen. "Mir sind die Hände gebunden", sagt er. Diese Polizeigewalt gegen Flüchtlinge liege - so der Anwalt - in der Konsequenz der polizeilichen Auslegung des Ausländergesetzes und der rassistischen Politik des Innenministerium der spanischen Regierung.

Die Kanarische Regierung der Coalición Canarias (CC) unterstützt die Law-and-order-Politik der PP und verschärft die Situation mit Hilfe von rassistischen Hetzkampagnen in den lokalen Medien, um ein Klima der Abneigung gegenüber den Migranten zu schaffen. "Besonders das Hausblatt der CC, die Gaceta de Canarias, heizt die Stimmung mit Schlagzeilen an", so der Anwalt.

Ben M. aus dem Senegal fragt rhetorisch, warum denn niemand darüber schreibe, dass die Flüchtlinge auf Parkbänken übernachten müssen, weil die Mieten für Farbige doppelt so hoch sind wie für Einheimische, oder warum auf den Tomatenplantagen nur vier Mark pro Stunde gezahlt werden. "Dass hunderte Menschen im Meer ertrinken, davon redet keiner, und das spricht für die Wirkungskraft des staatlich forcierten Rassismus im Sinne von Kriminalisierung, Ausgrenzung und Abschiebung der Migranten" so Ben M. weiter. Hinsichtlich des Mordes von Antonio Fonseca verhindert die kanarische Regierung mittlerweile alle weiteren Untersuchungen.

Konservative setzen auf Law-and-order

Die neueste Welle rassistischer Gewalt ist vor allem im Zusammenhang mit der Diskussionen um die Verschärfung des Ausländergesetzes zu sehen. Ende letzten Jahres setzte die Parlamentsmehrheit gegen die PP-Minderheitsregierung eine Reform des Ausländergesetzes durch, die im Februar in Kraft trat und die einige soziale Verbesserung sowie die Legalisierung von MigrantInnen unter bestimmten Bedingungen vorsieht. Bis zum 31. Juli stellten 225.000 Menschen einen Antrag auf Legalisierung ihres Aufenthaltes. 30% der Anträge wurden abgelehnt, in Katalonien waren es gar 70%. Wurden zum Anfang des Verfahrens im März noch 60% der Anträge positiv beschieden, waren es zum Ende der Frist im Juli, als die PP ihr neues Gesetz vorlegte, 10 bis 20%. In den Regionen, wo besonders rassistisch und restriktiv regiert wird, waren die Anerkennungszahlen allerdings von Anfang an bedeutend geringer. Umgekehrt war dort, wo zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, die Anerkennungsquote höher.

Von Anfang an propagierte die Regierung und allen voran ihr Chefideologe und Innenminister, Jaime Major Oreja (PP), den unbedingten Willen der Konservativen, diese Reform schnellstens rückgängig zu machen, um die "Migrantenwelle zu bremsen". Mit diesem Versprechen gewann die PP im März auch die Parlamentswahlen. Nun hat die Regierung ihren neuen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem "unter allen Umständen die illegale Zuwanderung gestoppt werden soll". Mit Parolen wie "die Grenze des Zumutbaren ist erreicht" erklärte die Regierung den MigrantInnen den Krieg, wobei die tägliche Medienhetze um die Zahl an den Südküsten festgenommener heimlicher GrenzgängerInnen das Klima zusätzlich anheizt. Beinahe täglich kommen Menschen beim Versuch, die Meerengen zwischen Marokko und Spanien zu überqueren ums Leben. Von alleine 2.000 Toten in den letzten beiden Jahren spricht der Minderheitenbeauftragte von Andalusien, José Chamizo. Die Zentralregierung in Madrid setzt unverdrossen weiter auf eine militärische Lösung. Im Mai sicherte Aznar persönlich der marokkanischen Regierung Entwicklungshilfe in Milliardenhöhe zu, wenn diese bei der Sicherung des Meeres durch das Militär Hilfestellung leiste. Die militärische Aufrüstung an der Grenze trägt die entsprechenden Folgen: In der ersten Jahreshälfte wurden bereits mehr Menschen festgenommen (7.900) als im ganzen letzten Jahr zusammen.

Wie in ganz Europa ist auch in Spanien, insbesondere in den Ballungsgebieten um Barcelona, Valencia, Madrid, Almeria und Alicante seit Beginn der 90er Jahre eine Zunahme rassistischer Gewalt durch organisierte Nazigruppen zu verzeichnen. Im Oktober 1991 wurde in Barcelona ein Transsexueller umgebracht, im März 1992 versammelten sich Naziorganisationen aus ganz Europa in Valencia um eine "nationale Antwort" auf die Migration zu geben, acht Monate später wurden in Madrid zwei Migranten von Nazis ermordet. Im Frühjahr des folgenden Jahres erstachen Nazis einen Antifaschisten in Alicante, im zweiten Halbjahr 1993 verloren weitere zwei Personen durch Nazigewalt ihr Leben. Zwischen 1991 und 1999 wurden nach offiziellen Angaben 21 Menschen Opfer der Gewalt organisierter Nazigruppen. Die Zahl der in solchen Gruppen organisierten Rechtsextremisten schwankt zwischen 20.000 und 30.000 Personen, eine Verfünffachung gegenüber 1995.

Besonders in Fußballstadien organisiert sich eine neue Jugendgeneration mit rassistischen und faschistischen Einstellungen.

Die Nazi-Szene wächst

Die Mehrheit der rassistischen Vorkommnisse werden juristisch nicht bearbeitet. Im Gegenteil, nach den wochenlangen Ausschreitungen in El Ejido, bei denen Wohnungen, Geschäfte und Arbeitsplätze zerstört wurden, verhaftete man nicht die von der Presse fotografierten Rassisten, sondern kontrollierte MigrantInnen. Bis heute schicken viele Migrantenfamilien aus Angst vor Angriffen ihre Kinder nicht zur Schule oder in den Kindergarten. Weil auch das Versprechen der Regierung, allen obdachlosen Familien eine Unterkunft zu organisieren, nicht eingelöst wurde, haben mehrere Familien immer noch kein Dach über dem Kopf. Nach Meinung der Landarbeitergewerkschaft SOC wird in El Ejido von offizieller Seite alles daran gesetzt, um die "Apartheid auszuweiten".

Tom Kucharz, Madrid

14. Türkei: Isolationsgefängnisse nach EU-Vorbild

Autor: Libertad! · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:37

Die Türkei wird demokratisiert. Mit einem "konkreten EU-Beitrittsprozess", "starken demokratischen Anreizen" und der "Abgleichung des Rechtssystems", so Kanzler Schröder, will Deutschland die Europäische Union in der Türkei Realität werden lassen. Auch in den Gefängnissen. 71.000 Gefangene gibt es in der Türkei. 46.000 sind aus politischen Gründen verurteilt, davon ca. 13.000 als Mitglieder linker türkischer und kurdischer Organisationen. Die immer wieder blutige und tödliche türkische Gefängnisrealität entspricht nicht dem europäischen Standard. Alle wissen das. Das soll jetzt sauberer werden: weg von dem in der Türkei bislang üblichen System der Großzelle, hin zur europäischen Gefängnisnorm. Dafür gibt es eine neue Sprache, neue Haftprogramme, neue Gefängnisse. Die politischen Gefangenen in der Türkei erwartet damit jetzt das, was die "wehrhafte Demokratie" in Deutschland, aber auch in Frankreich oder Spanien schon länger praktiziert: Hochsicherheitstrakte, Isolationsflügel und Einzelhaft - den Zustand einer Gesellschaft erkennt man an ihren Gefängnissen.

Seit dem Militärputsch 1980 sind die Gefängnisse der Türkei Schauplätze grausamster Folter, aber auch Orte unzähliger Widerstandsaktionen. Nach dem Putsch wurden 650.000 Menschen verhaftet. Gegen 210.000 von ihnen wurde Anklage erhoben und 65.000 wurden verurteilt. Von über 500 Todesurteilen wurden 50 vollstreckt. Mehr als 460 Gefangene starben in Folge von Misshandlungen, Folter und Hungerstreiks.

Bereits 1991 versuchte der Staat mit einem Gesetz die Einzelhaft einzuführen. Aber nicht die katastrophalen hygienischen und medizinischen Verhältnisse oder die Übergriffe der Wärter und Soldaten sollten beendet werden. Der Angriff auf die Selbstorganisation in den Großzellen, den letzten Schutz der sozialen und politischen Identität der Gefangenen, war eines der Ziele des neuen Anti-Terror-Gesetzes: "Diejenigen, welche gemäß diesem Gesetz verurteilt sind, haben ihre Strafe in speziellen Gefängnissen zu verbüßen, deren Zellen-System für Einzelhaft oder maximal drei Personen vorgesehen ist. Verurteilten Gefangenen soll jeglicher Kontakt und die Kommunikation mit anderen Verurteilten untersagt bleiben."

Im Sommer 1991 wurden über hundert Gefangene in das umgebaute Hochsicherheitsgefängnis von Eskisehir verschleppt. Die Presse zeigte Bilder blutig geschlagener Gefangener, die Angehörigen protestierten. "Weiße Särge" nannten die Gefangenen die neuen Isolationszellen und antworteten mit Hungerstreiks und Barrikadenbau. Ein erster kurzer Sieg wurde errungen: Eskisehir wurde vorerst für politische Gefangene wieder geschlossen.

Im Handbuch der türkischen Gefängnisverwaltung steht: "Terroristen sollen nicht miteinander kommunizieren. Denn wenn ein Terrorist nicht kommuniziert, dann stirbt er wie ein Fisch an Land. ... Wird ein Terrorist ausgetrocknet, indem seine geistigen und ideologischen Quellen abgeschnitten werden, dann stirbt seine revolutionäre, d.h. zerstörerische Seite."

Am 28. Februar 1997 begann das Justizministerium auf Anordnung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) mit dem Bau von weiteren Isolations- und Einzelzellen. Im Bericht an die 12. Konferenz der Gefängnisdirektoren Europas (Straßburg, 26.-28.11.1997) bedauerte die Türkei die Existenz des Großzellensystems, da es "ein förderliches Klima für Straftaten politischer Gefangener biete". Auf der anschließenden Pressekonferenz gab das Justizministerium zynisch-abwiegelnd bekannt, die Isolationszellen seien " ... ausschließlich für Homosexuelle, Bisexuelle, Personen, deren Leben gefährdet sei, Personen die das Alleinsein bevorzugen, Gefangene mit ansteckenden Krankheiten wie Hepatitis, Tuberkulose und Aids, durch andere Insassen abgelehnte Gefangene, Psychopathen, Geisteskranke, Zellenbosse und deren Mafia-Mitglieder vorgesehen". Zusätzlich versprach das Justizministerium die Ausarbeitung "spezieller psychologischer Erziehungsprogramme".

Am 6. Januar 2000 kündigte das Justizministerium mit dem "F-Typ"-Dekret an, binnen der nächsten Monate die Verlegung der politischen Gefangenen in die bereits fertig gestellten Einzelzellen zu vollziehen. Report "Lautlose Schreie: Zellen" des IHD-Menschenrechtsverein vom Mai dieses Jahres nennt Zahlen: von den geplanten elf Isolationsgefängnissen ("F-Typ") stehen bereits sechs in Sincan (Ankara), Bolu, Edirne, Izmir, Kocaeli und Tekirdag für jeweils 386 Gefangene kurz vor der Inbetriebnahme und sind ausschließlich für Verurteilte nach dem Anti-Terror-Gesetz vorgesehen. Weiter wurden bislang in insgesamt 37

"E-Typ"-Hochsicherheitsgefängnissen und in 17 Spezialgefängnissen Abteilungen in Einzelzellen umgewandelt. Laut Regierungsplänen sollen nach Beendigung aller Umbauten insgesamt 5.000 Gefangene in die neuen "F-Typ"-Zellen verlegt werden.

Das Isolationsregime

Deutschland rückt seine Zusammenarbeit mit der Türkei ins Licht demokratischer Aufbauhilfe. Das Ziel des rot-grünen Projektes ist die Süd-Ost-Erweiterung. Fischer sieht "die Türkei (als) wesentlichen Faktor im europäischen Staatensystem". Während der Kohl-Regierung die Menschenrechtsfrage zur politisch-wirtschaftlichen Ausgrenzung des NATO-Partners diente, funktionalisiert Rot-Grün sie als moralische Metapher für den europäischen Expansionismus. Der Plan ist die forcierte Einbindung der Türkei in ein zukünftiges "Großeuropa", dessen Süd-Ost-Grenzen im Iran, Irak, Syrien und im Kaukasus liegen. Im kemalistischen Stahlhelm-Demokraten Ecevit als türkischer Ministerpräsident wird ein Garant gesehen. Kurden kannte der nicht im Krieg gegen sie, und auch jetzt, wo die kurdische Guerilla abgezogen und die PKK den Frieden ohne Waffen schaffen will, kennt er nur Türken - und Terroristen.

Deutsch-türkische Zusammenarbeit

So findet Europa in Gestalt des EU-Kommissars Verheugen (SPD) trotz misslicher "politischer Stillstände" immer noch "einen guten Weg" (afp, 14.7.2000) in der Menschenrechtslage der Türkei. Türkische Parlamentarier dagegen entdeckten beim Besuch ihrer Polizeistationen offene Stromkabel und Falange-Haken (Milliyet, 2.3.2000); der TV-Sender CNN Türk zeigte im Abendprogramm ihm zugespielte Privatvideos von "Schlauch Süleyman", die den berüchtigten Polizeischläger im Istanbuler Polizeirevier von Beyoglu - 500 Meter Luftlinie zum deutschen Goethe-Institut - bei der Spezialität zeigen, der er seinen Spitznamen verdankt: Dem Auspeitschen verhafteter kurdischer Straßenkinder, Schwuler und Gelegenheitsdiebe mit einem mit Wasser und kleinen Bleikugeln gefüllten Fahrradschlauch. (Radikal, 1.6.2000)

"Die unzivilisierten Nationen sind dazu verurteilt, von den Füßen der zivilisierten Nationen getreten zu werden!"(Schild am "Hölle Nr.5" genannten Militärgefängnis Nr. 5 im kurdischen Diyarbakir.)

Die geltende türkische Exekutionsbestimmung sieht vor, dass Abdullah Öcalan früh morgens beim ersten Sonnenstrahl barfuß und im weißen Hemd gehängt wird. Die offenen Faschisten in der Regierung, die MHP-Partei, wollen dafür noch immer eine Volksabstimmung und erst danach die Todesstrafe abschaffen. Der Sozialdemokrat Ecevit will das gleich, weil er weiß, dass ein toter Abdullah Öcalan die Waffen der Guerilla wieder sprechen lassen kann. Er will die soziale Hygiene: Einzelzellen, Amnestieangebote gegen Reue und Kollaboration, Wegschließen auf ewig statt dem Galgen, der rohen Gewalt am "Palästinenser-Haken". Der letzte Gesetzentwurf sieht vor, dass Todesstrafen generell durch lebenslanges Zuchthaus ersetzt werden: ausdrücklich für den Rest des Lebens, ohne Kontakt zur Außenwelt, ohne Chance auf Entlassung. "Schlimmer als der Tod" muss es sein. Damit scheinen dann auch alle einverstanden: "In europäischen Diplomatenkreisen in Ankara ... überwog die Befriedigung darüber, dass der Reformprozess zur Abschaffung der Todesstrafe endlich begonnen hat". (Tagesspiegel, 6.7.2000)

Ein einziger Gefangener, 13qm-Zelle, künstliches Licht, 24-stündige Kameraüberwachung, Dauereinschluss, täglich eine Stunde Hof im Betonkäfig, militärisches Wachpersonal, eine Stunde pro Woche Anwaltsbesuche mit akustischer und optischer Überwachung, Angehörigenbesuch eine Stunde im Monat, Kopie aller Gesprächsnotizen vor und nach Besuchen, Postzensur und streng limitierter Zugang zu Radio und Zeitungen: das ist Imrali, militärischer Sperrbezirk. Patrouillenboote sichern die Gefängnisinsel im Marmarameer.

Das Programm der Sonderhaft gegen Abdullah Öcalan lautet systematischer Reizentzug durch Totalisolation. Erste Ergebnisse sind der Verlust des Geschmacks- und Farbempfindens, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, dazu chronisches Asthma, erklärten seine Anwälte im Juni.

Luxushotel

im Gefängnis

"Seht her!" schreit das Massenblatt Sabah am 24. Juni auf Seite 1: "Luxushotel im Gefängnis" und zeigt Fotos der Mafiazellen im Gefängnis von Kartal. Die Öffentlichkeit soll glauben, dass Kartal das Paradies ist - und: Die Knäste sind außer Kontrolle, die harte Hand muss durchgreifen. Kartal ist ein Reformknast. 1986 gebaut, war

er ein sog. "E-Typ": Sondergefängnis, höchste Sicherheitsstufe. Nach dem Umbau lautet die Chiffre "F-Typ": Einzelzellen-"Reform". Der Istanbuler IHD-Menschenrechtsverein legte im Frühjahr 2000 eine Studie über Kartal vor: Einzelzellen, 24-Stunden Einschluss, Essen durch ein Loch in der Stahltür, kein Tageslicht, keine Sichtmöglichkeit nach draußen, kein Kontakt zu Mitgefangenen, Hofgang unter Stacheldraht, Verwandtenbesuch eine halbe Stunde pro Woche, Verbot von Lebensmittelpaketen (1999 bezifferte das Justizministerium die Tagesration eines Gefangenen: Frühstück, Mittag- und Abendessen, auf 165.000 Türkische Lira, ein Brot kostet 40.000 TL, eine Suppe 250.000 TL).

Ali Osman Zor nach sechsmonatiger Totalisolation in Kartal zu seinem Anwalt: "Deine Geschmacksnerven, das Riechen, Hören, Fühlen und Sehen verflüchtigen sich. Über nichts mehr kann man lachen und weint über die kleinste Angelegenheit. Die Isolation nimmt einer Person jedes Gefühl der persönlichen Sicherheit ... du fühlst dich, als könntest du in jedem Moment getötet werden. Das Ziel ist diese alles durchdringende Angst zu verstärken, Selbstmordgedanken zu erzeugen, schlussendlich deine Psyche völlig zu brechen."

Kartal-F-Typ, das ist die türkische Chiffre für Stammheim, den Toten Trakt in Köln-Ossendorf, Frankenthal, Moabit oder Celle.

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte in einem Memorandum das Isolationsregime in Kartal. Dabei verwies sie auf eine Stellungnahme der Europäischen Kommission für Menschenrechte von 1975: "Isolation kann die Psyche und Physis nachhaltig und tief greifend beeinträchtigen. Festgestellt werden kann u.a. chronische Apathie, emotionale Instabilität, Verminderung der mentalen Fähigkeiten, Schlaflosigkeit, Konzentrationsstörungen." Die damaligen Kläger waren im 7. Stock von Stammheim isoliert. Ihre Namen: Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe - Gefangene aus der RAF.

Für die politischen Gefangenen in der Türkei sind die Isolationszellen ein Angriff auf ihr Leben. Denn für sie ist das System der Großzellen und die Möglichkeit der gemeinsamen Organisierung im Knast existenziell. Nach der Folter auf der Polizeistation ist die Isolationshaft der verdeckte Mordanschlag - schutzlos ausgeliefert, alleine, ohne Möglichkeit der solidarischen Hilfe und therapeutischen Unterstützung derer, die gleiches durchstehen mussten. Auch das ist ein Grund, warum die Gefangenen betonen gezwungen zu sein, bis zum Äußersten zu gehen: ihr Leben einzusetzen, um ihr Leben zu schützen.

In den Gefängnissen der Türkei haben bereits Hungerstreiks und Aktionen gegen die geplanten Verlegungen stattgefunden. Der IHD-Menschenrechtsverein, Angehörige von politischen Gefangenen und andere Organisationen begannen mit Informationsveranstaltungen, Protestmärschen und Öffentlichkeitsaktionen. Befürchtet wird nicht zuletzt ein neues "Ulucanlar": am 26.9.99 widersetzten sich im Ulucanlar-E-Typ-Gefängnis von Ankara politische Gefangene mit Barrikaden und Hofbesetzungen den versuchten Verlegungen; 10 von ihnen starben durch Maschinengewehrsalven und Gasbomben der die Zellenflügel stürmenden Militär- und Polizeieinheiten. Osman Baydemir, Mitglied des IHD-Vorstandes, erklärte anlässlich der Kampagne gegen die neuen Gefängnisse: "Wir fürchten um das Leben der politischen Gefangenen, sie sollen bei lebendigem Leibe in den F-Typ-Gefängnissen begraben werden".

"Kein Stammheim am Bosporus" - so hat Libertad! die Kampagne gegen die Einführung der Isolationshaft in der Türkei überschrieben. Ein Extrablatt der kostenlosen Libertad!-Zeitung "So oder So" erschien in deutsch/türkisch. Es kann zum Verteilen gegen Porto bestellt werden. Ebenso ein Plakat, das es sowohl in deutsch wie in türkisch gibt. Libertad! hat außerdem eine Ausstellung zum Thema erstellt, die z.B. für Veranstaltungen genutzt werden kann.

Libertad!, Falkstr. 74,

60487 Frankfurt, Fax: 069-79201774,

email: kampagne@libertad.de

Spendenkonto: Libertad!,

Kto: 1021 5811, Zweck F-Typ,

Ökobank (BLZ 50090100)

15. Mediales Raunen. Die Rolle des bürgerlichen Journalismus im Geiselpoker von Jolo

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Medien; Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:25

So viel Konfusion war selten wie während der bewegten und bewegenden Tage des Geiseldramas auf der südphilippinischen Insel Jolo. Wie sehr hätte man sich da einen Egon Erwin Kisch gewünscht! Leider hatten die Medienberichterstattung mit dem "rasenden Reporter" nur eins gemein: sie war rasant. Und lag zumeist doch rasant daneben.

Kaum ein Vertreter der mit modernstem technischen Gerät ausgestatteten, omnipräsenten und häufig live geschalteten Medienschar fühlte sich bemüßigt, dem interessierten Zuschauer das eigentlich nahe Liegende auch nur ansatzweise zu erklären: Wieso gelingt es ein paar Geisel nehmenden Desperados immer wieder, mit einem Großaufgebot von bis zu 5.000 philippinischen Militärs Katz und Maus zu spielen und gebetene sowie ungebetene Vermittler mühelos auflaufen zu lassen?

Der Medientross gefiel sich darin, Statements und Infohäppchen wiederzugeben, die ihm aus zivilen und militärischen Regierungsstellen in Manila und vom SouthCom, dem in Zamboanga beheimateten und für die Region zuständigen Südkommando, gesteckt wurden. Einige der vor Ort anwesenden JournalistInnen waren zuvor im Kosovo und in Tschetschenien und lechzten offensichtlich nach spektakulären Bildern. Bevor auch nur Genaues über den Tathergang bekannt war, waren bereits die Täter ausgemacht und lief die Feindbildprojektion auf Hochtouren. "Islamistische Terroristen", "Moro-Sezessionisten" und "moslemische Rebellen" seien dafür verantwortlich.

Hartmut Idzko schwadronierte am 25. April in der 20-Uhr-Tagesschau über den "Rebellenführer Abu Sayyaf", was so präzise ist, als begrüßte im Gegenzug ein Moro den guten Korrespondenten mit "Hartmut Tagesschau". Schließlich ist Abu Sayyaf der Name der Organisation, als ihr Chef gilt Khaddafy Janjalani. Unzählige Male wurde aber in den westlichen Medien der Vorsitzende der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF), Hashim Salamat, als Abu-Sayyaf-Chef ausgegeben. Der Geheimdienstgeneral José Calimlim wird sich ob seiner famos geglückten Desinformation mächtig gefreut haben. Salamat, den Vorsitzenden der heute bedeutsamsten und größten Moro-Widerstandsbewegung, in einen Topf mit Abu Sayyaf zu werfen, ist nicht nur gefährlicher Unfug - das hat Methode. Schließlich hat Präsident Joseph Estrada höchstpersönlich mehrfach öffentlich den "Moro-Rebellen den totalen Krieg" erklärt und ihnen Anfang Mai unterschiedslos mit ihrer "Pulverisierung" gedroht.

Günter Ederer, von 1985 bis 1990 ZDF-Korrespondent in Ostasien, gelang in einem Beitrag für Die Welt (4. Mai) ein nachgerade müheloser Rückfall hinter Karl May. Darin heißt es u.a.: "(...) fasziniert mich am meisten, wie der wilde und unzivilisierte Stamm der Tausugs (...) es geschafft hat, seine Räuberei und Piraterie international als islamischen Aufstand hoffähig zu machen. (...) Die Stunde von Nur Misuari schlug unter Präsident Ramos. Die Pfründe wurden neu verteilt. Seine bewaffneten Krieger übernahmen die Rolle der Ordnungsmacht, und seit er im Palast der autonomen Verwaltung in Zamboanga Platz nehmen durfte, sitzt er an den Einnahmequellen. Prompt entstand eine neue ‚Befreiungsarmee`, die Abu Sayyaf." Da verschränken sich rassistische Versatzstücke mit purem Unsinn. Die autonome Verwaltung, die Herr Ederer meint, ist die Autonomous Region in Moslem Mindanao (ARMM), deren Gouverneur Misuari ist, die aber ihren Sitz in Cotabato City (Maguindanao) hat. Seinen Frieden schloss Misuari mit Ex-Präsident und Ex-General Fidel V. Ramos am 2. September 1996. Demnach ist laut Ederer das Geburtsdatum der Abu Sayyaf nicht vor September 1996 festzumachen. Da muss er fast ein Jahrzehnt diese trübe Truppe übersehen oder verpennt haben.

Sympathischer wirkten da schon zwei Beiträge von Tilmann Bünz und Uwe Kröger. Erstgenannter meldete sich am 8. Mai in der Nachmittagsausgabe der Tagesschau zu Wort, um als Neuigkeit das Ende der Vermittlerrolle des philippinischen Chefunterhändlers Nur Misuaris zu verkünden - was zu dem Zeitpunkt mitnichten stimmte! Sein Resümee: Die ganze Lage sei verwirrend und chaotisch, man blicke kaum noch durch. Einen Tag später (9. Mai) meldete sich sein ZDF-Kollege Kröger im heute journal mit einem Feature aus Basilan, jener Insel, auf der Abu Sayyaf eine ganze Schulklasse als Geiseln genommen und der Provinzgouverneur Wahab Akbar - auch er einst der Abu Sayyaf in Sympathie zugeneigt - im Gegenzug

Verwandte und Freunde des Abu-Sayyaf-Chefs Khaddafy Janjalani gekidnappt hatte. Dort sprach er wenigstens mit Kindern dieser Schulklasse, denen die Flucht geglückt war und ließ sie selbst zu Wort kommen.

Unwissenheit schützt vor Torheit nicht

Offensichtlich gleitet im Zeitalter schneller Bilder und rasanter Globalisierung Recherche immer gnadenloser ab ins Raunen. Und wird unter dem Zwang, in höchstens vier Minuten Substanzielles zu sagen, Platitude zum Programm. Im Falle des unsäglichen Jolo-Momos, der unendlich sich hinziehenden Geiselgeschichte, wurde all das ergänzt durch zwei weitere Elemente: das - überdies ignorante - Zelebrieren der eigenen Ereignislosigkeit und penetranten, zumindest mit latentem Rassismus versetzten Voyeurismus.

Was tun in einer Situation, mit der mensch nicht vertraut ist und in der es zu allem Überfluss noch von allzu zahlreichen Konkurrenten wimmelt, wie das zumindest in Zamboanga City - besser: in den dortigen Hotels - und mitunter in Jolo City der Fall war? Da ist Neid auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten angesagt, gar Hauen und Stechen um die aufregendste Story. So verwunderte es nicht, dass sich nach Phasen der Abspeisung mit offiziellen Infos und Hinhaltemanövern die Medienkamarilla den ultimativen Kick verschaffte - gemäß dem Sprichwort. "Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um." So robbte mensch sich so nah wie möglich an die Objekte der Begehrlichkeit heran, um möglichst den Pulsschlag der "todkranken Frau Wallert" (u.a. Köln Extra vom 10.5. u.v.a.m.) zu fühlen.

Medien in kriegerischer Frontstellung

Rechtzeitig zum Muttertag beglückte sich der Privatsender SAT 1 mit dem herzigen Selbstgeschenk des exklusiven Vermarktungsrechts der Geiselstory - abgeschlossen mit einem daheim in Göttingen verbliebenen Spross der Familie. Ganz im Sinne des Shareholder Value wollte der Sender nun auch etwas im Gegenzug für seine mindestens 100.000 schlappe Mark. In fideler Pfadfindermanier - auf den Fersen dicht gefolgt von anderen privaten und öffentlich-rechtlichen Medienfuzzies - begab mensch sich auf die Pirsch ins Geisellager. Zwischendurch aber geschah das schier Ungeheuerliche: Terroristen und Kriminelle benahmen sich tatsächlich als eben solche Kriminelle und Terroristen! Kurzerhand nahmen sie die Medienleute zusätzlich als Geiseln und ließen sie, nachdem sie diese abgezockt und bis auf die Socken entkleidet hatten, wieder frei und wie düpierte Deppen im Dschungel von Jolo stehen. Tags darauf hatten sie in allen Sendern - einschließlich der öffentlich-rechtlichen - die Chuzpe, sich gar über diese schnöde Behandlung zu beschweren.

Den Vogel schoss dann, so die Sprachregelung Hamburger Magazin-Macher, "der wegen seiner Besonnenheit geschätzte" Pekinger Bürochef des Spiegel, Andreas Lorenz, ab, der binnen weniger als zwei Wochen gar zwei Mal als Geisel genommen wurde.

All das wäre als penetrante Performance durchgeknallter Draufgänger entschuldbar gewesen, hätten diese sich zumindest den Umgarnungen staatsterroristischer Komplizenschaft zu entziehen vermocht. So aber wog ein teutonisches Einzelschicksal schwerer als die zuvor auf der Jolo vorgelagerten Insel Basilan von der Abu Sayyaf und Staatsmacht hingemetzelten Geiseln. Als sei das nicht schon bitter genug, ließ mensch hinter den Schultern einer weißen Lehrerin 70 Millionen Filipinos und weit über eine halbe Million Zwangsevakuierter im nahe gelegenen Zentralmindanao schlichtweg verschwinden. Dorthin trollte sich kein um "die Aufklärung der Öffentlichkeit" (so das zum Selbstschutz vorgeschobene Standardargument sämtlicher Medien) bemühter Mensch, wenngleich dort der als friedfertig gezeichnete Politmacho-Präsident Estrada unverhüllt Krieg führt! Die Opfer seiner wohl kalkulierten Militarisierung sind hauptsächlich Zivilisten - gleichermaßen Muslime, Christen und Lumad (Angehörige der indigenen Völker).

Rainer Werning

16. Tschechien: Privatisierungen, deutsches Kapital und Lob vom IWF

Autor: Gaston Kirsche, gruppe demontage · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:03

Vom 26. bis 28. September feierten 18.000 Repräsentanten und Beschäftigte von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank in Prag ihren ersten Jahresgipfel in Osteuropa. Da trifft es sich gut, dass der IWF in seiner jüngsten Studie zur Tschechischen Republik Mitte August dem Land ein gutes Zeugnis ausstellte.

Das Bruttoinlandsprodukt werde - so der IWF - dieses Jahr um 2,5 Prozent wachsen, nächstes Jahr gar noch um ein Prozent mehr. Ein Grund sei das günstige außenwirtschaftliche Umfeld, womit die beständige Konjunktur in den EU-Staaten gemeint ist. Der IWF findet es auch positiv, dass unter der sozialdemokratischen Regierung in Tschechien vermehrt Staatsbetriebe privatisiert werden. Die zunehmenden ausländischen Direktinvestitionen werden ebenfalls begrüßt. Dass deren Zunahme im Wesentlichen eine Folge des Verscherbelns der Staatsbetriebe ist, verschweigt der IWF hingegen lieber. Stattdessen wird in der Studie mehr Tempo bei Privatisierungen und Rationalisierungen gefordert. Und ein Rückzug des Staates aus dem Gesundheitssystem - nach dem Motto: Polikliniken zu Privatärzten.

Der IWF kalkulierte auch die sozialen Kosten. Die Analysten rechnen bei fortgesetzter Deregulierung mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von derzeit 9 auf 10,5 Prozent zum Jahresende und einem weiteren Anstieg im nächsten Jahr. Dies ist der einzige Punkt, wo das tschechische Finanzministerium der IWF-Analyse widersprach. Es werde höchstens 9,7 Prozent Arbeitslose geben, so die Meinung der Beamten in Prag.

Den Empfehlungen des IWF für ihre Haushaltspolitik ist die von der konservativen ODS gestützte Minderheitsregierung der sozialdemokratischen CSSD Ende August bei ihrem Haushalt für 2001 schon nachgekommen: Eine restriktive Fiskalpolitik, Ausgabenbegrenzung im Sozialsektor und bei den Renten - das diesjährige Haushaltsdefizit von über 35 Milliarden Kronen (1 Milliarde Euro) soll so auf 20 Milliarden Kronen runtergeschraubt werden. Dazu empfiehlt der IWF der Regierung eine Fortsetzung der auf eine starke tschechische Krone ausgerichteten Währungspolitik, "da dies die tschechischen Exportunternehmen unter Druck setzen würde. Diese müssten dann nämlich, um dem internationalen Wettbewerb standzuhalten, ihre Restrukturierung fortsetzen und die Produktivität erhöhen", wie die Prager Zeitung vom 17. August den Druck auf nahezu alle größeren Produktionsbetriebe beschrieb. In Zahlen ausgedrückt: Im Juli stieg die Industrieproduktion um 6 Prozent und die Arbeitslosenquote von 8,7 auf 9 Prozent.

Der Generaldirektor der BNP-Dresdener Bank Tschechien, Rolf Dieter Beck, malt die Anbindung der Tschechischen Republik an die EU in rosigen Farben: "Tschechien verfügt über sehr viele Voraussetzungen, diesen Markt kostengünstig und (...) von den Industrienormen her vergleichbar zu bedienen, dass heißt beste Voraussetzungen für eine Erfolgsstory". Etwa 80 Prozent der Exporte aus Tschechien gehen bereits in die Eurozone, aus der 70 Prozent der Importe stammen. Beck sagt, wo es lang geht: "Jetzt müssen also die Währungsparitäten richtig definiert und den Weltmarktpreisen Raum gegeben werden (...) Schließlich ist der Kommunismus wirtschaftlich gescheitert, weil er weder die Weltmarktpreise akzeptiert noch richtige Wechselkurse zugelassen hat."

Nicht nur die Preise für die Produkte aus der verlängerten Werkbank Tschechien werden auf dem freien Markt ausgehandelt: Infolge des von der Regierung seit zwei Jahren forcierten zweiten Privatisierungsbooms wechseln viele Betriebe die Besitzer. Kürzlich hat die Volkswagen AG vom tschechischen Staat dessen restliche 30 Prozent Aktienbesitz an den koda-Autowerken in Mladá Boleslav erworben: Für 12,3 Mrd. Kronen (320 Millionen Euro). Das Finanzministerium hatte zuvor noch 19 bis 20 Mrd. Kronen als angemessenen Preis genannt. Der Volkswagen-Konzern war bereits zuvor der größte ausländischer Investor, seit er 1991 70 Prozent der Aktien von koda gekauft hatte. Mit koda kontrolliert VW 10 Prozent des gesamten tschechischen Außenhandels.

IWF mit Prag zufrieden

Als "Privatisierung des Jahres" bezeichnete die Prager Zeitung im August die Tatsache, dass der Staat 51 Prozent von Ceské radiokomunikaze Ende September verkaufen will. Diese zweitgrößte Telekommunikationsfirma Tschechiens machte 1999 vor allem mit Handys einen Reingewinn von 15,5 Millionen Euro. Neben Telecom Italia und TeleDanmark bietet auch die Deutsche Telekom mit. Die Telekom hat bereits einiges gekauft: Erst im Juni den City-Netzbetreiber PragoNet. Für 51 Prozent des Unternehmens zahlte die Telekom knapp 23 Millionen Euro. Ein Schnäppchen, macht Prag doch rund 30 Prozent des Telekommunikationsmarktes Tschechiens aus. Außer an PragoNet ist die Telekom in Tschechien noch zu 41 Prozent am Mobilfunknetzbetreiber Radiomobil beteiligt. Detlev Buchal vom Telekom-Vorstand erklärte im Juni, sein Unternehmen sehe das Land als wachsenden Markt in Mitteleuropa und plane weitere Expansionen. Die Telekom ist nur ein Beispiel von vielen. So gab der Konzern RWE Energie aus Essen im Februar die Beteiligung an einer Strom- und einer Gasholding für den Raum Prag bekannt, die aber noch von tschechischen Gremien genehmigt werden muss.

Neben dem Geschäft kümmern sich Deutsche auch um die Meinungsbildung und Kultur: Neunzig Prozent der Zeitungen im Westen Tschechiens gehören deutschen Medienkonzernen, darunter an erster Stelle der Passauer Neue Presse - CSU-nah und der Sudetendeutschen Landsmannschaft eng verbunden. Da werden dann auch schon einmal Auftritte von sudetendeutschen Folkloregruppen zum Beispiel in Cheb oder das "11. Elbogener Orgelfest", das am 23. September im tschechischen Loket stattfand gesponsort - organisiert vom Sudetendeutschen Musikinstitut aus Regensburg.

Auch wenn nicht alles von deutschen Konzernen aufgekauft wird, so geraten doch schon vor dem geplanten EU-Beitritt rasant schnell große Teile der Wirtschaft in Tschechien unter deutsche Kontrolle. Insgesamt gab es Ende 1999 etwa 10.000 deutsche und 6.000 tschechisch-deutsche Firmen. Die ausländischen Investitionen betrugen von 1989 bis 1999 28 Milliarden Dollar. Davon kam, laut den von Linken aus beiden Ländern herausgegebenen Deutsch-Tschechischen Nachrichten, der bei weitem größte Teil - 25 Prozent - aus der BRD.

Während profitable Betriebe aufgekauft werden, werden einige Branchen wie der Bergbau und die Eisen- und Stahlverhüttung im Norden Tschechiens, rund um Ostrava, komplett abgeschrieben. 11.000 Hütten- und Maschinenbauarbeiter im nordböhmischen Ostrava-Vitkovice mussten bis Ende August auf ihr Juli-Gehalt warten.

So ist auch die Arbeitslosenquote von landesweit 9 Prozent regional sehr unterschiedlich: In Prag beträgt sie rund 4 Prozent, in den Bergbauregionen hingegen an die 20 Prozent. Viele ländliche Regionen verarmen. In kleineren Städten wie Ustí nad Labem, in der Nähe der deutsch-tschechischen Grenze, verfallen Teile der Innenstadt, während sich gleichzeitig der informelle Sektor ausbreitet. Nur 42 Prozent der Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld.

Wie es seit dem Ende der staatssozialistischen Tschechoslowakei bergab ging und die Weltmarktanpassung sich entwickelt, belegte die Deutsch-Tschechischen Nachrichten im August mit folgenden Zahlen: Die Industrieproduktion lag 1998 um 22 Prozent, die landwirtschaftliche Produktion um 30 Prozent, der Wohnungsbau um zwei Drittel unter dem Niveau von 1989.

(Fast) Alles in deutscher Hand

Trotz dieser Bilanz veranstaltet der tschechische Präsident Vaclav Havel immer noch bei jeder Gelegenheit in seinem Amtssitz, dem Hradschin, eine neue Folge seiner Dauerwerbesendung für den Freien Westen. Am 24. August nutzte er ein Treffen mit 50 SchülerInnen auf der Prager Burg, um für die Jahrestagung des IWF und der Weltbank in Prag zu werben: "Es ist eine ungeheure Chance als Gastgeber dabei zu sein, mitzureden, es gibt aber so Ansichten, wie ‚hoffentlich geht das Ganze bald zu Ende, und das ist schade" meinte Havel. Was sich die tschechische Regierung vor allem von der IWF- und Weltbanktagung erwartete, gab der tschechische Finanzminister Pavel Mertlik gegenüber Radio Prag unumwunden zu: "Gerade Firmen wie Czech Invest, Czech Trade und das Zentrale Fremdenverkehrsamt bereiten in der Zeit der Tagung Präsentationen und Seminare für neue Investoren vor, die bisher noch keine Kontakte in die Tschechische Republik haben, und legen ihnen Möglichkeiten zur kommenden Zusammenarbeit dar."

Gaston Kirsche (gruppe demontage)

17. Kriegslüsterne Revanche. Jolo: Die philippinische Armee nimmt die Zivilbevölkerung als Geisel

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:11

Wie wird man einen lästigen Moskito los? Mit Pflastersteinen um sich werfen? Wohl kaum. Doch nichts anderes tut der philippinische Präsident Joseph Estrada. Genervt und grimmig schaute er am 16. September in die surrenden Kameras, als er seine Kriegserklärung verlas. Manila, so der Präsident, könne es nicht länger zulassen, dass die Abu Sayyaf das ganze Land als Geisel nähme. Deshalb habe das philippinische Militär mit einem Großangriff auf Stellungen der Abu Sayyaf begonnen.

Ziel der "Operation Sultan" sei die Befreiung der 19 Geiseln - zwei Franzosen, ein Amerikaner, 13 Filipinos und drei Malaysier. Kurz darauf wurde die Insel Jolo von der Außenwelt abgeriegelt. Über 3.000 Soldaten, darunter aus dem Norden des Archipels abkommandierte Eliteeinheiten, rückten mit Unterstützung von Kampfjets und Helikoptern gegen vermeintliche Stellungen der Abu Sayyaf außerhalb von Jolo City vor. Allein während dieser ersten Angriffswelle sollen etwa 120 Menschen getötet worden sein - hauptsächlich Zivilisten.

Mittlerweile sind sämtliche Verbindungen mit der Außenwelt gekappt: Telefonleitungen sind ebenso unterbrochen wie der Schiffs- und Flugverkehr von und nach Jolo. Im Landesinneren soll es nach Aussagen von Bürgermeistern, denen noch rechtzeitig die Flucht in die Hafenstadt Zamboanga geglückt war, zur panikartigen Flucht von Tausenden von Menschen gekommen sein. Vielen dieser Menschen bleibt nur die tödliche Wahl, entweder in ihren Ortschaften unter Artilleriebeschuss zu geraten oder auf der Flucht Opfer von Luftangriffen zu werden. Diese Art Kriegführung lässt nur einen Schluss zu: Sie soll möglichst fernab der Öffentlichkeit und total geführt werden. Es ist dies die Ausdehnung des erklärtermaßen "totalen Krieges" von Zentralmindanao auf Jolo.

Mitte März begann Manila mit seiner ersten militärischen Großoffensive in Zentralmindanao, um dort der mittlerweile bedeutsamsten und stärksten Organisation des Moro-Widerstandes, der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF), das Rückgrat zu brechen. Hauptziel war die Einnahme von deren Hauptquartier Camp Abubakar, eines von insgesamt 46 über ganz Mindanao verstreuten Camps. Das gelang am 9. Juli. Doch der Sieg erwies sich als Pyrrhussieg; heute steht Estrada in Mindanao vor einem Scherbenhaufen. Auf Dauer wird sich diese Region als instabil und entwicklungsresistent erweisen. Dabei hatte es seit 1994 hochtrabende Pläne gegeben, diese an Rohstoffen überaus reiche Region mit Teilen der Anrainerstaaten Indonesien, Malaysia und Brunei in ein Wachstumsdreieck zu verwandeln. Heute bleiben dort Investitionen aus und bereits in Aussicht gestellte Entwicklungshilfe, so beispielsweise aus Japan, ist vorerst auf Eis gelegt. Selbst militärisch sind die MILF-Verbände weit davon entfernt, von den Regierungstruppen in die Knie gezwungen zu werden. Stattdessen kehrten sie zur Strategie des Guerillakampfes zurück und ihr Vorsitzender Hashim Salamat rief zum jihad auf.

Zwei Kalküle verfolgte Manila mit der Eskalation des "totalen Krieges" im Süden des Archipels: Vermeidung des "Osttimor-Syndroms" und ein Ablenken von schweren innenpolitischen Krisenerscheinungen. Wiederholt schwadronierte Estrada über die "Pulverisierung" der "Moro-Sezessionisten" und glaubte sich damit gegenüber dem Rest des Inselstaates als starker Präsident zu profilieren, der trotz zahlreicher Kabalen und Korruptionsaffären wieder entschlossen das Heft des Handelns in die eigenen Hände nehme. Damit stellte der Präsident unter Beweis, dass seine Art von Krisenmanagement sich nicht wesentlich von der seines früheren politischen Mentors, des Diktators Ferdinand E. Marcos, unterscheidet.

Plötzlich zeigt man sich in Berlin "beunruhigt" über Manilas Handeln und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac ist "absolut nicht einverstanden" mit der Dragonerpolitik seines philippinischen Amtskollegen, dem zuvor durchweg Friedfertigkeit bei der Lösung des Geiseldramas auf Jolo attestiert worden war. Befänden sich dort nicht noch zwei französische Geiseln, Mitarbeiter des staatlichen Fernsehens, in "Sicherheitsgewahrsam" der trüben Abu-Sayyaf-Truppe, kein Hahn krähte im Westen danach, was momentan auf Jolo geschieht.

Totaler Krieg unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Erreicht Estrada wenigstens das Ziel, die Abu Sayyaf auszuschalten? Da sind Zweifel angebracht. Zunächst einmal gibt es nicht die Abu Sayyaf, sondern verschiedene Fraktionen, benannt nach den Orten ihres

jeweiligen Operationsgebietes: die Patikul-, Talipao- und Basilan-Gruppe. Alle drei wiederum genießen in unterschiedlicher Weise Rückendeckung durch Lokal- und Regionalpolitiker und stehen zumindest in Kontakt mit philippinischen Geheimdienstkreisen, die in der Vergangenheit die Basilan-Fraktion unterwandert beziehungsweise zur Desavouierung des Moro-Widerstandes instrumentalisiert hatten. Die "akquirierten" Lösegelder von nahezu einer Milliarde Pesos, mehr als die im Staatshaushalt für diese von Massenarmut geprägte und vernachlässigte Region vorgesehene Summe, sind eine Beute, die es nunmehr in einem aufreibenden Prozess der "Vergütung" aller an diesem logistisch aufwendigen Kidnapping-Unternehmen Beteiligten zu verteilen gilt. Teile der Abu Sayyaf haben sich bereits nach Basilan abgesetzt. Und der Rest verfügt über Schnellboote, um die sie die philippinische Marine und Küstenwache beneidet.

US-Militärs sind mit von der Partie

Während Estrada den Marschbefehl für die "Operation Sultan" erteilte, weilte US-Verteidigungsminister William Cohen in Manila, um anschließend nach Jakarta weiter zu reisen. Cohen versprach seinem philippinischen Amtskollegen Orlando Mercado verstärkte Hilfe bei der "Terrorismusbekämpfung" und segnete Manilas Vorgehen in Jolo ab. Darüber hinaus befinden sich etwa 200 US-Amerikaner, Militärberater und Green-Berets-Elitesoldaten, in und um Zamboanga, das gleichzeitig Sitz des für die Region zuständigen Südkommandos der philippinischen Streitkräfte (SOUTHCOM) ist.

Die US-Präsenz wird mit dem im Sommer 1999 zwischen Washington und Manila getroffenen Visiting Forces Agreement (VFA) als "Routinebesuch" heruntergespielt. Das VFA sieht unter anderem vor, dass US-Truppen landesweit und auf unbestimmte Zeit Hafenstädte anlaufen und Flugplätze auf dem Archipel nutzen können. Gleichzeitig ist Jolo - nach der endgültigen Rückgabe der Panama-Kanalzone an Panama - als Dschungel-Trainingszentrum zur regionalen Aufstandsbekämpfung im Gespräch. Mit dem Verweis auf nationale Sicherheitsbelange, Stabilität und die Wahrung von innerer Ordnung ist in der Vergangenheit bekanntlich schon häufig Schindluder getrieben worden. Vielleicht ebnet Estrada mit seinem Vorgehen auf Jolo da "notwendige" Wege. Das jedenfalls wäre plausibler als seine vorgeschobenen Kriegsgründe.

Rainer Werning

(16./17. September 2000)

18. Eine Matratze ist mehr wert als ein Mensch. Kriegskapitalismus in kolumbianischen Gefängnissen

Autor: Sven Mayer, Libertad! · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:28

Am Nachmittag des 27. April 2000 sprengten 130 vermummte Paramilitärs ein Loch in das Mauerwerk, das den Gefängnishof umgibt. Aus automatischen Schnellfeuerwaffen schossen sie wahllos auf die Männer, die hinter Vorsprüngen und in den Gängen Schutz suchten. Wer versuchte sich zu verstecken, wurde von den Angreifern aufgespürt und per Genickschuss hingerichtet. Die Bilanz einer Nacht des nackten Terrors: 47 Leichen und 17 Verletzte. Der Hof 4 des Gefängnisses La Modelo glich einem Massengrab - mitten in Kolumbiens Hauptstadt Bogotá.

Alle 36 Stunden wird ein Gefangener umgebracht", fasst Flor Muniz, Sprecherin der Menschenrechtsorganisation FCSPP, lakonisch die Lage in den 168 Gefängnissen des südamerikanischen Andenstaates zusammen. Eine erschreckende Zahl. Bei kühler Betrachtung der Mordrate außerhalb der Gefängnismauern - mit 3.000 pro Jahr die höchste der Welt - erscheint sie jedoch als normaler Teil des alltäglichen Schreckens.

Die überfüllten Zellen und Höfe kolumbianischer Haftanstalten sind wie ein Brennglas, in dem die Konflikte des Landes zusammentreffen: Drogenkapos und mafiöse Banden streiten sich um Territorien und unbeglichene Rechnungen, während rechtsextreme Paramilitärs und kommunistische Guerillakämpfer den Bürgerkrieg austragen, bei dem "draußen" regelmäßig hunderte von Bauern massakriert und zehntausende vertrieben werden.

Zusammengepfercht in maroden Gefängnisgebäuden, die offiziell Platz für 33.000 Häftlinge bieten, drängen sich 52.000 Gefangene. Seit 1973 betreuen und besuchen die MitarbeiterInnen von FCSPP die knapp 2.000 inhaftierten Guerillakämpfer. Eine äußerst gefährliche Tätigkeit: Um zu den politischen Gefangenen in La Modelo zu gelangen, müssen die MenschenrechtsaktivistInnen zunächst die bewaffneten Posten der Paramilitärs passieren, die den Eingangsbereich kontrollieren und von jedem Besucher eine "Kriegssteuer" verlangen.

"La Modelo droht, außer Kontrolle zu geraten. Allein im Dezember sind etwa 200 Waffen hineingeschmuggelt worden", erklärte Anfang Januar der neue Chef der staatlichen Gefängnisbehörde INPEC. Er ist Armeegeneral. Sein Vorgänger, ein Zivilist, musste zurücktreten, nachdem er als Anführer einer paramilitärischen Einheit identifiziert worden war, die im Norden Kolumbiens zehn Bauern hingerichtet hatte.

La Modelo steht unter Kriegsrecht. Regelmäßig wird seit 1995 der Ausnahmezustand verlängert. Die Grundrechte der Gefangenen sind außer Kraft gesetzt, das Militär hat unbeschränkten Zutritt. Seit langem verhandeln Regierung, Armee und INPEC ergebnislos mit Gefangenensprechern über die Verlegung der Inhaftierten. Denn La Modelo soll geschlossen werden.

Ökonomie des Terrors

Das Wachpersonal hat seit Jahren die Kontrolle über den größten Teil des Gefängnisses verloren. Während im Eingang und im ersten Hof Paramilitärs patrouillieren, haben im Hochsicherheitsbereich am anderen Ende des heruntergekommenen Gebäudekomplexes mehrere hundert Kriegsgefangene der Guerillaorganisationen Farc und ELN (1) das Sagen. Die dazwischen liegenden Höfe und Gebäudeabschnitte "teilen" sich rivalisierende Clans der Mafia mit Gruppen sozialer Gefangener. Unter ihnen herrscht ein erbitterter Krieg, bei dem allein im letzten Jahr 76 Gefangene ermordet wurden. Es ist ein Bandenkrieg, in dem es um Macht und Einfluss geht, um Geld und das, was man sich dafür kaufen kann: Lebensmittel und Drogen, Waffen, Mörder und ihre Opfer, Prostituierte, Matratzen, Medikamente oder schlichtweg einen Platz zum Schlafen.

La Modelo, das größte Gefängnis Kolumbiens, verfügt laut Angaben von INPEC über 2.500 Haftplätze. Tatsächlich sind hier jedoch 5.153 Menschen inhaftiert. In den 3,3 Quadratmeter kleinen Zellen drängen sich drei bis acht Gefangene. 70 cm würden jedem zum Schlafen bleiben - wäre La Modelo nicht, was es ist: eine verdichtete und ungeschminkte Miniaturausgabe der kolumbianischen Gesellschaftsordnung: Die von schwerbewaffneten Leibgarden umgebenen Chefs der Paramilitärs und der Mafia schlafen in Betten. Von korrupten Schließern lassen sie sich amerikanische Videofilme, Abendessen, Kokain und Prostituierte bringen.

Ihr Reichtum gründet auf den Gesetzen des freien Marktes. Der Zugang zum Hof kostet umgerechnet eine Mark, eine halbe Stunde Zellen-Sex ist für 40 DM zu haben. Während eine eigene Zelle mit einer Monatsmiete von über 1.000 DM für die herrschende Knastklasse reserviert bleibt, ist eine einfache Matratze für kaum einen der Durchschnitts-Gefangenen zu bezahlen.

Am anderen Ende der Gesellschaftsordnung schlafen die Habenichtse; auf Pappen neben Pissoirs, die sich hunderte Männer teilen müssen. Die Aufrechterhaltung der Knastordnung funktioniert nach einem simplen Prinzip: Eine unbezahlte Rechnung kostet den Kopf. Doch es locken auch beträchtliche Verdienstmöglichkeiten: Die Paramilitärs lassen Steckbriefe der inhaftierten Guerillaführer kursieren. Sie bieten 1.500 DM für jeden ihrer Köpfe. In diesem System haben die verschiedenen Syndikate und Interessengruppen ihre Claims abgesteckt und stehen sich waffenstarrend gegenüber. So war der Hof 4, in dem das Massaker vom 27. April stattfand, seit 1997 umkämpftes Terrain von einer Gruppe sozialer Gefangener und den Paramilitärs. Nun haben dort letztere wieder das Kommando.

Horror-Miniatur der Realität

Die Kriegsgefangenen von Farc und ELN versuchen, der Ökonomie des Terrors entgegenzuwirken. Sie betreiben einen Knastfunk sowie ein Kino im Hof der sozialen Gefangenen. Ein eigens gegründetes Menschenrechtskomitee versucht, soziale Gefangene davon zu überzeugen, sich der tödlichen Konkurrenz zu entziehen und gemeinsam gegen die Haftbedingungen zu kämpfen, die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) 1997 nach einem Besuch in La Modelo folgendermaßen charakterisiert wurden: "Neben einer massiven Überbelegung fehlt es an Trinkwasser, die sanitären Anlagen und die medizinische Versorgung sind ungenügend, Resozialisierungsmaßnahmen und Arbeitsmöglichkeiten sind nicht vorhanden, es findet zwischen Untersuchungs- und Strafgefangenen keine Trennung statt."

Die Kriegsgefangenen bemühen sich in den Interessenkonflikten der Inhaftierten um Vermittlung. Im März 2000, nur einen Monat vor dem Massaker auf Hof 4, hatten sie einen Nichtangriffspakt ausgehandelt, der in Anwesenheit von Regierungsvertretern und Menschenrechtsorganisationen, von den Chefs der Paramilitärs, der Mafia und sozialen Gefangenen unterzeichnet wurde. Das Abkommen sah vor, Konflikte zwischen den Gefangenen durch Verhandlungen beizulegen und jede Intervention von Armee oder Polizei gemeinsam zurückzuweisen.

Außer für die Kriegsgefangenen war der Vertrag jedoch offenbar nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben stand. In der Terrornacht vom 27. April forderten die vor den Gefängnistoren versammelten Angehörigen der sozialen Gefangenen schließlich eine Intervention des Militärs, um dem Morden ein Ende zu setzen. Die Armee kam - nachdem das Gemetzel beendet war. Am 28. April stürmten 3.000 Soldaten und Polizisten La Modelo - allerdings nicht, um die paramilitärischen Banden zu entwaffnen, sondern die Kriegsgefangenen der Guerillas im Hochsicherheitsbereich. Die Soldaten zerstörten deren Bibliothek, beschlagnahmten das Equipment des Radiosenders und des Kinos sowie eine ansehnliche Menge schwerer Waffen, Sprengstoff und Handys. Sechs Kommandanten der Rebellen wurden in ein Verhörzentrum des Militärgeheimdienstes gebracht. In einer Erklärung beschuldigten sie die Gefängnisverwaltung, die Kräfteverhältnisse in La Modelo verschieben zu wollen, um einen Angriff der Paramilitärs auf die Kriegsgefangenen zu ermöglichen. Die inhaftierten Guerillakämpfer fordern nun die Stationierung einer internationalen Beobachtertruppe in La Modelo.

"Die Kommission beurteilt die Verhältnisse in diesem Gefängnis als brutal, unmenschlich und entwürdigend"; so deutlich die Erklärung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission auch ausfiel, sie wird der erschreckenden Realität kolumbianischer Gefängnisse nicht gerecht. Das Massaker vom 27. April stellt dabei lediglich eine quantitative Ausnahme dar.

Sven Mayer (Libertad!)

Der Artikel erschien zuerst im so oder so - Schwerpunktmagazin "Mitten im Krieg - Friedensprozess und Menschenrechte in Kolumbien" (Bestellung bei www.libertad.de).

Anmerkungen:

1) Die Farc-EP (Fuerzas Armadas Rebeldes de Colombia - Ejercito Popular) sind mit 12.000 KämpferInnen unter Waffen die größte Rebellenorganisation des Landes. Ein Gebiet von der Größe der Schweiz im Süden

des Landes befindet sich komplett unter ihrer Kontrolle. Die ELN (Ejercito de la Liberacion Nacional) hat etwa 5.000 AktivistInnen.

19. Moderne Karrieren. Vom Staatsterrorist zum Privatisierungsgewinner - der Fall Cavallo

Autor: Jutta Klas/Stefanie Kron · Rubrik: Argentinien; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:34

Ricardo Miguel Cavallo führte ein angenehmes Leben im Exil. Im August 1999 übernahm der Argentinier die Leitung der privatisierten mexikanischen Fahrzeugregistrierungsstelle RENAVE. Er unterhielt gute Kontakte zu Regierungskreisen, die Yellow-Press feierte ihn als erfolgreichen Geschäftsmann. Um so überraschter war die mexikanische Öffentlichkeit, als Cavallo am 24. August bei einer Zwischenlandung auf dem Flughafen des Urlaubsortes Cancun von Interpol festgenommen wurde. Der seit der Festnahme Pinochets 1998 in London einschlägig bekannte spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzon beantragte umgehend Cavallos Auslieferung, die französische Justiz kündigte die gleiche Maßnahme an.

Die Zeitung Reforma hatte kurz vor Cavallos Festnahme Zeugenaussagen veröffentlicht, die ihn als den ehemaligen argentinischen Korvettenkapitän Miguel Angel Cavallo entlarvten. Eine Woche nach der Verhaftung bestätigten die mexikanischen Behörden die Angaben der Reforma. Nun bahnt sich ein internationales juristisches Tauziehen an. Doch schon jetzt befördert der Fall Cavallo für die Regierungen Mexikos und Argentiniens höchst unangenehme Verwicklungen ans Tageslicht.

Miguel Angel Cavallo alias Ricardo Miguel Cavallo gehört zu den 98 argentinischen Militärs und Zivilisten, gegen die Garzon vergangenes Jahr einen internationalen Haftbefehl erwirkte. Die Klage gegen alle lautet: Völkermord, Folter und Terrorismus während der Militärdiktatur in Argentinien (1976-1983). Insgesamt 30.000 Menschen wurden während dieser Zeit ermordet oder gelten bis heute als "verschwunden".

Das Pinochet-Phänomen

Garzon begründet die internationalen Haftbefehle mit Dutzenden von Aussagen überlebender Diktaturopfer, die während des Militärregimes verschleppt, in geheimen Haftzentren festgehalten und gefoltert wurden. Aufmerksam auf Cavallo wurde der dynamische spanische Jurist durch die Schilderungen fünf Überlebender eines inoffiziellen Gefängnisses der argentinischen Marine. Sie identifizierten Cavallo, der unter dem Namen "Marcelo" oder "Serpico" agierte, als einen ihrer Folterer. Französische Menschenrechtsanwälte machen Cavallo für die Beteiligung am Mord an den französischen Ordensschwestern Alice Domon und Leonie Duquet verantwortlich, die 1977 "verschwanden". Außerdem soll Cavallo bei der "Vermittlung" von Säuglingen inhaftierter Oppositioneller an finanzkräftige Interessenten kräftig mitgemischt haben.

Für Garzon fallen die Anklagepunkte gegen Cavallo unter den Tatbestand der "Verbrechen gegen die Menschheit", die laut der 1995 reformierten spanischen Gesetzgebung "extraterritorial", d.h. international verfolgt und geurteilt werden können. Doch der spanischen Generalstaatsanwaltschaft ist der Fall offenbar zu heiß. Sie möchte sich die Finger nicht verbrennen und vertritt die Position, dass die Verbrechen, für die Cavallo von Garzon angeklagt wurde, vor der betreffenden Gesetzesreform im Jahre 1995 begangen wurden. Der Offizier im Ruhestand könne deshalb nicht rückwirkend in Spanien vor Gericht gestellt werden. Generalbundesstaatsanwalt Pedro Rubira führte zusätzlich ins Feld, dass Garzons Anklagepunkte gegen Cavallo in Argentinien bereits durch zwei Gesetze amnestiert worden sind.

Tatsächlich war dem ehemaligen Offizier in seiner Heimat schon einmal der Prozess gemacht worden. Das sogenannte Gesetz zum Befehlsnotstand 1985 bescheinigte ihm jedoch, auf Befehl gehandelt zu haben und bewahrte ihn vor einer Haftstrafe. Diese juristische Figur sowie das zwei Jahre später verabschiedete Dekret des "Schlusspunkts", das die Begnadigung der meisten argentinischen Diktaturschergen ermöglichte, wurden von den Ex-Präsidenten Raul Alfonsin von der Radikalen Partei (UCR) und Carlos Menem vorangetrieben.

Der Fall Cavallo könnte nun dafür sorgen, dass die beiden Persilscheine dem im Oktober 1999 gewählten Präsidenten Fernando de la Rua schmerzhaft auf die Füße fallen. Der ehemalige Bürgermeister von Buenos Aires ist ein Ziehkind Alfonsins, regiert aber mit einer Koalition, in der auch FREPASO, ein Mitte-Links-Bündnis mit bekannten MenschenrechtsaktivistInnen vertreten ist. De la Rua trat mit dem Versprechen an, die unter Menem verfolgte Politik der systematischen Straflosigkeit zu bekämpfen. Stellt er sich nun hinter Garzon und die argentinischen Menschenrechtskreise, könnte es Probleme mit den nach wie vor einflussreichen

argentinischen Militärs geben. Deckt er Cavallo, ist seine Koalition in Gefahr. Dieses Dilemma löste de la Rua bisher wenig elegant, indem er äußerte, seine Regierung werde sich in den Fall Cavallo nicht einmischen.

So ist Argentinien paradoxerweise das einzige Land, in dem sich Cavallo vor der internationalen Justiz sicher wähnen kann. Dorthin wollte er auch abtauchen, als er von Interpol festgenommen wurde. Wäre er an seinem Ziel, der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires angekommen, hätte er sich zur Kolonie ehemaliger Diktaturschergen gesellen können, gegen die ausnahmslos im Ausland Klagen anhängig sind. Unter ihnen befindet sich beispielsweise Alfredo Astiz, Cavallos Mitstreiter aus gemeinsamen Zeiten in der Kriegsmarine. Astiz wurde von der französischen Justiz wegen des Mordes an den beiden französischen Nonnen in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt.

Oase der Straflosigkeit

Astiz und Cavallo - so die Zeugenaussagen - waren in den 70er Jahren Mitglieder der berüchtigten Eingreiftruppe GT 3.32 mit Sitz in der Mechanikerschule der argentinischen Marine (ESMA) in Buenos Aires. Hinter dem harmlos klingenden Namen verbarg sich eines der am meisten gefürchteten geheimen Haft- und Folterzentren des Militärregimes. Cavallo gehörte zu einer ausgewählten Gruppe von Marineoffizieren, die direkt der Befehlsgewalt von Admiral Emilio Massera unterstand, einem der drei Mitglieder der Militärjunta.

Im Haftbefehl Garzons nicht erwähnt sind Cavallos "Fähigkeiten" im Bereich der Dokumentenfälschung und der illegalen Aneignung. Als Leiter besagter Eingreiftruppe der ESMA soll er am Verkauf von den Autos der Ermordeten beteiligt gewesen sein. Immer wieder ist dabei die Rede von der Fälschung von Nummernschildern. Die Zwangsenteignung der Diktaturopfer war integraler Bestandteil des argentinischen Staatsterrorismus. Allein die Offiziere der ESMA sollen sich auf diese Weise ein Vermögen von rund 70 Millionen Dollar angeeignet haben.

Nach dem Ende des Militärregimes gründeten sich zahlreiche Unternehmen, deren Startkapital aus dem gestohlenen Besitz der Diktaturopfer bestand. Spezialgebiet all dieser Unternehmen waren und sind die zivilen Meldestellen und Register: die Ausstellung und Verwaltung von Ausweisen, Pässen oder Kfz-Papieren. So verwandelte sich auch Cavallo - der lediglich einen Teil seines Vornamens änderte - vom brutalen Foltergeneral zum dynamischen Unternehmer. Seine Initiativen als Geschäftsmann konzentrierten sich darauf, ein Netz von Firmen in Guatemala, El Salvador, Panama und Costa Rica aufzubauen, die auf Bearbeitung und Ausstellung von Ausweispapieren spezialisiert sind. Cavallo profitierte dort von der Privatisierung ehemals staatlicher Behörden und Unternehmen. Vergangenes Jahr gründete er auch in Mexiko eine Firma - TALSUD. Im August 1999 erhielt TALSUD prompt den Zuschlag für die Übernahme der ehemals staatlichen RENAVE. Europäische Konkurrenten wie beispielsweise Siemens schlug Cavallo ironischerweise aus dem Rennen.

Den Zuschlag erteilte Herminio Blanco, Handels- und Industrieminister Mexikos. Blanco versucht seither - wenig glaubwürdig -, den Verdacht der Korruption und Komplizenschaft mit Cavallo zu entkräftigen. Der ominöse Selbstmord von Blancos Unterstaatssekretär Anfang September verstärkte allerdings die Forderung der Presse und der mexikanischen Oppositionsparteien nach der vollständigen Aufklärung des Privatisierungsprozesses von RENAVE.

Blanco wäre nicht der erste korrupte Minister im Kabinett von Mexikos scheidendem Präsidenten Ernesto Zedillo: Seit Monaten läuft ein internationaler Haftbefehl gegen den ehemaligen Tourismusminister Oscar Espinosa Virreal. Der Anklagepunkt lautet: Veruntreuung von umgerechnet 100 Millionen DM. So verwundert es kaum, dass die mexikanische Regierung sich mit Erklärungen zum Fall Cavallo vornehm zurückhält. Denn die seit den Wahlen im Juli demontierte Nochregierungspartei PRI kann sich einen weiteren Imageschaden, noch dazu auf internationalem Parkett, nicht leisten, will sie nicht komplett in die politische Bedeutungslosigkeit entschwinden.

Für Cavallo, den Ex-Marineoffizier, wendigen Geschäftsmann und Direktor von RENAVE, der seine Nächte momentan allerdings in einem Untersuchungsgefängnis östlich von Mexiko-Stadt verbringt, bedeutete die Kontrolle über die Neu-Registrierung aller 14 Millionen mexikanischen Fahrzeuge einträgliche Geschäfte. Und zwar in verschiedener Hinsicht. Legale Profite ließen sich mit den Gebühren bei der An-, Um- oder Abmeldung von Fahrzeugen sowie der Ausstellung der entsprechenden Papiere machen; illegale Gewinne mit der Möglichkeit, mit offiziellen Papieren in Mexico gestohlene Fahrzeuge zu legalisieren, um sie auf dem lukrativen zentralamerikanischen Automarkt verkaufen zu können. Rund 100.000 PKW "verschwinden" jährlich in

Mexiko, die Hälfte davon Wagen der Luxusklasse. Recherchen verschiedener mexikanischer Experten zur organisierten Kriminalität ergaben, dass die Einnahmen aus dem Handel mit gestohlenen Fahrzeugen nur durch die Gewinne im Drogengeschäft übertroffen werden.

Datenschutzverletzung durch Privatisierung

Weitere potenzielle Einnahmequellen für Firmen wie TALSUD ergeben sich durch den Zugriff auf die vielfältigen personenbezogenen Daten, die bei der An- oder Ummeldung von Fahrzeugen angegeben werden müssen: Anzahl der Autos eines Haushaltes, Modelle, Adresse des Fahrzeughalters etc. Angesichts der zunehmenden Entführungsfälle in Mexiko, bedeutet der Besitz dieser Daten Insider-Informationen, die verkauft oder direkt genutzt werden können.

Menschenrechtsorganisationen warnen seit Jahren vor den Gefahren der Datenschutzverletzung, die bei der Privatisierung staatlicher Verwaltungseinrichtungen entstehen. Insbesondere in den sensiblen Bereichen der zivilen Melderegister und Ämter, die für die Ausstellung von Dokumenten aller Art verantwortlich sind. Vertrauenwürdiger wird die Angelegenheit nicht dadurch, dass Firmen die Ausschreibungen für sich entscheiden, deren Chefs Tätigkeiten in Geheimdienststrukturen des Militärs nachgewiesen werden können.

Bis zum 23. Oktober muss Baltasar Garzon der mexikanischen Justiz ein formales Auslieferungsgesuch vorlegen. Ob die mexikanische Staatskanzlei dem Antrag stattgibt, ist indes mehr als fraglich. Denn nicht nur in der "Oase der Straflosigkeit", wie der Argentinische Menschenrechtsverein - Madrid das südamerikanische Land bezeichnet, berufen sich Armeekreise und Politiker auf die nationale Souveränität, wenn es einem der Ihren im Ausland juristisch an den Kragen gehen soll. Auch "Mexiko hat sich schon immer geweigert", moniert der Journalist Sergio Sarmiento in der Reforma, "die extraterritoriale Anwendung der Gesetze anderer Länder zu akzeptieren."

Jutta Klas/Stefanie Kron

20. Vladimiro ist überall. Perus Präsident Fujimori stolpert über seinen Geheimdienstchef

Autor: Rolf Schröder · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:43

Das Fujimori-Regime ist an seinen kriminellen Machenschaften gescheitert. Doch während die Opposition baldige Neuwahlen fordert, will der Präsident die Machtübergabe noch bis Juli nächsten Jahres hinauszögern.

Millionen Peruaner schauten sich am letzten Wochenende fassungslos einen Videostreifen an, der in ihrem Land Geschichte machen wird. Die entscheidende Szene könnte aus einem schlechten Politthriller stammen. Zwei dunkel gekleidete Männer verhandeln. Der eine ist offenbar der Boss. "Wie viel wollen Sie?" fragt er und fügt hinzu: "Hier sind Zehntausend." Er zieht einen Briefumschlag aus der linken Hosentasche und zählt ein paar Dollarscheine ab. Doch der andere besteht auf Fünfzehntausend. Lässig und ohne viel Aufhebens greift der Boss in seine rechte Hosentasche und befördert einen zweiten Umschlag hervor: "Gut. Zehn und fünf macht fünfzehn." Das Geld wechselt den Besitzer.

Der Videostreifen scheint nun doch endlich die Ära Fujimori beendet zu haben. Denn es handelt sich nicht um einen Kriminalfilm, sondern um Aufnahmen einer realen kriminellen Handlung. Filmvorführer war Fernando Olivera, Vorsitzender einer rechten oppositionellen Partei, die sich den Kampf gegen die Korruption auf die Fahnen geschrieben hat. Von Unbekannten wurde ihm das Video zugespielt. Die Hauptdarsteller: Perus Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos - in der Rolle des Bosses - und ein Kongressabgeordneter namens Alberto Kouri. Der war bei den Wahlen im April auf der Liste des Oppositionsführers Alejandro Toledo ins peruanische Parlament eingezogen und anschließend ins Regierungslager übergelaufen.

Der weitere Verlauf des Videos belegt eindeutig: Kouri erhielt die fünfzehntausend Dollar als erste Rate für seinen Gesinnungswechsel. Das mag der geschäftstüchtige Volksvertreter natürlich nicht zugeben. Der Dialog auf dem Video sei manipuliert worden, erklärt er. Montesinos, der im übrigen sein Freund sei, habe ihm lediglich einen Kredit für den Kauf eines Lastwagens überreicht.

Alberto Kouri ist nicht der einzige Oppositionsabgeordnete auf der parlamentarischen Transferliste. Rechtzeitig zur ersten Abstimmung im neu gewählten Parlament ließen sich mehr als ein Dutzend Abgeordnete von Montesinos kaufen. Fujimoris Liste, die bei den Wahlen nur 52 von 120 Sitzen errang, verfügt seitdem über die absolute Mehrheit. Die Ablösesummen können sich sehen lassen. Leoncio Torres, ein Abgeordneter der standhaft blieb, nannte Zahlen. Ihm wurden 50.000 US-Dollar Handgeld und 10.000 US-Dollar an monatlichen Zuschüssen angeboten. Andere sollen Filetgrundstücke in attraktiven Lagen erhalten haben.

Der Fall des Überläufers Luis Cáceres zeigt, dass die Überzeugungsarbeit des Geheimdienstchefs auch von verschiedenen Behörden unterstützt wird. Cáceres wurde auf der Liste eines religiösen Sektenführers ins Parlament gewählt. Leider war er vorbestraft, weil er einst als Bürgermeister der Stadt Arequipa Krankenwagen unterschlagen hatte, die in seiner Kommune als Spende eingegangen waren. Das oberste peruanische Wahlgremium JNE annullierte deswegen seine Wahl. Dann schlossen sich Cáceres und sein ebenfalls gewählter Sohn dem Regierungsbündnis Fujimoris an. Prompt begnadigte der oberste Gerichtshof den Delinquenten und erklärte seinen erst wenige Jahre zurückliegenden Diebstahl für verjährt. Das JNE widerrief seine Entscheidung und gab Cáceres den Abgeordnetensitz zurück.

Das Verdienst Fernando Oliveras ist es, dass er zum ersten Mal eindeutiges Beweismaterial gegen Montesinos Praktiken vorlegen konnte. Er behauptet sogar, weitere Videoaufnahmen in der Hand zu haben. Die sollen zeigen, wie Montesinos die anderen Überläufer auszahlt. Vielleicht hat Präsident Fujimori deswegen schon zwei Tage nach Bekanntwerden des Skandals kapituliert. In einer Fernsehansprache gab er die sofortige Entlassung seines Beraters Montesinos bekannt. Außerdem versprach er die sofortige Auflösung des Geheimdienstes SIN und Neuwahlen ohne eigene Beteiligung.

Transferliste für Abgeordnete

Vladimiro Montesinos konnte nicht länger im Amt bleiben. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Videos demonstrierten Zehntausende im ganzen Land für seine sofortige Entlassung und Inhaftierung. Schon vorher hatten die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die US-Regierung ebenso wie die Oppositionsbewegung das Ausscheiden des mächtigen Mannes im Hintergrund gefordert. Denn auch der

systematische Betrug - "Fraude" - bei den Präsidentschaftswahlen im Mai war von seinem Büro aus koordiniert worden. Sicher ist, dass Montesinos zudem Feinde in seiner unmittelbaren Umgebung hat. Dort muss jene Person zu finden sein, die der Öffentlichkeit das vom Geheimdienst selbst produzierte Video zuspielte.

Trotz des Skandals kam der Rückzug Fujimoris unerwartet. Er zog den Wahlschwindel im Frühjahr gegen alle Proteste aus dem In- und Ausland souverän durch und machte keine Anstalten, den Präsidentensessel zu räumen. Doch ohne die Rückendeckung seines Geheimdienstchefs hätte Fujimori die zehn Jahre seiner Regierungszeit kaum überstanden. Montesinos sorgte dafür, dass die Streitkräfte sich loyal verhielten. Obwohl der ehemalige Hauptmann einst wegen Urkundenfälschung unehrenhaft aus der Armee entlassen wurde, hat er ihr wie kein anderer seinen Stempel aufgedrückt. Neun der dreizehn Generäle an der Armeespitze setzte er ein. Die meisten Generäle besuchten zusammen mit dem Geheimdienstchef die Offiziersschule. Montesinos wird sogar beschuldigt, für jede Beförderung eines höheren Offiziers die Hand aufgehalten zu haben.

Der Mann im Hintergrund

Neben der Armee ist die Justiz eine wichtige Säule im Machtgefüge des Präsidenten. Denn die RichterInnen und StaatanwältInnen sind alles andere als unabhängig. 80 Prozent von ihnen amtieren nur provisorisch mit einen Zeitvertrag. Ihre Ernennung erfolgt schon seit Jahren durch eine Regierungskommission. Die RichterInnen können in diesem System leicht unter Druck gesetzt werden, und ganz offensichtlich sind die meisten Schlüsselpositionen mit Gefolgsleuten des Regimes besetzt. Und wo die oberste Schaltstelle der Justiz ihren Sitz hat, ist in Peru ein offenes Geheimnis: im Büro von Vladimiro Montesinos.

Seine immer noch recht große Anhängerschaft hat Fujimori auch der Gleichschaltung der Medien zu verdanken. So liegen mit Ausnahme eines Kabelkanals alle öffentlich zugänglichen Fernsehprogramme und fast die gesamte Boulevardpresse auf Regierungslinie. Während des Wahlkampfes wurden den bunten Klatschblättern im Lande sogar die Schlagzeilen von oben diktiert. Nebst einer Zahlung von 3.000 US-Dollar pro Ausgabe. Das berichteten jedenfalls mehrere Redakteure der Boulevardzeitung "El Tio". Nachdem sie ausgesagt hatten, mussten sie Schutz im Ausland suchen. Denn sie nannten auch jene Institution beim Namen, in der die Schlagzeilen produziert wurden: der Geheimdienst SIN unter der Leitung von Vladimiro Montesinos.

Ganz offensichtlich liefen im "kleinen Pentagon", dem Amtssitz des Geheimdienstchefs, mehr Fäden zusammen als im Präsidentenpalast. Montesinos koordinierte für das Regime die Drecksarbeit hinter den Kulissen. Seinen Geheimdienst organisierte er nach dem Vorbild der Stasi. Sympathisanten der Guerillaorganisationen MRTA und des Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) konnten es unter dem Fujimori-Regime nicht wagen, ihre Meinung in der Öffentlichkeit kundzutun. Sie mussten stets befürchten, dass ein Spitzel des SIN mithörte. In unzähligen Witzen, die über den Geheimdienstchef kursieren, geht es genau darum: Vladimiro sieht alles. Vladimiro hört alles. Vladimiro weiss alles. Vladimiro ist überall.

Die Methoden des Geheimdienstchefs gehörten nicht zu den feinsten. Sie umfassten nahezu alle Delikte des Strafgesetzbuches: Bestechung, Erpressung, Folter, Bombenanschläge, Entführung und Mord (siehe ak 439). Dass Montesinos wie im Falle Kouri gern persönlich verhandelt und seine Instruktionen erteilt, wäre ihm fast schon einmal zum Verhängnis geworden. Der Journalist Fabián Salazar von der Oppositionszeitung La República befand sich kurz vor den Wahlen ebenfalls im Besitz einiger Videobänder - Aufzeichnungen eines Gespräch zwischen dem Geheimdienstchef und dem Vorsitzenden der obersten Wahlbehörde JNE, Alipio Montes de Oca. Offenbar ging es um letzte Details bei der Organisation des "Fraude". Salazar wurde überfallen, bevor er sein brisantes Material veröffentlichen konnte. Mit einer elektrischen Säge zertrennten ihm die Täter mehrere Sehnen seiner Hand und verschwanden mit dem Filmmaterial. Montesinos kam unbehelligt davon.

Vladimiro Montesinos ist für das Fujimori-Regime nicht zu ersetzen. Vielleicht traute sich der Präsident nicht zu, die fünfjährige Amtszeit, die ihm noch verblieben wäre, ohne die illegalen Machenschaften seines omnipräsenten Beraters zu überstehen. Wo dieser sich derzeit aufhält, ist unklar. Zunächst hieß es, er sei verhaftet worden. Im Justizapparat brach Panik aus, weil zahlreiche RichterInnen ihre Entlassung fürchteten. Sie konnten beruhigt werden. So schnell kann man einen Vladimiro Montesinos offenbar nicht verhaften. Zwei Tage nach Fujimoris Fernsehansprache gab Ministerpräsident Federico Salas bekannt, Montesinos habe sein Büro geräumt und befände sich an einem unbekannten Ort. Einen Tag später tauchte der entlassene Berater

sogar kurz auf. Mit einer Garnison Leibwächter suchte er das Büro der Generalstaatsanwältin Blanca Nélida Colán auf, um für Ermittlungen zur Verfügung zu stehen. Dort soll er zu Protokoll gegeben haben, Kouri hätte - ebenso wie es dieser selbst behauptet - von ihm nichts weiter als einen privaten Kredit erhalten.

Allerdings ist auch Nélida Colán eine enge Vertraute von Montesinos. Erst Anfang dieses Jahres hatte sie ein Ermittlungsverfahren gegen ihn zu den Akten gelegt. Dabei ging es darum, die Herkunft von 2,6 Millionen US-Dollar zu klären, die Montesinos 1999 auf einem seiner Konten angesammelt hatte. Die Generalstaatsanwältin nahm stattdessen Ermittlungen gegen diejenigen auf, die Montesinos angezeigt hatten - wegen Bruch des Bankgeheimnisses.

Wo ist Montesinos?

Inzwischen zeichnet sich ab, dass Fujimori noch ein knappes Jahr im Amt bleiben wird. Am Dienstag trommelte er noch einmal Tausende von Anhängern zusammen, die ihm auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast zujubelten. Seinen Justizminister Alberto Bustamante ließ er verkünden, die Regierung strebe einen Wahltermin im März nächsten Jahres an. Der neue Präsident solle dann traditionsgemäß am peruanischen Nationalfeiertag, dem 28. Juli, vereidigt werden.

Oppositionsführer Alejandro Toledo sieht das anders. Er mobilisierte Zehntausende für eine Protestkundgebung und forderte einen Wahltermin innerhalb der nächsten vier Monate sowie eine unabhängige Übergangsregierung. Laut Verfassung müsste ohnehin das Parlament einem vorzeitigen Rücktritt des Präsidenten und damit der Ausschreibung von Neuwahlen zustimmen. Dort verfügt aber Fujimoris Bündnis Perú 2000 über die absolute Mehrheit. Deshalb wollen die acht Oppositionsparteien auch erst dann wieder zu den Sitzungen erscheinen, wenn sich Vladimiro Montesinos hinter Schloss und Riegel befindet und sämtliche Überläufer von ihren Posten entfernt sind.

Sollte Fujimori tatsächlich bis Juli nächsten Jahres Präsident bleiben, bleibt erst einmal alles wie es ist: beispielsweise die Gleichschaltung von Justiz und Medien. Und die Organisatoren des Wahlschwindels sitzen weiterhin an der Spitze jener Behörden, die auch für den ordnungsgemäßen Ablauf von Neuwahlen zuständig sein werden. Womöglich plant Fujimori, nach russischem Vorbild sein Amt rechtzeitig vor einem Urnengang an einen Nachfolger zu übergeben. Ein Kandidat dafür wäre Vizepräsident Francisco Tudela. Das weitere Schicksal von Vladimiro Montesinos bleibt indes unklar. Zur Zeit dürfte er damit beschäftigt sein, Beweismaterial gegen ihn zu vernichten. Schließlich werden ihm - genau wie zahlreichen höheren Militärs - ganz nebenbei noch Waffenschiebereien und Drogenhandel vorgeworfen.

Rolf Schröder, Lima

21. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:33

Der Schrei der Ausgeschlossenen...

... ertönte Anfang September in Brasilien. Unter diesem Motto hatten anlässlich des brasilianischen Unabhängigkeitstages die Bewegung der Landlosen (MST), die katholische Kirche, die Arbeiterpartei PT und der Gewerkschaftsdachverband zu landesweiten Protestkundgebungen aufgerufen. Allein in Aparecida (Bundesstaat Sao Paulo) versammelten sich 50.000 Menschen.

Hintergrund der Proteste ist die enorme Auslandsverschuldung Brasiliens (mehr als 230 Mrd. Dollar) und eine Sozialpolitik, die der Kardinal und Erbischof von Aparecida als "antichristlich" bezeichnete. Das Oppositionsbündnis fordert eine Volksbefragung zu den Auslandschulden mit dem Ziel eines Moratoriums. Die brasilianische Bischofskonferenz und die PT haben inzwischen begonnen, diese Befragung inoffiziell durchzuführen.

Gleichzeitig haben die Landlosen und LandarbeiterInnen ihrer Forderung nach günstigen Krediten für die Ernte durch zahlreiche Besetzungsaktionen von öffentlichen Gebäuden Nachdruck verliehen. In 10 der 27 brasilinanischen Bundesstaaten wurden Banken und Ministerien besetzt, so in Porto Alegre, Belo Horizonte und Andradina.

(FAZ)

"Sie wollen uns fertig machen"

Folgender Leserbrief erreichte Anfang September die Betriebszeitung "Barking Dog" (Der bellende Hund) beim Auto-Produzenten NUMMI in Fremont, Kalifornien: "Warum triezt uns die Geschäftsführung so sehr, wenn es doch so schwierig für sie ist, uns zu ersetzen? Da wollen sie 20 Leute neu einstellen, und wie viele bleiben? Die neuen Leute können die vollgepfropften Jobs einfach nicht machen ... Von vier neuen Leuten in einer Abteilung ist nur einer geblieben. Und trotzdem nervt uns das Management immer wieder, packt uns noch mehr Arbeit auf, beschneidet die Rotation, so dass unsere Körper ausgebrannt werden und macht es immer schwerer, mal einen Tag frei zu nehmen...

Alle Änderungen, die sie vornehmen, bringen uns nur Probleme. Seit sechs Monaten können wir die Produktionsziele nicht mehr erreichen. Die Arbeitskraft ist so knapp, dass Leute Doppelschichten fahren müssen, um Abwesende zu ersetzen. ... Das ist nicht gut mit all den müden Leuten, die in der Linie arbeiten, weder für die Qualität noch für die Sicherheit. Unfälle häufen sich ...

Und die Dinge verschlimmern sich noch, weil sie immer weiter Jobs abbauen. ... Die Spannungen sind groß. Ich habe jetzt kaum noch Zeit, meinen Job zu machen, und sie wollen, dass ich noch mehr mache! Wie sollen mit all diesen Problemen nächstes Jahr unser neues Produkt hinkriegen? Es ist, als sabotiere das Management unsere Zukunft."

(www.labournet.de)

Wirtschaftsboom und Menschenrechte

Die USA erleben den größten Wirtschaftsboom aller Zeiten, und gleichzeitig werden internationale Normen in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitsschutz und ArbeiterInnenrechte mit Füßen getreten. Wer das sagt, ist nicht etwa irgendeine linke Sekte, sondern Human Rights Watch (HRW), eine der größten und angesehensten Menschenrechtsorganisationen weltweit. Anfang September stellte HRW der Öffentlichkeit in Washington einen 217 Seiten starken Bericht vor, der auf Recherchen in neun Bundesstaaten und auf offiziellen Zahlen und Daten des National Labor Relations Board beruht.

Die Situation eines Großteils der 135 Millionen US-Beschäftigten sei "alarmierend", so HRW. Die Einkommensschere klaffe so weit auseinander wie nie zuvor und gewerkschaftliche Organisation sowie

Kollektivverhandlungen mit Unternehmern befänden sich auf einem historischen Tiefpunkt. Die Organisationsfreiheit sei gefährdet und die soziale Solidarität dahin.

Die UNO-Menschenrechtskonvention wird laut HRW genauso tagtäglich verletzt wie die Artikel 87 und 88 der Internationalen Arbeitsorganisation. Nach wie vor gilt in den USA das Arbeitsgesetz von 1935, das internationalen Standards seit Jahren zuwider läuft. Dieses Gesetz bevorzuge Unternehmer, während Gewerkschaftsaktivitäten unterhöhlt oder gar kriminalisiert werden. HRW beschreibt eine Liste von "ausspionieren", "belästigen", "unter Druck setzen", "bedrohen und beurlauben" oder auch "entlassen und abschieben." Betroffen sind Beschäftigte in großen wie in kleinen Unternehmen, die Krankenpfleger in Süd-Florida wie die Stahlwerker in Colorado, die NahrungsmittelarbeiterInnen in North Carolina wie die High-Tech-ProgrammiererInnen in Seattle.

(www.labournet.de, Max Böhnel)

Arbeit tötet

Tod durch Überarbeitung ist in Japan so häufig, dass er einen eigenen Namen hat: Karoshi. Offiziell können JapanerInnen im Durchschnitt 17,5 Tage bezahlten Urlaub im Jahr nehmen. Im letzten Jahr jedoch sind tatsächlich nur 9,1 Tage Urlaub genommen worden. In Tokio sind die BeamtInnen der Kommunalregierung sogar per Dienstanweisung angehalten worden, in diesem Sommer nur drei Tage Urlaub zu machen.

Und die Tendenz zum Urlaubsverzicht steigt. 1996 haben japanische Angestellte noch 56% ihres Urlaubs genommen, 1999 waren es nur noch 52%. Vor allem ältere ArbeiterInnen und Angestellte unterwerfen sich dem Stress. Aus Konkurrenzangst gegenüber jüngeren KollegInnen sowie aus Existenzängsten in der momentanen Rezession verzichten sie auf ihren Urlaubsanspruch und machen mehr und mehr Überstunden. Dies besagen zumindest Daten des japanischen Arbeitsministeriums, das in der Rezession auch einen wesentlichen Grund für die gestiegene Selbstmordrate in Japan sieht. Von April 1999 bis Ende März 2000 zählte die Polizei 33.048 Selbstmorde - so viel wie nie zuvor in Japan.

(FAZ)

Ein Schuss, zwei Opfer

Am Dienstag, dem 17. September stand in Hamburg ein Mann vor Gericht, der im März diesen Jahres eine 50jährige Sachbearbeiterin eines Sozialamtes niedergeschossen hatte. Jeder Gang zum Sozialamt war für den 43jährigen arbeitslosen Ingenieur eine Demütigung. Das "Schamgefühl, versagt zu haben", war ein Dauerzustand.

Die Sachbearbeiterin habe ihn ignoriert, und die Frau bestätigte im Zeugenstand, das Verhältnis zu dem Angeklagten sei seit längerem gespannt. Sehr unverschämt sei er gewesen. In der Tat mochte der Angeklagte nicht einsehen, dass er in seinem alten Beruf nicht mehr arbeiten durfte, sondern jetzt jede Arbeit anzunehmen habe. Seit Monaten hatte sich die Sachbearbeiterin geweigert, ihm Soziahilfe und Miete zu bezahlen und ihn statt dessen immer wieder zum Arbeitsamt geschickt. Als schließlich am 28. März der Gerichtsvollzieher vor der Tür stand, wollte der Angeklagte der Sachbearbeiterin klar machen, "in was für eine verzweifelte Situation sie mich gebracht hatte."

(TAZ-Hamburg)

(Frauen-)Arbeit lohnt sich nicht

Während lohnabhängige Männerarbeit abnimmt, steigt die Zahl lohnabhängig beschäftigter Frauen. Dies gilt laut Landesamt für Statistik zumindest für Hamburg. 61% der Hamburgerinnen zwischen 15 und 65 Jahren ist erwerbstätig, das sind 15% mehr als vor 30 Jahren. Bei den Männern sind es z.Z. 70% gegenüber 88% im Jahr 1970. Allerdings: Mehr als jede dritte Hamburger Lohnarbeiterin arbeitet Teilzeit, während es bei ihren männlichen Kollegen jeder zehnte ist.

Insgesamt haben alle Formen der Teilzeit- und befristeten Arbeit in Hamburg zugenommen. Genauso übrigens wie die Wochenendarbeit. "Ganz normal" sei diese inzwischen für die HamburgerInnen, so der Leiter des Statistischen Landesamtes, Wolfgang Bick. 16,4% der Hamburger Erwerbstätigen arbeitet ständig oder

regelmäßig am Sonnabend, 8,9% auch an Sonntagen. 8% aller Beschäftigten arbeiten regelmäßig in Wechselschichten, 5,8% regelmäßig nachts.

Ach ja, zu den Löhnen sagen die Statistiker auch etwas: Das Durchschnittseinkommen der Frauen liegt bei 2.380 DM, das der Männer bei 3.050 DM. 28,8% der Männer verdienen über 3.000 DM, bei den Frauen sind es nur 9,9%. Und weniger als die Hälfte aller lohnabhängig Beschäftigte (43%) verdienen durch ihre Arbeit genug zum Leben.

(Die Welt)

Standortsicherung zu teuer

Offensichtlich gibt es noch Leute, die sichere Arbeitsplätze nicht zu schätzen wissen. So z.B. kritische GewerkschafterInnen und Betriebsräte bei Opel in Bochum. Da schließt die Betriebsratsmehrheit eine neue Betriebsvereinbarung zur Sicherung des Standortes Bochum und zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen und erntet dafür nur Kritik, zuerst von großen Teilen der Belegschaft, dann von den Querulanten der Gruppe "Gegenwehr ohne Grenzen" (Gog).

Grund des GoG-Protestes sind die erheblich verschärften Arbeitsbedingungen, die diese Betriebsvereinbarung mit sich bringt: eine Verlängerung der Nachtschichten, zusätzliche Sonderschichten, Verzicht auf Neueinstellungen. Die kritischen KollegInnen bei Opel lehnen es ab, sich von dem Standortsicherungsargument permanent erpressen zu lassen. Sie weisen darauf hin, dass Opel gar keine betriebsbedingten Kündigungen braucht, um Personal abzubauen. Die Gog kritisiert vor allem eine Personalpolitik ohne feste Neueinstellungen. Damit werden zusätzliche Belastungen voll auf die ausgedünnte Belegschaft abgewälzt. Diese bezahlt dann mit ihrer Gesundheit und mit Sonderschichten und Überstunden einen angeblich sicheren Standort.

(www.labournet.de)

22. Eine weniger. IG Medien steigt aus dem "Bündnis für Arbeit" aus

Autor: dk · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:09

Als erste DGB-Gewerkschaft hat die IG Medien ihre Mitarbeit im "Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" aufgekündigt. Für die im Herbst anstehenden Gewerkschaftstage von HBV und ÖTV hat die Kleine bei ver.di damit ein bemerkenswertes Signal gesetzt.

Mit überwältigender Mehrheit haben die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Medien am 9. September in Bielefeld folgenden Beschluss gefasst: "Die IG Medien wird im DGB, in ver.di., in den Einzelgewerkschaften des DGB und in der Öffentlichkeit für einen sofortigen Ausstieg der Gewerkschaften aus dem ‚Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit` eintreten. Die IG Medien wird sich an Veranstaltungen und Arbeitsgruppen des ‚Bündnisses` nicht weiter beteiligen."

Bereits auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag 1999 in Kassel war es zur Diskussion über einen Ausstieg aus dem "Bündnis" gekommen. Ein klar formulierter Antrag des Ortsvereins Dortmund, der schon damals viel Zustimmung gefunden hatte, war durch die geschickte Kongress-Regie so umgewandelt worden, dass noch einmal versucht werden sollte, innerhalb des Bündnisses und ver.di mit eigenen Initiativen aktiv zu werden. Sollten diese Initiativen nicht erfolgreich sein, so der damalige Beschluss, wäre aus dem "Bündnis" auszusteigen.

Ein Jahr später ließen sich die Antragsteller auf keine Verschiebungen mehr ein. Antragsteller war der Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg, ein weiterer Antrag, von dem hessischen Landesvorsitzenden Berthold Balzer gestellt, spitzte den baden-württembergischen Antrag noch zu.

Sybille Stamm, Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, sprach für den sofortigen Ausstieg aus dem "Bündnis", indem sie u.a. auf die Erfahrungen der letzten Tarifrunde hinwies. In den Tarifrunden von Chemie und Metall und schließlich der Druckindustrie hätten sich die Vorgaben aus dem "Bündnis" haargenau niedergeschlagen. Wie schon in Kassel 1999 gefordert, sei nun ein Zeichen notwendig, damit endlich mit der Logik des "Bündnisses für Arbeit" gebrochen werde.

Daran schloss Martin Dieckmann, Delegierter aus dem Landesbezirk Nord, an. Er verwies auf die sehr grundsätzliche und umfassende Kritik am "Bündnis für Arbeit", wie sie nicht nur in der Gewerkschaftslinken geäußert würde. Das "Bündnis" sei Herzstück der Architektur von "New Labour" in Deutschland und der Sozialpolitik der "neuen Mitte" - die am Tag zuvor von Detlef Hensche scharf angegriffen worden war.

Dieckmann wies zudem auch auf die Rolle der Bertelsmann-Stiftung und der Böckler-Stiftung im Aufbau des "Bündnisses" hin. Die gewerkschaftliche Böckler-Stiftung sei mittlerweile so etwas wie eine "Frontorganisation" der Bertelsmänner geworden. Dieckmanns Vorschlag: Durchführung von Konferenzen der IG Medien mit anderen Gewerkschaften und GewerkschafterInnen, auf denen die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Konzepte, wie sie im "Bündnis" und auch in Teilen der Gewerkschaften vertreten würden, breit diskutiert werden sollten.

Frank Werneke vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Medien warb für einen Verbleib im "Bündnis". Durch einen Ausstieg sei nichts gewonnen, zudem nehme man sich die Möglichkeit, auf die Absprachen zwischen den Gewerkschaften einzuwirken. Und es gäbe schließlich auch Beispiele dafür, dass die Mitarbeit von Gewerkschaften wie der IG Medien zumindest dazu beigetragen hätte, Schlimmeres abzuwenden.

Eine Delegierte aus Nordrhein-Westfalen wandte sich sehr persönlich an Frank Werneke. Auf dem letzten außerordentlichen Gewerkschaftstag habe er genau so für einen Verbleib im "Bündnis" argumentiert. Damals hätte sie ihn in der Abstimmung unterstützt, aber jetzt sehe sie nicht, dass sich irgend etwas substanziell geändert hätte. Deshalb würde sie jetzt auch für den sofortigen Ausstieg stimmen.

Berthold Balzer, hessischer Landesvorsitzender, betonte, es dürfe nicht nur darum gehen, das "Bündnis" als Institution zu verlassen, sondern auch mit dem "Bündnis" im eigenen Kopf fertig zu werden.

Axel Becker aus dem Landesbezirk Hessen war der letzte Redner. Er hatte in Kassel 1999 noch die Verschiebung des Ausstiegs aus dem "Bündnis" wesentlich mit herbeigeführt. Jetzt verwies er auf die Beschlusslage von 1999: Wenn sich Initiativen der IG Medien in ver.di als nicht erfolgreich erweisen sollten, dann wäre aus dem "Bündnis" auszusteigen. Daraus, so Becker, gäbe es jetzt, im September 2000, nur eine Konsequenz zu ziehen: den sofortigen Ausstieg.

Ein Anfang ist gemacht

Der Beifall für die RednerInnen hatte das Ergebnis schon vermuten lassen: Fast alle Delegierten stimmten für den sofortigen Ausstieg aus dem "Bündnis". Bei der Gegenprobe zählte man lediglich eine Hand voll Stimmkarten, die meisten davon auf der Bühne des Geschäftsführenden Hauptvorstandes. Damit endete die Mitarbeit der IG Medien im "Bündnis für Arbeit" am 9. September 2000.

Allerdings: Dieser Austritt aus dem "Bündnis" ist zunächst nicht viel mehr als eine symbolische Aktion. Zwar werden die Vertreter der IG Medien ihre Mitarbeit zunächst einstellen müssen, aber die Beschlusslage der IG Medien wird sich kaum in ver.di durchsetzen lassen. Dennoch ist der Bielefelder Beschluss ein Signal, das gerade für die Linke in den ver.di-Gewerkschaften wichtig werden kann. Und für die Gewerkschaftslinke insgesamt ist damit wohl auch eine Streitfrage endgültig vom Tisch: ob man das "Bündnis" nicht doch für alternative Strategien nutzen könnte.

Erneut und noch stärker als sonst wurde bei dieser Gelegenheit die Böckler-Stiftung kritisiert. So lautete der Vorschlag eines Antrages, man solle ein Sperrkonto einrichten, auf das alle gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder denjenigen Teil ihrer Tantiemen überweisen sollten, der sonst an die Böckler-Stiftung geht. Zumindest so lange, wie nicht endlich die Rolle der Böckler-Stiftung im gewerkschaftspolitischen Zusammenhang offen und kontrovers zur Diskussion gestellt würde. Bis dahin könnte dann die Devise gelten: "Sperrt Böckler!"

Ausstiegsanträge mit ähnlichem Tenor wie der IG Medien-Beschluss stehen auch bei den nächsten Gewerkschaftstagen von HBV und ÖTV zur Debatte und Abstimmung. Dass jetzt die IG Medien offiziell aus dem "Bündnis" ausgestiegen ist, kann die Stimmung für einen Ausstieg auf diesen Gewerkschaftstagen nur verbessern. Eine ganz andere Frage ist, ob mit diesem Ausstieg per Resolution auch ein Einstieg in eine "andere Politik" verbunden ist. Das wird dann aber nicht mehr in den Einzelgewerkschaften entschieden werden, sondern wird Sache der Gewerkschaftslinken sein, die sich mittlerweile übergreifend als Netzwerk konstituiert hat.

Innerhalb dieser Gewerkschaftslinken war es bislang überhaupt nicht selbstverständlich, den Ausstieg aus dem "Bündnis" zu fordern. Der Beschluss der IG Medien und die Debatten auf den Gewerkschaftstagen von HBV und ÖTV können hier die Klärung beschleunigen. Wenn die Gewerkschaftslinke auch nicht immer klar zum Ausdruck bringt, was sie eigentlich (tun) will, kann sie ja wenigstens sagen, was sie nicht will. Wenn schon fast alle ehrenamtlichen Mitglieder des Hauptvorstandes der IG Medien für den sofortigen Ausstieg aus dem "Bündnis" stimmen, werden ja wohl die Gewerkschaftslinken, auch wenn sie Hauptamtliche sind, folgen können.

dk

Dokumentation

Im folgenden dokumentieren wir den Antrag der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Stuttgart/Böblingen vom 17. Juli, der auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV im November zur Abstimmung gestellt werden soll.

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Sofortiger Ausstieg der ÖTV aus dem sogenannten "Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" mit den Arbeitsplatzvernichtern und entsprechende Aufforderung an alle übrigen DGB-Gewerkschaften. Statt dessen Schaffung eines Bündnisses von Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen und anderen Initiativen für einen gemeinsamen Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Deregulierung, Riesters Rentenplan und Sozialabbau.

Begründung: Es besteht weiterhin der grundsätzliche Widerspruch zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit. Das bezieht sich auf die Lohnhöhe, Urlaub, Arbeitszeit, Lebensarbeitszeit, soziale Sicherung und betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung u.v.a.m.

Die unter weitestgehendem Ausschluss der Gewerkschaftsmitglieder durchgeführten Absprachen mit Arbeitgeber- und Regierungsvertretern führen im Ergebnis zur Unterwerfung der Arbeitnehmerinteressen unter die Interessen der Regierung und der Arbeitgeber und zu einer verdeckten Aushöhlung der Tarifautonomie. Und dies ohne die Legitimation durch die Gewerkschaftsmitglieder. Ohne auf die Stärken der Gewerkschaftsmitglieder zu bauen, werden Zugeständnisse gemacht. Die Auseinandersetzungen um die Interessen der Arbeitnehmer muss offen und zusammen mit den Gewerkschaftsmitgliedern geführt werden, um endlich auch z.B. der gewaltigen Umverteilung von unten nach oben entgegentreten zu können.

23. Solidarisch gegen Rentenklau. Positionspapier der AG Sozialpolitik der Betriebs- und Gwerkschaftslinken

Positionspapier der AG Sozialpolitik innerhalb der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Autor: AG Sozialpolitik · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:26

Die Diskussion um den Dauerbrenner Rentenreform hat eine neue Dimension erreicht: Die u.a. mit massiver Kritik an den konservativen Rentenreformplänen an die Regierung gelangte rot-grüne Koalition plant eine Abkehr von sozialen und solidarischen Prinzipien, wie sie eine konservative Regierung wohl nie gewagt hätte. Gefördert wird dieses Vorhaben dadurch, dass die Auswirkungen einzelner Elemente des neuen Rentenmodells bislang hauptsächlich von Experten überblickt werden können, während Laien die so genannte Reform mit dem Argument der sinkenden Lohnnebenkosten bzw. der stabilen Beitragssätze schmackhaft gemacht werden soll. Die Kritik des in das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit eingebundenen DGB klingt entsprechend leise und kommt derjenigen der CDU nahe, eine radikale sozialpolitische Kritik von links ist nicht zu vernehmen. Aus diesem Grunde hat die Arbeitsgruppe Sozialpolitik der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken die Argumente der Reformer einer kritischen Prüfung unterzogen und eigene Positionen und Vorschläge zu einer Reform entwickelt. Wir haben uns bemüht, die geplanten Maßnahmen so nachvollziehbar wie möglich darzustellen, um eine breite Debatte über die Zukunft der Rentenversicherung unter den KollegInnen zu erleichtern. Wer sich wie wir für den Erhalt bzw. Ausbau der solidarischen Rentenversicherung einsetzen will, kann dies z.B. mit der Unterschriftenaktion "solidarische Rentenversicherung auch gegen Rot-Grün verteidigen" tun (kann über die Kontaktadresse bestellt werden). Wir rufen mit der vorliegenden Argumentationshilfe zum Widerstand gegen die geplanten Änderungen in der Rentenversicherung auf.

Soziale Rentenversicherung ohne Zukunft?

Die solidarische Absicherung von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter wird aus den Beiträgen der lohnabhängig Beschäftigten und den Arbeitgeberanteilen finanziert: Gesunde unterstützen Kranke, Erwerbstätige unterstützen Menschen, die zeitweilig arbeitslos sind, alte Menschen im Ruhestand leben von den Beiträgen der jüngeren Generationen. So kann und soll die Sozialversicherung funktionieren. Doch die Sozialversicherungen im Allgemeinen und die solidarische Rentenversicherung im Besonderen geraten politisch-ideologisch und auch praktisch immer stärker unter Druck.

Millionen von Menschen wurden durch Rationalisierungen und neo-liberale Wirtschaftspolitik erwerbslos. Die Rationalisierungswelle hat auch die so genannten Wachstumsbereiche der privaten und öffentlichen Dienstleistungen längst erreicht. Viele Unternehmen drängen ArbeitnehmerInnen in die Scheinselbstständigkeit. Der immer schon vorhandene Niedriglohnsektor expandiert. Dies alles schwächt zweifellos die Einnahmebasis der sozialen Rentenversicherung.

In der Vergangenheit haben Großunternehmen auf Kosten der sozialen Rentenversicherung ältere KollegInnen aus den Betrieben gedrängt. Die soziale Flankierung der deutschen Einheit wurde vor allem von den Sozialversicherungen und insbesondere der Rentenversicherung finanziert. Die Wohlhabenden, die Reichen, aber auch die Unternehmer haben sich dort vornehm zurückgehalten.

Trotz dieser Probleme wäre die solidarische Rentenversicherung mit ihrem Umlageverfahren in der Lage, bei nur mäßig steigenden Beitragssätzen (je 2 Prozent mehr für ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber im Jahr 2030) das augenblickliche Rentenniveau zu halten.

Privatisierung und Senkung

Doch nach den Plänen von Rot-Grün soll die Alterssicherung so weit wie möglich privatisiert, die gesetzliche Rente gekürzt und sollen die ArbeitnehmerInnen zum privaten Sparen verdonnert werden. Warum passiert das alles, wenn die umlagefinanzierte Rente trotz aller Probleme immer noch sozialpolitisch vernünftig und finanzierbar ist?

Die Senkung der Lohnnebenkosten - verteilungspolitisch das Gleiche wie Lohnsenkung - ist eines der großen Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung im Standortwettbewerb. Darüber hinaus geht es um den Ausstieg der Arbeitgeber aus der paritätischen Finanzierung der Alterssicherung und bald auch der Krankenversicherung. Für die Unternehmer ist damit ein wichtiger Systemwechsel in der Sozial- und Verteilungspolitik verbunden. Schon heute werden die Rentenkassen von ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen über indirekte Steuern subventioniert und die Arbeitgeber entlastet: Die Ökosteuer und die Mehrwertsteuerhöhung haben genau diese verteilungspolitische Funktion. Sozialpolitisch geht es den Unternehmern und der Regierung auch um die Auflösung des Solidarprinzips: Umverteilung und sozialer Ausgleich ist bei privaten Versicherungen nicht vorgesehen.

Dieser Angriff auf die solidarische Rentenversicherung steht nicht allein, sondern im Kontext eines Um- und Abbaus des Sozialstaates. Auch wenn viele Menschen die neue Regierung in der Hoffnung auf einen sozialen Politikwechsel unterstützt und gewählt haben, setzen SPD/Grüne die Politik der konservativen Regierung - Privatisierung und Kaputtsparen - im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie im Bildungswesen fort.

Umverteilung ist möglich

Während die Unternehmensgewinne steigen, sanken die Gewinnsteuern zwischen 1960 und 1998 um rund die Hälfte von 28 Prozent auf 14,9 Prozent. Damit macht ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen 1998 nur noch 12,3 Prozent aus, und der Löwenanteil von 70 Prozent des Steueraufkommens wird von den LohnsteuerzahlerInnen aufgebracht. Mit der 2000er Steuerreform, die vor allem Kapitalgesellschaften begünstigt, wird diese Ungerechtigkeit noch größer.

Wirtschaftlich gäbe es also genügend Spielraum, die Unternehmen und die Wohlhabenden für die Erneuerung des Sozialstaates finanziell heranzuziehen. Das gilt für die Steuerpolitik genauso wie für den Bereich der Sozialversicherungsbeiträge, die so genannten Lohnnebenkosten; in beiden Bereichen liegt die BRD auch im europäischen Vergleich vergleichsweise weit hinten. Was fehlt, ist allein der politische Wille der rot-grünen Regierung.

Nur eine Beibehaltung der paritätischen Finanzierung, die sich nicht dem Dogma der Lohnnebenkostensenkung unterwirft, und die Aufrechterhaltung des sozialpolitischen Ziels der Lebensstandardsicherung können Grundlage für weitergehende Reformen sein. Die gesetzliche Rentenversicherung muss armutsfest gemacht werden. Die Benachteiligung von Frauen, NiedrigverdienerInnen und Erwerbstätigen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses durch das aktuelle Rentenrecht kann sozialpolitisch ausgeglichen werden. Dafür würde es sich lohnen, den Kreis der Rentenversicherungspflichtigen auszuweiten, die Flucht aus der Rentenversicherung zu stoppen, auch höhere Einkommen zu erfassen und, sofern erforderlich, höhere Beitragssätze durchzusetzen. Auch wenn wir aus guten Gründen die solidarische Rentenversicherung gegen eine große Koalition von SPD, Grünen, FDP und Union verteidigen, wissen wir um die Probleme des jetzigen Rentensystems. Dessen Mängel können aber nicht durch Privatisierung und Einführung des Kapitaldeckungsverfahrens, sondern nur durch mehr Solidarität und Umverteilung gelöst werden.

Systemwechsel in der Alterssicherung

Kein Mensch würde einen Supermarkt supergünstig finden, nur weil dort ein Teil des Einkaufs an einer zusätzlichen, speziellen Kasse bezahlt werden muss. Ähnlich merkwürdig sind die Pläne der Bundesregierung zur Zukunft der Rente: Um den Beitragssatz zur Rentenversicherung möglichst niedrig zu halten, soll das Rentenniveau weiter sinken. Das Ziel, mit der gesetzlichen Rentenversicherung ein auskömmliches Einkommen im Alter sicherzustellen, wird damit aufgegeben. Stattdessen sollen die ArbeitnehmerInnen eine zusätzliche private Altersvorsorge abschließen und mindestens vier Prozent ihres Bruttolohns fürs Alter auf die hohe Kante legen. Eine solche Rentenreform wäre der Einstieg in einen grundsätzlichen Systemwechsel in der Altersvorsorge: weg von einer solidarischen und kollektiven Absicherung, bei der die abhängig Beschäftigten durch ihre Beiträge die laufenden Renten bezahlen (Umlageverfahren), hin zu individuellem Sparen fürs Alter nach den Spielregeln einer privaten Versicherung (Kapitaldeckungsverfahren). Dabei geht es nicht um die Wahl zwischen zwei neutralen technischen Verfahren zur Organisation der Alterssicherung. Vielmehr wird mit der Festlegung der Spielregeln für die Alterssicherung bereits über Gewinner und Verlierer entschieden.

Profite beim Kapitaldeckungs-verfahren

Während sich bei der gesetzlichen Rentenversicherung bekanntlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge je zur Hälfte teilen, sollen die Beschäftigten Teile ihrer privaten Altersvorsorge künftig alleine zahlen. Die Unternehmen sind hingegen fein raus, denn sie werden nicht nur aus der paritätischen Finanzierung für diesen Teil der privaten Vorsorge entlassen, sondern sparen auch durch das Einfrieren des Beitragssatzes. Für gering Verdienende sind Versorgungslücken bis hin zur Armut im Alter vorprogrammiert, denn Sparen fürs Alter ist keine Frage von Weitsicht, sondern vielmehr eine der Einkommenshöhe. Wenn der geringe Lohn gerade eben für die Miete, die laufenden Lebenshaltungskosten und vielleicht den Urlaub reicht, dann ist an Rücklagen fürs Alter nicht zu denken. Wer wie die Bundesregierung auf verstärkte private Altersvorsorge setzt, der verschärft die Ungleichheit in der Gesellschaft.

Riskante private Vorsorge

Wird bei der Finanzierung der Rente auf private Sparmaßnahmen umgestellt, dann sind damit erhebliche Risiken verbunden: Geld allein arbeitet nicht. Es muss renditebringend investiert werden, damit eine ausreichende Verzinsung für den Vermögensaufbau erzielt wird. Doch auch ohne extreme Krisensituationen wie Weltkriege oder Währungsabwertungen, die in der Vergangenheit bereits mehrfach dazu geführt haben, dass angesparte Vermögen massenhaft vernichtet wurden, stellt die private Altersvorsorge ein Risikogeschäft dar: Die Einlagen sind den Risiken der wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung, Inflation, Kurs- und Zinsschwankungen ausgesetzt. Deshalb wird im klein Gedruckten der bunten Werbeanzeigen der Versicherungswirtschaft auch darauf hingewiesen, dass die möglichen Renditen keineswegs garantiert werden können. Wie abenteuerlich eine Umstellung auf das Kapitaldeckungsverfahren ist, zeigt auch die Erfahrung mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte in den aufstrebenden Tigerstaaten Südostasiens. Vor dem Crash im Jahr 1996 galten Investitionen in diese Länder, darunter vielfach aus Pensionsfonds, in der internationalen Finanzwelt als gute Empfehlung.

Ein (teil)privatisiertes Rentensystem in der Größenordnung, wie von Walter Riester vorgesehen, muss seine Erträge außerhalb der nationalen Ökonomie erwirtschaften. Mit anderen Worten: Die (hohe) Rendite muss auch in Schwellenländern erwirtschaftet werden. Hier tun sich nur schwer auflösbare Widersprüche zwischen internationaler Gerechtigkeit und dem Druck, hohe Renditen für die Versicherten zu erwirtschaften, auf. Dazu kommt noch eine permanente Interessenkollision zwischen den von den Pensionsfonds Abhängigen und den ArbeitnehmerInnen in den Unternehmen, in die Pensionsfonds investieren.

Und: Geld kann man nicht essen! Bei der privaten Altersvorsorge werden ja keine Konsumgüter - keine Brote, Milchflaschen und Kinokarten - zurückgelegt, sondern Geldwerte. Da die Gesellschaft altert, kommt es dabei zu einem Problem. Zu einem gewissen Zeitpunkt, sagen wir 2030, gibt es relativ wenige Junge, die Geldanlagen suchen, aber relativ viele Alte, die ihre Geldanlagen auflösen müssen, um davon zu leben. Auf Grund dieses Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage sind die angeblich der gesetzlichen Rente überlegenen Renditen aber nicht haltbar, wenn private Vorsorge in großem Stil betrieben wird.

Letztlich geht es bei der Zukunft der Rente um eine politische Verteilungsfrage: Wie viel vom erwirtschafteten Reichtum in einer immer produktiveren Wirtschaft soll auf die Rentnerinnen und Rentner verteilt werden, und wie viel sozialen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen will eine Gesellschaft sich leisten? Unbestritten führen längere Rentenbezugszeiten und ein höherer Anteil von RentnerInnen an der Bevölkerung zu höheren Ausgaben. Doch ob für die sozialpolitisch notwendigen Aus- und Aufgaben bei immer größerem gesellschaftlichen Reichtum entsprechende Einnahmen mobilisiert werden können, ist Gegenstand verteilungspolitischer Auseinandersetzungen und keine Frage des Altersaufbaus der Gesellschaft. Die rot-grüne Regierung ist offensichtlich entschlossen, diese Frage zu Lasten derjenigen zu lösen, die am meisten auf sozialen Schutz im Alter angewiesen sind, während die großen Gewinner der rot-grünen Rentenreform die Unternehmen sein werden: die Arbeitgeber im Allgemeinen, Versicherungen und Banken im Besonderen.

Rentenreform: Politikwechsel nach rechts

Auch wenn noch an einigen Stellschrauben der rot-grünen Rentenreform gedreht wird, stehen die Grundlinien fest: Die Jahrhundertreform der neuen Regierungskoalition ist ein massiver Angriff auf grundlegende Prinzipien des bisherigen Sozialstaates. Und trotz einiger Mäkeleien aus den Reihen der Union und der FDP können die Konservativen mit den Plänen von Rot-Grün gut leben, bringt doch Walter Riester die Rentenpolitik so rabiat auf neo-liberalen Kurs, wie es die alte Koalition nie durchsetzen konnte. Worum geht es dabei im Einzelnen?

Stabile und möglichst niedrige Lohnnebenkosten und hier vor allem niedrige Beitragssätze zur Rentenversicherung für die Unternehmen werden zum unangreifbaren Dogma erhoben und diktieren das Austrocknen der Sozialen Rentenversicherung. Im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit haben die Gewerkschaften das Leitbild von niedrigen Lohnnebenkosten und Standortkonkurrenz akzeptiert. Trotz einiger Kritikpunkte, die die Gewerkschaften im Detail noch an Walter Riesters Rentenplänen formulieren, haben sie sich durch die Akzeptanz dieser Bündnisziele in die Mitverantwortung für den Systemwechsel in der Alterssicherung begeben.

Eines ist sicher: der Rentenabschlag

Die neue Rentenformel - das Herzstück der rot-grünen Rentendemontage - basiert auf einem stetig anwachsenden Abschlag (und Anschlag) auf die Sozialversicherungsrenten, der bis zum Jahr 2050 über 25 Prozent des heutigen Rentenniveaus kappt. Damit wird eine lebensstandard- und existenzsichernde Sozialrente für die meisten Menschen zum Auslaufmodell. Die ganze Rentendiskussion ist vom Modell des Standardrentners geprägt, der 45 Jahre lang ununterbrochen in einem Vollzeitarbeitsverhältnis gestanden und mindestens ein durchschnittliches Einkommen bezogen hat. Teilzeitarbeit, Erwerbslosigkeit und Arbeit in Niedriglohnbranchen drücken die Rentenansprüche vieler Versicherter trotz lebenslanger Erwerbsarbeit schon heute auf und unter das Sozialhilfeniveau. In der Zukunft wird das noch häufiger passieren.

Der in den nächsten Jahrzehnten immer rabiater wirkende Rentenabschlag wird von der Regierungskoalition mit der Möglichkeit und der moralischen Verpflichtung der ArbeitnehmerInnen begründet, sich außerhalb der Sozialen Rente abzusichern, sprich: im Regelfall private Versicherungen abzuschließen. Berechnungsgrundlage der geplanten Rentenkürzungen ist dabei eine hypothetische Rendite der privaten Vorsorge zwischen 4 und 5,5 Prozent pro Jahr (!) in den nächsten 50 Jahren. In den neueren Varianten des rot-grünen Rentenkonzepts wird der Angriff auf das Rentensystem optisch entschärft, weil der Zeitraum zwischen 2030 und 2050, in dem das Rentenniveau dramatisch abstürzt, ausgeklammert wird. Darstellung und Form der rot-grünen Rentenreform haben sich gegenüber den ersten Vorschlägen leicht geändert, das Ergebnis bleibt gleich: Die Rente wird deutlich abgesenkt.

In der neuesten Version der rot-grünen Rentenreform wird die Rentenkürzung versicherungsmathematisch nicht mehr über die fiktive Rendite einer Privatversicherung (ob vorhanden oder nicht) begründet. Riester und Co. leiten die Rentenkürzung wie früher die CDU ihren demographischen Faktor aus dem veränderten Altersaufbau der Gesellschaft ab.

Das zweite Element der Rentenreform, die Riestersche Privatrente, spielt dabei nach wie vor eine Schlüsselrolle in dem Gesamtkonzept. Denn nach wie vor werden den Unternehmen niedrige und stabile Lohnnebenkosten garantiert. Bis zum Jahr 2030 darf der Beitragssatz zur Rentenversicherung insgesamt nicht mehr als 22 Prozent betragen. Da die Einnahmenseite trotz steigender Anforderungen an das Rentensystem politisch gedeckelt wird, liegt das Ergebnis auf der Hand: Es wird zu schlimmen Absenkungen bei der Rente kommen.

Diese private (Pflicht-)Vorsorge, die sich auf vier Prozent des Bruttoeinkommens belaufen soll, ist formal freiwillig, wirkt aber wie ein Zwang auf die ArbeitnehmerInnen, einen zusätzlichen Kapitalstock aufzubauen. Dieses Element bereitet den Einstieg in einen umfassenden Systemwechsel von der solidarischen Umlagefinanzierung zur Kapitaldeckung vor.

Schließlich ist mit Riesters Privatrente der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Alterssicherung durch Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen beschleunigt worden. Bald wird der modellhafte Arbeitnehmeraufwand zur Alterssicherung bei ca. 14 Prozent und der der Arbeitgeber nicht höher als 10 Prozent liegen. Für die Arbeitgeber ist das eine zusätzliche Entlastung. Die Rentenversicherungsbeiträge (und damit auch die Arbeitgeberanteile) wurden durch diverse Verbrauchssteuererhöhungen, die in die Rentenkassen geflossen sind, gesenkt und stabilisiert. Die bisherige Stabilisierung der Rentenbeitragssätze wurde daher überwiegend von den ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen alleine bezahlt.

Nettolohnformel senkt Rentenniveau

Die Anpassung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung, eine wesentliche Voraussetzung für ein lebensstandardsicherndes Rentenkonzept, wird neu geregelt, und damit werden die Sozialrenten künftig von der Nettolohnwicklung abgekoppelt. Schon die reduzierte Rentenanpassung 1999 und 2000, die nurmehr auf Grundlage der Preissteigerungsrate des Vorjahres erfolgte, hat das Rentenniveau dauerhaft abgesenkt. In Zukunft soll es zwar wieder zur nettolohnbezogenen Rentenanpassung kommen. Doch diese wird so umgebaut, dass sie ihren Namen nicht mehr verdient. Nur noch die Veränderung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung wird künftig an die Sozialrentner als Rentenanpassung weitergegeben.

Weil nämlich die private Altersvorsorge außerhalb des Rentensystems bei der Nettolohnermittlung statistisch angerechnet wird, wird eine Absenkungsspirale festgeschrieben: Die private Vorsorge gerade der Besserverdienenden, aber auch tarifliche Regelungen zur Altersversorgung wirken sich so unmittelbar senkend auf die Sozialrenten aus. Daher kann es auch keinen tarifpolitischen Befreiungsschlag aus der Rentenmisere geben.

Einen Ausweg wird es nur über allgemeine sozialpolitische bzw. rentenrechtliche Reformen geben. Alles andere treibt die Gewerkschaften in einen riskanten Pensionsfondskapitalismus und zementiert die soziale Spaltung. In der Vergangenheit war es nur eine Minderheit von ArbeitnehmerInnen - überwiegend Männer in Großbetrieben -, die nennenswerte Ansprüche auf eine betrieblichen Zusatzrente hatte.

Arbeiten bis 70?

Die verhängnisvolle Anhebung der Altersgrenzen bei den unterschiedlichen Rentenarten, die die Kohl-Regierung im Rahmen des alten Bündnisses für Arbeit mit Duldung durch die Gewerkschaften noch 1996 auf den Weg gebracht hatte, wird endgültig festgeschrieben. Wer vor 65 Rente beziehen will oder muss, kann dies überhaupt nicht mehr oder nur noch mit unzumutbaren Abschlägen bei der Rente. Unterdessen wird aus den Reihen der Union, der SPD, der Rentenversicherungsträger und vor allem der Arbeitgeber unverhohlen die weitere Anhebung der Altersgrenzen ab dem Jahre 2010 ins Gespräch gebracht. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Merz denkt bereits an eine Rente mit 70 für die meisten Berufsgruppen.

Situation in den Betrieben

Drastische Kostensenkungen schlanker Unternehmen haben zusammen mit Rationalisierungsmaßnahmen über alle Branchen hinweg zu Arbeitsbelastungen geführt, denen ältere oder gar schwerbehinderte KollegInnen kaum noch gewachsen sind. Gleichzeitig wurden in der Industrie in der Regel gerade diejenigen Arbeitsplätze abgebaut, die der angeschlagenen Leistungsfähigkeit der älteren KollegInnen gerecht werden konnten. Leistungsverdichtung und psychischer Druck führen daher oft zur Flucht aus dem Betrieb, auch wenn die Vorruhestandsregelung mit hohen Verlusten einhergeht oder die Aufhebungsverträge in die sichere Arbeitslosigkeit führen. Nicht nur unzulängliche Bemühungen um Gesundheitsschutz und Arbeitsqualität, auch hohe Altersgrenzen für den Rentenbezug sprechen der Arbeitssituation eines Großteils der Erwerbstätigen Hohn, die schon jüngere KollegInnen immer öfter davon träumen lässt, endlich alt genug für den Ruhestand zu sein.

Eine kapitalgestützte private oder betriebliche Zusatzvorsorge führt in einer solchen Situation nicht nur zu einer wachsenden Ungleichheit zwischen Beschäftigten verschiedener Unternehmen wie auch zwischen Beschäftigten und Nicht-Beschäftigten und zu einer stärkeren Abhängigkeit vom Unternehmen. Vielmehr verlängert sie für das Gros der Beschäftigten ein immer unzumutbareres Arbeitsleben, indem sie die Möglichkeit erschwert, in den (Vor)Ruhestand gehen zu können. Arbeitgeber, die einen vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft zumindest in Kauf nehmen, aus der Finanzierung der Renten zu entlassen, hieße, eine solche inhumane Unternehmensstrategie zusätzlich zu erleichtern.

Altersarmut bleibt

Die von vielen geforderte Grundsicherung im sozialen Rentensystem für Geringverdiener wurde beerdigt. Übrig geblieben ist die Überlegung, Sozialhilfe mit etwas weniger Bürokratie und Schikanen für Menschen ab 65 zu gewähren. Dies ist kein Konzept zum Abbau von Altersarmut. Durch einen fairen rentenrechtlichen Ausgleich von Erziehungszeiten und Phasen sehr niedriger Erwerbseinkommen könnte es für viele Menschen eine bessere - weil mit robusten Sozialversicherungsansprüchen verbundene - Lösung geben. Eine Lösung übrigens, die die Arbeitgeber über ihren Anteil am Rentenversicherungsaufkommen mitfinanzieren würden.

Wende in der Rentenpolitik

Mit der rot-grünen Jahrhundertreform wird die Privatisierung der Alterssicherung und der Wechsel zum Kapitaldeckungsverfahren eingeleitet. Riesters Privatrente kennt im Unterschied zur Rente aus der solidarischen Umlage keinen sozialen Ausgleich: Kindererziehungszeiten, Erwerbslosigkeit, Invalidität und Hinterbliebenenabsicherung werden in privaten Vorsorgesystemen nicht berücksichtigt. Außerdem erwerben Frauen geringere Ansprüche aus privaten Renten- oder Lebensversicherungen, weil die privaten Versicherer in ihrer Kalkulation Frauen diskriminieren.

Schon in den nächsten Jahren wird es dazu kommen, dass ArbeitnehmerInnen trotz langer Beitragszeiten nur eine gesetzliche Rente, die sich auf der Höhe des Sozialhilfeniveaus bewegt, beziehen werden. Das diskreditiert die Soziale Rentenversicherung und zerstört die Akzeptanz für dieses Sicherungssystem. Außerdem ist absehbar, dass die Regierenden und Unternehmer dies zum Vorwand nehmen werden, die Sozialhilfe noch weiter abzusenken, um einen Abstand zwischen durchschnittlichen Versicherungsleistungen und Sozialhilfe zu wahren.

Es geht auch anders

Wir werden Rot-Grün diesen Angriff auf den Sozialstaat nicht durchgehen lassen.

Unverzichtbar ist

- die Verteidigung und Weiterentwicklung des umlagegestützten gesetzlichen Rentensystems, das paritätisch von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen finanziert wird. Höhere Beitragssätze als heute sind kein Grund zur Panik. Schließlich sind die Arbeitgeber daran zur Hälfte beteiligt, und die Belastung für die ArbeitnehmerInnen wäre unter dem Strich niedriger als mit dem rot-grünen Modell eines Systemwechsels und Riesters Privatrente.

- die Flucht der Arbeitgeber, vieler Berufsgruppen und gut verdienender ArbeitnehmerInnen aus dem solidarischen Rentensystem zu stoppen. Berufsständische Versorgungswerke wie z.B. die der Ärzte und Anwälte gehören in die allgemeine Rentenversicherung. Durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Berücksichtigung jeder abhängigen Arbeit in der Sozialversicherung, die über einen lebensnahen ArbeitnehmerInnenbegriff im Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht zu erreichen wäre, kann das Rentenniveau verteidigt und verbessert werden und gleichzeitig der Anstieg der Beitragsätze (insbesondere für die ArbeitnehmerInnen) auf ein sehr überschaubares Maß reduziert werden. Höhere Lohnnebenkosten stehen dann für ein höheres Niveau an Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit.

- die allgemeine Senkung der Altersgrenzen für den Rentenbezug, so dass ein früherer Ausstieg aus dem Erwerbsleben für ArbeitnehmerInnen zumutbar ist. Menschen, die arbeits- und berufsunfähig sind, muss auch vor den allgemeinen (dann gesenkten) Altersgrenzen ein Rentenbezug zu fairen Bedingungen ermöglicht werden. Wer wegen schlechter Arbeitsbedingungen, Stress und Arbeitshetze berufs- oder arbeitsunfähig wird, darf nicht noch zusätzlich durch Niedrigrenten bestraft werden.

- dass das Rentenrecht Kindererziehungszeiten von Vätern und Müttern vollständig berücksichtigt und Risiken wie Erwerbslosigkeit und Niedrigeinkommen sowie Nachteile aus Teilzeitarbeit umfassend ausgleicht. Altersarmut wird dann auch für Frauen und GeringverdienerInnen wirksam bekämpft. In seiner jetzigen Form diskriminiert das Rentenrecht Frauen - das muss in einer gerechten Rentenreform abgestellt werden. Wir wollen, dass Frauen künftig eigene existenzsichernde Rentenansprüche unabhängig von ihren Ehemännern erwerben.

- dass die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung stärker über Steuern aus Kapitaleinkünften und Vermögen und nicht nur aus dem Verbrauchssteueraufkommen finanziert werden. Außerdem muss der Bundeszuschuss verstetigt und der politischen Willkür der Regierenden entzogen werden.

Blick nach vorn

Wenn diese Schritte eingeleitet sind, ist genug Zeit gewonnen, sich über eine weitergehende Reform des Rentensystems zu verständigen: Hier geht es darum, auch die Altersversorgung der BeamtInnen in die allgemeine Rentenversicherung zu überführen. Außerdem müssen wir uns darüber verständigen, ob und wie die Gesetzliche Rentenversicherung in ein Sicherungssystem für alle mit der Beitragspflichtigkeit aller

Einkommen umgewandelt werden kann. Ein weiterer Punkt zur Klärung: Soll der Arbeitgeberanteil auf eine andere Bemessungsgrundlage (z.B. Wertschöpfung) gestellt werden?

Diese Veränderungen müssen aber aus unserer Sicht ausschließen, dass die staatliche Rente auf eine bloße Grundversorgung reduziert wird. Auch bei einer anderen Berechnung des Arbeitgeberanteils darf deren Finanzierungsbeitrag nicht sinken.

August 2000

Information und Kontakt zur AG Sozialpolitik über: Andreas Bachmann, Fax: (040-429 36 914), email:

bachmann.hamburg@t-online.de

24. Globalisierungsmonopoly. Eine feministische Zwischenbilanz

Autor: Sabine Reiners/Regina Stötzel · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:19

Ein ebenso omnipräsenter wie diffuser Globalisierungsbegriff und widersprüchliche Einschätzungen über die Folgen von Globalisierung für Frauen prägen seit Ende der 90er Jahre die Diskussion zum Thema Globalisierung und Geschlecht. Selten wird dabei der Verlauf der Debatte mit den realen Entwicklungen abgeglichen und eine Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten für Frauen vorgenommen.

Vor gut drei Jahren monierte die Politikwissenschaftlerin Brigitte Young anlässlich der Konferenz Ungleichheit als Projekt. Globalisierung - Standort - Neoliberalismus (1), dass der Globalisierungsdiskurs ein durch und durch männlicher sei, in den sich Frauen viel zu wenig einmischten.

Seitdem hat sich zwar vor allem in publizistischer Hinsicht einiges getan (2). Eine quasi offizielle Definition des Begriffes Globalisierung existiert jedoch nach wie vor nicht. Assoziiert wird mit ihm in erster Linie eine zunehmende und angeblich qualitativ neue Verflechtung und Interdependenz der nun (fast) erdumspannenden kapitalistischen Produktionsweise auf Grund von Deregulierung und technischem Fortschritt, die nationale (wirtschaftspolitische) Regulierungsmöglichkeiten einschränkt oder als überflüssig definiert. Um frei im Raum schwebende Global Players am ständig bedrohten Standort zu halten oder ins Land zu holen, bleibt nationalen Regierungen keine andere Wahl, als Unternehmenssteuern zu senken und leistungshemmende Sozialstaatlichkeit mehr und mehr abzubauen. Mit Globalisierung werden außerdem reale und kaum bestreitbare Tendenzen wie die Angleichung von kulturellen Mustern sowie Zunahme und Beschleunigung weltweiter Kommunikation durch entsprechende Technologien beschrieben. Und schließlich gilt das Anwachsen internationaler (Zwangs-)Migrationsbewegungen als Folge und zugleich Ausdruck von Globalisierung.

Siegeszug einer Ideologie

Die mit diesem Verständnis von Globalisierung verbundenen Entwicklungen werden von den einen begrüßt, von anderen zerknirscht als unabwendbar angesehen. ApologetInnen des freien Marktes sehen die Globalisierung als Win-win-Spiel, bei dem sich im globalen Konkurrenzprozess unweigerlich die produktivsten Technologien zum Wohle aller durchsetzen und früher oder später einen umfassenden Wohlstandsschub auslösen. Auch bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter gibt es Positionen, die vom Aufbrechen verkrusteter gesellschaftlicher Verhältnisse im allgemeinen Flexibilisierungswettlauf erwarten, dass künftig nur noch Leistung zählt und sich "unökonomische" Diskriminierungsformen langfristig nicht rechnen werden (3).

Kritische InterpretInnen des Globalisierungsprozesses beschwören hingegen eine politisch lähmende Sachzwanglogik, die nationalstaatliche Alleingänge in Richtung einer sozialen, ökologischen oder beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik angeblich unmöglich macht. Angedacht wird allenfalls, wie durch internationale Übereinkünfte die Kapitalströme in geordnetere Bahnen gelenkt werden könnten. Dies äußert sich unter anderem in der inzwischen schon hilflos wirkenden Dauerforderung von Neo-LinkskeyensianistInnenen nach der sogenannten Tobin-Steuer. Zumindest in der Analyse der Entwicklungen sind sich rechts und links somit oft verblüffend einig: Implizit gehen inzwischen fast alle von der Ohnmacht nationalstaatlicher politischer Intervention gegenüber der Quasi-Naturgesetzlichkeit des freien Marktes aus.

Eine der wenigen Gegenstimmen erhebt Linda Weiss (4). Statt einer Konvergenz hin zum machtlosen Staat sieht sie eine Neukonzeptualisierung staatlichen Handelns, bei dem Unterschiede noch deutlicher hervortreten. Die Nationalstaaten der Zukunft werden ihre Ziele mit Hilfe von Allianzen zu erreichen versuchen, die sie mit anderen Staaten, mit transnationalen Institutionen, mit privatwirtschaftlichen Gruppen oder Nichtregierungsorganisationen (NRO) eingehen. Am erfolgreichsten werden dabei diejenigen sein, die auf diese Weise ihre konventionellen Machtressourcen vergrößern können.

Diese Einschätzung untermauert Weiss mit empirisch gestützten Vergleichen zum Außenhandel. Sie zeigt auf, dass das Handelsvolumen seit dem zweiten Weltkrieg zwar sprunghaft angestiegen ist, Außenhandel und

Direktinvestitionen sich jedoch nach wie vor weitgehend auf die wirtschaftlich führenden Nationen konzentrieren. Lediglich bezüglich der internationalen Finanzmärkte hat die politisch forcierte Deregulierung unübersehbare «Erfolgeen.tisch sein oder sie ist nicht links.burg 1998.lin.

25. Kreative Produktionsfaktoren. Zum Menschenbild der "postfordistischen" Fabrik

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:14

Die schöne neue Arbeitswelt der "schlanken Produktion" propagiert einen neuen ArbeiterInnentyp. Eigenverantwortlich, kreativ, kompetent - so sollen die "MitarbeiterInnen" von heute sein. Doch hinter diesem optimistischen Menschenbild steht der Versuch, alle Kompetenzen flexibel und umfangreich für die Produktion zu nutzen - bei gleichzeitiger Individualisierung der (Reproduktions-) Kosten.

Das Management einer fordistischen Fabrik hatte es einfach. Die Arbeitsorganisation war gekennzeichnet durch rigide Arbeitsaufgaben, permanentes Misstrauen, auf Kontrolle und Disziplinierung beschränkte Führung, rein materielle Leistungsanreize und mangelnde Mitsprache- wie Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeitstätigkeit. Das Fließband wurde zum Symbol für eine "Misstrauenskultur". Gemäß der Taylorschen Überzeugung, dass, was nicht kontrolliert wird, auch nicht ausgeführt wird, ergänzte das Fließband die individuelle Kontrolle durch die Kontrolle mittels des Arbeitsprozesses selbst. Die Menschen wurden zum Maschinenteil und zum Objekt der Produktion.

Die erzwungene Gleichgültigkeit und Unzufriedenheit mit der Aufgabe führte - neben Fluktuation, Absentismus und Streiks - zu (oft erfolgreichen) Versuchen, das Management durch Leistungszurückhaltung und Manipulationen zu überlisten. Ford reagierte auf die hohe Fluktuation und Unzufriedenheit der ArbeiterInnen mit verhältnismäßig hohen Löhnen (Akkordentlohnung) und Prämien für Verbesserungsvorschläge. Dies hat sich zum klassischen Muster der Einbindung von ArbeiterInnen und ihrer Interessenvertretungen entwickelt. So glaubten die meisten ManagerInnen sehr lange, dass ArbeiterInnen nur angereizt, angeleitet und kontrolliert werden müssten.

Als veränderte KundInnenwünsche und verschärfter internationaler Wettbewerb seit den 60er Jahren eine erhöhte Produktvielfalt und Qualität statt Massenfertigung erforderten, wurden Kontrollmechanismen, Überbürokratisierung und Hierarchisierung der betrieblichen Abläufe jedoch zu teuer und zu unflexibel.

Angesichts zunehmender Flexibilitätserfordernisse war die Planbarkeit betrieblicher Prozesse nun mehr auf die Kooperation - und damit Motivation - der beschäftigten Personen angewiesen. Von nun an hatten sich ManagerInnen um den "ganzen Menschen" zu kümmern. Gesucht waren Produktionskonzepte, die flexible Losgrößen produktiv und qualitativ zugleich bewältigen konnten und die gleichzeitig von den Beschäftigten als ein neuer Rationalisierungskompromiss akzeptiert wurden. Gefunden wurde das Erfolgsrezept der 90er Jahre, die "schlanke Produktion" (Lean Production).

Die propagierte neue Unternehmensorganisation dezentralisiert und erweitert den Entscheidungs- und Kontrollspielraum der Beschäftigten durch Partizipation und Aufgabenerweiterung. Die Unternehmen brauchen "mehr denn je den kreativen, über den eigenen Arbeitsbereich hinausdenkenden, planenden und handelnden Mitarbeiter, den Mann und die Frau, die Eigeninitiative entwickeln und in Kenntnis der Zusammenhänge zielstrebig und selbstständig handeln." (1)

Eigen-verantwortliche Selbstkontrolle

Das Konzept der Lean Production beruft sich dabei auf positive, optimistische Menschenbilder. Bilder von Menschen, die sich verwirklichen und entfalten möchten, die nach Sinn in der Arbeit suchen, zu Engagement und Initiative fähig sind, nach Verantwortung streben; Menschen, die nicht zuletzt bereit sind, sich zu Gunsten von Zielen, denen sie sich verpflichtet fühlen, der Selbstdisziplin und Selbstkontrolle zu unterwerfen.

Die ArbeiterInnen scheinen damit den Kampf gegen die Maschine gewonnen zu haben. Die versprochene Anerkennung ist jedoch an Bedingungen geknüpft: Sie müssen gut ausgebildet, motiviert und flexibel sein. Das Ziel der Unternehmen besteht zudem darin, alle Beschäftigten von der Einstellung her selbst zu UnternehmerInnen werden zu lassen. Hierfür sei eine "fundamentale Haltungsänderung" der Beschäftigten notwendig, "und zwar bis zu einem Punkt, an dem sich alle Mitarbeiter in einem Klima gegenseitigen Vertrauens dem Firmenziel verschreiben können, ihre Arbeit mit maximaler Effizienz und Produktivität durchzuführen". (2) Dafür sollen den Beschäftigten durchaus Spielräume gegeben werden - unter der Vorgabe, diese für Produktivitätsgewinne zu nutzen.

Die "schlanke Fabrik" minimiert systematisch alle Reservepuffer, von der Lagerhaltung bis zum "Personaleinsatz". Ganz bewusst entsteht so eine labile Produktion, die von den Beschäftigten tagtäglich extremen Einsatz erfordert. Die "Personalkalkulation" am "best case" macht die Unterbesetzung zum betrieblichen Normalfall. So wird die maximale Leistungsfähigkeit aller Beschäftigten erzwungen - und überprüft.

Die Gruppenarbeit sollte den "Personaleinsatz" so flexibilisieren, wie es für die labilen und schlanken Prozesse der Lean Production erforderlich ist. Die Bereitschaft hierfür setzt einen größeren Grad an Loyalität und Identifikation mit den Zielen des Unternehmens voraus und viele Beschäftigte fühlten sich in der Tat geschmeichelt, dass sie endlich ernst genommen und respektiert werden sollten. Darüber hinaus wurde ein internes KundInnenprinzip etabliert, bei dem sich die Beschäftigten plötzlich als Lieferanten und Kunden gegenüberstehen, mit dem Effekt, dass sie sich zunehmend gegenseitig kontrollieren.

Gruppenarbeit spielt auch eine wichtige Rolle für den "Kontinuierlichen Verbesserungsprozess" (KVP). Sie ermöglicht den Zugriff auf das - immer vorhandene, doch nie vergütete - Prozess- und Erfahrungswissen der Beschäftigten. Die Verbesserungsmöglichkeiten, die von den Beschäftigten selbst gesehen werden - auch diejenigen, die schon immer jedeR für sich am Arbeitsplatz durchführte -, werden systematisiert und erfasst, die damit verbundenen Rationalisierungsgewinne den Beschäftigten entzogen. Dafür werden auch die kleinsten Zeit- und Materialersparnisse protokolliert und zum Arbeitsstandard für alle gemacht.

Zeit ist Geld

Der Leistungsdruck in den Gruppen lässt sich in einem System ohne Zeit- und "Personalpuffer" oft nur abwehren, wenn er an andere weitergegeben wird. Dies sind in der Regel ältere und leistungsschwächere Beschäftigte. War es an einem Einzelarbeitsplatz ein individuelles Risiko, die geforderte Stückzahl nicht zu erreichen, mutiert man in der Gruppenarbeit schnell zum Faulenzer, der mitgeschleppt werden muss.

In der schlanken Produktion gehört Zeit zu den kostbaren Gütern, deren Verschwendung der konsequente Kampf angesagt wird. Deshalb wird die Arbeitszeitflexibilisierung ergänzt um die möglichst exakte Anpassung des "Personals" und dessen Einsatzes an die anfallende Arbeit. Die zeitliche Flexibilität des "Personals" wird zur kostengünstigeren Rundumverfügbarkeit ausgeweitet.

Auch dies wird vor allem durch die drastische Reduktion von "Personalreserven" erzwungen. Die hatten bisher Auftrags- und Produktionsschwankungen nach oben aufgefangen. Aus Unternehmersicht haben sie aber den Nachteil, zu unproduktiven Phasen bezahlter Arbeit zu führen, wenn sie nicht gebraucht werden. Der Abbau dieser "Personalreserven" gelingt nur, wenn die Arbeitszeiten des "Personals" flexibel und möglichst vollständig an den aktuellen, kurzfristigen Bedarf angepasst werden können. Es geht hier darum, die Verschwendung durch "nicht-wertschöpfende Zeiten" zu minimieren, also "Leer-Zeiten" zu vermeiden. Was für die Unternehmer "Leer-Zeiten" sind, sind für die Beschäftigten Pausen oder Ausgleichsarbeiten.

In nicht optimalen (also durchaus üblichen) Produktionsabläufen wird die Labilität von "optimierten", d.h. radikal ausgedünnten Belegschaften immer häufiger zum Engpass. Zeitliche Flexibilität der Beschäftigten heißt im Klartext Überstunden. Sie werden zum Puffer in der pufferlosen Fabrik, und sie werden bei flexiblen Arbeitszeiten immer mehr zum kostengünstigen Normalfall.

Neben der geschilderten Tendenz zu verlängerten und intensivierten Arbeitstagen besitzen die Unternehmen weitere Möglichkeiten, um personell "atmen" zu können: Umwandlung von Normalarbeits- in Teilzeitarbeitsverhältnisse, verstärkter Einsatz von und Fortschreibung der befristeten Arbeitsverträge (temporäre Beschäftigung; Kettenverträge), Einsatz von Aushilfskräften, Ferienaushilfen und LeiharbeitnehmerInnen/Zeitarbeit.

Die vermeintliche Zeitsouveränität heißt für die Beschäftigten nichts anderes, als dass sie selbst dafür verantwortlich sind, ihre Verfügbarkeit an die schwankenden Auftragslagen anzupassen. Und zwar kostenlos, denn mit dem "Normalarbeitstag" verschwindet auch das Kriterium für die Definition von Überstunden. Neben der Leistungsverdichtung in der Arbeitszeit wird die Arbeitszeit selbst "optimiert". Es wird nur dann gearbeitet, wenn die Arbeitsleistung benötigt wird. Diese Anpassung erfolgt kostengünstiger und gleichzeitig reibungsloser und flexibler denn je, denn die Zustimmungspflicht des Betriebsrats zu Überstunden wird auf absolute Produktionsspitzen reduziert.

Die Identifikation mit dem Unternehmen und seinen Interessen wird nun auch in den unteren Bereichen der Unternehmenshierarchie internalisiert, und zwar ohne die im oberen Bereich üblichen Anreize. Stechuhren, einst Sinnbild der Kontrolle und des strukturellen Misstrauens, werden zunehmend überflüssig. Mit zunehmender Akzeptanz der Eigenverantwortung für die Aufgabenerfüllung und der Identifikation mit den Interessen des Unternehmens werden sie sogar kontraproduktiv, verpflichtet doch das Festhalten der Überstunden zu ihrer Entlohnung.

Eigenverantwortung bei vollständiger Verfügbarkeit, Verinnerlichung der betriebswirtschaftlichen Unternehmenslogik, Ausschalten aller Formen von "Verschwendung" und "unproduktiver" Faktoren: Das sind die Kernelemente der neuen Unternehmenskultur "schlanker Betriebe". Ein gutes Beispiel dafür liefert der Umgang mit kranken Beschäftigten.

In der betriebsgemeinschaftlich und sozialpartnerschaftlich geprägten Ära der Nachkriegszeit gab es einen zumindest kompromisshaften Umgang mit krankheitsbedingter Abwesenheit. Eine bestimmte Fehlquote wurde als unabwendbar akzeptiert und zur Grundlage der "Personalbedarfsberechnung". Nur besonders auffällige Fälle bzw. besonders unliebsame Beschäftigte hatten mit Konsequenzen zu rechnen. Im Rahmen der Lean Production hingegen werden die betrieblichen Kosten der krankheitsbedingten Abwesenheit offensiv gesenkt. Die abwesenden kranken Beschäftigten gelten jetzt als ein Faktor von Verschwendung und als ein Funktionsrisiko für ausgedünnte Belegschaften. In "schlanken" Systemen fällt nämlich jedes fehlende Glied auf.

Gesunde Unternehmen - kranke Menschen

Im Mittelpunkt der aktuellen Strategien, Druck zur Anwesenheit auch im Krankheitsfall auszuüben, steht das sog. "Rückkehrgespräch" von betrieblichen Vorgesetzten mit Beschäftigten, die aus einer krankheitsbedingten Abwesenheit zurückkehren. Neu ist dabei vor allem, wie systematisch und formalisiert diese Gespräche ablaufen und wie sehr sie von anderen Maßnahmen "integrativ" flankiert werden (vgl. ak). So wird etwa bei Opel das Weihnachtsgeld nur dann zu 100% ausgezahlt, wenn eine bestimmte Fehlzeitenrate nicht überschritten wurde. Krankheit wird hier kollektiv finanziell bestraft.

Im Rahmen einer solchen Unternehmenspolitik gegen Kranke wird Krankheit ausschließlich als selbstverschuldet, mutwillig und verhaltensbedingt dargestellt. Andererseits interessiert Gesundheit nur als Voraussetzung für Leistungsbereitschaft und -fähigkeit. Dabei findet eine Spaltung in "wirklich Kranke" und "schwarze Schafe" sowie eine Entsolidarisierung der Belegschaft statt: "Drückeberger" und "Simulanten" lösen angeblich bei den KollegInnen Ärger aus, weil sie Mehrarbeit verursachen. So ist bei DaimlerChrysler Bremen zwischen MeisterIn und Arbeitsgruppe ein Zielwert für die Krankenquote vereinbart worden, an dem sich der "Personalvorhalt" orientiert. Damit soll bewirkt werden, dass die Gruppe den Fehlstand in einem festgelegten Rahmen durch Mehrleistung selbst ausgleicht. Dadurch wird das häufige Fehlen einzelner KollegInnen für die übrigen Gruppenmitglieder deutlicher und der Druck aufeinander stärker.

Aus diesen Beispielen wird deutlich, dass arbeitende Menschen heute als Produktivitäts- und Gewinnfaktor gelten, sofern sie qualitativ wie zeitlich und physisch flexibel einsetzbar, eigeninitiativ im Sinne ungestörter Prozesse sowie innovativ zu Gunsten der Kostensenkung sind. Während das Menschenbild des Fordismus von unmündigen, nur zu kleinsten Arbeitsschritten fähigen Beschäftigten ausging, so sind "Idealbeschäftigte" der Lean Production solche Menschen, die sich freiwillig voll und ganz auf ihre Rolle als Produktionsfaktor beschränken. Wenn sich aber eine Person weigert, sich mit dem Unternehmen und dessen Zielen zu identifizieren, nicht (in den vorgegebenen Bahnen) mitdenken kann oder will, das Tempo nicht mithalten kann oder will und zudem krank ist oder "krank feiert" oder einfach behindert oder alt ist, dann stellt sie einen nicht mehr potenziellen, sondern manifesten Stör- und Kostenfaktor dar. Dieser soll möglichst "ausgegliedert" werden und KollegInnen, die sich unter gezieltem Druck befinden, helfen manchmal dabei.

Mag Wompel

Anmerkungen:

1) Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände - Gesamtmetall - (Hg.): Mensch und Arbeit. Gemeinsame Interessen von Mitarbeitern und Unternehmen in einer sich wandelnden Arbeitswelt, Köln 1989

2) Brosseder, S.: Veränderung der Unternehmenskultur - Führung, Organisation, Verantwortung, in: Institut für angewandte Arbeitswissenschaft e.V. (Hg.): Lean Production II. Erfahrungen und Erfolge in der M+E-Industrie, Köln, 1994, S.79-95)

Mag Wompel ist Industriesoziologin und Redakteurin des LabourNet Germany (www.labournet.de). Bei diesem Text handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Beitrages, der im Forum Wissenschaft, Heft 1/2000 erschienen ist.

26. Liebeslied für Bastarde. Cultural Studies von Stuart Hall

Autor: Jens Kastner · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:40

Die Arbeiten Stuart Halls werden gerne im Kontext postmoderner Theorien referiert. Für Lobgesänge auf die fragmentierten Zustände westlicher Gesellschaften, die Lyotard unterstellt und von Baudrillard angestimmt wurden, ist Hall jedoch nicht zu haben. Als einer der wenigen weiß er zu trennen zwischen notwendigen Errungenschaften postmoderner Theorie auf der einen und postmodernen Zeitdiagnosen sowie deren Wertung auf der anderen Seite. Wenn schon die Stimme erheben, dann eher in einem Chor mit Salman Rushdie: Dieser hatte seinen Roman "Die Satanischen Verse" als ein "Liebeslied für Bastarde" bezeichnet.

Am Bastard Hall liebenswert ist zunächst, dass er sich die vormals als Schmähbegriff gegen ihn verwandte Formel als Kampfbegriff zu eigen macht. In diesem Sinne tragen Initiativen wie Kanak Attak Halls Theorie schon im Namen. Außerdem sind Bastarde Mischformen oder, wie Hall es nennt, hybrid. Und was hybride Identitäten ausmacht, erklärt er am eigenen Beispiel: "Ich bin der Zucker auf dem Boden der englischen Teetasse", sagt er als jamaikanischer Einwanderer über sich selbst, und macht damit deutlich, dass die Hauptbestandteile des englischen Identitätsmerkmals Nummer eins gar nicht originär englisch sind, sondern aus den Kolonien stammen.

Es gibt keine englische Geschichte ohne die Geschichte der anderen, keine Geschichte des "Westens" ohne die des "Rests". Diese Einsicht gehört zu den Grundüberzeugungen postkolonialer Theorie. Postkolonialismus bedeutet - ähnlich wie der schon fast vernutzte Begriff der Postmoderne - zweierlei: Zum einen ist zeitdiagnostisch die gegenwärtige Ära nach der direkten Kolonialherrschaft gemeint, zum anderen handelt es sich um einen gesellschaftstheoretischen Standpunkt. Die postkoloniale Theorie legt den Kolonialismus gerade nicht mit Hilfe der viel bemühten Vorsilbe ad Acta.

Zucker im Tee

In Abkehr von europäischen Erzählparametern geht es Hall darum, die Kolonisation aus ihrer vermeintlich historischen Nebenrolle ins Zentrum der Geschichte(n) zu rücken. Die Kolonialgeschichte ist für Hall der Ausgangspunkt, von dem aus er die Faszination kultureller, sexueller oder ethnischer Differenzen beobachtet und sich zugleich gegen deren Essenzialisierung wendet. Denn nicht zuletzt Wechselhaftigkeit und Widersprüchlichkeit dieser Geschichten verbieten es, diese Unterschiede als wesenhaft, als essenziell zu denken.

Zucker aus den Kolonien

Immer wieder nimmt Hall persönliche Erfahrungen zum Anlass, seine Theorieentwicklung zu verdeutlichen und fortzuführen. In den beiden Interviews des jetzt vorliegenden dritten Bandes der Ausgewählten Schriften formuliert der Brite einen zentralen Anspruch der Cultural Studies: die Alltagswelt als gesellschaftlich und politisch umkämpften Ort kenntlich zu machen. Im Unterschied zu den Bänden eins und zwei dreht sich das neue Buch vor allem um die paradigmatische Frage der Kulturtheorie: Wie sind die Beziehungen zwischen dem Symbolischen und dem Sozialen zu denken? Halls Versuche, Antworten zu finden, sind nicht nur originell und spannend, sondern auch gut lesbar.

Seine Überlegungen zu einer Theorie der Artikulation, verstanden als Sprechen und Verknüpfen, erheben Einspruch gegen zweierlei Arten des theoretischen Reduktionismus: totale Diskursivität auf der einen und stumpfer Ökonomismus auf der anderen Seite des Kampfes zwischen den theoretischen Schulen. Postmarxist und Poststrukturalist ist Hall nur in dem Sinne, in dem er beiden sowohl Schulhöfe vergrößert als auch Curricula erweitert hat.

Als politisches Theorieprojekt erweisen sich Halls Cultural Studies schon insofern, als sie das Zusammenfallen von Alltag und Politik untersuchen und kulturelle Praxen innerhalb eines Machtspiels verorten. Jenes Aufeinandertreffen findet bereits in dem Moment statt, in dem jemand "wir" sagt. Für undogmatische Linke gab es in der Geschichte viele Situationen, in denen Probleme mit diesem politischen Pronomen auftauchten - ob

aus Anlass stalinistischer Säuberungen, der sozialdemokratischen Integration der ArbeiterInnenbewegung oder auf Grund kultureller Differenzen.

Schwarz ohne Zucker?

Für wen spreche ich, wenn ich "wir" sage? Die vermeintliche Stärke einer viel beschworenen Einheit erwies sich immer auch als Ausschlussverfahren. Ein Beispiel ist der politische Begriff "Schwarzer": Wo schwarze Frauen, asiatische EinwandererInnen oder Differenzen innerhalb der Communities karibischer und afrikanischer Menschen immer nur mitgemeint, nie aber explizit ausgesprochen, benannt und berücksichtigt werden, macht Hall nicht mehr mit. Stellvertretend für ein "wir" reden zu müssen, beschreibt er als die "Lasten der Repräsentation". Dennoch plädiert er vehement für die Fortführung eines politischen Projekts.

Emanzipatorische Politik beginnt für Hall mit einer Positionierung - der Klärung des gegenwärtigen Standpunktes als Sprecher. Theoretisch liegt dem ein Identitätsverständnis zu Grunde, das Hall als "willkürlichen Abschluss" (arbitrary closure) bezeichnet. Identität ist demnach ein vorübergehender Schlusspunkt in der ständigen Verschiebung von Bedeutungen.

Halls Theorieprojekt findet - in Anlehnung an Homi K. Bhabha, ein anderer Theoretiker der postkolonialen Kritik - immer in einem Zwischenraum, einem Dazwischen statt. Denn "zwischen der Feststellung, dass es nicht eine endgültige absolute Bedeutung gibt - kein letztes Signifikat, sondern nur die endlose Kette von Signifikanten - und der Behauptung, dass es überhaupt keinen Sinn gibt, liegen Welten". Und da spielt Politik.

Jens Kastner

Stuart Hall: Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften III. Hamburg 2000 (Argument Verlag). 157 S. 29,80DM.

27. Die Bewegung findet (noch) im Saale statt. Finanzmärktenetzwerk entwickelt erste Strukturen

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:31

In ak 440 hatten wir über die Gründung eines "Netzwerkes für die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" berichtet. Die Gründungserklärung und eine erste Kritik des BuKo-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft wurden dokumentiert. Das Netzwerk bildet inzwischen greifbare politische Strukturen, auch erste praktische Aktivitäten stehen an und die inhaltliche Diskussion geht weiter.

Neben dem französischen Vorbild ATTAC mit seinen zehntausenden Mitgliedern und der flächendeckenden Präsenz, gibt sich das bundesdeutsche Netzwerk eher bescheiden. Bisher gibt es den Koordinierungskreis, in dem neun NGOs, Vereine und Bündnisse mitarbeiten; in Berlin und Hamburg arbeiten Regionalgruppen, im Rhein-Main-Gebiet ist eine weitere in Gründung. Dafür gibt es schon ein Büro mit einer hauptamtlichen Kraft bei Share in Verden.

Inhaltlich haben sich drei Themenschwerpunkte herauskristallisiert, zu denen auch bundesweite Arbeitszusammenhänge existieren.

Die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen ("Tobin-Tax") ist eine alte Forderung in der Finanzmarktdiskussion; sie ist in Frankreich so zentral, dass sie die Namensgeberin der ATTAC-Initiative wurde. Obwohl viele die Übernahme des französischen Namens für das deutsche Netzwerk befürworten (das klänge dann sehr viel offensiver, als die politische Stimmung wirklich ist), ist die Forderung nicht unumstritten.

Diskutiert wurde, ob der Komplex Steuerparadies/Steuergerechtigkeit (sogenannte "Off-Shore-Zentren") der populäre Schwerpunkt einer ersten Netzwerk-Kampagne sein könnte. Obwohl es dafür viele Sympathien gab, erwies sich die Materie als ausgesprochen sperrig. Die OECD (der Zusammenschluss der kapitalistischen Industrieländer) hat sich des Themas angenommen und auch die Bundesregierung gibt erstaunlich eindeutig klingende Töne von sich. Für ein reales Interesse an einer Beendigung von Drogenökonomie und Steuerflucht gibt es in der Politik der Bundesregierung allerdings keine Anzeichen, ein Interesse an der Kontrolle der Off-Shore-Zentren könnte sie theoretisch schon haben, besitzt sie doch keine eigenen. Ein Hintergrundpapier zum Thema wird von der Berliner Regionalgruppe erarbeitet.

Zum tagespolitischen "Renner" entwickelte sich die Frage der Alterssicherung. Bis weit in die Linke hinein, ist hier Verunsicherung und Unklarheit vorherrschend. Schon heute bietet die Rente für Menschen, die nicht 40 Jahre oder länger regelmäßige Erwerbseinkünfte hatten, keine ausreichende Existenzsicherung: Frauen, Erwerbslose, prekär Beschäftigte fallen jetzt schon durchs Netz. Da solche Erwerbsbiografien zunehmend zur Regel werden, sehen viele für sich in der gesetzlichen Rente keine Perspektive. Vor diesem Hintergrund hat es die SPD-Grüne-Regierung geschafft, das Solidarprinzip insgesamt in Frage zu stellen. Sie präferiert zukünftig kapitalgedeckte Verfahren für die Altersversorgung. Auf den Kapitalmärkten aber gibt es bestenfalls Profite für die BesitzerInnen, aber keine Solidarität mit den Habenichtsen.

Teile der Gewerkschaften (IG BAU, IG Medien) und die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (siehe das Positionspapier in dieser ak-Ausgabe) versuchen gegen diese Vorhaben eine Kampagne zu organisieren. Die AG Alterssicherung des Finanznetzwerkes wird sich daran beteiligen. In Hamburg werden von der Regionalgruppe bereits Aktionen zum Thema durchgeführt. Der 3. Ratschlag des Finanznetzwerkes am 17./18. November in Frankfurt (Main) wird schwerpunktmäßig über Fragen der Alterssicherung beraten. Ziel ist es, zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Netzwerk, Gewerkschaftslinken und den Gewerkschaften zu kommen, die die Verwandlung von Geld (also den Umlage-Beiträgen in die heutige Rentenversicherung) in Kapital ("private Altersvorsorge") ablehnen: IG BAU und IG Medien haben eine klare Beschlusslage dazu. Die gegenseitige Ergänzung der im Netzwerk eher finanzpolitischen, bei den GewerkschafterInnen eher sozialpolitischen Sichtweisen könnte beiden Beteiligten gut tun.

In der französischen ATTAC-Iniative waren von Anfang an soziale Fragen thematisiert worden; es gibt gute Kontakte zu Zusammenhängen von Arbeitslosen oder "Illegalen". Diese Seite fehlt im deutschen Netzwerk bisher.

Vielleicht könnten solche Bündnispartner etwas dazu beitragen, eines der großen Probleme des Netzwerkes zu bearbeiten: den ausgeprägten Mangel an Aktionskultur. Im Koordinierungskreis und in den bundesweiten Arbeitsgruppen ist zwar die Einsicht in dieses Defizit vorhanden, aber noch fehlen zündende Ideen. Die Zurückhaltung eher aktionsorientierter Zusammenhänge etwa aus der Internationalismusszene macht sich deutlich bemerkbar. Ein Missstand der auch auf der inhaltlichen Ebene auszumachen ist. Ausgeprägt linke Positionen fehlen bisher. Im Gegenteil, Germanwatch, eine im Koordinierungskreis mitarbeitende NGO, hat die Erklärung nicht unterzeichnet und das ausdrücklich mit den zu radikalen Aussagen begründet; sie treten u.a. für private Teile in der Altersversorgung und gegen eine vollständige oder bedingungslose Schuldenstreichung für Entwicklungsländer ein.

Eigentlich ist das Schweigen großer Teile der Linken zur Initiative des Netzwerkes erstaunlich. Hierzulande ist das Netzwerk einer der ganz wenigen Versuche, wirtschaftspolitische Themen außerhalb der Standortlogik wieder zu Gehör zu bringen. Wäre da nicht linke Einmischung gefragt?

Werner Rätz, Bonn

Kontaktadressen

des Finanzkräftenetzwerkes:

Netzwerkbüro: Share, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, 04231/957 -591, Fax -594,

info@share-online.de

www.share-online.de/finanzmaerkte

AG Tobin-Tax: WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, 0228/76613-0, Fax 696470, weed@weedbonn.org

AG Off-Shore und Regionalgruppe Berlin: Berliner LAG Umwelt und Entwicklung, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 030/6946101, Fax 6926590,

b21@berlinet.de

AG Alterssicherung: ila, Römerstr.88, 53111 Bonn, 0228/658613, Fax 631226, ila@ila-bonn.de

Regionalgruppe Rhein-Main: Kairos Europa, Hegenichstr.22, 69124 Heidelberg, 06221/712610, Fax 781183,

kairoshd@aol.com

ATTAC Hamburg: Markus Krajewski, Scheideweg 14, 20253 Hamburg, Markus_Krajewski@public.uni-hamburg.de

28. Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Jan Schüttes Film über Brechts letzten Sommer

Autor: Angela Martin · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:04

Ein Kammerspiel nach der klassischen Regel der Einheit von Handlung, Ort und Zeit. Brecht in Buckow, drei Tage später wird er sterben. Um ihn seine Freundinnen und Mitarbeiterinnen, seine Frau und die Tochter Barbara. "Es ist ein wunderschöner, leichter Spätsommertag, eine Idylle, in der die Hölle stattfindet", so der Regisseur Jan Schütte in einem Interview. "Alle beobachten alle, die ganze Zeit, den ganzen Tag. Ich wollte einen unerbittlichen Film drehen, mit einer gewissen Härte, obwohl der Tag so schön ist."

In gewisser Weise ist der Film wirklich unerbittlich. Er lässt kaum ein gutes Haar an seinen Personen, die fast durchweg als am Leben gescheiterte Menschen dargestellt werden, obwohl sie große Künstlerinnen waren. Brecht (gespielt von Sepp Bierbichler) ist aufgedunsen und hässlich; von seinem Charme ist wenig zu spüren, seine Anziehungskraft überhaupt nicht nachvollziehbar. Die Frauen um ihn scheint wenig zu verbinden außer Eifersüchteleien. Helene Weigel (großartig gespielt von Monica Bleibtreu) raucht, Elisabeth Hauptmann arbeitet, Käthe Reiche, Brechts letzte Geliebte, nympht, Barbara Brecht kokelt, Ruth Berlau trinkt. Alle warten. Auf Brecht natürlich, der, vom Fieber geplagt, an seiner Schreibmaschine sitzt und dichtet oder seinen Assistenten Palitzsch und Wekwerth Sinnsprüche verkündet, etwa "Wo es kein Geheimnis gibt, gibt es keine Wahrheit" oder "Man kann seiner Klasse nicht entkommen. Ich habe es versucht."

Immer wieder wartet der Film mit Brecht-Zitaten auf. Klaus Pohl, der Drehbuchautor, sagt über seine fast sieben Jahre dauernde Arbeit: "Den Fakten habe ich mich sehr verpflichtet gefühlt. Mir waren die Figuren als historische Figuren ja sehr vertraut". Trotzdem hat Pohl die Figuren teilweise holzschnittartig gezeichnet, die Dialoge wirken manchmal wie der Austausch von Schlagwörtern, und obwohl der Film dokumentarischen Charakter suggeriert, nimmt er es mit der historischen Wahrheit nicht eben genau. Wolfgang Harich wirkt übereifrig, wenn er bei Pilzgulasch und Knödeln dem Dichter, den er in Wirklichkeit sehr verehrt und im übrigen nie geduzt hat, Opportunismus vorwirft: "Dir ist es egal, Brecht, ob Sozialismus oder Weltuntergang. Solange es auf deine Bühne passt: herrlich!"

Despektierlichkeit ist ein Merkmal des gesamten Films. Brecht sitzt mit heruntergelassenen Hosen, Ruth Berlau (Margit Rogall) wankt in einem alten Nachthemd durchs Dorf und führt Selbstgespräche, Käthe Reichel (Jeannette Hain) hat nichts zu tun außer dem Meister nachzustellen, Elisabeth Hauptmann (Elfriede Irrall) stottert wie eine altjüngferliche, unsichere Sekretärin. Besonders übel wird Helene Weigel mitgespielt. Glaubt man dem Film, so wusste sie von Wolfgang Harichs bevorstehender Verhaftung, hat ihn jedoch nicht gewarnt, obwohl sie dazu Gelegenheit hatte. Als Harich dann zusammen mit seiner Frau Isot Kilian festgenommen wird, schaut sie einfach weg.

Das entspricht keineswegs den historischen Fakten. Tatsächlich wurde Harich erst im November 1956 verhaftet, also drei Monate nach Brechts Tod. Nach seiner Verhaftung setzte sich Helene Weigel für Harich ein, unter anderem in einem Schreiben an den Kulturminister Becher. Der Film hingegen hinterlässt den Eindruck, die Weigel habe Harich verraten. Diese Geschichtsklitterung ist besonders bedenklich, weil der Film sich an ein Publikum ohne Vorwissen richtet. "Es war von Anfang an mein Ziel, dass der Film für jeden Zuschauer funktioniert, ob er Brecht kennt oder nicht. Man kann den Film völlig ohne Vorauswissen anschauen", behauptet Jan Schütte.

Wo der Film Abschied, Alter und die Angst vor dem Tod thematisiert, gelingen manchmal Szenen von großer atmosphärischer Dichte. Aber Schütte vertraut seinem Thema nicht, sondern klinkt sich in den Mainstream-Diskurs ein und schildert Bertolt Brecht wieder einmal als opportunistischen Staatskünstler, Helene Weigel als stramme Genossin, Wolfgang Harich als weltfremden Spinner und die Geliebten des Dichters als ausgebeutete, hilflose Frauen. Opportunismus gab es eben nicht nur in der DDR.

Angela Martin

Abschied - Brechts letzter Sommer. Regie: Jan Schütte. Mit Sepp Bierbichler, Monica Bleibtreu, Elfriede Irrall, Margit Rogall u.a., 91 Minuten

29. Der Krieg, die Sprache und das Ende einer Kindheit. Ein neues Buch des kroatischen Erzählers M. Jergovic

Ein neues Buch des kroatischen Erzählers Miljenko Jergovic

Autor: Angela Martin · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:06

Kindergeschichten entführen den Leser oft in eine beruhigende, geordnete Welt, die von Festtagen und Jahreszeiten bestimmt wird, in der jedes Ding seinen Platz und richtigen Zeitpunkt hat. Kinder sehen, schmecken, erleben vieles zum ersten Mal, und das erste Mal ist es am schönsten. Aber in Miljenko Jergovics Erzählungen über eine Kindheit in Jugoslawien ist immer schon auch das Ende der Kindheit verborgen - das Ende einer kindlichen Sichtweise, das Ende des geordneten Lebens in Friedenszeiten, der Tod.

Im ersten Teil seines neuen Erzählbandes "Mama Leone" taucht Jergovic in die Welt eines altklugen Kindes und erzählt in der Ich-Form von Tränen beim Einschlafen, von Ausreißerfantasien, von der Angst, die Mutter zu verlieren, die ins Krankenhaus muss, oder von der Lust, die Geheimnisse der Familienmitglieder auszuspionieren. Es ist ein Vergnügen, von der viele Zigaretten rauchenden Großmutter zu hören, die am liebsten vor dem Fernseher sitzt; von dem Vater, der oft schwach und unglücklich ist, sich aber in einen Helden verwandelt, wenn er seinen Arztkittel anzieht; von der Mutter, die stets Angst hat, keine gute Mutter zu sein, weil sie in Sarajevo arbeitet und wenig Zeit und Verständnis für ihren kleinen Sohn Miljenko hat. Die ersten 21 Kapitel von "Mama Leone" bilden einen episodenhaften Familienroman, in dem mitunter auch die jugoslawische Geschichte auftaucht mit deutscher Besatzungszeit, Partisanenkämpfen und sozialistischer Ideologie.

Hinter den scheinbar harmlosen, mit viel stillem Humor geschilderten Alltagsgeschichten verbergen sich allerdings tiefgründige Reflexionen über die Zeit und den Tod, vor allem aber über die Sprache. Am Anfang sind die Wörter noch ohne Berührung mit der Welt, sie tun nicht weh, noch ist keine Trauer in ihnen. Doch der kleine Miljenko muss bald lernen, dass die meisten Erwachsenen nur an jene Wörter glauben, mit denen sie auch Erfahrungen und Gefühle verbinden - alles andere tun sie als belanglose Kinderfantasien ab. Verzweifelt versucht der Junge seine Kinderfantasie zu verteidigen, mit der er zum Beispiel eine Spielzeugschachtel in ein Auto zu verwandeln und damit in ferne Länder auszureißen vermag. Wenn er enttäuscht konstatieren muss, dass für seine Mutter und Großmutter eine Schachtel immer eine Schachtel bleibt und sich für sie die Dinge noch nie in etwas anderes verwandelt haben, dann will man fast glauben, dies sei der Grund dafür, dass in der Erwachsenenwelt nur allzu schwer etwas zu ändern ist.

Wie zerbrechlich seine Sprachwelt ist und dass die Wörter tückisch sein und ihre Bedeutungen ändern können, das erfährt Miljenko, als seine Mutter in ein Krankenhaus im fernen Ljubljana eingewiesen wird, nur weil sie ein angeblich unbedeutendes "kleines Wündchen" hat. "Wündchen" war bis dahin ein kleines, harmloses Wort, jetzt aber bezeichnet es etwas sehr Bedrohliches. Für das Kind bricht damit eine Welt zusammen: Eine Welt, in der alles Kleine harmlos und lieb war und in der ein kleines Paradies mit Häuschen aus Legosteinen und winzigen Ottomanen gelebt hatte, auf denen geheimnisvolle Prinzessinnen ihren Träumen nachhingen.

Miljenko entdeckt, dass man mit Hilfe der Sprache die Wahrheit ebenso verhüllen wie enthüllen kann, er lernt, dass die Sprache schützen kann, dass man sich aber ebenso mitunter auch vor ihr schützen muss. Ein Märchen hat immer ein glückliches Ende, weiß Miljenko, er weiß aber auch, dass es für Millionen und Abermillionen von Menschen keinen Platz in den Märchen gibt. Und er beginnt zwischen Märchen und "richtigen" Geschichten zu unterscheiden, nämlich solchen, die tatsächlich passiert sind. Schließlich gibt es auch noch Geschichten, so seine kindliche Literaturtheorie, die sich zwar nicht ereignet haben, die sich aber dann abspielen, wenn man sie liest oder hört. Und dann "muss man sehr tapfer sein, weil die Geschichten nicht immer glücklich ausgehen und weil der Mensch die Angst töten muss, um in der Geschichte leben zu können."

Wer sich nicht schützen will vor der Intensität von Jergovics Erzählungen wird bei der Lektüre der zwölf selbstständigen Kurzgeschichten im zweiten Teil des Bandes von einer lastenden Traurigkeit befallen. "An

diesem Tag endete eine Kindheitsgeschichte" heißt dieser Abschnitt des Buches. Hier ist die Welt nicht mehr geordnet, hier herrscht nicht das glückliche erste Mal der Kindheit, sondern das Ende. Jergovic, der 1966 in Sarajevo geboren wurde und seit dem Krieg als Schriftsteller und politischer Kolumnist in Zagreb lebt, erzählt von Menschen, die der Krieg in alle Welt zerstreut hat. Niemand hofft mehr auf das große Glück, nicht einmal mehr auf ein Zusammentreffen glücklicher Umstände, "auf etwas, das wie das grandiose Ende eines Krieges unter Konfetti, Feuerwerk und unverhofften Umarmungen verlorener Lieben das Leben in seine Bahn zurückleiten" würde.

Manchmal scheint es in diesen Geschichten, als könne ein Wort oder eine gut gemeinte Kinderlüge helfen, "alles Unkorrigierbare zu korrigieren und sich Raum für ein neues Leben zu schaffen" oder auch nur eine Kleinigkeit in Ordnung zu bringen. Doch letztlich sind die Wörter zu schwach, um die Einsamkeit und Entfremdung zu überwinden, in die der Krieg Jergovics Protagonisten getrieben hat; sie helfen nicht gegen die Verlorenheit und Hilflosigkeit, die alle ihre Gesten, selbst die zärtlichsten, durchtränkt. Und trotzdem wünscht man sich, wenn man wieder auftaucht aus den Geschichten aus "Mama Leone", dass sie Raum schaffen könnten für ein anderes, ein besseres Leben. Mehr kann man eigentlich nicht erwarten von einem Band Erzählungen.

Angela Martin

Miljenko Jergovic: Mama Leone. Erzählungen. Aus dem Kroatischen

(Bosnischen) von Klaus Detlef Olof u.a., Folio Verlag, Wien und Bozen 2000,

340 Seiten, 38 DM

30. Bei aller Seife keine Schmiere: "Dancer in the Dark" im Kino

Autor: Tim Gallwitz · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:07

Obgleich die Handlung sich vieler Klischees des Melodrams oder der Seifenoper bedient, ist "Dancer in the Dark" alles andere als ein Schmierentheater. Lars von Triers neuester Film ist ein Musical, cinemotionaler Hardcore und eine Spielerei über das Verhältnis von Bild und Ton, von Hören und Sehen.

Die Goldene Palme in Cannes für den besten Film. Björk zudem als beste Schauspielerin ausgezeichnet. Regisseur Lars von Trier, nicht erst seit "Dogma 95", einer der spannendsten Regisseure unserer Zeit. Auch ein Musicalfilm. Als Supporting Actress glänzt niemand Geringeres als Catherine Deneuve. Es gibt so einige Gründe, gespannt zu sein auf "Dancer in the Dark".

Als wollte Lars von Trier betonen, dass Film aus Bild und Ton bestünde, als wollte er gleich zu Beginn klarstellen, dass die Regeln des "Dogma 95" (Der Ton darf nicht nachträglich zugefügt, sondern muss am Set aufgenommen werden) nicht mehr gelten, lässt er uns anfangs auf die schwarze Leinwand blicken. Währenddessen signalisiert die Tonspur, dass der Film begonnen hat, aus einem Geräusch entwickelt sich pompöse orchestrale Musik der Kategorie mit Ausrufezeichen! Das Ende wiederum, sozusagen invers komponiert, wartet mit Bildern auf, denen die Töne abhanden gekommen sind: Es ist Stille vor dem Schluss.

Dazwischen liegen gut zweieinviertel Stunden Film, in denen Bilder und Töne mit vereinten Kräften dafür sorgen, dass so manches Taschentuch nicht trocknet, der Strom der Tränen nicht abreißt. Doch die Sinne Sehen und Hören werden im Film auch durchgängig in Bild und Ton verhandelt. In bester Melodram-Tradition ist die Protagonistin Selma (Björk) mit dem Schicksal geschlagen, zu erblinden. Und Selma arbeitet bis zum Umfallen, um dem Sohn eine Operation zu ermöglichen, die ihm das gleiche Los ersparen soll. Sie liebt Musicals und wenn sie mit Cvalda (Catherine Deneuve) ein solches Singspiel im Kino besucht, muss Cvalda ihr erklären, was sie nicht zu sehen im Stande ist. Und als wollte von Trier uns optisch ein wenig an Selmas Sehschwäche teilhaben lassen, ist dem Film der Farbglanz abhanden gekommen, sind die Bilder brauntönig und ausgeblichen. Aber wenn aus den Geräuschen des Alltags, dem Sound der Maschinen ein Rhythmus sich entwickelt, eine Melodie sich allmählich anschleicht, Gestalten zum Tanz sich bewegen und Björk ihre Stimme erhebt, dann kehren die Farben in den Film zurück.

"Mit Musik geht alles besser", pflegte Stimmungskanone Max Greger zu sagen, und auch Lars von Trier scheint vermitteln zu wollen, dass mit den komponierten Tönen alles etwas bunter und lustiger zugeht.

Das ist für Selma selten genug der Fall. Die Dollars, die die tschechische Emigrantin sich tags und nachts erarbeitet, die sie sich vom Munde abspart, sie werden ihr vom vermeintlich reichen Vermieter und Ordnungshüter entrissen. Und alles ist anders als es scheint. Die offenbar Arme ist reicher als der vorgeblich Wohlhabende, der Gesetzeshüter ein Gesetzesbrecher, die Angeklagte unschuldig, das Todesurteil ein Irrtum. Handlungselemente, wohlbekannt aus der Arena des Melodrams, Klischees in großer Anzahl und äußerst grob gestanzt.

Dass der Film dennoch funktioniert, trotz der Abgegriffenheit der Motive, trotz der "Unsexyness" der Darsteller, trotz der spröden Oberfläche, ist das Verdienst der durchweg großartigen Schauspieler und der Kamera von Robby Müller. Denn die Kamera rückt den Akteuren derart nahe, reduziert den Abstand auf ein Minimum, dass auch die Distanz zum Betrachter sich drastisch reduziert. Dadurch entgeht der Film dem Abrutschen in lahme Absehbarkeit, sondern reißt einen fort in bezwingende Folgerichtigkeit. Dem Traum gleichend, verbindet sich Alltägliches, sozusagen die Reste des Tages, mit absurd oder nahezu abgeschmackten Fragmenten zu einer vollkommen schlüssigen Kette. Eine Folgerichtigkeit und Schlüssigkeit, die sich nur im Ereignis des Sehens behauptet, im aufgerufenen Gefühl und nach dem Erwachen sich sogleich in Frage gestellt sieht.

Mit Fug und Recht mag man da sagen, lass mich doch in Ruhe mit deinen "tortured female martyrs" (Björk über die letzten drei von Trier-Filme), geh mir weg mit diesen absurden Konstruktionen, von Trier. Oder man mag sich berühren lassen an trüben Herbstabenden, fühlt und leidet mit den Figuren, die da "bigger than life"

auf der Leinwand unbeirrt aufs Schlimmste zuwandern, lässt sich ein auf dieses kathartische, cinemotionale Intellektuellenkino und freut sich, dass man im Kino noch weinen kann.

Tim Gallwitz

"Dancer in the Dark", ab 28. September im Kino

31. Musik, Politik und Kommunikation. Asian Dub Foundation: Musik in seiner korrekten Form

Autor: Tommy Schroedter · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:05

There is no such thing as illegal immigrants, only illegal governments

Today, the colour line/is the power line/is the poverty line

Eine Aussage mit durchaus programmatischem Charakter mit dem das Stück Coulor Line von Asian Dub Foundation (ADF) auf der aktuellen CD Community music endet. Dr Das (Bassist) und Chandrasonic (Gitarren) arbeiteten Anfang der neunziger als Musiklehrer im Stadtteilprojekt community music. Rapper Deeder Zaman war einer der Schüler von Dr Das. DJ Pandit G arbeitete als Sozialarbeiter und als DJ in einem antirassistischen Sound System. Sun-J kam 1995 zur Band und kümmert sich seitdem vor allem um das Programmieren. Dass ADF ihre aktuelle Produktion nach dem Projekt benannten, bei dem alles begann, unterstreicht, dass sie nach wie vor einen direkten Bezug zu ihrer früheren Arbeit in sozialen und antirassistischen Projekten herstellen.

Als sie 1995 ihre erste CD Produktion vorlegten, blieb diese lange Zeit ein Ladenhüter. Es war die Hochzeit des Britpops. Die Musikmischung der ADF aus Dub, einer Gitarre, die eher wie eine Sitar klingt, und gerappten Texten war offenkundig zu eckig, zu provokativ. Die frische Ungezwungenheit, die diese CD ausstrahlt, die Verbindung hochpolitischer Dichtung mit experimenteller Popmusik stieß nur bei sehr wenigen Zuhörern und Zuhörerinnen auf spontane Gegenliebe. Wenn ADF heute allerdings Rebel Warrior aus dieser CD bei Konzerten spielen, gibt es für das Publikum kein Halten mehr.

Auch ihr zweites Album, Conscious Party, brachte nicht den großen Durchbruch, obwohl sich ADF zu diesem Zeitpunkt schon mit vielen Liveauftritten auf Festivals in die Herzen des Publikums gespielt hatten.

Mit Community Music, erschienen im Frühjahr diesen Jahres, haben sie ihr Konzept von Musik weiter ausgefeilt. Das Gitarrenspiel erinnert weiterhin oft an Sitar-Klänge, Bass und Liedstruktur besitzen die Lässigkeit von Dub Musik und ab und zu ist ein Hauch von Punkattitude zu hören. Doch hat die Platte insgesamt etwas von den Kanten und Ecken verloren, die die beiden vorangegangenen Produktionen kennzeichneten und die Arrangements sind poppiger geworden.

Bei ihren Texten stehen sie allerdings immer noch eher in der Tradition der Folkmusic der fünfziger und sechziger Jahre. Das ist sicherlich auch die Brücke, die zu Gruppen wie Chumbawamba geschlagen werden kann. Während diese allerdings mit WYSIWYG relativ einfallslos daherkommen, überraschen ADF in ihren Stücken mit kleinen Leckerbissen. Die Vielfalt der Einflüsse garantiert eine abwechslungsreiche Musik, auch wenn einige Stücke wie Collective Mode zu sehr nach Ethno-Pop à la Dissidenten klingen. Schön dagegen die Anleihen bei Morricone bei in the Judgement.

Seit der Single Free Satpal Ram (1997), spätestens aber seit Conscious Party (1998) liegt ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit im Kampf gegen den Rassismus des britischen Repressionsapparates. Mit dem Stück Free Satpal Ram griffen sie einen konkreten Fall auf, dem sie bis heute Stimme, Töne und Sites geben.

Die konkrete Geschichte: Am 16. November 1986 hatten einige weiße Gäste in einem Restaurant eines bengalischen Besitzers in Birmingham die Bedienung mit rassistischen Sprüchen aufgefordert, die "Paki-Wog-Musik" beziehungsweise den "Black crap" abzustellen. Herr Ram, ebenfalls Gast, war mit dieser Pöbelei nicht einverstanden und wurde daraufhin von den Weißen bepöbelt. Einer von ihnen, Herr Pearce, ging mit einem Weinglas auf Herr Ram los. Dieser zog zur Verteidigung ein Taschenmesser und forderte ihn auf, von ihm abzulassen. Herr Pearce verletzte ihn an Hals und Armen, daraufhin stach Herr Ram zweimal zu. Herr Pearce starb später an den schweren Verletzungen.

Herr Ram bekam eine Anklage. Im Gerichtsverfahren verzichtete der Richter auf eine Übersetzung der Aussage des Kellners. Die Jury bestand ausschließlich aus weißen Mitgliedern und Herr Ram verließ sich auf seinen Pflichtverteidiger, der nach einem kurzen Gespräch die Verfahrenstaktik auf Unzurechnungsfähigkeit festlegte. Herr Ram, in Unkenntnis der rechtlichen Situation, willigte in diese Taktik ein, ohne sie selbst je vorgetragen zu haben. Die Freunde von Herrn Ram wurden vom Gericht als nicht glaubwürdig bezeichnet, da

sie eben seine Freunde waren; die Glaubwürdigkeit der Bekannten von Herrn Pearce wurde nicht in Zweifel gezogen. Zu lebenslänglicher Haft verurteilt, sitzt Herr Satpal Ram jetzt seit 13 Jahren im Knast. Da er sich mit seinem Schicksal dort nicht abfindet und gegen die Ungerechtigkeiten protestiert, wird er ebenso häufig mit diskriminierenden Haftverschärfungen bestraft.

Es ist kein Einzelfall, dass Musikerinnen und Musiker rassistische Urteile zur Grundlage von Liedtexten machen und sich in diesen Liedern für Gefangene einsetzen. Aber ob es der Boxer Hurricane bei Bob Dylan war oder Mumia Abu Jamal bei Rage against the machine, es waren eher prominente Verurteilte und die Musiker schlossen sich einer bereits bestehenden Kampagne an. Satpal Ram kannte vor der Veröffentlichung durch ADF kaum ein Mensch und die Kampagne wird bis heute maßgeblich von ihnen getragen. Über die Mailing-List von ADF erhält mensch hauptsächlich Informationen über diese Kampagne und andere antirassistische Aktionen, vor allem zum Bereich staatliche Repressionen.

www.asiandubfoundation.com ist auch ihre politische Visitenkarte. Die links zur antirassistischen Fußballfan Kampagne, zu antirassistischen Zeitungen und zu einer Site, auf der es um "forgotten histories" geht, sind nur einige Hinweise, dass sie Verbindung suchen zu sozialen und politischen Kampagnen und Organisierungen und mit ihren Texten nicht nur kokketieren.

Ein Problem der Politik via Internet wird dabei allerdings deutlich: Zum 15. September riefen ADF und die Civil Rights Caravan zu einer Aktion vor dem House of Common in London auf. Antirassisten ließen 157 schwarze Luftballons aufsteigen. Jeder stand für einen der 157 Menschen, die in den letzten Jahren im UK durch rassistische Gewalt, Poizeiübergriffe oder durch Maßnahmen im Rahmen der Abschiebegesetzgebung getötet wurden. Zur Aktion selbst konnte nur eine Hand voll Leute mobilisiert werden. Die Kombination hervorragender politischer Popmusik und einer gut gemachten Website inklusive verlässlicher Informationspolitik via Chat und Mailingliste hat eben seine engen Grenzen und kann wirkliche Bewegung nicht ersetzen. "Was soll das, ihr alle tanzt zu Free Satpal Ram, aber wenn Arbeit ansteht, seit ihr nirgendwo zu sehen", schreibt Donna, die die Kampagne im Internet koordiniert, und unterschreibt mit: Very lonely Satpal Campaigner.

Tommy Schroedter

32. Castor - Jetzt geht's los

Autor: DSe · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:18

Jetzt geht's los! Nachdem sich in den letzten Wochen und Tagen die Anzeichen immer mehr verdichteten, dass es ab Oktober zur Wiederaufnahme von Atomtransporten kommen kann, macht die Anti-AKW-Bewegung jetzt mobil. Der Castoralarm ist ausgerufen und in vielen Orten läuft die Mobilisierung an. Auch bei der Polizei. In der Umgebung von Niederndorf trainierten am 12. September schon mal 350 PolizistInnen den Einsatz, um Castorblockaden verhindern zu können.

Als heißer Kandidat für einen Castortransport zeichnet sich das aus zwei Reaktorblöcken bestehende AKW Philippsburg ab. Da die internen Lagerbecken voll sind, wollten die Betreiber zunächst im Rahmen einer sogenannten Transportbereitstellung den Atommüll in Lagerbehälter vom Typ Castor V verpacken. Das scheiterte jedoch kläglich, weil sie es nicht fertigbrachten, die für eine längere Zwischenlagerung erforderlichen Sicherheitsbestimmungen einzuhalten und die Behälter dichtzubekommen. Daher kann Philippsburg derzeit weder eine Lagerung auf dem eigenen Gelände betreiben noch die ebenfalls seit Januar vorliegende Genehmigung für den Transport in das Zwischenlager Ahaus in Angriff nehmen. Einziger Ausweg für die Betreiber ist nun der Abtransport der Brennelemente in die WAA nach La Hague. Hier kommen andere Behälter zum Einsatz. Außerdem sind für Transporte in die WAA, wo der Strahlenmüll zügig aus den Behältern entladen wird, die Sicherheitsvorschriften deutlich geringer. Aber auch hier gibt es Probleme: Für den Abtransport aus dem Block 2, in dem der Lagerplatz besonders knapp ist, steht lediglich ein einziger Transportbehälter vom Typ TN 13 zur Verfügung. Der müsste im Mehrweg-Verfahren zwischen Philippsburg und La Hague hin- und herpendeln. Weil aber die einzelnen Umläufe relativ lange dauern (schätzungsweise sechs bis zehn Wochen), ist es nötig, den ersten Transport rechtzeitig loszuschicken, damit auch der letzte noch auf Reisen geht, bevor im kommenden Frühjahr neue Brennelemente eingesetzt werden können. Im Falle Philippsburg 2 bedeutet "rechtzeitig" die zweite Oktoberhälfte.

Der Behälter TN 13 steht bereits unbeladen auf dem Philippsburger Kraftwerksgelände bereit. Er hat auch die notwendige verkehrsrechtliche Zulassung. Was bisher noch fehlt, ist die Transportgenehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS).

Die Anti-Atom-Gruppen gehen davon aus, dass es nun ernst wird. Bundesweit finden derzeit Treffen statt, auf denen Aktionen und vor allem auch eine bundesweite Anreise nach Philippsburg vorbereitet werden. Für den 8. Oktober rufen die örtlichen Gruppen zu einem ersten Sonntagsspaziergang an den Reaktor auf. Bei der Gelegenheit sollen die Aktionen weiter geplant werden.

Der erste Castor kommt aus Philippsburg?!

Schon seit einigen Wochen gibt es Anzeichen (vgl. ak 441), dass ein Atomtransport in das Zwischenlager Ahaus für November geplant wird. Nach Informationen der BI in Ahaus seien für die Bundeswehrkasernen in Rheine Befehle für die Einrichtung von Gefangenensammelstellen und Unterkünfte für BGS-Personal von der 45. Kalenderwoche an, also ab 6. November ergangen. Auch die Bahnpolizei im Münsterland habe dann Urlaubssperre. Allerdings hat die BI Ahaus keine Informationen, woher die Castortransporte kommen sollen. Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen dementiert bislang noch ebenso wie die Polizeiführung in Münster, dass es Transportvorbereitungen gibt. Die schließen einen Transport nach Ahaus für dieses Jahr aus. Hartmut Liebermann von der BI Ahaus traut derartigen Äußerungen jedoch nicht: "Das erinnert mich an das Vorgehen der Polizei beim letzten Castortransport im März 1998, als der Transport früher stattfand als angekündigt."

Für das Aktionsbündnis Castorwiderstand Neckarwestheim spricht vieles dafür, dass die Transporte nach Ahaus aus Neckarwestheim kommen werden, denn dort stehen sechs Atommüllcontainer abfahrbereit auf dem Gelände. Das Aktionsbündnis kündigte "massive Proteste und Blockaden" am Abfahrtsort an und ruft zu einer Demonstration am 1. Oktober nach Neckarwestheim auf.

Deckel nicht

dicht bekommen

Außerdem verfügen die Neckarwestheim-Betreiber bereits seit Januar über eine Genehmigung für den Transport von sechs Castorbehältern nach Ahaus. Zusätzlich haben die GKN 10 Transporte in die WAA ins englische Sellafield beantragt, für die eine Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz allerdings noch aussteht.

Doch nicht nur Richtung Ahaus kann es im kommenden Herbst heiß werden. Die Atomwirtschaft fordert für mindestens noch drei AKWs die Wiederaufnahme von Atomtransporten in diesem Jahr. Neben Neckarwestheim verlangen die Betreiber auch für die AKWs Stade und Biblis entsprechende Genehmigungen. Insgesamt 30 Transporte sollen genehmigt werden. Spätestens im kommenden Frühjahr soll dann auch das AKW Brunsbüttel eine Transporterlaubnis erhalten. In der Bild wird ein Sprecher der Energieversorger zitiert: "Wir vertrauen auf das Wort des Kanzlers, dass kein Kernkraftwerk durch die Hintertür stillgelegt wird." Falls kein Atommüll ins Zwischenlager Ahaus beziehungsweise in die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague in Frankreich oder Sellafield in England gebracht werden könne, müssten die ersten Kernkraftwerke zwangsabgeschaltet werden, heißt es weiter.

Die e.on als Stade-Betreiber hatte am 12. September angekündigt, nach dem Ende der Expo in Hannover (31.10.) eine Serie von sieben Transporten nach La Hague durchführen zu wollen. In Stade steht auch schon der entsprechende Behälter vom Typ TN 17 bereit, ist allerdings noch nicht verkehrsrechtlich zugelassen. Transportgenehmigungen fehlen (noch!) für alle Transporte nach La Hague.

Ahaus,

Biblis, Stade

Petra Uhlmann, Sprecherin der e.on, die das AKW Stade betreibt: "Die Lagerkapazitäten sind erschöpft. Wir müssen im Herbst mit Transporten beginnen." 49 abgebrannte Brennelemente sollen nach Angaben von e.on bei der bevorstehenden Revision im Februar 2001 in Stade gegen neue ausgetauscht werden. Ohne Abtransport aus dem fast vollen internen Lagerbecken kann dieser Wechsel nicht durchgeführt werden. Zusätzlich zu den Transporten nach La Hague hat e.on Transporte in das Zwischenlager Gorleben beantragt. Dieser Antrag ist nach Angaben des BfS am 1. September bei der Behörde eingegangen. Ein so genanntes Interimslager, in dem die abgebrannten Brennstäbe bis zur Fertigstellung eines dezentralen Zwischenlagers in Castorbehältern auf dem Kraftwerksgelände abgestellt werden, ist in Stade nicht geplant.

Auch für den Block B des AKW Biblis ist mit Transporten zur WAA zu rechnen. Wie Philippsburg und Neckarwestheim verfügt das AKW über eine Genehmigung für Transporte nach Ahaus. Allerdings sind auch hier die Betreiber bislang nicht in der Lage, die Lagerbehälter dicht zu bekommen, so dass sowohl der Abtransport nach Ahaus als auch das Lagern auf dem Gelände nicht in Frage kommen. Um bis zur Revision im kommenden Frühjahr Platz zu schaffen, müssen die bestrahlten Brennelemente also notfalls zur WAA gebracht werden.

Einen Bündnispartner gegen die Wiederaufnahme von Castortransporten zumindest Richtung Ahaus hat die Anti-AKW-Bewegung in der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, Vizechef der Polizeigewerkschaft bekräftige Mitte September, dass es innerhalb der Polizei noch immer große Bedenken an der Sicherheit der Castortransporte nach Ahaus gäbe. Laut dpa wolle die Gewerkschaft auf politischem Wege alles tun, um Transporte erst dann zu ermöglichen, wenn der Beweis der Sicherheit angetreten ist. Die Polizei habe weniger Furcht vor Übergriffen der Demonstranten als vor unkalkulierbaren Risiken durch den Austritt von Strahlung, so Wendt.

Polizei fürchtet Castor-Strahlen

Seitens der Bundesregierung ist bislang nicht viel Konkretes zu hören. Mit Blick auf die beantragten Transporte in die Wiederaufarbeitung erklärte Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dass es bisher keine Genehmigung für Atomtransporte zur Wiederaufarbeitung gäbe. Allerdings wies er ausdrücklich darauf hin, dass nach dem mit den Energieversorgern vereinbarten Atomkonsens für WAA-Transporte der Nachweis der schadlosen Verwertung erforderlich sei. Dieser Hinweis auf die schadlose Verwertung ist interessant. Denn sollte Trittin das ernst meinen, dann könnte das fatale Folgen für Transporte nach Sellafield und La Hague haben, weil dieser Nachweis so ohne weiteres nicht zu erbringen sein dürfte. Die radiologischen Auswirkungen der WAAs sind katastrophal. Ihre extrem hohen Emissionen sind seit Jahren im Ärmelkanal und in der Irischen See

mühelos nachzuweisen. Tauben aus der Umgebung von Sellafield sind beispielsweise derart verstrahlt, dass sie nach bundesdeutschem Recht als Atommüll endgelagert werden müssten. An den Stränden von Sellafield und La Hague sind hohe Konzentrationen von Plutonium nachgewiesen worden. Die schadlose Verwertung, wie sie im derzeit noch geltenden Atomgesetz vorgeschrieben ist, würde aber auch den Nachweis erfordern, was denn mit dem bei der WAA anfallenden Plutonium und Uran anschließend geschieht. Meint Trittin das ernst und fordert das unter seiner Zuständigkeit stehende Bundesamt für Strahlenschutz tatsächlichen einen solchen Nachweis, dann dürften Atomtransporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen allerdings Zukunftsmusik sein. Wahrscheinlicher ist aber, dass Jürgen mal wieder nicht ganz auf der Höhe ist. Denn die Bundesregierung hat im soeben vereinbarten Atomkonsens weiteren WAA-Transporten bis ins Jahr 2005 ohne weitere Bedingungen zugestimmt. Wollte er dies nun an die Bedingung knüpfen, das geltende Recht anzuwenden, und den Nachweis der schadlosen Verwertung ernsthaft einfordern, dann dürfte es mit der SPD vermutlich (mit der Atomwirtschaft sowieso) einen Riesenkrach geben, da dies praktisch doch auf eine Verstopfung (Ausstieg durch die Hintertür) hinausliefe. Das wäre zwar extrem zu begrüßen, aber dieser Regierung eben doch nicht zuzutrauen.

Dann nehmen wir doch lieber Trittins Sprecher Michael Schroeren ernst, der mitteilte, dass am 8. September die zweite Sitzung einer Arbeitsgruppe stattgefunden habe, in der es um den Bedarf an Transporten ging. Die Unternehmen würden in Kürze darüber unterrichtet, wie die Bundesregierung den Bedarf an Atommüll-Transporten einschätze, so Schroeren. Bleibt die Bundesregierung bei ihrem Kurs, dass Bedarf vorhanden ist, wenn die Atomwirtschaft des sagt, dann dürfte es zu einem heißen Herbst kommen.

DSe

Aktionen: Sonntagsspaziergang Philippsburg: 8. Oktober, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Marktplatz Philippsburg (nicht weit vom Bahnhof), Kontakt: Arbeitskreis gegen das AKW Philippsburg: c/o Matthias Mauser, Ludwig-Wilhelm-Str. 19, 76131 Karlsruhe, Telefon/Fax 0721-607 647,

http://home.t-online.de/home/anti-atom/,

E-Mail anti-atom@t-online.de

Sonntagsspaziergang in Ahaus!

15. Oktober 2000, 14 Uhr treffen vor dem BZA. Kontakt: BI Ahaus: Bahnhofstr. 51 - 48683 Ahaus - Postfach 1165 - 48661 Ahaus - Vorwahl: 02561 - Tel.: 961791 - Fax: 961792 - Infolinie: 961799, http://www.bi-ahaus.de,

E-Mail: mairl@ bi-ahaus.de

X-1000 mal quer:

www.x1000malquer.de/castoralarm.html

Für das in Neckarwestheim geplante Interimslager für 24 CastorBehälter beginnt der Erörterungstermin am Donnerstag, den 5. Oktober um 11 Uhr in der Reblandhalle, Reblandstr. 31, Neckarwestheim. Der Erörterungstermin wird an den folgenden Tagen jeweils um 10 Uhr fortgesetzt, auch am Samstag.

33. Atommeiler für den Frieden. Waffenplutonium als ziviler Brennstoff

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:17

Jeweils 34 Tonnen Plutonium sollen laut einer Vereinbarung zwischen den USA und Russland in den nächsten Jahren aus atomaren Sprengköpfen ausgebaut und aus der militärischen Nutzung entlassen werden. Zusätzlich verschärft wird das Ganze noch durch die Plutoniummengen, die aus den zivilen Atomprogrammen der westlichen Länder stammen. Aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente deutscher Atomkraftwerke häuft sich allein für die Bundesrepublik eine Menge von über 30 Tonnen Plutonium an, und der Berg wächst weiter. Was tun mit dem Bombenstoff?

Für die zivile und nun auch die militärische Atomwirtschaft ist die Sache klar: Das aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und aus den Atomsprengköpfen stammende Plutonium soll als neuer Brennstoff für die Atomreaktoren eingesetzt werden. Plutonium Mischoxid-Brennelemente (MOX) sind für diese Kreise die Lösung. Angesichts des enormen militärischen Gefährdungspotenzials, das von dem Plutonium ausgeht, heißt die pazifistische Argumentation auch der deutschen Atombranche: Das in reiner Form vorliegende Material wird mit Uran gemischt und anschließend zu neuen Brennelementen für den Reaktorbetrieb verarbeitet. Dort werden die MOX-Elemente derart verstrahlt, das es eines enorm hohen technischen Aufwandes bedarf, um das Plutonium erneut zu extrahieren. So weit so gut. Doch damit ist der Plutoniumkreislauf noch nicht am Ende, denn Russland hat angekündigt, die bestrahlten MOX-Elemente anschließend wiederaufzuarbeiten und erneut MOX herzustellen. Außerdem plant Russland den Einstieg in die Schnelle-Brüter-Technologie.

Dieser Plan kann nur funktionieren, wenn Atomkraftwerke am Netz bleiben. Die vielfach behauptete Trennung der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie ist allerspätestens mit diesen Planungen dahin.

Anzunehmen ist, dass sich in den nächsten Jahren die Debatte um den Weiterbetrieb hiesiger Atomreaktoren um Abrüstungsargumente anreichern wird. Die AKW-Betreiber werden mit Sicherheit den Weiterbetrieb ihrer Atommeiler als abrüstungspolitische Notwendigkeit verkaufen.

Atomwirtschaft macht auf pazifistisch

Die Absicht Russlands und der USA, das aus den Sprengköpfen ausgebaute Plutonium zu MOX-Elementen zu verarbeiten, dürfte für eine MOX-Schwemme sorgen. Werden diese MOX-Elemente nicht bestrahlt, ist es ein Leichtes, das Plutonium wieder herauszulösen und erneut als Bombenstoff einzusetzen. Was liegt also näher, als es in Atomreaktoren einzusetzen, um dem Frieden zu dienen?

Vor diesem Hintergrund ist der derzeit diskutierte Export einer MOX-Fertigungsanlage der Siemens AG nach Russland von überaus großer Bedeutung, weil eben auch die Frage nach dem Weiterbetrieb deutscher Atommeiler durch eine MOX-Schwemme in naher Zukunft neu gestellt werden dürfte.

Der abrüstungspolitische Schlager, den Siemens den Russen anbietet, steht derzeit noch in Hanau. Dort betrieb die Siemens AG eine kleinere MOX-Fertigungsanlage und baute zusätzlich an einer neuen, größeren Anlage. Als es Anfang der 90er Jahre in der Altanlage zu immer neuen Störfällen kam, legte der damalige hessische Umweltminister Joschka Fischer diese kurzerhand still. Auch um die im Bau befindliche Neuanlage gab es heftige Auseinandersetzungen, die letztlich dazu führten, dass Siemens 1995 aufgab und auf die Fortsetzung des Genehmigungsverfahrens verzichtete. Der Standort Hanau wurde dichtgemacht.

Schon damals hatte Siemens in der anlaufenden Abrüstungsdebatte zwischen den USA und Russland versucht, die Hanauer MOX-Anlage als friedenspolitischen Beitrag zu verkaufen. Auf allen Kanälen bot sich Siemens an, die aus den Atomwaffenprogrammen auszuschleusenden Plutoniummengen in Form von MOX-Brennelementen zu beseitigen. Damals jedoch noch ohne Erfolg.

Heute hingegen scheint ein Verkauf der Hanauer Anlage als durchaus wahrscheinlich. Eine entsprechende Voranfrage zum Export dieser Anlage hat Siemens inzwischen gestellt. Schröder hat bislang keine Bedenken gegen einen solchen Export geäußert und auch der grüne Fischer sieht rechtlich keine Handhabe, den Deal zwischen Siemens und Russland zu verhindern. In einem Brief an die grüne Bundestagsfraktion verspricht er aber, dass die Bundesregierung sich an der Finanzierung eins "MOX-Projektes" nicht beteiligen wird. Mit

anderen Worten: Bürgschaften der Bundesregierung soll es für dieses Siemens-Geschäft mit Russland nicht geben. Fischer verspricht seiner Fraktion, dass "Deutschland ... deshalb die Immobilisierungsoption verfolgen" und erreichen will, dass zumindest Teile des Waffenplutoniums verglast oder keramisiert werden. Große Probleme scheint die Grünen-Fraktion mit diesem Deal aber kaum zu haben. Die energiepolitische Sprecherin Michaele Husstedt verweist lediglich darauf, dass das gesamte Projekt der Zustimmung der G7-Länder bedarf. Schärfere Kritik kommt lediglich von VertreterInnen der neu gegründeten "atompolitischen Opposition" der Grünen. Hartwig Berger (Berlin) und die niedersächsische Landesvorsitzende Heidi Tischmann forderten, den Export durch "mehr Rückgrat" bei den beteiligten Grünen zu verhindern.

Um das Plutonium zu "entschärfen", stehen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung. Neben dem MOX-Einsatz kommt lediglich die Verglasung oder die Keramisierung des Plutoniums in Frage. Dabei wird der Bombenstoff mit hochradioaktiven flüssigen Lösungen aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen vermischt und anschließend entweder in Glas oder in ein Keramikgebinde eingeschmolzen. Dieses Material könnte dann endgelagert werden. Die enorm hohe Strahlung dieser Kokillen soll dann die Schutzfunktion übernehmen, zu verhindern, dass das Plutonium wieder als Bombenstoff eingesetzt werden kann. Angesichts der hohen Strahlung kann es nur mit enorm hohem technischen Aufwand wieder separiert werden.

Während die USA zumindest eine Menge von 8,5 Tonnen der aktuell 34 Tonnen Plutonium auf diese Weise aus dem Kreislauf ziehen will, weigert sich Russland konsequent, diese Form der Plutonium-Entsorgung auch nur in Betracht zu ziehen. Angesichts knapper Divisen setzt Russland offenbar darauf, die neu gefertigten MOX-Brennelemente in alle Welt zu verkaufen. Man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass dann auch deutsche Energieversorger zu den Abnehmern zählen werden.

Grüner Widerstand

nicht vorhanden

Mit Blick auf Fischers Zusage, dass die Bundesregierung sich gegenüber Russland für die Verglasung einsetzen wird, stellt sich die Frage, mit welchen Argumenten das geschehen soll. Denn Russland kann ohne weiteres darauf verweisen, dass Deutschland selbst nichts anderes mit den vorhandenen Plutoniummengen aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente macht. Nach dem Ende der MOX-Fertigung in Hanau haben die deutschen Energieversorger neue Verträge mit französischen Unternehmen abgeschlossen. Vor einigen Jahren haben die Franzosen in Cadarache extra eine neue MOX-Fabrik in Betrieb genommen, die ausschließlich für das Ausland und eben auch deutsche Abnehmer MOX herstellt. Chef dieser Anlage ist inzwischen der ehemalige Leiter der Hanauer Plutoniumfabriken.

Angesichts dieser Faktenlage dürfte die Überzeugungskraft der Bundesregierung gegenüber Russland nicht allzu groß sein. Berücksichtigt man außerdem, dass es aus Grünen-Kreisen keine hörbaren Stimmen gegen die USA gibt, die nur einen kleinen Teil verglasen, das meiste Plutonium aber ebenfalls zu MOX verarbeiten will, dann darf man gespannt sein, mit welchen diplomatischen Zaubertricks Fischer Russland überzeugen will.

Die Debatte um den Export der Hanauer Anlage macht das Plutonium-Desaster auch der bundesdeutschen Atompolitik deutlich. Im Atomkonsensvertrag wird dieses Problem mit keiner Silbe erwähnt, obwohl es von enormer Brisanz für den weiteren Betrieb der AKWs ist. Jenseits des MOX-Einsatzes verfügt auch die Bundesrepublik über keine Möglichkeit, das Plutonium zu verglasen. Dazu würde ihr auch die erforderliche Menge an hochradioaktiven flüssigen Abfällen fehlen, mit der das Plutonium vermischt werden müsste. Lediglich in den Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield könnte das angegangen werden. Bislang zeigten sich deren Betreiber aber nicht sonderlich interessiert. Ohne konkrete Alternativen der Plutonium-Entsorgung bleibt der MOX-Einsatz als einziger Weg. Und dazu müssen die AKWs noch einige Jahrzehnte am Netz bleiben, wenn sie die immer noch wachsenden Plutoniumberge abarbeiten wollen.

Hier entstehen neue "Sachzwänge", die die Atomwirtschaft ganz sicher für sich nutzen wird. Das Ende der Atomwirtschaft, wie es die rot-grüne Bundesregierung verspricht, dürfte auf lange Sicht eine leere Versprechung bleiben.

DSe

Kein MOX aus Hanau

Mitte der 90er Jahre musste die Siemens AG mit ihren Hanauer MOX-Fabriken feststellen, dass es für diese Technik nur ein begrenztes Interesse auch bei den AKW-Betreibern gab. Nachdem auf Grund von zahlreichen Störfällen die alte MOX-Anlage in Hanau vom damaligen hessischen Umweltminister Joschka Fischer dichtgemacht wurde, gab Siemens 1995 auch die fast fertiggestellte neue und größere MOX-Anlage auf. Zuvor hatten die immer weiter ansteigenden Fertigungskosten dieser Anlage dazu geführt, dass sich die bundesdeutschen Atomunternehmen weigerten, die eskalierenden Kosten weiter zu tragen. Schon damals - die Abrüstungsdebatten zwischen den USA und Russland in Sachen Plutonium hatten begonnen - versuchte Siemens die Hanauer Fabriken mit dem Hinweis darauf zu retten, dass das militärische Plutonium in Hanau zu MOX-Brennelementen verarbeitet werden könnte. Damals hatte das keine Chance. Die bundesdeutschen AKW-Betreiber schlossen Verträge mit Frankreich zur Fertigung von MOX. Siemens gab den Standort Hanau vollkommen auf.

DSe

Teures MOX

Im Bereich der zivilen Atomenergienutzung ist das Modell MOX nichts Neues. Das in der Wiederaufarbeitung aus den bestrahlten Brennelementen abgetrennte Plutonium sollte ehemals als Ausgangsmaterial für die Schnellen Brüter eingesetzt werden. Als klar wurde, dass diese Technologie keine Chance haben würde, setzten die deutschen und andere Atomunternehmen dann auf die MOX-Karte. Angesichts der wachsenden Plutoniummengen mussten Anwendungen für diesen Stoff gefunden werden. Mit dem Einsatz des Plutoniums in Form von MOX-Brennelementen in den hiesigen Atomkraftwerken sollte die vom noch geltenden Atomgesetz geforderte "schadlose Verwertung" der abgebrannten Brennelemente umgesetzt werden. Über 30 Tonnen waffenfähiges Plutonium haben die deutschen Betreiber inzwischen angehäuft.

Doch der MOX-Einsatz ist für die AKW-Betreiber keine einfache Sache. Allein die Kosten für diese MOX-Brennelemente sind im Vergleich zu herkömmlichen Uran-Brennelementen um ein Vielfaches teurer. Dies führte schon in der Vergangenheit dazu, dass die Atomwirtschaft nicht gerade versessen war, diese MOX-Brennelemente auch tatsächlich in den AKWs einzusetzen. Nur knapp die Hälfte der AKWs hat für diesen speziellen Brennstoff eine Genehmigung. Einige andere AKW-Betreiber haben teilweise schon Ende der 80er Jahre entsprechende Anträge gestellt. Dazu zählen beispielsweise die HEW, die seit nun schon über zehn Jahren die Anträge aufrechterhalten, aber an einer Genehmigung offenbar nicht ernsthaft interessiert sind. Bis heute ist nicht erkennbar, dass die MOX-Verfahren für die AKWs Brunsbüttel und Krümmel einen Schritt vorangebracht werden. Aber auch diejenigen Betreiber, die Genehmigungen für den MOX-Einsatz besitzen, nutzen diese nur in begrenztem Maße.

Inzwischen verschärft sich der kommerzielle MOX-Einsatz noch zusätzlich dadurch, dass die rot-grüne Bundesregierung den Unternehmen die Bildung von Rückstellungen für die MOX-Brennelemente verboten hat. Außerdem führt der wachsende Kostendruck seit der Liberalisierung der Strommärkte dazu, dass die Betreiber mit spitzer Feder rechnen müssen. Der Einsatz von MOX wird dadurch aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch unattraktiver. Allerdings waren bei der Atomenergie noch nie wirtschaftliche Aspekte wirklich ausschlaggebend.

DSe

34. Gemachte Männer. Interview mit dem australischen Männlichkeits-Forscher Robert W. Connell

Interview mit dem australischen Männlichkeitsforscher Robert W. ("Bob") Connell

Autor: Männergruppe m&m · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:36

Die Auswirkungen, die die Globalisierung auf die jeweilige Situation von Frauen hat, werden bereits untersucht. Weniger bekannt ist, wie sich auch Männlichkeiten im Zuge der weltweiten kapitalistischen Vergesellschaftung transformieren. Die dahinterliegenden Macht- und Dominanzstrukturen lösen sich dabei mitnichten auf, sondern verschieben sich oder erhalten ein neues Gesicht. Wie sich diese Erscheinungen, über die es - zumindest in den jeweiligen lokalen Ausprägungen - zahlreiche Untersuchungen gibt, nun theoretisch fassen lassen, steht auf einem anderen Blatt.

Die (Männer-) Gruppe m&m fragte den australischen "Männerforscher" Bob Connell zu seinen empirischen Beobachtungen und theoretischen Ansätzen, Männlichkeiten und Globalisierungsprozesse zu begreifen und politische Perspektiven zu formulieren. Die Theoriegruppe m&m ist im Kontext der bundesweiten Vernetzung linksradikaler, antipatriarchaler Männergruppen entstanden.

Die neoliberale Ideologie und die Globalisierung erscheinen gewöhnlich als geschlechtsneutral. Welche Form hegemonialer Männlichkeit ist Ihrer Meinung nach typisch für die Globalisierung in den letzten 10 Jahren?

Über die typische Form lässt sich zur Zeit noch keine sichere Aussage machen. Zum einen gibt es nur sehr wenige ernsthafte Untersuchungen darüber, daher ist die Informationslage zu dieser Frage sehr begrenzt. Zweitens bildet sich die Geschlechterordnung auf einer globalen Ebene erst heraus. Jede Behauptung darüber stellt gegenwärtig nur einen Versuch dar. Aber wir müssen uns ein Bild über sich verändernde Männlichkeiten machen, weil sich die Dinge auf globaler Ebene offensichtlich schnell verändern.

In meiner Arbeitshypothese vertrete ich die Ansicht, dass sich seit den letzten 20 Jahren Formen hegemonialer Männlichkeit herausbilden, die nicht dieselben sind wie die traditionellen Formen bürgerlicher Männlichkeit in Westeuropa, Nordamerika oder in Teilen auch in Japan. Die neuen Formen basieren auf der Männlichkeit dieser Regionen, da Männer dieser Länder die internationale Ökonomie dominieren und fast alle großen, multinationalen Unternehmen dort ihren Sitz haben.

Wenn wir dort nach den historischen, kulturellen Ursprüngen der Männlichkeiten im internationalen Geschäftswesen suchen, dann muss man auch darüber nachdenken, wie sich Globalisierung auf die Geschlechterordnungen dieser metropolitanen Länder auswirkt und man darf nicht nur auf die Auswirkungen auf die Peripherie, auf die schwächeren Länder schauen. Globalisierung verändert auch die Gestalt der Gesellschaften und der Geschlechterbeziehungen in Europa, Nordamerika und Japan.

Internationale Geschäftsmänner schaffen sich Karrierepläne und Formen ökonomischen Lebens, die nicht mehr an die Kultur und die politische Struktur eines einzelnen Landes gebunden sind. Ein Manager eines internationalen Unternehmens sieht sich vielleicht sentimentalerweise als Engländer, aber tatsächlich verbringt er einen Großteil seines Lebens in Nordamerika oder in Brasilien oder in Ostasien. Es gibt einen Verlust von sozialer Kontrolle, die noch einen Teil der Geschlechterordnung in lokalen, nationalen Gesellschaften darstellt.

Gleichzeitig bekommen diese Leute sehr hohe Löhne und haben die Kontrolle über gewaltige ökonomische Vermögen; sie überwachen die globalen Bewegungen von Millionen von Dollars. Zudem arbeiten sie an maskulinisierten Arbeitsplätzen, denn die Führungsriege in multinationalen Konzernen und die Unternehmer in den Kapitalmärkten sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl Männer, noch viel stärker als bei den Führungspositionen in den jeweiligen Heimatländern. Also: große persönliche Macht, eingeschränkte Kontrollen und maskulinisierte Arbeitsplätze.

Wenn wir der Manager-Literatur vertrauen können, haben wir es auch mit einer eingeschränkten Loyalität gegenüber der eigenen Firma zu tun; üblich sind zum Beispiel Kopfjagden auf die Manager anderer Firmen. Es gibt die Erwartung, dass ein Topmanager im Laufe seiner Karriere mehrmals von einer Firma zur nächsten wechselt, z.B. von VW zu General Motors.

Wir beobachten eine Art von Männlichkeit, die sich nur in einer sehr beliebigen und eingeschränkten Art und Weise auf ein Allgemeinwohl bezieht. Oder, um mit Lyotard zu sprechen: auf eine sehr performative Art und Weise. Das Wohlergehen der Firma ist nur wichtig als Teil des eigenen Lebenslaufs, nach dem Motto, die Firma war erfolgreich, als er dort Manager war; damit steigt sein Marktwert.

Wir haben es auch mit einer Form von Männlichkeit zu tun, die ausbeuterisch und unverhältnismäßig unkontrolliert ist, was Fragen der Sexualität betrifft. Mit der internationalen Ökonomie und dem internationalen Handel ist auch der internationale Handel mit Sex gewachsen. Zur Verdeutlichung: Hotels, in denen internationale Geschäftsmänner absteigen, haben immer Porno-Fernsehprogramme auf den Zimmern.

Im Unterschied zu früheren Generationen bürgerlicher Männer, die zwar auch Prostitution und Pornografie benutzt haben, wird es nun zu einem fast öffentlichem Teil der Nachfrage dieser Männer. Diese Männlichkeit, die mir als hochgradig egozentrisch ins Auge springt, hat neue Wege gefunden, sich von den Kompromissen loszulösen, die Männer mit Frauen der bürgerlichen Gesellschaft ihrer Heimatländer in den letzten 50 oder 100 Jahren schließen mussten.

Diese Männer müssen keine Rücksicht auf den Feminismus nehmen und sich nicht großartig mit Gleichberechtigung oder Diskriminierung beschäftigen. Insofern ist die Herausbildung dieser Art von Männlichkeit politisch verbunden mit dem Neoliberalismus und dem Aufkommen der neurechten Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat. Die Angriffe auf Political Correctness in den USA scheinen mir ein sehr charakteristischer Schachzug dieser Politik zu sein. Dies ist alles eine Arbeitshypothese, man kann einzelne Fakten in dieses Puzzle einfügen, aber es bleibt ein Puzzle.

Mit dem Terminus der "hegemonialen Männlichkeit" benutzen Sie einen ziemlich schillernden Begriff. Sie verwenden ihn zum einen dazu, etwas zu beschreiben, was empirisch zu beobachten ist, zum anderen als einen strukturellen, analytischen Begriff.

Dies ist eine berechtigte Bemerkung, und ich glaube nicht, dass ich dieses Problem sehr erfolgreich gelöst habe. Etwas aus der Geschichte: Die ersten Texte, die ich über Männlichkeit veröffentlicht habe, erschienen im Kontext der Debatten in der australischen ArbeiterInnenbewegung über die Position von Frauen, mit frühen Vorschlägen zu Quotierungen für Frauen in Führungspositionen der Labour Party. Ich war an einigen dieser Debatten beteiligt und schrieb einen Essay, mit dem Titel "Men and Socialism", in dem ich versuchte, die Geschlechterdebatte sozusagen umzukehren und über die spezifische Rolle der Männer in der sozialistischen Bewegung zu sprechen. Dies brachte mich notwendigerweise dazu, über die besondere Konstruktion von Männlichkeit nachzudenken, die im Kontext der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung dominant geworden war, und wie diese wieder durcheinander gewirbelt werden und welche Alternativen es dazu geben könnte.

Zeitgleich beteiligte ich mich an einem theoretischen Projekt zu Geschlecht, in dem ich mit einigen Schwulen, darunter Tim Carrigan und John Lee, zusammenarbeitete. Wir schrieben das Papier "Towards a new sociology of masculinity", in dem die Frage nach dem Verhältnis zwischen heterosexuellen und homosexuellen Männern und ihren Geschlechtskonstruktionen und die Bedeutung der Homophobie bei der Bildung von Männlichkeit im Vordergrund stand. An diesem Punkt fing ich an, den Begriff "hegemoniale Männlichkeit" empirisch zu gebrauchen, um eine Struktur der Dominanz zu beschreiben, die in dem politischen Kontext, in dem ich arbeitete, wichtig war. Erst in einem zweiten Schritt habe ich versucht, dies mit einer theoretischen Analyse der Geschlechterstruktur zu verbinden, allerdings ohne die beiden Felder genauer zu klären. Wahrscheinlich stammt die Ambivalenz des Konzepts daher.

Die Art und Weise, wie der Begriff von anderen Autoren aufgegriffen wurde, hat die Sache noch zusätzlich verkompliziert. Ich habe immer das Hegemonie-Konzept betont, das ich ziemlich schamlos von Gramsci geliehen habe, um mich auf ein historisches Muster zu beziehen, auf eine Art bewegliches Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Kräften, das immer anfechtbar und veränderlich ist. Hegemoniale Männlichkeit stellt immer eine momentane Lösung für das Problem dar, wie sich die Geschlechterordnung stabilisieren kann. Diese Lösung ist immer historisch spezifisch und wird von den sich verändernden, sozialen und ökonomischen Kräften destabilisiert. Jede besondere Form von hegemonialer Männlichkeit kommt im Verlauf der Geschichte unter Beschuss, fällt auseinander oder wird durch andere ersetzt.

Die meisten Leute, die den Begriff "hegemoniale Männlichkeit" benutzten, haben aber diesen Aspekt nicht aufgegriffen. Der Begriff mutierte zu einer Bezeichnung für ein festes Modell von Männlichkeit, vergleichbar mit der ‚A-Typ`-Persönlichkeit in der Pop-Psychologie.

Es gibt die Vorstellung, dass hegemoniale Männlichkeit immer aggressiv, konkurrierend, gewalttätig etc. ist. Unter Umständen sind dies gerade nicht die hegemonialen Muster, und zwar dann, wenn andere Muster von Männlichkeit effektiver sind.

Sie gehen davon aus, dass es eines Tages eine weltweite Geschlechterordnung geben wird, im Gegensatz zu einer sogenannten fordistischen Ordnung, die an einen bestimmten Nationalstaat gebunden ist.

Ja, aber ich würde es anders ausdrücken. Ich bin nicht davon überzeugt, dass die Vorstellung, die fordistische Wirtschaft würde von einer postfordistischen Wirtschaftsform abgelöst werden, global betrachtet korrekt ist.

In Ansätzen existiert bereits eine globale Geschlechterordnung. Multinationale Konzerne haben schon ein internes Gender-Regime, das auf transnationaler Ebene funktioniert.

Auch die internationalen Medien verbreiten weltweit eine bestimmte Geschlechterideologie. Es existieren also schon einige Elemente einer weltweiten Geschlechterordnung, aber der Prozess der Koordination ist noch sehr unvollständig. Es gibt noch Widersprüche, Vermischungen und Differenzen in verschiedenen Teilen der Welt. Die Integration kann jedoch sehr schnell vor sich gehen.

Innerhalb eines Jahres nach Einzug des Fernsehens auf einer polynesischen Insel im Pazifik haben Bulimie, Anorexie und Ängste in Bezug auf den Körper bei Frauen deutlich zugenommen. Bevor das Schlankheitsideal für Frauen über das Fernsehen, mit seinem nordamerikanischen Inhalt, einzog, sah das lokale Schönheitsideal unter anderem einen großen Körperumfang vor. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Sie haben gerade gesagt, dass Sie nicht so überzeugt von der Fordismus/Postfordismus-Unterscheidung sind. Aber was Sie über die Geschlechterordnung gesagt haben impliziert, dass ein festes Arrangement und eine neue Norm etabliert wird.

Ich zweifle nicht daran, dass die Massenmedien die Tendenz haben, Bilder und Normen zu verbreiten, die dann Teil der Bedürfnisse, der Vorstellungswelt und der Selbstbilder derjenigen Menschen werden, die als KonsumentInnen, ZuschauerInnen und potenzielle KundInnen in Verbindung mit diesen Medien und den dazugehörigen Industrien treten.

Meine Bemerkung über die Unterscheidung Fordismus/Postfordismus bezog sich darauf, dass damit eine Aufeinanderfolge in Ökonomie und Gesellschaftsstruktur kommentiert wird, die in Nordamerika und Europa konstruiert wurde und die im wesentlichen nur auf die Länder der Metropole zutrifft.

Wenn wir aber einen globalen Blickwinkel einnehmen wollen, dann ist das eigentlich Besondere am 20. Jahrhundert nicht die Transformation in der Metropole selbst, sondern die Transformation von einem politischen Imperium zu der Form globaler Gesellschaft, die wir jetzt haben. Diese globale Ordnung wird nicht durch politisches Kommando integriert, sondern durch die Vorherrschaft einer bestimmten ökonomischen Ordnung, durch die Operationen transnationaler Konzerne, durch die Integration von Kommunikationssystemen etc.

Es gibt zahlreiche ethnographische Studien über das Geschlechterverhältnis auf lokaler Ebene. Aber es ist schwierig, einen theoretischen Rahmen, eine globale Theorie zu finden. Können Sie etwas über ihren theoretischen Rahmen sagen, der auch die globale Ebene miteinbezieht.

Die Forschung, die in den Sozialwissenschaften in den letzten fünfzehn Jahren zu Männlichkeiten betrieben wurde, war sehr erhellend gewesen. Es hat ein konzeptioneller Durchbruch stattgefunden. Aber es gibt diesen lokalen, ethnographischen Touch, von dem aus gesehen es schwierig ist, über Geschlechterverhältnisse und Männlichkeiten auf einer globalen Ebene nachzudenken.

Ausgehend von der Annahme, dass das sich herausbildende globale Geschlechtersystem seine wesentlichen institutionellen Wurzeln in Nordamerika, Europa und, zu einem begrenzten Maße, in Japan besitzt, kann man die Geschlechterordnungen dieser Regionen studieren. Es ist eine erste Annäherung daran, was möglicherweise auf einer globalen Ebene passiert. Dies ist das, was ich bisher getan habe.

Ich gehe von der begründeten Annahme aus, dass Geschlecht ein soziales Phänomen ist, kein biologisches. Ich gehe davon aus, dass Geschlecht eine bestimmte Struktur gesellschaftlicher Verhältnisse beinhaltet, bestimmte Muster von Verhältnissen zwischen Menschen und zwischen Gruppen von Menschen. Und ich gehe ebenfalls davon aus, dass es eine komplexe gesellschaftliche Struktur ist, also eine, die eine ökonomische Dimension beinhaltet, eine Macht-Dimension, eine Dimension der emotionalen Beziehungen, eine Dimension der Kommunikation und des Symbolischen mindestens. Selbst eine minimale Beschäftigung mit Geschlechterordnung muss diese vier Dimensionen in Betracht ziehen. Diese Strukturen nehmen wiederum in bestimmten Institutionen - Familie, Staat, Unternehmen usw. - eine materielle Existenz an.

Das ist, um einen beliebten Begriff zu benutzen, eine konzeptionelle Werkzeugkiste, die für die Analyse metropolitaner Gesellschaften entwickelt wurde, die sich aber auch auf die globale Ebene anwenden lässt.

Wir haben einen weltweiten Kapital- und Warenmarkt, weltweit operierende Institutionen, wie Multinationale Konzerne, deren interne Geschlechterordnung untersucht werden kann: die geschlechtliche Arbeitsteilung, die Ideologien des Geschlechterverhältnisses, die die Manager haben, die Art und Weise, wie sie mit den Geschlechterordnungen in den lokalen Gesellschaften interagieren, in denen sie operieren. Zum Beispiel zeigen einige interessante Arbeiten über die Geschlechterpolitik in der Produktion für die globalen Märkte in Ländern wie Sri Lanka, Malaysia und auf den Philippinen, wie Multinationale Konzerne Niedriglohngebiete nutzen, um für den Weltmarkt zu produzieren und dabei lokale Geschlechterordnungen benutzen, um Kontrolle über billige Arbeitskraft zu erlangen.

Auch die Geschlechtersymbolik, die weltweit durch die entstehenden globalen Medien zirkuliert, kann analysiert werden, indem man beispielsweise Inhaltsanalysen globaler Medien durchführt. Das Problem ist nur, dass das meiste, was man findet, dasselbe ist wie in den US-amerikanischen Medien, denn das meiste stammt aus Amerika oder ist eine direkte Imitation amerikanischer Massenmedien. Aber das Publikum ist natürlich ein anderes, und die Interaktion zwischen einem Publikum und Medium, die wesentlich ist für die Bedeutung der Massenkommunikation, ist immer noch nicht analysiert. Dies sind die Schritte, die ich mache, wenn ich über das globale Geschlechterverhältnis nachdenke.

Es stellen sich auch Fragen, die zum Beispiel in dem Großteil feministischer Literatur zum Thema Frauen und Entwicklung nicht klar artikuliert wurden. Dies betrifft spezifische Formen von Männlichkeit und die spezifischen Geschlechterpolitiken, die sich um das internationale Kapital herum entwickeln, und sogar um den "internationalen Staat" herum. Akteure auf diesen Feldern sind Organisationen wie die Vereinten Nationen, die NATO, die Asian-Pacific Economic Conference usw. Es gibt eine internationale Dimension des Staates und internationale Foren der öffentlichen Debatte und der Entscheidungsfindung, die ebenfalls eine geschlechtliche Dimension besitzen. Was sind die dominierenden Geschlechterformen in diesen Institutionen und wie können sie verändert werden?

Meinen Sie, dass es zivilisiertere Formen von Männlichkeit geben kann? Unsere Vorstellung, die wir versuchen, öffentlich zu verbreiten, ist, dass das Ziel die Dekonstruktion von Männlichkeit an sich sein sollte, nicht die Suche nach zivilisierteren Formen von Männlichkeiten. Wie sehen Sie das?

Mein politisches Ziel wenn ich von ‚political movement of one` spreche ist Gleichheit in den Geschlechterbeziehungen. Was dabei mit Männlichkeiten oder Weiblichkeiten geschieht, ist ein Nebenprodukt davon. Das Ziel ist eine wirklich demokratische Gesellschaft. Das bedeutet für mich auch eine friedliche und eine gleiche Gesellschaft. Auf lange Sicht gesehen wird eine wirklich gleiche Gesellschaft eine nichtvergeschlechtlichte sein. Diejenigen Elemente von Persönlichkeit und Kultur, die wir jetzt als männlich oder weiblich denken, werden immer noch Teil der Kultur sein, aber sie werden nicht mehr so gestaltet sein, dass sie nur für eine Gruppe zugänglich sind. Alle Bestandteile der Kultur werden potenziell Bestandteil des Lebens jedes Mitglieds der Gesellschaft sein. Es ist schwer, sich so etwas vorzustellen; das Bild vom "GeschlechterKaleidoskop" kann dabei vielleicht helfen. Es würde die Desintegration von Männlichkeit und Weiblichkeit, wie wir sie heute kennen, bedeuten.

Aber auf dem Weg dahin, in den politischen und kulturellen Kämpfen, durch die wir hindurch müssen, haben wir es mit einer Welt zu tun, in der es spezifische Ausformungen von Geschlecht gibt, die institutionalisiert sind in bestimmten Orten, geehrt oder verachtet in bestimmten Kulturen, konstruiert um bestimmte Themen herum, in bestimmten Arten von Kämpfen, Mobilisierungen usw. Meiner Meinung nach ist es kein triviales oder

verachtenswertes Ziel, auf dem Weg zu einer wirklichen Geschlechterdemokratie diejenigen Formen von Männlichkeit zu unterstützen, die offener, weniger gewalttätig, stärker egalitär in Beziehungen mit Frauen sind als andere. Dies scheint mir eine lohnenswerte Art zu sein, mit vielen Leuten in praktischen Situationen zu sprechen, die die Idee einer Desintegration, bzw. die Negation von Geschlecht als solchem entweder als unvorstellbar oder Furcht erregend empfinden würden.

Die zentrale Frage in der Politik scheint mir immer zu sein: Was kann kann man tatsächlich tun, in der Situation in der man steckt, mit den Möglichkeiten, die man hat, und der Sprache, die in dem Moment um einen herum gesprochen wird, von den Menschen, mit denen man kommuniziert.

Natürlich gibt es auch Situationen, in denen andere, radikale Sprachen - beispielsweise die der queer-TheoretikerInnen - vielleicht besser wirken. Sie sind meiner Meinung nach sehr interessant, sehr klug. Die Vorstellung, dass die grundsätzliche Verweigerung einer Identität an sich eine wichtige Form der Politik ist, die möglicherweise transformative Effekte hat, zumindest lokal, und sicherlich die gleich bleibende Reproduktion unterdrückender sozialer Verhältnisse unterbrechen kann, ist meiner Meinung nach sehr interessant und hat offensichtlich eine bemerkenswerte Anziehungskraft auf junge Menschen. Ich denke, davon kann man lernen.

Von der ArbeiterInnenpolitik habe ich das politische Ideal geerbt, dass man Solidarität immer wichtig nehmen soll, dass man sich nicht gegen andere Menschen in der Bewegung stellt. Dies ist eine sehr starke Tradition in der linken Politik in Australien, und sie wird sehr stark von diesen queer-Ideen angegriffen. Ich finde dies aufregend, beunruhigend, wahrscheinlich in die falsche Richtung weisend, aber zumindest anregend. Vielleicht gibt es verschiedene Sprachen, in denen man Politik betreiben kann, ohne die Radikalität des Anstoßes zu verlieren.

35. Jürgen, John und Jong. Robert W. Connells gemachter Mann

Robert W. Connells gemachter Mann - eine Rezension

Autor: Albrecht Müller · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/36a.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:36a

Bereits seit Anfang der 80er Jahre veröffentlicht der australische Soziologe Bob Connell seine Arbeiten zu Geschlecht und Männlichkeiten. Das ist im Vergleich zu den deutschsprachigen Sozialwissenschaften sehr früh. Nur wenige seiner Texte wurden übersetzt, seine Monographie "Gender and Power" von 1987, bis heute nicht. Das 1995 erschienene Buch "Masculinities" ist nun auf Deutsch erhältlich und wird innerhalb der (verschwindend kleinen) sozialwissenschaftlichen kritischen Männerforschung, aber auch in der feministischen Forschung, positiv rezipiert.

"Der gemachte Mann" heißt die deutsche Übersetzung von "Masculinities" - der Titel stellt die soziale Konstruiertheit von Männlichkeiten in den Mittelpunkt, spielt aber auch auf den Mythos des "self made man" an.

Das Buch gliedert sich in einen Überblick über sozialwissenschaftliches Wissen zu Geschlecht, Männlichkeit und Körper sowie Betrachtungen zur historischen und politischen Dynamik sich wandelnder und umkämpfter Bedeutungen von Männlichkeiten. Connell gelingt es, individuelle und strukturelle Differenzen zwischen Männern aufzuzeigen, ohne grundlegende patriarchale Herrschaftsmechanismen aus den Augen zu verlieren.

Die Einsicht, dass eben gerade auf dem Gebiet der Geschlechterverhältnisse nicht nur soziologische Erkenntnis, sondern eben auch politisches Wissen sozialer Bewegungen neue Impulse bringt, ist sicher Connells politischer Motivation und Bewegungsnähe geschuldet. So ist auch die in Connells Theoriearsenal zentrale Kategorie der "hegemonialen Männlichkeit" in Auseinandersetzung mit schwulen Männern entstanden und bezeichnet - unter Rückgriff auf Gramscis Hegemoniekonzept - die jeweils aktuelle Antwort auf das Legitimitätsproblem des Patriarchats. Die jeweilige Form "hegemonialer Männlichkeit" gewährleistet männlich-heterosexuelle Dominanz und Unterordnung von Frauen. Demgegenüber stehen die untergeordneten, marginalisierten und komplizenhaften Männlichkeiten.

Die "hegemoniale Männlichkeit" changiert in ihrer Bedeutung zwischen einer theoretischen Begrifflichkeit, die zwischen Struktur und Handlung vermittelt, und einer empirisch vorfindbaren Kategorie. Die Begrifflichkeiten bleiben ungenau und werden nur unzureichend theoretisch hergeleitet. Oft bleibt Connell auch bei der bloßen Beschreibung stehen, denn zu wenig ausgefeilt sind die theoretischen Werkzeuge, die er selbst als "tool kit" für die empirische Forschung bezeichnet, nicht aber als Werkzeuge der Gesellschaftskritik.

Dennoch ist der empirische Teil überzeugend: Hier arbeitet Connell in vier verschiedenen Milieus Männlichkeiten und deren Wandel detailliert heraus. Aspekte aus dem "tool kit" zeigt er hier im konkreten Feld auf - z.B. Zwangsheterosexualität, Arbeit, Gewalt oder die Grenzen des profeministisch inspirierten "Ausstiegs" aus der Männlichkeit.

Im anschließenden globalhistorischen Abriss geht Connell über die übliche eurozentrische Mittelschichts-Fixierung hinaus und deutet eine Alternative zu deterministischen und undynamischen Geschlechterkonzepten an. In der Kürze bleibt es aber nur bei dieser deskriptiven Ebene. Eine globalhistorische Studie würde selbstverständlich einen anderen Rahmen erfordern und bedeutet - gerade wenn es um Männlichkeiten im Globalisierungsprozess geht und über Einzelfallstudien hinausreichen soll - eine theoretisch bislang nicht geleistete Fundierung. Connells Betrachtungen zu diesem Thema bleiben erste Annäherungen.

Albrecht Müller

Robert W. Connell: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Leske und Budrich, Opladen, 2000, 300 Seiten, 36 DM

"Hotels, in denen internationale Geschäftsmänner absteigen, haben immer Porno-Fernsehprogramme auf den Zimmern."

"Jede Form von hegemonialer Männlichkeit

kommt im Verlauf der Geschichte unter Beschuss und wird durch andere ersetzt."

36. Wer hat die Macht? Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Medien; Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:10

Totalitarismus, Tugendterror, Inquisition, Redeverbote und Bedrohung der akademischen Freiheit, so und ähnlich lauten die schwerwiegenden Vorwürfe gegen Feministinnen, gegen QuotenverteidigerInnen und alle anderen, die unter das Label "Political Correctness-Anhänger" zusammengefasst werden. Männer würden zu Freiwild, Professoren müssten um ihre Jobs fürchten, überzogene Beschuldigungen zerstöre das Leben und die Karriere unschuldiger Männer und PC sei verantwortlich für die Wertekrise in der Gesellschaft. Haben also, wie es diese fundamentalen Beschuldigungen nahelegen, in den letzten zehn Jahren dramatische Umwälzungen im Geschlechterverhältnis stattgefunden? Bestimmen hier zu Lande radikale und sexualfeindliche Feministinnen das öffentliche und private Leben? Oder warum fürchten sich seit Beginn der 90er Jahre zahlreiche AutorInnen überregionaler Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine scheinbar vor dem "sexuell und politisch korrekten Feminismus"?

Für Simon Möller ist die Antwort klar: Er hat 122 Beiträge der Jahrgänge 1991 bis 1995 zu diesem Thema aus den Tagezeitungen Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung, Die Zeit und den Nachrichtenmagazinen Focus und Der Spiegel zum Thema Sexual Correctness (SC) als Spielart von PC untersucht und kommt zu dem Schluss, dass die behauptete Hegemonie des Feminismus lediglich eine politisch funktionale Medienkonstruktion ist. Dabei werden unterlegene feministische Positionen in den genannten Medien zu hegemonialen Diskurspositionen stilisiert und eigene patriarchal-hegemoniale Realitäten heruntergespielt.

Der Untersuchung liegt ein Patriarchatsbegriff zu Grunde, der nicht nur die ökonomische Dominanz von Männern als sozialer Gruppe berücksichtigt, sondern auch deren Struktur von Macht und Herrschaft. Die "Platzanweisung" für Frauen erfolgt nicht zuletzt durch unbewusste oder bewusste Affirmation des Stereotyps der sexuellen Verfügbarkeit von Frauen, zum Beispiel mittels verbaler oder physischer Übergriffe mit sexuellen Konnotationen. Gleichzeitig spielen gesellschaftliche Repräsentationssysteme - die (Re-) Produktion ideeller Bilder und Interpretationsschablonen - für den Machterhalt des Dominanzverhältnisses eine gewichtige Rolle. Auf diese soziosymbolische Ebene bezieht sich Möllers Analyse.

Er stellt fest, dass sich die untersuchten Texte verschiedener Strategien bedienen, um den Begriff Feminismus zu stigmatisieren. Eine Strategie ist die Konstruktion von Feminismus und Freiheit als asymmetrische Gegenbegriffe, eine andere ist die Umkehrung der Täter-Opfer-Konstellation. Männer, gegen die beispielsweise wegen sexueller Belästigung ein Prozess geführt wurde, werden als die eigentlichen Opfer dargestellt. Bei der Strategie der "Entnennung sexueller Gewalt" sexualisieren und erotisieren die AutorInnen die Darstellung von sexueller Gewalt. Und etablierte männliche Dominanzpositionen und männliche Sichtweisen werden in der Strategie der "Traditionalisierung" als unhinterfragbar, neutral und naturgegeben präsentiert.

Die Verknüpfung des Begriffes Feminismus mit PC bzw. SC und Zuschreibungen aus dem Bereich Fundamentalismus, Fanatismus, Folter, Hexenprozess und der Kriegsmetaphorik sowie die totale Subjektivierung von sexueller Belästigung diffamiert emanzipatorische Politik und ist heute kulturelles Allgemeingut, schreibt Möller.

"Die Verwendung des Begriffes Feminismus im Mediendiskurs als ein Stigmawort verhindert dabei nicht nur, dass sich Frauen mit den Anliegen und (vorgeblichen) Methoden des Feminismus identifizieren oder solidarisieren, sondern zwingt Feministinnen darüber hinaus zu ... komplexen Darlegungen ihrer Positionen, da sie sich zusätzlich gegenüber dem Vorwurf, sexuell korrekt zu sein, abgrenzen müssen. Dies erschwert die Artikulation von Dissens erheblich. Gegenüber diesem allgemein etablierten antifeministischen Diskurs können sich die davon Betroffenen derzeit nur noch reaktiv verhalten." (S.207)

Das Buch bietet neben einer Einführung in die Geschichte des PC-Begriffes eine gründliche Analyse der antifeministischen Debatten. Die Versuche, diesen antifeministischen Mediendiskurs in einen Diskurs einzubetten, der feministische Egalitätsansprüche in der sozialen Krise zurückweist, bleiben aber zu pauschal und zu schwammig hergeleitet. Ungenügend sind auch seine Ausführungen zu möglichen feministischen

Gegenstrategien. Hilflos konstatiert er, dass emanzipatorische Stimmen nicht genügend Zugang zur veröffentlichten Deutungsmacht haben und dass sich nur noch darauf hoffen lässt, dass die Anti-PC/SC-Welle abflaut.

Sicher lässt sich der PC-Begriff nicht mehr von emanzipatorischer Seite her besetzen. Schlimm ist das aber nicht. An der Zeit wäre es, aus dem PC-Diskurs herauszukommen und ihm mit inhaltlichen Begründungen für bestimmte Maßnahmen und Wortschöpfungen Paroli zu bieten. Dies könnte auch dazu beitragen, eingeschlichene Fehler wie das Verharren im Opferstatus (obwohl die feministische Bewegung längst die Mit- und Täterinnenschaft in patriarchalen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen thematisiert) oder eine unreflektierte Identitätspolitik zu vermeiden. Vielleicht würde sich dann auch zeigen, dass nicht alle, die Fakten, Fakten, Fakten blöken und wieder den neuesten Fall eines angeblich zu unrecht wegen sexueller Belästigung beschuldigten Mannes aufzeigen damit auch recht haben und als kritische Geister gelten, sondern dass sich die Einsicht durchsetzt, dass Fakten keine neutralen Informationen sind. Nur indem sie in einen Kontext eingebettet werden, bekommen sie ihren Aussagegehalt, der wiederum auf die zu Grunde liegenden Verhältnisse zurückwirkt.

Anke Schwarzer

Möller, Simon: Sexual Correctness. Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien. Leske + Budrich, Opladen 1999, 247 Seiten, 29 DM

37. Sag Nein zu König Sex. Michel Foucault und der Sado-Masochismus

Autor: Michael Gümbel · Rubrik: Theorie; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:22

"Sag Nein zu König Sex" fordert Detlef Georgia Schulze in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Sadomasochismus in der letzten ak. Dabei lohnt es sich, genauer hinzuschauen, wen er denn da zitiert und was derjenige gemeint haben könnte mit seinem zitierten Ausruf, hat doch der französische Philosoph Michel Foucault (1926-1984) mit seinem Werk, aber auch mit seinem Leben einiges zum Thema beizutragen. Schließlich ist der schwule Foucault seinen sadomasochistischen Leidenschaften auf einem Weg gefolgt, der möglicherweise zu seinem frühen AIDS-Tod geführt haben mag. Offensichtlich alles andere als ein "politisch korrektes" Sexualleben, wie es D.G.S. vorzuschweben scheint. Was kann so ein Mensch einer kritischen Leserschaft schon über moralisches Verhalten sagen oder über die Kunst des Lebens, wie er selbst das wohl lieber formuliert hätte.

Das große Thema in Foucaults theoretischem Schaffen ist die Frage, auf welche Weise in machtbestimmten Strukturen Wissen und Wahrheiten hervorgebracht werden und auf welche Weise in diesen Strukturen die einzelnen dazu gebracht wurden und werden, sich in ein machtgerichtetes Arrangement von Lebens(um)welt einzufügen und selbst zu einem stabilisierenden Faktor in diesem Arrangement zu werden. Seien es die Klinik, die Psychiatrie, die Wissenschaft, das Gefängnis oder eben die Sexualität, immer geht es um Wahrheitssysteme, Episteme, Diskurse, Dispositive, ihre Entstehung, Archäologie, Genealogie und die Frage, was nun zu tun ist in Anbetracht dieser niederschmetternden Erkenntnisse.

Für Foucault selbst bestand die Antwort auf diese Frage auch immer im konkreten politischen Kampf, etwa bei den französischen Maoisten der frühen siebziger Jahre. In einem zu Ende gedachten Verständnis von den politischen Dimensionen des Privaten geht es ihm aber noch viel mehr um den Bereich des Mikropolitischen, die zutiefst politischen Dimensionen dessen, was wir alle für wahr halten, für gesund, ja sogar dafür, was wir für unser Selbst halten. Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, warum diese Überlegungen Foucaults für v.a. französische und amerikanische feministische und postfeministische Denkerinnen wie etwa Judith Butler oder Donna Haraway so brauchbar waren.

So findet sich nicht zuletzt auch die Sexualität wieder als ein weiteres Dispositiv, ein machtstrukturiertes Geflecht von Wissen, Wahrheiten und Begehrensweisen, das sich mit Bewegungen für sexuelle Befreiung oder Emanzipation möglicherweise nicht auflösen lässt, sondern vielmehr durch diese nur umso mehr erneuert und manifestiert werden könnte. An der Sexualität, am neuzeitlichen Entstehen von Diskursen über die Fortpflanzung und die psychoanalytische Entdeckung einer geheimen und zutiefst identitätsstiftenden Sexualität zeigt Foucault (besonders im ersten Band von "Sexualität und Wahrheit"), wie sehr gerade die vermeintlichen Oppositionsbewegungen - wie die der sexuellen Befreiung - die eigentlichen Machtverhältnisse nicht umkehren, weil sie doch am Dispositiv der Sexualität und allen seinen ausgrenzenden und wahrheitsstiftenden Folgen festhalten und es auch kaum anders zu tun vermögen.

Macht ist schließlich für Foucault nicht eine abstrakte Funktion ferner Herrschaftseliten. Sie findet sich "vielmehr in jeder Beziehung von Punkt zu Punkt" (SW I S. 114), vom Mann zur Frau, von den Eltern zu den Kindern, den Geschwistern untereinander, unter den herrschenden Kasten ebenso, wie unter den Unterdrückten, aber auch vom Schreiber zum Leser und wiederum umgekehrt. "Die Macht", so Foucault "ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt." (Ebenda) Diese Machtverhältnisse strukturieren demnach auch die Beziehungen in den Kreisen, die sich doch eigentlich als herrschaftskritisch verstanden wissen wollen. Um es wieder auf die Sexualität zu beziehen: Die allgemeine sorgenvolle Selbstuntersuchung nach den richtigen und falschen, den gesunden und kranken oder auch nach den angesagten und altmodischen Leidenschaften und Begierden findet ihre machtstrukturierende Entsprechung im Streit um den politisch korrekten Sex oder die politisch korrekte sexuelle Zügellosigkeit. Keine der Positionen kann dabei für sich in Anspruch nehmen, jenseits des Dispositivs Sexualität zu stehen, auch nicht die des Sadomasochismus.

Was bleibt nun zu tun? Wenn die Machtbestimmung nun so unausweichlich scheint, dass selbst die oppositionellen Bewegungen nur Teil eines Machtdispositivs bleiben oder dieses möglicherweise gegen ihren Willen noch stützen, scheint da zunächst kaum etwas zu bleiben. Immerhin, für Foucault bleibt die Möglichkeit eines Widerstandes, und "so kann die strategische Codierung der Widerstandspunkte zur Revolution führen" (SW I S. 118) wie immer das heute, 24 Jahre nach der Erstveröffentlichung von Sexualität und Wahrheit I aussehen mag.

Klar wird doch immerhin, dass es sich zu verabschieden gilt vom Glauben an den "richtigen Sex" und das "richtige politische Verhalten". So deutlich die richtige Strategie auch auf der Hand liegen mag, es bleibt das Wissen um die Verflochtenheit in den Machtgeflechten der Herrschenden. Das muss man nicht unbedingt als Schwächung der eigenen Position begreifen.

Anstelle des dispositiven Feldes der Sexualität versucht Foucault nun etwas zu etablieren, das sich hinausfühlt aus dem Wissen und den Wahrheiten, eine Kunst der Körper und der Lüste. Diese Kunst weiß um die Macht- und Herrschaftsverhältnisse und kann eben genau diese in einer Art parodistischem Spiel entlarven. Sie weiß um das herrschende Wissen und kann es in einem Neuerfinden von Körpern und Identitäten sabotieren. Nicht nur Foucaults eigene Lebenskunst spielte dabei mit dem Repertoire des dominant-devoten Machtrollentausches und der sado-masochistischen Neuverteilung und Neubestimmung von Lust- und Schmerzzonen auf Körperoberflächen. Andere Formen dieser Kunst spielen mehr mit der Konstruktion einer Geschlechteridentität jenseits von Mann und Frau.

Natürlich ist SM nun nicht per se eine progressive Form der Sexualität, nein, SM passt auf der anderen Seite immer besser in ein postmodern enthemmtes Dispositiv einer zwangsgenießerischen Sexualität. Und natürlich finden sich in SM-Kreisen die gleichen fiesen Typen wie im Rest der Gesellschaft. Auch in SM-Zusammenhängen gilt es, die Frage nach dem "richtigen SM", die Frage nach Machtstrukturen und Wahrheitsdiskursen offen zu halten. Immerhin stehen dort die Chancen nicht schlecht dafür.

Michael Gümbel

38. Die Schere im eigenen Kopf. Linke Gesinnung und mein SM Coming out

Autor: Petra, Hamburg · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:23

In den letzten beiden Ausgaben von ak hat es kontroverse Artikel zum Thema SM gegeben. Ich möchte diese Diskussion gerne mit einer vielleicht recht persönlichen Stellungnahme fortführen. Ich bekenne mich heute offen zu meinen sadomasochistischen Leidenschaften. Der Weg dahin war lang und er war über weite Strecken eng verbunden mit dieser Zeitung und mit dem KB.

In ak 440 schrieb Michael über die Hamburger SM-Gruppe Schlagwerk: "Das Schlagwerk-Manifest bezeichnet SM als einen möglichen Sammelbegriff für alle Formen von Grenzerfahrung mit Körper und Lüsten, für den spielerischen Umgang mit Macht, den freiwilligen, sicheren, selbstbestimmten Akt des Gebens und Nehmens und die Einbeziehung von Schmerz in das Repertoire der Lust."

In ak 441 stellte Detlef dazu folgende Frage: "Was sollen das für Grenzerfahrungen sein? Gibt es außerhalb der Sexualität so wenig Grenzen, deren Überschreitung nur allzu berechtigt ist, dass wir beim Sex die Grenzen derjenigen, die wir (sadomasochistisch) 'lieben', überschreiten sollen? Was spricht für diesen spielerischen 'Umgang mit der Macht' , für die Erotisierung von Macht und Grenzen?"

Das ist die falsche Frage!

Lieber Detlef, das ist die falsche Frage! Es geht nicht darum ob wir "Grenzen überschreiten sollen". Jeder von uns hat bestimmte sexuelle Vorlieben, sexuelle Fantasien. Sie sind einfach da. Wir haben sie uns in den meisten Fällen nicht ausgesucht. Woher sie kommen, können wir meistens nicht genau ausmachen, auch wenn es sicher richtig ist, dass sie nicht unabhängig von den politischen (Macht)Strukturen entstanden sind. Die richtige Frage ist m.E. deswegen: Ist SM eine sexuelle Vorliebe, die wir besser in uns unterdrücken sollten, weil sie andere gefährdet und unterdrückt? Und dazu sage ich heute ganz klar: Nein. Aber auch ich selbst habe diese Frage sehr lange mit "ja" beantwortet.

Politisch unkorrekte Fantasien

Schon lange vor meiner Pubertät spukten in meinem Kopf sadomasochistische Fantasien herum. Natürlich wusste ich damals noch nicht, worum es sich da handelte, nur irgendwie irritierend waren sie, diese Fantasien und irgendwie prickelnd. Dass dies etwas mit Sexualität zu tun hatte wusste ich natürlich auch noch nicht. Dann erwachte mein sexuelles und gleichzeitig auch mein politisches Bewusstsein. Ich engagierte mich im Schulkampf und für politische Meinungsfreiheit, kam über den BDJ und Schüler-SSB zum KB, begeisterte mich für den internationalistischen Kampf, z.B. gegen die damaligen Militärdiktaturen in Lateinamerika, war schockiert von den Folterberichten, erlebte die Wiedergeburt der Frauenbewegung in der Kampagne gegen den § 218, diskutierte mir mit anderen um repressionsfreie Kindererziehung die Köpfe heiß.

Und mich machte die Vorstellung an, den Hintern versohlt zu bekommen oder auch jemanden anderes körperlich zu züchtigen! Ein scheinbar unauflösbarer Widerspruch.

Ich schämte mich für meine Fantasien, verheimlichte sie, sprach mit niemanden darüber. Aber sie waren da, diese scheinbar so politisch unkorrekten Fantasien, gingen nicht einfach weg, waren untrennbar verbunden mit meiner Sexualität. Obwohl ich mich wirklich bemühte. Ende 1978 gab es in dieser Zeitung - damals stand ak noch für "Arbeiterkampf" - schon einmal eine hitzige Debatte zum Thema SM. Mich haben die Überschriften dieser Artikel magisch angezogen. Aber nein, mit solchem Teufelszeug wollte ich ja andererseits nichts zu tun haben. Also habe ich tapfer meine "niederen" Triebe unterdrückt und die Artikel nicht gelesen. Mehr noch: ich war eine der lautesten Schreierinnen, dass "so etwas" im ak nichts zu suchen hat.

So hat es noch weitere 15 Jahre gebraucht bis ich mein coming out hatte. Seitdem ist SM ein Teil meines Lebens. Nicht mehr und nicht weniger. Und siehe da es geht: Ich kann mich während einer SM-Session schlagen und demütigen lassen oder dies umgekehrt mit einem Partner machen und trotzdem bleiben wir außerhalb dieses "Spiels" gleichberechtigte Menschen, kann ich mich - wenn nötig - mit meinem Partner um die Gleichberechtigung von mir als Frau in der Gesellschaft im allgemeinen und in der Beziehung im besonderen auseinander- und durchsetzen.

SM hat mein Leben ungemein bereichert, hat mir viele wunderschöne Erlebnisse beschert. Darauf will ich nie wieder verzichten, nur schade dass es so lange gedauert hat. Ich schade niemandem durch die Praktizierung von einvernehmlichem SM, also warum sollte ich darauf verzichten?

Nein, es geht nicht darum, SM jetzt zu der einzig wahren Sexualität zu erklären. Es geht nicht darum, alle Menschen zum SM zu "bekehren". Es geht schlicht darum, dass es den Menschen, die entsprechende Fantasien haben, leichter gemacht wird, zu diesen zu stehen und dass es Menschen, die das wollen, leichter gemacht wird SM auszuprobieren. Und in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem Bürgerliche, Reaktionäre, Fortschrittliche und Linke sich einig sind, dass SM etwas perverses, verabscheuenswürdiges - allenfalls die Sensationslust befriedigendes ist, ist ein coming out eben sehr, sehr schwierig.

Natürlich ist es bei SM besonders wichtig, sich damit auseinander zu setzen, wie man/frau diese sexuelle Vorliebe ausleben kann, ohne sich und anderen zu schaden, ohne sich real unterdrücken zu lassen oder andere zu unterdrücken. Aus linker, emanzipatorischer Sicht birgt SM hier beides: Sowohl die Gefahr, dass real existierende Machtverhältnisse (z.B. Frauenunterdrückung in einer SM-Beziehung mit ‚klassischer` Rollenverteilung: er dominant, sie devot) verstärkt werden und als auch die Chance, dass eben diese Machtverhältnisse transparent gemacht und dadurch auch aufgebrochen werden können. Die internationale SM-Bewegung hat deswegen schon vor über 20 Jahren drei Prinzipien zum Umgang mit SM aufgestellt, die seither als gemeinsamer Minimalkonsens gelten: safe, sane, consensual (ssc, sicher, mit dem gesunden Menschenverstand, einvernehmlich). Sicher, diese Begriffe sind, wie Detlef in seinem Artikel anmerkte, unterschiedlich interpretierbar, und es ist eine Aufgabe innerhalb der SM Bewegung für eine emanzipatorische Auslegung dieser Prinzipien zu kämpfen.

Emanzipatorische Auslegung dieser Prinzipien

Und um es noch einmal zu betonen, genauso wenig wie es richtig ist, dass alle SMlerInnen entweder reaktionäre gewaltbereite unterdrückerische Sadisten (vornehmlich Männer, nach diesem Vorurteil) oder arme, zur Freiwilligkeit gezwungene Opfer (Frau) sind, genauso wenig ist es richtig, dass alle SMlerInnen fortschrittliche, solidarische Menschen sind. Unter SMlerInnen findet sich genauso der Querschnitt dieser Gesellschaft wieder, wie unter Heterosexuellen, Schwulen oder Lesben. Unsere generelle sexuelle Orientierung wird nicht durch unser politisches und soziales Bewusstsein bestimmt, sondern von ganz anderen Dingen, die wir eben nicht so einfach mit unserem Kopf steuern können. Was wir aber beeinflussen und steuern können ist, dass wir - egal ob SMlerIn, heterosexuell, schwul oder lesbisch - die Interessen und Wünsche anderer Menschen, und damit auch unserer sexuellen Partner achten, dass wir nichts mit unserem Partner tun, was er/sie nicht möchte, dass wir nichts mit uns tun lassen, was wir eigentlich nicht möchten. Mit anderen Worten: Dass wir auch beim Sex immer sicher, mit gesundem Menschenverstand und einvernehmlich handeln, eben ssc. Und wir können dafür kämpfen, dass niemand wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert wird.

Petra, Hamburg

39. Verpasst Deutschland den Anschluss? Ebermann und Trampert auf CD

Autor: DSe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak442/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:24

Nun gibt es sie auch auf CD und das gleich im Doppelpack. Thomas Ebermann und Rainer Trampert touren seit Mitte letzten Jahres mit der bangen Frage "Verpasst Deutschland den Anschluss" durch Stadt und Land. Sie lesen meist von Rainer Trampert verfasste Texte über und gegen die Herrschenden, über Zeitgeist, aktuelle und weit zurück liegende Sorgen und Nöte der Politik und des Standorts Deutschland. Und das äußerst amüsant. Vermutlich muss man niemanden darauf aufmerksam machen, dass die beiden eine gehörige Portion Ironie bis hin zum Zynismus aufbieten, um im Angesicht der Ekelhaftigkeit herrschender Debatten und Akteure über die Perspektiven des "Standort Deutschland" nicht die Fassung zu verlieren. Und auch nicht verwunderlich ist, dass es bei den beiden keine einfachen Brüllwitze gibt, sondern der Humor sich teilweise auf dem Hintergrund alter marxistische Analysen feinsinnig einstellt. Es ist also durchaus nicht ganz sinnlos, wenn man sich mit den alten Klassikern einmal ein wenig befasst hat.

Politische Unterhaltung für den klaren Kopf

Was die beiden bieten, ist sicherlich nicht nur für das Amüsement von nutzen, sondern hat auch was für den Kopf. Für den klaren Kopf, den Udo Lindenberg mal als die beste Droge bezeichnet hat. Fest im Linksradikalismus verankert gelingt es den beiden ohne jede Probleme, die alltäglichen Fragen und Sorgen aus Politik, Ökonomie und Gesellschaft gezielt aufs Korn zu nehmen. Ein kleines Problem der jetzt veröffentlichten CD besteht darin, dass Trampert und Ebermann auf der Bühne auch auf tagesaktuelle Ereignisse eingehen. Hört man dies Monate später, muss man sich doch ein klein wenig anstrengen, um sich der dazu gehörigen Hintergründe zu erinnern.

Erwähnenswert scheint mir auch, dass Genosse Trampert in vielen Fällen peppiger und witziger daher kommt. Ebermann tut sich manchmal ein wenig schwer. In dem "Ringen nach dem Opferstatus" ist nur schwer zu überhören, dass er vom Papier abliest. Richtig lebendig und munter wird es immer dann, wenn die beiden sich gegenseitig die Stichworte übergeben und wechselseitig mit Originalzitaten hantieren. Sollten die beiden eine Fortsetzung ihres künstlerischen Versuches planen, sollten sie dieses Element durchaus ausbauen.

Obwohl die CD nun als Erstlingswerk der beiden anzusehen ist, kann man Trampert und Ebermann natürlich nur schwerlich von ihrer linksradikalen Geschichte und Gegenwart abtrennen. Und da wird es dann schwierig. Denn die politischen Äußerungen vor allem eines Ebermanns, in der Konkret oder anderswo, zeichnen sich in hohem Maße dadurch aus, dass sie Ereignisse kommentieren und den jeweils gewählten Gegner sauber auseinander nehmen. Die Frage, was man denn gegen das soeben Entlarvte tun könnte, wird dabei im Grunde nie Thema, das wird einfach ausgeblendet. Und wenn man darauf verzichtet, eine linke Praxis unter der gegebenen Verhältnissen mit einer extrem schwachen Linken zu entwickeln, hat man es natürlich auch einigermaßen leicht, theoretisch sauber zu bleiben. In dieser Lage kann man sich ganz bequem einrichten und die Haltung kultivieren, dass es für eine vernünftige linke Politik derzeit keine Möglichkeiten gibt.

Ein Vorwurf, den die beiden sicher nicht zum ersten Mal hören, denn genau darauf gehen sie in ihrem Programm auch ein. "Damit wir nicht von einem vergeudeten Abend sprechen müssen", befassen sich die beiden zum Schluss mit "linker Problemlösungskompetenz" und suchen sich dafür so taugliche Objekte wie den Bund der Steuerzahler, die Initiative für eine bessere Bahn und schließlich die Kommunalpolitik. Das machen sie auf höchst amüsante Weise. Doch was soll uns das sagen? Sich über den Bund für Steuerzahler lustig zu machen, ist kein sonderliches Kunststück. Und wo hat wer in diesem Land eigentlich je vermutet, dass der was mit linker Politik zu tun haben könnte? Kurz und gut: Hier sagen die beiden denjenigen, die ihnen mangelnde Relevanz in praktischer Politik vorwerfen schlicht und einfach, dass es sie nicht sonderlich interessiert. Anders jedenfalls kann ich mir die gewählten Beispiele nicht erklären. In jedem Fall ist das ärgerlich.

Aber das ist nur ein Teil des Ganzen. Als Stärke der beiden muss man ganz klar ihre Art benennen, wie sie die herrschenden Verhältnisse auseinander nehmen, dass sie einen klaren Standpunkt einnehmen, von dem heraus sie die Widersprüche dieser Verhältnisse bloß stellen. Nicht dass man dabei jeder ihrer Aussagen

folgen müsste. Aber die Eindeutigkeit, mit der sie über den Kapitalismus herziehen, hat schon was Bestechendes und überaus sympathisches.

Kein vergeudeter Abend

Auch denjenigen, die Trampert und Ebermann mit gewisser politischer Skepsis begegnen, kam man getrost den Kauf der CD empfehlen. Da es nicht um politische Debatten, sondern eher um einen kulturellen Beitrag zur Klarheit im Kopf geht, kann man sich damit einen recht angenehmen Abend machen. Und hat man die Möglichkeit, die beiden live zu erleben, wäre es sicherlich kein Schaden, das zu tun.

DSe

Die Doppel-CD kostet 27 DM und ist erhältlich im Verlag die brottsuppe, Postfach 1317, 79303 Emmendingen, Tel.: 07641-964740, Fax: 934741 oder per Mail: diebrottsuppe@t-online.de

40. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:08

Rechtsextremismus

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) beschäftigt sich in einem Sonderheft seiner monatlich erscheinenden "Archiv-Notizen" mit der gegenwärtigen Debatte über Rechtsextremismus. Lesenswert ist insbesondere Stefan Jacobys faktenreicher Beitrag zur Frage des NPD-Verbots. Der Autor schildert die Wandlung der NPD vom "Hinterzimmerverein" zum Sammelbecken für militante Nazis. Vor allem junge Männer aus den "Freien Kameradschaften" traten der NPD und ihrer Jugendorganisation, den JN, bei, um "die Logistik und den Schutz einer relativ großen Partei" zu nutzen, wie Duisburger Neonazis ganz offen schreiben. Dass die "Freien Kameradschaften" ihrerseits Vorfeldorganisationen der NPD sind, wird von den Parteikadern keineswegs geleugnet. Seit dem Beitritt Horst Mahlers verfügt die NPD zudem über einen wortgewaltigen Propagandisten des "Aufstandes", dessen Reden vom opferreichen Überlebenskampf des deutschen Volkes in einem Teil der Szene durchaus ernst genommen werden. Dort würden Terrorkonzepte seit Jahren diskutiert und praktisch vorbereitet - in "relativ unabhängig und unberechenbar operierenden Kleinstgruppen (...), die die NPD und ihr Umfeld als Resonanzboden, Rekrutierungsfeld und Rückzugsbasis benutzen". Argumente für ein NPD-Verbot gibt es also zuhauf - anders als in früheren Fällen (ANS/DA, FAP) müsste es allerdings konsequent durchgesetzt werden. Dazu aber ist die herrschende Politik, allen verbalen Kraftmeiereien zum Trotz, offensichtlich nicht bereit. In weiteren Artikeln des empfehlenswerten Heftes geht es um "alte Bekannte" unter den NPD-Kadern, um "institutionellen Rassismus" und um die Problematik des weitgehend unter Regierungskontrolle installierten "Runden Tisches gegen Rassismus".

DISS: Archiv Notizen August/September 2000. Sonderausgabe zur gegenwärtigen Debatte über den Rechtsextremismus; 24 Seiten, 5 DM; DISS, Realschulstr. 51, 47051 Duisburg, Fon 0203/20249, Fax 287881, E-mail: diss@uni-duisburg.de; www.uni-duisburg.de/DISS

Nietzsche im Original

Bei manchen Autoren muss zu vorurteilsbeladener Lektüre geradezu aufgefordert werden. Denn die "Vorurteile" gegen Friedrich Nietzsche sind ja wohl begründet: ein furchtbarer Philosoph, der mit seinen Fantasien vom "Übermenschen" und vom "Willen zur Macht" zu den ideologischen Wegbereitern des Nationalsozialismus gehörte. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass das deutsche Feuilleton die seit Jahren laufende Rehabilitierung Nietzsches in seinem 100. Todesjahr weiter vorangetrieben hat. Der gegenwärtig veranstaltete Rummel bietet neben unkritischen Heldengesängen und anderen Ärgernissen allerdings auch die Gelegenheit, sich mit den umstrittenen Werken im Original vertraut zu machen. So ist bei Zweitausendeins ein überaus preisgünstiger Wälzer mit Nietzsches wichtigsten Schriften erschienen. Schon bei fragmentarischer Lektüre wird die davon ausgehende Gefahr sichtbar. "Der Übermensch ist der Sinn der Erde", predigt Zarathustra in seiner Vorrede an das versammelte Volk, und weiter: "Tugend ist Wille zum Untergang" ("Also sprach Zarathustra") - Sätze, die wie vorauseilende Rechtfertigungen der deutschen Menschheitsverbrechen klingen. Als Zumutung für Patrioten erscheinen dagegen Nietzsches nicht sehr schmeichelhafte Charakterisierungen der Deutschen in "Jenseits von Gut und Böse". Auch sein Bruch mit Richard Wagner, Hitlers Lieblingskomponisten, bereitet noch heute Vergnügen: "Wagners Kunst ist krank"; die "Probleme, die er auf die Bühne bringt", seien "lauter Hysteriker-Probleme" ("Der Fall Wagner"). Dass Nietzsches unbestreitbare Kunst - die virtuose Handhabung der Sprache - ihrerseits krank machende Wirkungen haben kann, ist nicht zu leugnen. Ideologisch gefestigte Menschen wie die Leserinnen und Leser von ak werden auf seine literarischen Zaubertricks natürlich nicht hereinfallen. Unter diesem Vorbehalt sei die Lektüre des Bandes empfohlen.

Friedrich Nietzsche: Werke. Frankfurt am Main (Zweitausendeins) 2000, 1553 Seiten, 13,90 DM

Sozialismus als Ziel

Es gibt noch Linke, die über Sozialismus reden, und das durchaus differenziert und selbstkritisch. Im Septemberheft der Zeitschrift marxistische Erneuerung (kurz: Z.) blickt Andreas Wehr, ehemals den Marxisten in der SPD zugehörig, zurück auf das Scheitern des "versuchten Sozialismus". Für ihn behält die Oktoberrevolution ihre welthistorische Bedeutung - mit ihr sei "die Menschheit ... endgültig in die Epoche des

Übergangs zum Sozialismus eingetreten". Allerdings macht der Autor wohlweislich keine Angaben über die Zeitdauer dieses Übergangs und erinnert auch an die stets gegenwärtige Alternative des "Herabsinkens in die Barbarei". Befremdlich wirkt seine Behauptung, dass im Kapitalismus "schließlich nur noch zwei Klassen einander gegenübertreten". Nicht alles, was im Kommunistischen Manifest steht, muss auch heute noch letzte Wahrheit sein. Dass Wehr "die Aufhebung des Privateigentums" als "Zielperspektive einer jeden ernsthaften Sozialismusdiskussion" definiert, ist dagegen ein Stück "Orthodoxie", an der festgehalten werden sollte. In der Partei des demokratischen Sozialismus ist das schon lange kein Selbstgänger mehr, wie Horst Heininger in seinem Artikel über die Programmdebatte der PDS zeigt. Heininger kritisiert insbesondere die Verwendung des Begriffs "Profitdominanz", die angeblich auch unter kapitalistischen Bedingungen "überwunden" werden könne. Einige "Reformer", die das behaupten, begründen ihre These mit dem sonderbaren Argument, bis in die 1970er Jahre hinein habe es lediglich "eine Art Halbdominanz" des Profits gegeben. Auch wenn sie "Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse" für legitim erklären, wollen sie doch einen "Pluralismus der Eigentumsformen" erhalten. Mangels revolutionärer Alternative wäre ein solches, klassisch reformistisches Programm, wenn es denn verwirklicht würde, nicht das schlechteste - ehrlicher allerdings wäre es, seine VerfechterInnen würden auf das uneinlösbare Versprechen verzichten, sie könnten auf diesem Wege den Kapitalismus zähmen, um ihn dann später ganz abzuschaffen.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 43, September 2000. Postfach 500936, D-60397 Frankfurt am Main, Fon/Fax 069/53054406. 224 Seiten, 18 DM

Neoliberalismus

und Rechtspopulismus

Dass die europäische Sozialdemokratie Mitverantwortung trägt für den Siegeszug des Rechtspopulismus, ist eine der Prämissen, unter denen im neuen Heft der Züricher Zeitschrift Widerspruch der Themenschwerpunkt "Rechtspopulismus - Arbeit und Solidarität" behandelt wird. In seinem einleitenden Beitrag über die "unternehmerische Arbeitskraft" stellt Walter Schöni die "neue Leitfigur neoliberaler Wirtschaftspolitik" vor: den "Arbeitskraft-Unternehmer". "Sein größtes Kapital", schreibt Schöni, "ist die anpassungsfähige Persönlichkeit (...) Nicht mehr der Chef, sondern der Kunde ist die zu befriedigende Größe." Trotz des auf ihm lastenden Anpassungsdrucks ist der "Arbeitskraft-Unternehmer" mehr als ein Wunschgebilde, weil real existierende "Gruppen von qualifizierten, laufbahnorientierten und wenig gebundenen Beschäftigten (...) tatsächlich Elemente eines arbeitskraft-unternehmerischen Selbstverständnisses verinnerlicht" hätten. Das sozialdemokratische Projekt der "Neuen Mitte" verlange von "den von negativen Folgen wirtschaftlicher Flexibilisierung bereits Betroffenen noch mehr Flexibilität" - und damit das "passive Einverständnis mit der Erosion ihrer Existenzgrundlagen". Eine solche Politik aber fördere das Abwandern traditioneller sozialdemokratischer Wählerschichten nach rechts, heißt es im Editorial. Dort wird auch die Frage gestellt nach einer "solidarischen Politik, die das Terrain nicht den modernen Rechtspopulismen überlässt". Die dazu abgedruckten Vorschläge kommen nicht ohne große Worte aus. So verweist Frieder Otto Wolf mehrfach auf die sich seiner Meinung nach abzeichnenden "tragfähigen Ansätze für die Erneuerung einer linken Politik in Westeuropa" bzw. auf "die sich formierende plurale westeuropäische Linke". Wer damit gemeint ist, bleibt aber offen. Für "radikale gesellschaftspolitische Veränderungen" gewinnen möchte Wolf insbesondere die neuen ",WissensarbeiterInnen`, die das Kapital jeweils für seine Akkumulationsprojekte am dringendsten braucht". Folgen wir Schöni, dann sind aber gerade diese TrägerInnen des neuen "arbeitskraft-unternehmerischen Selbstverständnisses" am schwersten für eine solidarische Politik zu gewinnen. Ein Teufelskreis?

Widerspruch - Beiträge zur sozialistischen Politik. Heft 39/ Juli 2000: Rechtspopulismus - Arbeit und Solidarität. 204 Seiten, 21 Fr.; Widerspruch, Quellenstr. 25, Postfach, CH-8026 Zürich, Fon/Fax 0041/1/2730302;

E-mail: redaktion@widerspruch.ch

41. Quelldatei 15.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:15

Unterstützt The Voice!

The Voice Africa Forum ist eine der bedeutendsten Selbstorganisationen von Flüchtlingen in der BRD. Daueraufträge und Spenden können der Gruppe The Voice eine regelmäßige (monatliche) finanzielle Basis verschaffen.

Konto:

The Voice Africa Forum, Jena

Postbank Leipzig

Kontonr.: 231 633-905

BLZ: 860 100 90

42. Quelldatei 29.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:29

3. bundesweites Treffen der Gewerkschaftslinken am 27./28. Oktober in Frankfurt/M.

Das Treffen beginnt am Freitag, dem 27. Oktober um 18.00 Uhr mit dem Thema:

Sozial- und Rentenpolitik in der Bundesrepublik

Am Samstag wird es ab 10:00 drei Foren zu den Themen Rentenpolitik (Referent Andreas Bachmann), Arbeitsmarktpolitik, Niedriglohnsektor, Arbeitszwang (Referentin Christa Sonnenfeld) Abhängigkeiten und Beziehungen von Tarif- und Sozialpolitik (Referent Bernd Riexinger), geben.

Zum Abschluss der Tagung werden aktuelle Fragen (z.B. Ver.di-Gründungsprozess) diskutiert. - Tagungsende soll 17.00 Uhr sein

Aktuelle Informationen und wichtige Papiere (siehe Positionspapier der AG Sozialpolitik in dieser ak-Ausgabe, zur Tarifpolitik in ak 441) finden sich unter www.labournet.de/GewLinke im Labournet Germany.

Tagungsort: Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/M.

Tagungsbeitrag: DM 30.-

Anmeldung bei: Heinz-Günter Lang, Postfach 1201, 64660 Alsbach-Haehnlein

43. LESERBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:35

Keine Angst vor dem mainstream

Betr.: Maßlosigkeit und schäumende Härteformeln, ak 441

Das ist ja ein starkes Stück, dass jetzt der mainstream und der Boulevard unseren antirassistischen Schrebergarten in den Schatten stellen. Allerhand, dass die Bild-Zeitung eine Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit macht und Schröder einen Kranz am Gedenkstein für ein Rassismusopfer niederlegt. Das lenke alles nur ab, von dem was nötig wäre, meinen Narr und Roth. Bei allem Verständnis für intellektuelles Naserümpfen und kulturelle Berührungsängste: das einzige, was die Rechten zur Zeit wirksam in Schach hält, ist eben dieser mainstream, an dem sich natürlich aussetzen lässt, dass sein Motiv nicht die Nächstenliebe, sondern die Standortlogik ist. Diese neue anti-rechte Aufmerksamkeit in der Mitte lenkt auch nicht ab von dem was nötig wäre, sondern verbessert die Voraussetzungen dafür, ermöglicht z.B. all die Stichwortgeber und Brückenbauer des neuen Rassismus in die Ecke zu stellen.

Werner Sauerborn, Stuttgart

NPD-Verbot ist eine wichtige Forderung

Betr.: Antifaschismus für den Wirtschaftsstandort & Maßlosigkeit und schäumende Härteformeln, ak 441

Liebe GenossInnen,

eigentlich wollte ich einen Artikel zum Thema "Was ist an der Forderung nach einem Verbot der NPD sinnvoll, auch wenn es Beckschwein fordert" etwas schreiben, komme aber im Moment überhaupt nicht dazu, weil der Tag nur 24 Stunden hat. Die diesbezüglichen Beiträge im letzten ak fand ich sehr einseitig. Eine aus linker Sicht wichtige Forderung, nämlich das Verbot der NPD, wird ohne Not abgelehnt. Dabei gibt es viele gute Gründe dafür: Die Forderung ist gut vermittelbar und nicht theoretisch abgehoben, sie ist "realpolitisch" konkret. Sie würde dazu führen, das offene Auftreten der NPD zu minimieren, was Nichtdeutsche und auch viele Linke sicher begrüßen würden.

Dass Schröder und Beckschwein anderes im Auge haben, ist klar. Aber hat sich die Linke von solcher "Verwechslungsgefahr" jemals abhalten lassen, klare eigene Forderungen zu stellen? Man könnte die Verbotsforderung ja auch so formulieren bzw. so mit antirassistischen Zusatzforderungen versehen, dass das klare linke Profil deutlich wird. Die Alternative, wie im letzten ak zu lesen, ist theoretische Argumentation auf hohem Niveau, außerhalb der Szene unverständlich und tendenziell sektiererisch. Viele Grüße, Max

44. Für Dieter und Gerechtigkeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:39

Es ist erschütternd, ja geradezu dramatisch. Was hat er nicht alles unternommen, um die ungerechtfertigten und infamen Vorwürfe zu widerlegen. Wer mochte sich vorstellen, dass Dieter Baumann, Schwabe bis in die Zungenspitze, sich selbst gedopt hat? Er, der Keine-Macht-den-Drogen - Athlet? Vermutlich weiß Dieter bis heute noch nicht einmal, was ein Joint ist. Und ganz im ernst: ist es nicht überaus plausibel, dass die Athleten-Mafia ihm die bösen Drogen in die Zahnpasta schmuggelte? Es liegt doch auf der Hand, dass die Chemieindustrie von Bayer bis Hoechst und vermutlich Hand in Hand mit den internationalen Giftmischern in Dieter die Symbolfigur des reinen, unschuldigen Sports fiese und hinterrücks angegriffen hat. Würden nicht sämtliche Anti-Doping-Kampagnen ins Leere laufen, wenn selbst der saubere Dieter des Drogenkonsums überführt würde? Geben wir es doch zu: Auch wir durchschauten die perfiden Tricks der Chemiefirmen und der Athleten-Mafia nicht. Doch Dieter wäre nicht Baumann, hätte er aufgegeben. Das kann so ein Häuslebauender Langstreckenläufer ja auch gar nicht! Und alles lief zunächst gut. Mit Erleichterung nahmen wir doch sicher alle die Nachricht auf, dass die nationalen Sportgerichte die vorübergehende Sperre aufhoben und den Weg frei machten. Was für ein Rückschlag für seine Gegner, die heimlich in Dieters Badezimmer herumschlichen und aus harmloser Zahnpasta chemischen (Wett-) Kampfstoff mischten.

Doch ganz offenbar haben Dieter und wir die Hinterhältigkeit der internationalen Athleten-Mafia unterschätzt, haben uns angesichts des Freispruches, geparrt mit dem unerschütterlich festen Glauben an den ehrlichen reinen Dieter-Sport in Sicherheit wiegen lassen. Und jetzt dieses gemeine Urteil! Dieses böse und niederträchtige Urteil. Kein viertes Olympia für Dieter. Das Aus. Das Ende. Gerade bei Olympia, wo das Dabeisein alles ist. Zynischer konnte man Dieter nicht vor der Weltöffentlichkeit demontieren.

Und was mag Franziska van Almsick dazu sagen? Wochenlang ist die Arme gedemütigt und gehänselt worden: Sie sei zu dick, um noch Medaillen zu erschwimmen. Auch sie ein Opfer der Ungerechtigkeit! Kein Wunder, dass sie angesichts derartiger Gemeinheiten verkrampfte. Wie soll man sich auf den Wettkampf konzentrieren, wenn die ganze Nation sie auf dem Startblock anstarrt und sich das Maul darüber zerreißt, ob da nicht doch ein paar Gramm zu viel dran sind und ob das etwa von der Milka-Schokolade kommen mag? Aber wenigstens war sie dabei, durfte Olympia 2000 erleben. Da ist Dieter einfach schlechter dran.

In der Sportredaktion dieser Zeitung sind jedenfalls die Flaggen auf Halbmast gesetzt. Die Freude am olympischen Geist ist uns restlos vergangen. Verzweifelt überlegen wir seit Wochen, wie wir Dieter gegen das internationale Chemiekapital und die Athleten-Mafia unterstützen könnten. Was tun? Lenin konnte uns nicht helfen, so intensiv wir seine Werke, die doch so viele Fragen beantworten konnten, auch studierten. Dann kamen wir drauf: Wären wir eine richtig große Zeitung mit enorm vielen verkauften Exemplaren, hätten wir auch enormen politischen Einfluss. Dann hätten Dieters und unsere Feinde nichts mehr zu lachen! Also haben wir uns entschlossen, den nationalen Schulterschluss einzufordern: Für Dieter und Gerechtigkeit - Abonniert ak jetzt!

Füllt also bitte den Abo-Zettel auf der letzten ak-Seite aus und kreuzt an, ob ihr richtig doll für Dieter kämpfen wollt (Förderabo ab 150 DM), ob ihr nur ganz normal kämpfen wollt (Jahresabo 90 DM) oder ob ihr euch angesichts anderer noch zu führender Kämpfe nur ein wenig einbringen wollt (Sozialabo 60 DM). Für diese Dieter-Solidarität bekommt ihr dann von uns auch eine völlig kostenlose, aber natürlich revolutionäre Anerkennung. Entweder die ak-Archiv-CD-Rom mit fast 4.000 Artikeln aus den Jahren 1993 bis Oktober 1999 oder ein Buch (siehe letzte Seite). Sobald die Abobestellungen massenhaft bei uns eingegangen sind, werden wir weitere Schritte unser Kampagne "Für Dieter und Gerechtigkeit" bekannt geben. Haltet euch ran und schickt eure Bestellungen an:

ak-redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Fax: 040-401170175, E-Mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de oder über unsere Homepage www.akweb.de

DSe

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:41

Globalisierung

Der Arbeitskreis Tübinger DGB-Gewerkschaften und das Zentralamerikakomitee (ZAK) laden ein zu einer Veranstaltung mit Mary Anne Hohenstein. Sie hat Kampagnen der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU in Los Angeles geleitet, u.a. unter dem Motto "Justice for Janitors" (Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) und berichtet von ihren Erfahrungen und über gewerkschaftliche Perspektiven in den USA.

Tübingen, 4.10., 20.15 Uhr im Deutsch-Amerikanischen Institut, Karlstr. 3

International

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein zum Interkontinentalen Forum mit Menschen aus dem Süden und dem Norden, dem Osten und dem Westen, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewegungen den Neoliberalismus kritisieren: u.a. Medha Patkar, Aktivistin gegen den Narmada-Staudamm in Indien, Mushrefa Mishu von der Textilarbeiterinnenbewegung in Bangladesh, die "Armenpräsidentin" der USA, Cheri Honkola und Women in black aus Belgrad.

Berlin, 5./6.10. im Amon Hotel im Sportforum, Weißenseer Weg 52;

Infos unter Tel. 030/29781173 oder

justice@rosaluxemburgstiftung.de

Buko

Der 23. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen hat die Schwerpunkte WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus.

Berlin, 6. bis 8.10., Humboldt-Universität. Infos unter Tel. 040/393156 oder bukohh@t-online.de

Nicaragua

Am 22. November wird in Nicaragua ein neues Parlament gewählt. Der Hamburger FSLN-Aktivist Benito Rodriguez und ein aktiver FSLN-Politiker aus der Hamburger Partnerstadt Leon wollen einen kritischen Blick auf die politische Lage im Land und auf die FSLN als einstige Hoffnungsträgerin europäischer Internationalismus-Bewegung werfen.

Norderstedt, 13.10., 19.30 Uhr im

Info-Archiv, Waldstr. 41

Sicherheitswahn

Die Kampagne zur Rückgewinnung öffentlicher Räume und das Leipziger Bündnis gegen Rechts rufen auf zur Demonstration gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn.

Leipzig, 14.10., 13 Uhr Augustusplatz

Sexuelle Folter

Sexuelle Gewalt ist in der Türkei eine Methode staatlicher Kriegsführung und Repression gegen Frauen. In der BRD sind die betroffenen Frauen oft erneuter Demütigung im Asylverfahren ausgesetzt. Jutta Hermanns, Anwältin des Istanbuler Frauenprojektes berichtet über nötige politische und juristische Forderungen für ein Projektnetz von Frauen.

Hamburg, 15.10., 16 Uhr, Verein Freier Frauen aus Mesopotamien, Neuer Kamp 31

Jüdische Rache

Rachepläne und -aktionen jüdischer Holocaust-Überlebender nach Kriegsende waren bisher in Deutschland weitgehend unbekannt. Das Antifa Referat der FH und der Uni Frankfurt haben die Autoren Jim Tobias und

Peter Zinke zu einer Lesung aus ihrem Buch "Nakam -Jüdische Rache an NS-Tätern" eingeladen. Zu sehen ist auch ein Film zu diesem Thema.

Frankfurt, 16.10., 20 Uhr im BCN-Cafe, Nibelungenplatz im BCN-Hochhaus 1

Genetischer Code

Die Journalistin und Mitarbeiterin bei BioSkop, Erika Feierabend, referiert über die Konsequenzen der Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Das Versprechen der Entschlüsselung: alle gewinnen an Gesundheit und Lebenszeit durch neue Therapien und Einsichten. Das Genom-Wissen schafft aber zunächst einmal gefährdete und gefährliche Gruppen: genetische "Risikoträger". So könnten Versicherungen und ArbeitgeberInnen profitieren: biologisch begründeter Ausschluss wirkt Kosten sparend im Sozialsystem.

Essen, 17.10., 20 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100

Das Phänomen Haider

Über die Bewertung des Phänomens Haider und der rechtspopulistischen FPÖ sowie der politischen Ausrichtung des Widerstandes läuft seit dem letzten Jahr in der österreichischen Linken eine kontroverse Debatte. Lässt sich die FPÖ in den Kategorien des traditionellen Antifaschismus als parteiförmiger Ausdruck des Rechtsextremismus begreifen? Sind die Freiheitlichen das erste gelungene postfaschistische Projekt der Rechten in Europa?

Die Diskutanten Franz Schandl (Kritischer Kreis Wien, Zeitschrift Streifzüge) und Heribert Schiedel (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes) stehen für unterschiedliche Pole in der Debatte.

Dortmund, 23.10., 19.30 Uhr, Verein zur Förderung der Internationalen Kultur und Kommunikation,

Oesterholzstr. 8

MedienMacht

Die JungdemokratInnen-Junge Linke Sachsen Anhalt veranstaltet ein Seminar zum Thema "Medien - Macht - Politik. Die Funktionsweise der Massenmedien". Auf dem Seminar soll sich mit wichtigen Medientheorien auseinander gesetzt und nach Konsequenzen für die praktische Politik vor Ort gefragt werden.

Magdeburg, 27. bis 29.10., G.-Hauptmannstr. 18. Anmeldung und Infos unter lsa@jungdemokratinnen.de

Bundeswehr

Die DKP lädt ein zu einem Gespräch mit Tobias Pflüger, Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung e.V. in Tübingen. Thema: Abbau der Bundeswehr? - oder Umbau für Interventionskriege?

Esslingen, 31.10., 19.30 Uhr,

Kulturzentrum, Dieselstr. 26

46. Zivilgesellschaftlich gegen rechts?

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:45

Seminar des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik

in Zusammenarbeit mit der ak-Redaktion

28./29. Oktober in Hamburg

Sa. 13.00 - 20.00 Uhr / So. 10.00 - 15.00 Uhr

Im "Kampf" gegen die Neonazis und zum Erhalt der Position des Wirtschaftstandortes Deutschland wird von VertreterInnen der politischen Klasse der Begriff der Zivilgesellschaft permanent in die Diskussion geworfen. Jetzt sei "Zivilcourage" von jeder und jedem gefordert. Über die Rolle des Staates, die Rolle der Parteien, über den gesellschaftlichen Rassismus, die Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft soll tunlichst kein Wort verloren werden.

Das Markenzeichen Zivilgesellschaft wird auch gerne und oft von NGOs genutzt. Die Nutzung des Begriffes wird dabei eng verbunden mit der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols und des Legalitätsprinzips. Abgegrenzt wird die "Zivilgesellschaft" sowohl von rechtsextremen Strukturen, als auch von revolutionär-antifaschistischen Politikkonzepten.

Wir wollen auf dem Seminar über den Zusammenhang von Entwicklungen in der Gesellschaft und rechtsradikaler Gewalt diskutieren. Weiterhin wird der Extremismus der Mitte thematisiert und die Frage möglicher Gegenstrategien behandelt. Dabei wird die Frage, wie mit der staatlichen Forderung nach einem Verbot von faschistischen Organisationen umzugehen ist, zentral sein.

Referenten des Seminars werden Joachim Kolb (ak-Autor) und Ernesto Schweizer (Mitherausgeber des Buches "Wie rechtsradikal ist die CDU") sein.

Anmeldungen bitte an: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, 040-401 701 74 (Fon), 040-401 701 75 (Fax),

ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de Kostenbeitrag 10,-

47. Querstellen gegen den Castor

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/atom.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:atom

Die Bundesregierung hat die Castortransporte zur Wiederaufarbeitung genehmigt. Nach über zwei Jahren Unterbrechung sind die Atommülllager mehrerer AKWs derart voll, dass die Stilllegung wegen Entsorgungsnotstand droht. Das will die rot-grüne Bundesregierung entschlossen verhindern. Ab sofort können die AKWs Biblis, Stade und Philippsburg die bestrahlten Brennelemente verpacken und auf die Reise schicken.

Allerdings müssen dazu auch noch einige Tausend PolizistInnen zur Verfügung gestellt werden, denn die Anti-AKW-Bewegung hat angekündigt, mit ihrem Widerstand dort weiter zu machen, wo sie beim letzten Transport nach Ahaus im Frühjahr 1998 aufgehört hat. Damals beteiligten sich mehr als 10.000 Menschen an den Aktionen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass es ab Mitte Oktober am AKW Philippsburg los gehen wird. Ziel der hochradioaktiven Fracht dürfte die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im französischen Cap de la Hague sein. Die regionalen Anti-Atom-Gruppen rufen für den 8. Oktober zu einem ersten Sonntagsspaziergang zum baden-württembergische AKW auf. Jochen Stay von X-Tausend-mal-quer formuliert das Ziel der jetzt anlaufenden Mobilisierung so: Die Bundesregierung wird sich mehrere Castortransporte im Jahr politisch kaum leisten können, wenn sie zu ähnlichen Verhältnissen wie bei den Transporten nach Ahaus und Gorleben in den vergangenen Jahren führen.

Über Castoren Seite 29

Über Atomkraftwerke, Atomwaffen und Plutonium Seite 30

48. Reformfreudige Truppe

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/buwe.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:buwe

Kaum begonnen, war die Diskussion um die "Bundeswehrreform" schon wieder beendet. Die Aufregung um Abschaffung, Aussetzung oder Beibehaltung der Wehrpflicht hatte vom Kern der Reform ohnehin nur abgelenkt: Die deutsche Armee - da sind sich die Militärs und die Parteien mit Ausnahme der PDS einig - soll für neue Aufgaben umgerüstet werden. "Krisenbewältigung" und "Krisenreaktion" sind die Schlagworte. Gemeint ist militärische Intervention - "ohne geographische Begrenzung", wie diesog. Weizsäcker-Kommission unmissverständlich formuliert. Bei der Modernisierung und Umorganisierung der deutschen Streitkräfte hat die Verbesserung der "strategischen Verlegefähigkeit" höchste Priorität: Spezialtruppen sollen innerhalb kürzester Zeit an jeden beliebigen Ort transportiert werden können, und sie sollen gleichzeitig an mehreren Schauplätzen präsent sein können. Seite6

Dass es sich bei der Bundeswehrreform nicht um Sandkastenspiele handelt, verdeutlicht die Diskussion der außenpolitischen Experten und Regierungsberater. Auch hier herrscht breiter Konsens: Deutschland müsse als europäische Großmacht zu außenpolitischer "Machtausübung" bereit sein.

Seite 5

49. Haltet die Rentendiebe!

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/rente.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:rente

Bei der Bundestagswahl vor zwei Jahren bekamen SPD und Bündnis90/Die Grünen die Mehrheit auch deshalb, weil sie einen Politikwechsel im Bereich Arbeit und Soziales versprachen. Ausdrücklich hieß es im Wahlprogramm 1998: "Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren."

Was dann eintrat, hätte man Norbert Blüm nicht durchgehen lassen. Kein Wunder, dass die Bundesregierung von den Unternehmerverbänden absolute Bestnoten bekommt - die Umverteilung von unten nach oben funktioniert so reibungslos wie selten zuvor. In der Rentenfrage verfolgt die Politik der "neuen Mitte" das Ziel, das Solidarprinzip abzuschaffen, nach dem Unternehmer und abhängig Beschäftigte in gleichem Maße in die Sozialkassen einbezahlen. Die rot-grüne Reform bedeutet nichts anderes als Kürzung der Rente. Die dadurch entstehende Lücke soll durch eine allein von den ArbeitnehmerInnen finanzierte Kapitalrente geschlossen werden. Das ist ein weiterer Schritt der Umverteilung zu Gunsten der Kapitalseite.

Organisierte Gegenwehr gegen die Renten-Pläne aus dem Hause Riester gibt es bisher kaum. Der größte Teil der DGB-Gewerkschaften ist durch das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit in die staatlichen Umbaupläne einbezogen. Den Gewerkschaften wird ein ganzes Bündel an Verschlechterungen vorgelegt, von der Änderung des Ladenschlussgesetzes bis hin zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die (vorläufige) Beibehaltung des Ladenschlusses und einige, kleine Verbesserungen beim Mitbestimmungsgesetz erkauft sich der DGB mit seiner Zustimmung zur Senkung des Rentenniveaus.

Doch es gibt auch Positives: Der Austritt der IG Medien aus dem Bündnis für Arbeit und die alternativen Rentenpläne der IG BAU sind hoffnungsvolle Ansätze. Die Initiative zur Vernetzung der Betriebs- und Gewerkschaftslinken hat eigene Positionen in der Sozialpolitik vorgelegt und versucht Protest zu organisieren. Natürlich ist das noch viel zu wenig, um die unsoziale Renten- und Sozialpolitik aus den Angeln zu heben. Die CDU macht mit ihrer (Ö)K.O.-Steuerkampagne gerade vor, wie sich gesellschaftlicher Druck aufbauen lässt.

Wir dokumentieren das Thesenpapier der AG Sozialpolitik der Betriebs- und Gewerkschaftslinken zur Rentenreform und berichten über den Ausstieg der IG Medien aus dem Bündnis für Arbeit auf den Seiten 20 bis 22

50. Fujimoris Abschied

Waffen, Lügen, Videos

CD-Datei: daten/aksuche/ak442/titperu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:442:titperu

Überraschend kündigte Perus Staatschef Alberto Fujimori Mitte September Neuwahlen an, bei denen er nicht mehr kandidieren werde. Außerdem erklärte er seinen engsten Berater, den Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos, für abgesetzt. Seit den letzten Präsidentschaftswahlen im Mai fordern eine erstarkte Oppositionsbewegung, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sowie die USA den Rücktritt Fujimoris oder zumindest die Trennung von dem omnipräsenten Geheimdienstchef. Fujimori ignorierte jedoch alle Vorwürfe des systematischen Wahlbetrugs und trat Ende Juli zum dritten Mal in Folge das höchste Amt im Staate an.

Nun scheint ein aus nebulösen Kreisen aufgetauchtes Video den Autokraten zu Fall gebracht zu haben. Die Aufnahmen zeigen Montesinos "in flagranti" beim Versuch, einen Abgeordneten der Opposition zu bestechen. Die Fujimori-Gegner hinter dem im Mai um den Wahlsieg betrogenen Oppositionsführer Alejandro Toledo jubelten allerdings nur kurz. Denn statt wie gefordert sofort zurückzutreten und Montesinos verhaften zu lassen, setzte Fujimori Neuwahlen erst für März kommenden Jahres an.

Er hat also genug Zeit, um einen Präsidentschaftskandidaten aus den eigenen Reihen aufzubauen. Genug Zeit auch, um der Oppositionsbewegung den Atem ausgehen zu lassen. Deren einziger gemeinsamer Nenner ist Fujimoris Rücktritt. Über ein politisches Programm verfügt sie nicht.

Gerüchten zufolge ist auch nicht das kompromittierende Video Auslöser für das angekündigte Ende der Fujimori-Ära, sondern ein Waffendeal von höchster Brisanz. Fujimori ließ Montesinos Ende August bekannt geben, man hätte einen Schmugglerring unter der Beteiligung peruanischer Ex-Offiziere auffliegen lassen. Diese, so die Version Montesinos, hätten versucht, 10.000 Kalaschnikows aus Jordanien an die kolumbianische FARC- Guerilla, zu verschieben. Doch Jordanien erklärte, der Coup sei von amtierenden Generälen im Auftrag der peruanischen Regierung unterzeichnet worden.

So könnten auch die einflussreichen peruanischen Militärs - eine der wichtigste Machtsäulen des Systems - Fujimori und Montesinos zu Fall gebracht haben.

Seite 19